

Die Beteiligungsformen der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene Deutschland, Österreich und die Schweiz im Vergleich

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
und Philosophie
der Philipps-Universität Marburg

Vorgelegt von

Kuei-Hsiang Liao
aus Taiwan

2000

Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
und Philosophie als Dissertation angenommen am: **19.06.2000**

Tag der Disputation: **19.06.2000**

Gutachter: Prof. Dr. Theo Schiller
Prof. Dr. Dirk Berg-Schlosser

Gliederung

1. Einleitung.....	1
1.1 Stand der Forschung über Grüne Parteien auf kommunaler Ebene.....	3
1.2 Theorieansätze.....	6
1.3 Forschungsfragen und Aufbau der Arbeit.....	9
 2. Das Untersuchungsdesign.....	 13
2.1 Länderauswahl und Untersuchungszeitraum.....	13
2.2 Methode der Untersuchung.....	16
2.3 Die Untersuchungsvariablen	17
 3. Der Überblick über die Grünen Parteien	 21
3.1 Deutschland.....	21
3.1.1 Die Geschichte von Bündnis 90/Die Grünen in der BRD.....	21
3.1.1.1 Die Entstehung der Grünen auf westdeutscher Länderebene.....	21
3.1.1.2 Die Entstehung und Entwicklung der Grünen auf Bundesebene.....	37
3.1.1.3 Die Entstehung und Entwicklung der Grünen und der Bürgerbewegungen in Ostdeutschland.....	38
3.1.1.4 Die Entstehung und Entwicklung von "Bündnis 90" in Ostdeutschland.....	42
3.1.1.5 Zusammenschluß von Grünen und Bündnis 90 zu "Bündnis 90/Die Grünen"	46
3.1.2 Die Parteiorganisation von Bündnis 90/Die Grünen.....	49
3.1.2.1 Mitgliedschaft und Mitgliederentwicklung.....	49
3.1.2.2 Territoriale Gliederung.....	52
3.1.2.3 Die Parteiorgane.....	53
3.1.2.4 Basisdemokratie.....	55
3.2 Österreich.....	56
3.2.1 Die Geschichte der Grünen.....	56
3.2.1.1 Vorläufer der Grünen auf Kommunal- und Landesebene.....	56
3.2.1.2 Entstehung und Konkurrenz zwischen ALÖ und VGÖ.....	60
3.2.1.3 Kooperation zwischen ALÖ ,VGÖ und anderen Grünen.....	63
3.2.1.4 Konsolidierung der Grünen Partei.....	66
3.2.2 Die Parteiorganisation.....	68

3.2.2.1 Mitgliedschaft und Mitgliederentwicklung.....	69
3.2.2.2 Territoriale Gliederung.....	70
3.2.2.3 Die Parteiorgane.....	72
3.2.2.4 Die Stabilisierung der Parteiorganisation	73
3.3 Schweiz.....	76
3.3.1 Die Geschichte der Grünen Parteien	76
3.3.1.1 Vorläufer der Grünen auf kommunaler und kantonaler Ebene.....	76
3.3.1.2 Die Entstehung und Entwicklung der GPS, GRAS und GBS zwischen 1983 und 1987.....	78
3.3.1.3 Die Entwicklung der Grünen auf Kantonalebene (1984-1987).....	81
3.3.1.4 Konsolidierung der GPS	82
3.3.2 Die Parteiorganisation.....	84
3.3.2.1 Mitgliedschaft und Mitgliederentwicklung.....	85
3.3.2.2 Territoriale Gliederung.....	87
3.3.2.3 Die Parteiorgane.....	88
3.3.2.4 Die Besonderheiten der Parteiorganisation.....	90
3.4 Vergleichendes Resümee.....	90
4. Die Kommunalsektionen der Grünen Parteien im Ländervergleich.....	93
4.1 Die Geschichte der Kommunalsektionen.....	93
4.2 Die Organisationsstruktur der Kommunalsektionen.....	95
4.2.1 Größenstruktur der Kommunalsektionen.....	95
4.2.2 Parteiorgane der Kommunalsektionen.....	97
4.2.3 Verhältnis von Kommunalsektion und Landesverband (Kantonalpartei)	101
4.3 Innerparteiliche Aktivität der Kommunalsektionen.....	103
4.3.1 Die Mitgliederversammlung.....	103
4.3.2 Die Vorstandssitzung.....	106
4.3.3 Arbeitsgruppen und Informationsblätter.....	108
4.4 Die Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen.....	111
4.4.1 Die Schwerpunkte der Parteiaktivitäten 1996.....	111
4.4.2 Häufigkeit der Parteiaktivitäten 1996	114
4.4.3 Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996.....	116
4.4.4 Konventionelle und unkonventionelle Beteiligungsformen	

der grünen Kommunalsektionen	118
4.5 Das Verhältnis zwischen Grünen Parteien und anderen Parteien und Gruppen auf Kommunalebene.....	124
4.5.1 Konventionelle Beteiligungsformen.....	125
4.5.2 Unkonventionelle Beteiligungsformen.....	127
4.5.3 Zusammenfassung.....	130
4.6 Die Politikbereiche der Kommunalsektionen.....	130
5. Zur Erklärung der Beteiligungsformen im Ländervergleich.....	134
5.1 Die Geschichte der grünen Kommunalsektionen und ihre Beteiligungsformen.....	134
5.2 Die Organisationsstruktur und die Beteiligungsformen.....	135
5.2.1 Mitgliedergröße	135
5.2.2 Parteiorgane.....	138
5.2.3 Parteienfinanzierung	140
5.3 Innerparteiliche Aktivitäten und Beteiligungsformen.....	141
5.3.1 Häufigkeit der Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzung.....	141
5.3.2 Arbeitsgruppen und Informationsblätter.....	143
5.4 Welche Variable erklärt die Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen?.....	145
5.4.1 Österreich.....	145
5.4.2 Schweiz.....	147
5.4.3 Ostdeutschland.....	148
5.4.4 Westdeutschland.....	149
5.4.5 Vergleichende Zwischenbilanz	151
6. Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen	154
6.1 Politisches System.....	154
6.1.1 Wahlhürde	155
6.1.2 Direkte Demokratie.....	157
6.1.3 Parteiensystem.....	162
6.1.3.1 Wirkung der Rechtsstellung der Partei auf die Organisationsstruktur der Grünen.....	162
6.1.3.2 Wirkung der staatlichen Parteienfinanzierung auf die Finanzierung der grünen Kommunalsektionen.....	164
6.1.3.3 Rolle der Grünen Parteien im Parteiensystem.....	166

6.1.4 Politische Partizipation.....	172
6.2 Sozialstruktur.....	175
6.2.1 Bevölkerungsdichte in den einzelnen Kommunen.....	175
6.2.2 Gemeindegröße und Gemeindetyp.....	176
6.3 Neue Soziale Bewegungen	182
6.4 Parteibildung der Bundesgrünen	187
7. Schlußfolgerung.....	192
Anhang 1: Fragebogen.....	197
Anhang 2: Durchschnittliche Intensität der Beschäftigung grüner Kommunalsektionen mit verschiedenen Politikfeldern, unterteilt nach den drei Ländern.....	203
Abkürzungsverzeichnis.....	204
Literaturverzeichnis	207

1 Einleitung

Ende der 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre entstanden viele "grüne", "alternative" und "ökologische" Parteien in den westeuropäischen Ländern (im folgenden vereinfacht als Grüne Parteien benannt). In den 90er Jahren stabilisierte sich die Stellung der Grünen Parteien innerhalb des westeuropäischen Parteiensystems. Die meisten dieser Grünen Parteien ähneln sich hinsichtlich ihrer ideologischen Ausrichtung sowie ihrer organisatorischen und soziologischen Eigenheiten. Hauptmerkmale dieser Parteien sind u.a. eine von Umweltschutz, Individualismus und direkter Demokratie bestimmte Programmatik, ein unkonventioneller politischer Stil (basisdemokratische Organisation, unkonventionelle Protestaktionen) sowie ein postmaterialistisch geprägtes Wählerprofil. Sie unterscheiden sich deutlich von den etablierten politischen Parteien (Poguntke 1987: 368-382, 1989: 175-194).

Die Entstehung und die Wahlerfolge der Grünen Parteien in den westeuropäischen Ländern haben zahlreiche Veröffentlichungen bewirkt. So wurden ländervergleichende Forschungen, die auf empirischen Daten basieren, über die Grünen Parteien auf nationaler Ebene von Ferdinand Müller-Rommel (1993), Thomas Poguntke (1987,1989) und Herbert Kitschelt (1988) systematisch durchgeführt. Über die Grünen Parteien auf kommunaler Ebene in Westeuropa liegen noch keinen komparativen Untersuchungen vor. Die Beteiligung der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene war aber von Anfang an der Mittelpunkt ihrer Parteiaktivitäten. Diese Besonderheit der Grünen Parteien ist vor allem auf ihre Geschichte zurückzuführen. Die Entstehung der meisten grünen Parteien in westeuropäischen Ländern ging von lokalen ökologischen Gruppen oder "Grünen Listen" aus. Die Grünen Listen kandidierten bei Kommunalwahlen und vereinigten sich zu nationalen Grünen Parteien (Bundesgrüne), z.B. die Grünen in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Finnland, Schweden und Wallonien (Belgien)¹.

Nach der Gründung der nationalen Grünen Parteien ist die Kommune immer noch ein wichtiges Handlungsfeld ihrer aktiven Mitglieder². Auch in den Programmen der Grünen Parteien wird die Wichtigkeit der Beteiligung auf kommunaler Ebene betont. Die Basisdemokratie ist für die

¹ Eine ausführlichere Darstellung der Entstehung der Grünen Parteien in diesen Ländern findet sich bei Müller-Rommel 1993, Deschouwer 1989, Klotzsch/Stöss 1984, Dachs 1997, Schandl & Schattauer 1996, Rebeaud 1987, Ladner 1987, Paastela 1987, Parkin 1989, Vedung 1989.

deutschen Grünen und für die Alternative Listen Österreich (ALÖ) einer ihrer vier Grundsätze (Die Grünen 1980: 4, Schandl & Schattauer 1996: 371-376). Auch die belgischen und schweizerischen Grünen Parteien betonen die Dezentralisation in ihren Programmen (Deschouwer 1989: 49, Rebeaud 1987: 15-16). Die britischen Grünen verlangen mehr Autonomie auf kommunaler Ebene (Byrne 1989: 105--106). Die schwedischen Grünen fordern Demokratie von Unten (Milijöpartiet de Gröna 1991: 4-5). Außerdem ist das Motto "Global denken - vor Ort handeln" typisch für den Charakter politischer Beteiligung der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene (Roth 1993: 775, Scharf 1994: 108, Zeuner & Wischermann 1994: 122).

Während die Kommunalpolitik oder die Beteiligung der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene so wichtig ist, liegen bisher aber nur in Deutschland relativ ausreichende Untersuchungen darüber vor. In anderen westeuropäischen Ländern sind die Forschungen zu Grünen Parteien auf kommunaler Ebene verhältnismäßig gering (vgl. 1.2). Über die westeuropäischen Grünen Parteien auf kommunaler Ebene liegen, wie bereits erwähnt, noch keine komparativen Untersuchungen vor. Basierend auf dieser Lücke der Forschung soll in der vorliegenden Studie die Beteiligung der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene in Deutschland³, Österreich und der Schweiz⁴ im Vergleich dargestellt und Erklärungen für die Untersuchungsergebnisse angeboten werden. Die drei Länder haben eine Reihe von Gemeinsamkeiten (Armingeon & Freitag 1997: 7) und höher Autonomiegrad der Kommunen in Westeuropa (Dreier 1994: 261) Damit können viele von der Kultur und dem politischen System beeinflussten Variablen ausgeschlossen werden.

Diese Forschung dient deshalb dem Ziel, den Beteiligungsformen der deutschen, schweizerischen und österreichischen Kommunalsektionen der Grünen Parteien im Vergleich nachzugehen. Im Zuge dieses Vergleichs sollen auch die Gründe für die unterschiedlichen Beteiligungsformen dieser Kommunalsektionen beleuchtet werden.

Diese Untersuchung basiert auf den Grunddaten, die sich aus den von Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den relevanten drei Ländern beantworteten Fragebögen ergaben. Die Fragebögen (siehe Anhang 1) wurden von 307 Kommunalsektionen der Grünen Parteien (221 BRD, 45 Österreich, 41 Schweiz) schriftlich beantwortet. Genauer zur Repräsentativität, zur

² In Westdeutschland befinden sich beispielsweise ca. 6000 VertreterInnen in den Kommunalparlamenten bei ca. 38000 Mitgliedern insgesamt (Roth 1991: 75, Roth 1993: 775).

³ Die deutschen Grünen werden in der vorliegenden Forschung gemäß ihrer Zugehörigkeit zu den alten bzw. neuen Bundesländern eingeteilt.

⁴ Die Grüne Partei der Schweiz wird nur in den deutschsprachigen Gebieten erforscht.

Konzeption des Fragebogens und zu den verschiedenen quantitativen Auswertungsmethoden findet sich in Kapitel 2.

1.1 Stand der Forschung über Grüne Parteien auf Kommunalebene

Wie bereits erwähnt, haben die Entstehung und die Wahlerfolge der Grünen Parteien in den westeuropäischen Ländern zahlreiche Veröffentlichungen bewirkt. Der Forschungsstand über Grüne Parteien in den westeuropäischen Ländern wurde bereits von Müller-Rommel (1993: 19-25) systematisch dargestellt. In diesem Abschnitt sollen daher nur die Forschungen betrachtet werden, deren Schwerpunkt auf der Untersuchung der Grünen Parteien auf Kommunal- und Landesebene liegt.

Im Vergleich mit anderen westeuropäischen Grünen Parteien sind die bundesdeutschen Grünen am besten erforscht (vgl. Müller-Rommel 1993: 19, Poguntke 1993). Die deutschen Grünen auf kommunaler Ebene sind auch vergleichsweise am besten erforscht. Als Grüne oder Alternative Listen Ende der 70er Jahre in die Stadt- oder Gemeinderäte eintraten, wurde dadurch erstmalig eine Beschäftigung mit ihrer Entstehung, Entwicklung und Kommunalpolitik angeregt (Boch/Schiller-Dickhut/Winter 1981, Winkler 1981, Kuhnert 1981, Hoplitschek 1981). Mit dem Einzug der Grünen oder Alternativen Listen in die Stadtparlamente ergab sich die Möglichkeit zu rot-grünen oder "Ampelbündnissen".⁵ Die Beziehung zwischen den Grünen und der SPD auf Kommunal- oder Landesebene wurde aus diesem Grunde zu einem beachtlichen Thema. Hubert Kleinert und Jan Kuhnert haben Aufstieg und Fall des "Ampelbündnisses" in Marburg dargelegt (Kleinert & Kuhnert 1982). Reinhard Krämer & Michael Winter analysierten die Zusammenarbeit zwischen der Bunten Liste und der SPD in Bielefeld (Krämer & Winter 1982).

Der Einzug der Grünen in die Landtage und die Gründung der Bundesgrünen hat viele Studien über die Geschichte der Grünen auf Kommunal- oder Landesebene angeregt. Anna Hallensleben untersuchte die Geschichte, Organisation, Mitgliederstruktur, Finanzierung und Programmentwicklung der Grüne Liste Umweltschutz (GLU), ein Vorläufer der Partei Die Grünen. Auch wurde die Grüne Liste in Niedersachsen sehr ausführlich erforscht (Hallensleben 1984). Die Geschichte, Organisationsstruktur und Position der Alternativen Liste Berlin wurde

⁵ Nach den Kommunalwahlen 1981 in Hessen bildete sich in Kassel und im Landkreis Groß-Gerau eine rot-grüne Zusammenarbeit heraus. In Marburg wurde ein "Ampelbündnis" (SPD, FDP und Grüne) ins Leben gerufen. Dieses Ampelbündnis hat jedoch nicht über ein Jahr gedauert. (Johnsen 1988: 20-24). In Bielefeld hat die

von Michael Bühnemann, Michael Wendt und Jürgen Wituschek umfassend dokumentiert (Bühnemann/Wendt/Wituschek 1984). Helmut Wiesenthal hat die Geschichte, Bedeutung, Programm und Willensbildung der Grünen in Nordrhein-Westfalen erörtert (Wiesenthal 1985). Das Auftreten erster rot-grüner Koalitionen auf Landesebene hat auch eine Diskussion bzw. Untersuchungen über das Verhältnis zwischen beiden Parteien ausgelöst. Jan Kuhnert hat eine Bilanz der Koalition von SPD und Grünen in Hessen aufgestellt (Kuhnert 1988). Björn Johnsen hat die Entwicklung der Grünen in Hessen während der rot-grünen Koalition (1982-1985) untersucht. In der Untersuchung wurde auch die rot-grüne Beziehung auf Kommunalebene berücksichtigt. Der Erfahrungsbericht des Instituts für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung hat das Verhältnis zwischen SPD und Grünen auf kommunaler Ebene in Nordrhein-Westfalen ermittelt (Kanitz 1988). Als erste komplette Untersuchung über das Verhältnis zwischen SPD und Grünen auf kommunaler Ebene in Deutschland (alte Bundesländer) zählt das von Bodo Zeuner geleitete Forschungsprojekt. Im Rahmen dieses Projekts kam es zu zwei Veröffentlichungen, nämlich "Rot-Grün in den Kommunen" (Zeuner & Wischermann 1994) und "SPD und Grüne" (Berger 1994). Die schwarz-grüne Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene in Deutschland wurde von Jürgen Hoffmann umfassend untersucht (Hoffmann 1997). Allerdings existiert diese Kooperation nur in wenigen Gemeinden und Kreisen.

Die Organisationsstruktur und die Parlamentsarbeit der Grünen auf Landesebene ist ein anderer Schwerpunkt der Forschung. Die hinsichtlich dieser Thematik relevanten Untersuchungen sind meistens einzelne Fallstudien. Ralf Heidger z.B. untersucht den Landesverband der Grünen in Rheinland-Pfalz (Heidger 1987) und Hans-Peter Welte erörtert die Parlamentarisierung der Grünen in Baden-Württemberg (Welte 1994). In der von Joachim Raschke geleiteten Forschung über die Grünen wurde die Strukturierung und Richtungstendenz der Landesverbände westdeutscher Grünen auch systematisch und komparativ untersucht (Raschke 1993). Außerdem hat Helmut Fogt das Erscheinungsbild und die Wählerschaft der Grünen in den alten Bundesländern dargestellt und analysiert (Fogt 1991).

Zu den ersten detaillierten Untersuchungen über die Grünen auf Kommunalebene zählt die Studie von Thomas Scharf. Er hat die Wirkung des Einzugs der Grünen in die kommunalen Parlamente auf die Kommunalpolitik in Westdeutschland gründlich erforscht. So wurde im Rahmen von Scharfs Forschung mit dem von Poguntke entwickelten Konzept "Neuer Politik"

Bunte Liste nach der Kommunalwahl 1979 mit der SPD zusammengearbeitet (Boch/Schiller-Dickhut/Winter 1981: 9-43).

die Parlamentsbeteiligung der Grünen im Mainzer Stadtrat als Fallstudie untersucht. Scharf behauptet, daß die Grünen auf kommunaler Ebene eine "Neue Kommunalpolitik" repräsentieren, die im Konflikt mit der traditionellen Kommunalpolitik steht (Scharf 1994). Neben dieser Untersuchung wurde auch von Roland Roth Eigenschaft und Entwicklung der Kommunalpolitik der Grünen kurz und bündig analysiert (Roth 1991, Roth 1993).

In Österreich sind nicht viele Untersuchungen über grüne oder alternative Listen auf Kommunal- und Landesebene zu finden. Die meisten Untersuchungen sind beschreibende Fallstudien über Entwicklung und Entstehungsbedingungen der Grünen in den Bundesländern und Gemeinden. Wegen ihrer frühen Entstehung wurde überwiegend die Salzburger Bürgerliste erforscht (Dachs 1983, Ziesel 1983, Kandolf & Morscher 1986, Gutmann 1983, Gutmann & Pleschberger 1984). Die Alternative Liste Graz wurde aufgrund ihrer wichtigen Rolle bei der Gründung der Bundesgrünen zu einem Schwerpunkt der Forschung über die lokalen Grünen (Merli & Handstanger 1984, Marko 1983, Mitschka-Kogoj 1990). Ansonsten gibt es nur sehr wenige Untersuchungen über die Grünen in anderen Bundesländern. Rainer Nick z.B. erörtert die Rahmenbedingungen und die Entwicklung der Grünen in Vorarlberg (Nick 1986), Kathrin Hämmerle erforschte die Entwicklung und Parlamentarisierung der Grünen Alternative Tirol (Hämmerle 1993) und Ernst Karrer und Ernst Schuller haben die Alternativbewegung in Oberösterreich untersucht (Karrer & Schuller 1981). Über die Grünen auf kommunaler Ebene in Österreich liegt bisher nur eine einzige knappe Untersuchung vor (Christian & Ulram 1988).

In der Schweiz gibt es wesentlich weniger Untersuchungen über die Grünen auf kommunaler oder kantonaler Ebene als in Deutschland und Österreich. Die Untersuchung von Daniel Schloeth ist möglicherweise der einzige deutschsprachige Aufsatz. In dieser Untersuchung wurden Entstehungsbedingungen sowie Sozial- und Organisationsstruktur der Grünen Partei des Kantons Zürich systematisch und empirisch erforscht (Schloeth 1991).

Die Forschung zu anderen Grünen Parteien auf kommunaler Ebene in Westeuropa ist kaum entwickelt, weswegen eine komparative Untersuchung über die Grünen Parteien auf kommunaler Ebene in Westeuropa undenkbar wäre. Die Ursachen dafür liegen darin, daß es große forschungstechnische Probleme bei der Informationsbeschaffung gibt, denn die Grunddaten von zahlreichen Untergliederungen der Grünen Parteien sind nur schwer zu erlangen. Die Grünen Parteien haben zumeist keine genauen Statistiken über die eigene Organisation, weil sie über keinen Verwaltungsapparat verfügen, der das Material zusammenstellen könnte (Müller-Rommel 1993: 24-25). Viele ihrer Kommunalsektionen besitzen nach wie vor eine nur sehr lockere Organisationsstruktur, die auch als eine Wählerliste

oder Bürgerinitiative gelten kann (z.B. in Österreich und der Schweiz). Außerdem ist es unmöglich, Wahlergebnisse Grüner Parteien auf kommunaler Ebene exakt festzustellen. In den offiziellen Wahlstatistiken der einzelnen westeuropäischen Länder sind die Stimmenanteile für die Grünen bei den Kommunalwahlen nicht nur unpräzise⁶, sondern auch unvollständig.

1.2 Theorieansätze

Die vorherrschenden Erklärungen für die Entstehung und den teilweise beachtlichen elektoralen Erfolg Grüner Parteien in einigen westeuropäischen Ländern wurden von Müller-Rommel zwei verschiedenen theoretischen Ansätzen zugeordnet: dem strukturellen Ansatz und dem sozialpsychologischen Erklärungsansatz. Dem strukturellen Ansatz liegt die Annahme zugrunde, daß bestimmte Konstellationen im politischen und ökonomischen System den Zugang der Grünen zum parteipolitischen Wettbewerb erleichtern beziehungsweise erschweren (Müller-Rommel 1993: 26). In diesem Ansatz werden Parteiensystem, Wahlsystem und unterschiedliche richtungspolitische Regierungsparteien als Erklärungsvariablen für die Entfaltung und den Wahlerfolg Grüner Parteien in Westeuropa betrachtet. Claus Offe (1980: 35) spricht beispielsweise von einer mangelnden Responsivität der um die Stimmen der politischen Mitte konkurrierenden etablierten Parteien auf neue gesellschaftspolitische Herausforderungen. Die etablierten politischen Parteien seien durch die Vernetzung mit den großen verbändepolitischen Interessenorganisationen in den 80er Jahren primär an ökonomischen und nur sekundär an ökologischen Problemen interessiert gewesen. Außerdem sei die Entscheidungsautonomie der schwerfällig arbeitenden Parteiapparate durch eine wachsende Autonomie der staatlichen Bürokratie eingeschränkt gewesen. Folgen dieser Entwicklung sei unter anderem eine wachsende Bereitschaft der westeuropäischen Bürger gewesen, sich den Grünen Parteien anzuschließen (Müller-Rommel 1990: 210).

Der sozialpsychologische Erklärungsansatz basiert auf den Grundgedanken von Ronald Inglehart (1977, 1990), der die These aufstellte, daß im Verlauf der vergangenen dreißig Jahre in den westlichen Industrienationen eine "stille Revolution" stattgefunden habe, die sich durch einen Wertewandel in breiten Bevölkerungskreisen bemerkbar mache. Nach Inglehart hätten sich die Werteorientierungen der Bürger von einer Betonung der materiellen und physischen Sicherheit auf eine höhere Bewertung von immateriellen (postmaterialistischen) Aspekten des

⁶ Viele Kommunalsektionen der Grünen Parteien besitzen eigene Parteinaamen, wie etwa „Bürgerliste“ oder „Alternative Liste“. In den offiziellen Statistiken sind die Stimmenanteile solcher Listen oft nur unter der Rubrik "sonstige Parteien" zu finden.

Lebens verlagert. Insbesondere jüngere und formal höher ausgebildete Alterskohorten würden zunehmend mehr die tradierten Leistungsforderungen der Gesellschaft ablehnen und Forderungen nach expressiver Selbstverwirklichung äußern. Wilhelm Bürklin (1984: 200) und auch Jens Alber (1985ff.) stellen in Anlehnung an Inglehart die These auf, daß dieses Potential einen "neuen Idealismus" propagiere und nicht mehr bereit sei, die angeblichen Sachzwänge der politischen Realität zu akzeptieren. Dieses ständig wachsende Potential von Bürgern mit neuen Werteorientierungen und hohem Mobilisierungsgrad würde die soziale Basis der Grünen bilden und deren Wahlerfolge nachhaltig beeinflussen (Müller-Rommel 1993: 27).

Diese beiden Erklärungsansätze wurden in der Untersuchung von Müller-Rommel erstmals miteinander verknüpft, wobei von folgenden zwei theoretischen Überlegungen ausgegangen wird: erstens sei die Höhe der Wahlergebnisse von Grünen Parteien in Westeuropa strukturell abhängig von einer dauerhaften Unterstützung durch das Wählerpotential mit "neuen" Werteorientierungen. Zweitens wären alle Grünen Parteien nach ihrer Gründung permanent mit den ökonomischen und politischen Strukturen des jeweiligen Landes konfrontiert, was indirekt oder direkt die elektorale und organisatorische Entfaltung Grüner Parteien fördere bzw. hemme, wodurch die Relevanz des strukturellen Ansatzes begründet werden könne. Basierend auf diesen Überlegungen werden in Müller-Rommels Studie die unterschiedlich hohen Wahlergebnisse der Grünen Parteien in Westeuropa mit Hilfe von insgesamt sechs Strukturvariablen erklärt: Den Strukturen des sozioökonomischen Systems, des politischen Systems, des Parteiensystems, der außerparlamentarischen Kräfteverhältnisse, der politischen Werteorientierungen der Bürger sowie der parteiinternen Organisationsfähigkeit der Grünen Parteien (Müller-Rommel 1993: 27). Mit quantitativ-empirischen Analysen wurde gezeigt, daß Bevölkerungsdichte, Inflationsgrad, Anteil der industriellen Erwerbsarbeit, Wahlsystem, Föderalismus, Referendumsdemokratie, bürgerlich-dominante Regierungen, Typen von Parteiensystemen, Wählerbewegung, neue soziale Bewegungen, neue Werteorientierungen, Vertrauen beziehungsweise Mißtrauen in nationale Parlamente und parteiinterne Flügelkämpfe die unterschiedlich hohen Wahlergebnisse der Grünen in Westeuropa besonders stark erklären (Müller-Rommel 1993: 183-185).

Nach Poguntke (1993) sind bei den Erklärungsansätzen für das Entstehen und den wahlpolitischen Erfolg der Grünen Parteien im internationalen Vergleich zwei Argumentationslinien zu unterscheiden. Erstens seien die Grünen das Resultat defizitärer Systemleistungen. Zweitens seien die Grünen Parteien ein Produkt der "Neuen Politik". Diese Unterscheidung entspricht im Wesentlichen der obengenannten Auffassung von Müller-Rommel.

Nur den zweiten theoretischen Ansatz hat Poguntke umfassender und expliziter dargelegt. Poguntke behauptet, daß die Grünen als Ausdruck tiefgehender Wandlungsprozesse innerhalb der westlichen Industriegesellschaften interpretiert werden können. Unter "Neuer Politik" versteht man in diesem Zusammenhang die Erweiterung der politischen Agenda durch von postmaterialistischen Werthaltungen inspirierte politische Forderungen und, damit einhergehend, Verschiebungen der politischen Verhaltensdispositionen. Daraus folgt, daß grüne Politikinhalt und Politikformen nicht nur ein vorübergehendes Phänomen darstellen. Die westeuropäischen oder deutschen Grünen werden mit folgenden Bezeichnungen versehen:

- Partei "neuen Typs" (Niedermayer 1989);
- Grün-Alternative Partei (New Politics Party) (Poguntke 1987, 1989, Müller-Rommel 1990);
- Links-Libertäre Partei (Kitschelt 1988, 1989);
- Bewegungspartei, Rahmenpartei (Raschke 1991, 1993);

Alle Bezeichnungen beziehen sich mehr oder weniger explizit auf das Phänomen "Neue Politik", wobei hinsichtlich des Gewichts verschiedener Erklärungsfaktoren für ihr Entstehen unterschiedliche Akzente gesetzt werden. Diese verschiedenen Ansätze seien im Zusammenhang mit den folgende Theorien zu diskutieren:

- Wertewandel;
- Gesellschaftlicher Strukturwandel;
- Theorien der Ressourcenmobilisierung.

Diese Theorien, behauptet Poguntke, können jedoch nur das Entstehen grün-alternativer Potentiale erklären. Aus der Perspektive der Parteiforschung ist es jedoch mindestens ebenso wichtig zu erklären, welche Determinanten es einer grünen Partei erlauben, diese Potentiale auch zu mobilisieren. Diese Frage ist nur im internationalen Vergleich zu beantworten. (Poguntke 1993: 205-208). Hierfür gilt die obengenannte Untersuchung von Müller-Rommel (1993) als passende Beantwortung.

Obwohl die oben erwähnten theoretischen Ansätze bisher nur Entstehung und Wahlerfolg der Grünen Parteien zu erklären versuchten, ließen sie sich auch auf die Erklärung der Parteiaktionen der Grünen Parteien anwenden. In der vorliegenden Untersuchung werden deshalb die von Müller-Rommel entwickelte theoretischen Ansatz für die Beteiligungsformen

der Grünen Parteien auf Kommunalebene verwendet, um auf diesem Gebiet einen Vergleich zwischen den genannten drei Ländern durchzuführen.

1.3 Forschungsfragen und Aufbau der Arbeit

Diese Forschung dient dem Ziel, den Beteiligungsformen der west-, ostdeutschen, schweizerischen und österreichischen Grünen Parteien auf kommunaler Ebene im Vergleich nachzugehen und Erklärungen für ihre unterschiedlichen Beteiligungsformen zu geben. Bevor die Fragestellung der Arbeit explizit formuliert wird, sollen in einem ersten Schritt die Beteiligungsformen der Grünen Parteien in der vorliegenden Untersuchung definiert werden.

Der Begriff "Beteiligung" oder "Partizipation" bezeichnet als diejenigen Handlungen, die Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen des politischen System zu beeinflussen (Kaase 1997: 160, von Alemann 1975: 41-42). Im Mittelpunkt der Analysen der politischen Partizipationsforschung stehen entsprechend die verschiedenen, durch einzelne Personen ausgeübten Beteiligungsakte. Diese Akte können nach unterschiedlichen Kriterien systematisiert werden: verfaßt versus nicht verfaßt, legal versus illegal, legitim versus illegitim und konventionell versus unkonventionell (Kaase 1997: 160-163, vgl. auch Uehlinger 1988: 13-35). Der in der vorliegenden Untersuchung benutzte Begriff "Beteiligungsformen" der Grünen Parteien beinhaltet Beteiligungsakte, die durch einzelne Personen ausgeübt werden, z.B. Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Verkehrsblockaden, Besetzungen, Bürgerentscheide und -begehren. Die Kommunalsektionen der Grünen mobilisieren ihre Anhänger und Sympathisanten, um an verschiedenen politischen Beteiligungsformen teilzunehmen.

Wie bereits erwähnt, agieren die Grünen Parteien viel mehr als andere Parteien mit Hilfe von unkonventionellen Protestaktionen, z. B. engagieren sie sich auf der Basis von Boykotten, Demonstrationen, Blockaden und ähnlichem (Poguntke 1989: 185-186, 1987: 374-375). Wenn man daher die politischen Aktionen von Grünen Parteien untersuchen will, müssen außer konventionellen Parteiaktivitäten wie Wahlkampf, Pressearbeit und Informationsveranstaltungen auch die unkonventionellen Protestaktionen beobachtet werden. Die Begriffe "Parteiaktivität", "Parteiverhalten" oder "Parteitätigkeit" können jedoch diese Besonderheit der Grünen Parteien nicht umfassen. Basierend auf dieser Überlegung wird in der vorliegenden Studie statt dessen der Begriff "Beteiligungsformen" (konventionelle bzw. unkonventionelle) der Grünen Parteien benutzt.

Die Forschungsfragen und Arbeitshypothesen dieser Studie können in folgenden Themenkomplexen zusammengefaßt werden:

- Wie ist die Geschichte der Grünen in den drei Ländern verlaufen? Was sind ihre Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten? Welche Wirkungen hat die Entwicklung der Grünen Parteien auf die Beteiligungsformen und die Organisationsstruktur der Kommunalsektionen der Grünen Parteien ausgeübt? Daraus läßt sich die erste Arbeitshypothese der Untersuchung formulieren:

Je früher eine Kommunalsektion der Grünen Parteien gegründet wurde, desto stärker ist ihre Organisationsstruktur und desto weniger unkonventionelle Beteiligungsformen hat sie.

- Welches sind die Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den drei Ländern? Drücken sich ihre Aktivitäten oft in unkonventionellen Beteiligungsformen aus? Welche Unterschiede bestehen zwischen den Beteiligungsformen der Kommunalsektionen Grüner Parteien bei den drei Ländern? Durch was wurden die Beteiligungsformen der Grünen Parteien auf Kommunalebene beeinflußt? Basierend auf diesen Fragen wird folgende Hypothese formuliert:

Die Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien sind einerseits abhängig von ihren Strukturen und andererseits von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

- Sind die Organisationsstrukturen der Grünen in den drei Ländern unterschiedlich? Warum sind sie unterschiedlich? Hat ihre jeweilige Organisationsstruktur einen Einfluß auf die Beteiligungsformen der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene ausgeübt? Wie stark erklärt die Organisationsstruktur die Beteiligungsformen der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene in den drei Ländern? Aus diesen Fragen ergibt sich folgende Arbeitshypothese:

Wenn eine Kommunalsektion der Grünen Parteien eine starke Organisationsstruktur aufweist, dann hat sie mehr Möglichkeiten, unkonventionelle Beteiligungsformen wie Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Besetzungen und Verkehrsblockaden zu organisieren.

- Welche Wirkung haben die jeweiligen politischen Systeme und Sozialstrukturen auf die unterschiedlichen Beteiligungsformen und Organisationsstrukturen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien ausgeübt? Haben neue soziale Bewegungen einen Einfluß auf die Beteiligungsformen Grüner Parteien auf kommunaler Ebene ausgeübt? Hinsichtlich dieser Fragen werden die folgenden Hypothesen formuliert:
 - 1. Die Kommunalsektionen der Grünen Parteien haben in den Ländern, die stark von direkter Demokratie geprägt sind, in der Regel viel mehr Bürgerentscheide und – begehren durchgeführt als in den durch weniger direkte Demokratie charakterisierbaren Ländern.**
 - 2. Die verschiedenen Parteiensysteme wirken sich auf die Entwicklung der Grünen Parteien, die Organisationsstruktur ihrer Kommunalsektionen und die Zusammenarbeit ihrer Kommunalsektionen mit anderen Parteien aus.**
 - 3. Die Kommunalsektionen der Grünen Parteien haben in den Ländern, in denen mehr Bürger an unkonventionellen Beteiligungsformen partizipieren, öfter als in den Ländern, in denen weniger Bürger an unkonventionellen Beteiligungsformen teilnehmen, unkonventionelle Beteiligungsformen organisiert.**
 - 4. Eine Kommunalsektion der Grünen Parteien hat in den städtischen Kommunen eine stärkere Organisationsstruktur als in den ländlichen Kommunen.**
 - 5. Eine Kommunalsektion der Grünen Parteien hat in den städtischen Kommunen generell mehr unkonventionelle Beteiligungsformen als in den ländlichen Kommunen organisiert.**

Um die Fragen zu beantworten und die Hypothesen zu überprüfen, soll zuerst in Kapitel 2 ein Untersuchungsdesign vorgestellt und erläutert werden. Die genaue Methode, Begründung der Länderauswahl und die Untersuchungsvariablen werden im gleichen Kapitel erläutert. Kapitel 3 beschreibt die Geschichte und Organisation der Grünen in den drei Ländern, denn vor der Analyse der Kommunalsektionen der Grünen war es erforderlich, die Grünen Parteien in den jeweiligen Ländern auf Bundesebene darzustellen. Entstehungszeit, Organisationsstruktur, Beteiligungsformen und Politikbereiche der Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den drei Ländern werden im Kapitel 4 ermittelt. In Kapitel 5 sollen mit Hilfe der bivariaten und der multivariaten Zusammenhangsanalyse die erklärungsfähigen Variablen für die Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien herausgefunden werden. In Kapitel 6 werden die direkten und indirekten Wirkungen des politischen Systems, der

Sozialstruktur und der Parteibildung der Bundesgrünen auf die Beteiligungsformen und die Organisationsstruktur der Kommunalsektionen der Grünen Parteien untersucht. Den Abschluß der Arbeit bildet Kapitel 7 mit einer Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse.

2 Das Untersuchungsdesign

Im Zentrum der Arbeit steht der Vergleich der Beteiligungsformen der Kommunalsektionen von Grünen Parteien zwischen den drei Ländern und die Erklärung der Unterschiede ihrer Beteiligungsformen. Zur Bearbeitung dieser Fragen soll eine empirische Erhebung in den drei Ländern ausgearbeitet werden. Um diese empirische Erhebung durchzuführen, wird jeder Kreisverband, jede Bezirksgruppe oder Ortsgruppe⁷ der Grünen Parteien, nämlich "Bündnis 90/Die Grünen" in der BRD, "Die Grünen – Die Grüne Alternative" in Österreich und "Grüne - Grüne Partei der Schweiz" in der Schweiz, schriftlich befragt. Die anderen lokalen Grünen Gruppen, die nicht den Kommunalsektionen der drei Grünen Parteien gehören, wurden in der Untersuchung nicht berücksichtigt.

Im diesem Kapitel werden die Methode und die Vorgehensweise der Untersuchung detailliert dargestellt. Der erste Abschnitt geht zunächst auf die Begründung der Länderauswahl und den Untersuchungszeitraum ein (2.1). Der zweite Abschnitt beschreibt die Methode der Auswertung und das Analyseverfahren beschrieben (2.2). Im Anschluß daran erfolgt die weitere Darlegung der Untersuchungsvariablen (2.3).

2.1 Länderauswahl und Untersuchungszeitraum

Der sozialwissenschaftliche Vergleich dieser drei Länder liegt nahe, weil sie eine Reihe von Gemeinsamkeiten haben, die konstante Rahmenbedingungen bilden und die sie von der Mehrzahl anderer OECD-Länder unterscheiden. Zu den herausragenden Gemeinsamkeiten gehört neben den gemeinsamen Grenzen die deutsche Sprache, die in Österreich und Deutschland nahezu ausschließlich und in der Schweiz mehrheitlich gesprochen wird. Damit wird ein gemeinsamer Kulturraum geschaffen (Armingeon & Freitag 1997: 7). Zudem sind die drei Länder föderative Staaten. Sie haben einen höheren Autonomiegrad der Kommunen als sonstige Einheitsstaaten in Westeuropa (Dreier 1994: 261). Basierend auf dieser Sachlage wird die Vergleichsgrundlage der vorliegenden Untersuchung auf Deutschland, Österreich und die Schweiz begrenzt.

Neben diesen Gemeinsamkeiten gibt es jedoch in sozialwissenschaftlicher Perspektive markante Unterschiede zwischen diesen Ländern. Im sozio-kulturellen Bereich ist dies beispielsweise die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung. Während in Deutschland

⁷ Wenn es keine Bezirksgruppen in der Landesorganisation der österreichischen Grünen und in der Kantonalpartei der GPS gibt, werden ihre Ortsgruppen befragt.

und der Schweiz Katholiken und Protestanten ähnlich stark vertreten sind, ist Österreich ein katholisches Land. Die politische Kultur, also die politisch relevanten Bevölkerungseinstellungen, weist ebenfalls deutliche Unterschiede auf. Gleichmaßen weichen die Staatstätigkeiten bedeutsam voneinander ab. Gemessen an der Staatsquote oder dem Anteil der öffentlich Beschäftigten an den Erwerbstätigen ist die Schweiz ein "schlanker" Staat, Österreich hingegen ein ausgeprägter Interventionsstaat. Die Bundesrepublik Deutschland gleicht in Bezug auf die öffentliche Beschäftigung der Schweiz und hinsichtlich der Staatsquote Österreich (Armingeon & Freitag 1997: 8). Darüber hinaus ist der Unterschied des politischen Systems zwischen den drei Ländern bemerkenswert.

Während die BRD und Österreich zur parlamentarischen Demokratie gehören, hat die Schweiz ein Mischsystem aus direkt-demokratischen und parlamentarischen Elementen. Das Parteiensystem in den drei Ländern ist auch unterschiedlich. Folgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die großen Unterschiede des politischen Systems zwischen den drei Ländern vor:

Tab. 2.1: Überblick über die Unterschiede des politischen Systems zwischen den drei Ländern

	Österreich	Schweiz	Ostdeutschland	Westdeutschland
Regierungssystem	Parlamentarische Demokratie	Direkte und parlamentarische Demokratie	Parlamentarische Demokratie	Parlamentarische Demokratie
Sperrklausel auf Nationalwahlen	4% oder ein Direktmandat	Keine	5% oder ein Direktmandat	5% oder ein Direktmandat
Parteiensystem	Drei großen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ) und zwei kleinen Parteien (Grünen, LIF)	Sehr fragmentiert: Regierungsparteien (FdP, CVP, SPS, SVP), Nicht-Regierungsparteien (GPS, FPS, SD, LdU, LPS, EVP, PdA, EDU usw.)	Zwei großen Parteien (CDU, SPD), eine mittlere große Partei (PDS) und eine kleine Partei (GRÜNE)	Zwei großen Parteien (CDU/CSU, SPD) und zwei kleinen Parteien (GRÜNE, FDP)
Rechtsstellung der Partei	Ja	Nein	Ja	Ja
Die staatliche Parteienfinanzierung	Ja	Nein	Ja	Ja

Quelle: Eigene Anordnung nach Darstellung von Rudzio 1996, Ismayr 1997, Linder 1997, Pelinka 1997, Drysch 1998

Auch die politische Gliederung und die Selbstverwaltungskörperschaften auf kommunaler Ebene weisen Unterschiede zwischen den drei Ländern auf. In Deutschland gibt es in den Bundesländer, die große Flächenländer sind, noch Bezirke, Kreise (kreisfreie Städte) und Gemeinden. In Österreich existieren in den Bundesländern nur politische Bezirke sowie Statutarstädte und Gemeinden. In der Schweiz sind die Kantone in Amtsbezirke und Gemeinden

(Städte) untergliedert. Die Kreise und die Gemeinden sind in der BRD die Selbstverwaltungskörperschaften. In Österreich und der Schweiz sind die Gemeinden und Städte die Selbstverwaltungskörperschaften. Der räumliche Geltungsbereich der Untergliederungen der Grünen Parteien auf Landesebene oder kantonaler Ebene deckt sich deshalb mit der entsprechenden politischen Gliederung in den Gemeinden (Städten), Landkreisen (kreisfreie Städten), Amtsbezirken, politischen Bezirken und Bezirken. Während in Deutschland die Kreisverbände die wichtigsten Kommunalsektionen der Grünen sind, spielen in Österreich und der Schweiz die Ortsgruppen der Grünen Parteien eine große Rolle (vgl. Kap.3).

Die Gemeindegrößen zwischen den drei Ländern sind auch sehr unterschiedlich. In der Schweiz und Ostdeutschland haben über 60% der Gemeinden nicht über 1000 Einwohner. In Österreich haben die meisten Gemeinden (65,0) zwischen 1000 und 5000 Einwohner. Die westdeutschen Gemeinden sind vergleichsweise noch größer (siehe Tab. 2.2).

Tab. 2.2: Gemeinden nach den drei Ländern und Gemeindegrößenklassen

	Gemeinden insgesamt	Gemeinden mit ... bis unter... Einwohner									
		Unter 1000		1000-5000		5000-10000		10000-50 000		50000 und mehr	
		N	%	N	%	N	%	N	%	N	%
Westdeutschland*	8513	2856	33,5	3326	39,1	1038	12,2	1128	13,3	165	1,9
Österreich	2351	623	26,5	1529	65,0	130	5,5	60	2,6	9	0,4
Schweiz	3019	1911	63,3	863	28,6	135	4,5	101	3,4	9	0,3
Ostdeutschland	6048	4069	67,3	1575	26,0	189	3,1	189	3,1	26	0,4

*Einschl. Berlin

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1998, Wiesbaden, S. 56-57

Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich, 1994, Wien, S. 18

Rüegg 1994: 46

Die bereits erwähnten Unterschiede der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sicherlich die Entwicklung und den Charakter der Grünen Parteien in den drei Ländern beeinflußt. Dies soll als ein wichtiger Hintergrund des Vergleichs der Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den drei Ländern betrachtet werden.

Der Untersuchungszeitraum ist grundsätzlich auf die Jahre 1994-1996 festgelegt. Dieser Zeithorizont ergibt sich hauptsächlich aus datentechnische und damit forschungspragmatischen Gründen. Es erweist sich als erhebliche Schwierigkeit, daß bei der schriftlichen Befragung die Befragten sich an viele zeitlich zurückliegenden Parteiaktivitäten nicht erinnern können. Um die präzise Antworten zu bekommen, soll der Untersuchungszeitraum auf die Jahre zwischen 1994 und 1996 beschränkt bleiben.

2.2 Methode der Untersuchung

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Frage, wie unterschiedlich die Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien zwischen den drei Ländern sind und von welchen Faktoren und Bedingungen die Unterschiede beeinflusst werden. Zur Beantwortung der Frage soll zunächst eine Totalerhebung der Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den drei Ländern durchgeführt werden. Daneben wird ein Erklärungsmodell erstellt, um die Unterschiede der Kommunalsektionen der Grünen Parteien zwischen den drei Ländern darzulegen.

Schriftlich befragt wurden alle Kreisverbände der deutschen Grünen, Bezirksgruppen oder Ortsgruppen der schweizerischen und österreichischen Grünen Parteien, in denen ein Vorstand oder eine Geschäftsstelle existiert. Die Adressen der Kommunalsektionen stammen von den Landesverbänden der deutschen Grünen, den Landesorganisationen der österreichischen Grünen und den kantonalen Partei der GPS. Die Kommunalsektionen der Grünen Parteien in Salzburg, Tirol, Schaffhausen, Solothurn und der Grünen in Basel-Land konnten wegen Unverfügbarkeit ihrer Adressen nicht befragt werden.

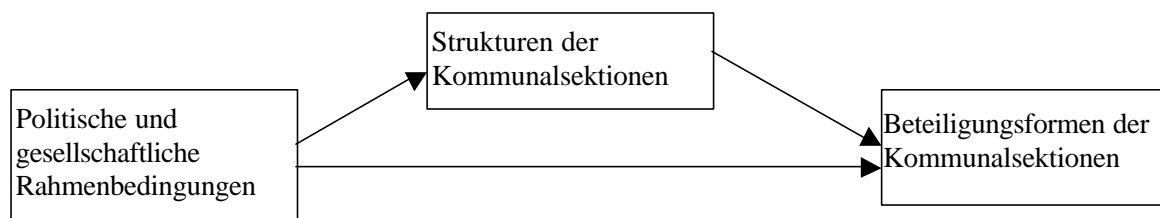
Die Fragebogen wurden insgesamt an 680 Kommunalsektionen der Grünen Parteien geschickt. Die Rücklaufquote betrug insgesamt 45,41%. Von den angeschriebenen westdeutschen Kreisverbänden antworteten 169, also 48,8%, von den angeschriebenen ostdeutschen Kreisverbänden antworteten 52, also 41,9% , von den angeschriebenen österreichischen Kommunalsektionen antworteten 45, also 36,0%, von den angeschriebenen schweizerischen Kommunalsektionen antworteten 41, also 48,2% (siehe Tab. 2.3). In Österreich ist das Verhältnis von Bezirksgruppen zu Ortsgruppen die sich an der Befragung beteiligten jeweils 10 zu 35. In der Schweiz jeweils 19 zu 22. Der Unterschied zwischen Bezirksgruppen und Ortsgruppen in Österreich und der Schweiz ist sehr gering. In der vorliegenden Untersuchung gelten die beiden Arten der Kommunalsektionen als gleich. Sie sind alle als Kommunalsektionen zu analysieren.

Tab. 2.3: Rücklaufquote der Fragebogen

	Versickte Fragebogen	Zurückhaltene Fragebogen	Rücklaufquote
Westdeutschland	346	169	48,8
Ostdeutschland	124	52	41,9
Österreich	125	45	36,0
Schweiz	85	41	48,2
Total	680	307	45,1

Das Erklärungsmodell der Untersuchung ist wie in Schaubild 2.1 gezeigt. Die Beteiligungsformen der Kommunalsektionen soll durch die Strukturen der Kommunalsektionen und die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erklärt werden. Die Strukturen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien gelten als "Intervenierende Variablen", weil sie einerseits Einfluß auf die Beteiligungsformen der Kommunalsektionen haben und andererseits von den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst werden. Die genauen Variablen und die Operationalisierung der Variablen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Strukturen der Kommunalsektionen werden im nächsten Abschnitt dargelegt.

Schaubild 2.1: Das Erklärungsmodell der Untersuchung



Basierend auf dem Erklärungsmodell werden zwei Vorgehensweisen angewandt. Erstens sind mit statistischen Methoden die Zusammenhänge zwischen den Strukturen und Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien zu analysieren und die Erklärungseffekte der Strukturen der Kommunalsektionen zu den Beteiligungsformen der Kommunalsektionen zu ermitteln. Diese Methode dient dem Ziel, die Unterschiede der Beteiligungsformen zwischen den Kommunalsektionen der Grünen Parteien innerhalb der jeweiligen Länder zu erklären.

Zweitens sollen durch eine qualitative Analyse die Auswirkungen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Strukturen und Beteiligungsformen der Kommunalsektionen herausgefunden werden. Mit Hilfe der Analyse werden die Unterschiede der Strukturen der Kommunalsektionen und Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien zwischen den drei Ländern erklärt.

2.3 Die Untersuchungsvariablen

Die verschiedenen Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den drei Ländern werden als abhängige Variablen definiert. Diese verschiedenen Beteiligungsformen

enthalten Informationsveranstaltungen, öffentliche Stellungnahmen in den Medien, Boykotte, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid, Demonstrationen, Verkehrsblockaden, Besetzungen, Bürgerinitiativen und Unterschriftensammlungen. Die Tabelle 2.4 zeigt, wie die Variablen gemessen werden.

Tab. 2.4: Die Operationalisierung der Variablen von Beteiligungsformen

Beteiligungsformen		Ausprägung
Häufigkeit der Parteiaktivitäten 1996	<ul style="list-style-type: none"> - Öffentliche Stellungnahmen in den Medien - Informationsveranstaltungen - Demonstrationen - Verkehrsblockaden - Besetzungen. - Bürgerinitiativen - Boykotte - Unterschriftensammlungen 	<ul style="list-style-type: none"> - häufig - gelegentlich - selten - nie
Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996	<ul style="list-style-type: none"> - Bürger-, Volksbegehren - Bürger-, Volksentscheide - Demonstrationen - Verkehrsblockaden - Besetzungen - Unterschriftensammlungen 	<ul style="list-style-type: none"> - organisiert - nicht organisiert

Die Strukturen der Kommunalsektionen enthalten die Geschichte der Kommunalsektionen, die Organisationsstruktur und innerparteiliche Aktivitäten. Die Zuordnung der Variablen zeigt Tabelle 2.5 gezeigt. Mit den Variablen werden die verschiedenen Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den jeweiligen Ländern erklärt. Diese Erklärung ist mit einer statistischen Analyse durchführen.

Tab. 2.5: Variable in den Strukturen der Kommunalsektionen

Geschichte der Kommunalsektionen	Innerparteiliche Aktivitäten	Organisationsstruktur
<ul style="list-style-type: none"> - Entstehungsweise - Gründungsjahr 	<ul style="list-style-type: none"> - Häufigkeit der Mitgliederversammlungen - Häufigkeit der Vorstandssitzungen - Informationsblatt - Arbeitsgruppe 	<ul style="list-style-type: none"> - Mitgliederzahlen - Parteiorgane - Satzung - Geldquelle - Konflikt zwischen Kommunalsektionen und Landes- oder Kantons-partei

Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den drei Ländern werden in der vorliegende Untersuchung als unabhängige Variablen betrachtet. Ihre Auswirkungen auf die Strukturen und Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den drei

Ländern werden in Kapitel 6 analysiert. Es bleibt allerdings zu fragen, welche politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen relevant sind und wie sie auf die Strukturen und Beteiligungsformen der Kommunalsektionen wirken.

Um die Fragen zu beantworten, werden zuerst die Variablen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen festgestellt. Wie in Kapitel 1 dargestellt, werden in Müller-Rommels Studie die unterschiedlich hohen Wahlergebnisse der Grünen Parteien in Westeuropa mit Hilfe von insgesamt sechs Strukturvariablen erklärt: Den Strukturen des sozioökonomischen Systems, des politischen Systems, des Parteiensystems, der außerparlamentarischen Kräfteverhältnisse, der politischen Werteorientierungen der Bürger sowie der parteiinternen Organisationsfähigkeit der Grünen Parteien (Müller-Rommel 1993: 27). Basierend auf den sechs Strukturvariablen wurden insgesamt 36 Variable von Müller-Rommel geprüft, in wie weit sie die unterschiedlich hohen Wahlergebnisse der Grünen Parteien in Westeuropa erklären können (Müller-Rommel 1993: 99-103). Diese Variablen sind jedoch nicht alle sinnvoll zur Erklärung der Strukturen und Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien. Die Beschäftigungsstruktur und der Föderalismus sind beispielsweise bedeutungslos für die hier ausgewählten drei Länder. Einige Variable, wie politischen Werte und Einstellungen der Bevölkerungen, können durch die politische Partizipation der Bevölkerung ersetzt werden. Basierend auf diesen Überlegungen werden insgesamt 13 Variable ausgewählt (siehe Tab. 2.6).

Tab. 2.6: Variablen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

Politisches System	<ul style="list-style-type: none"> - Wahlhürde - Direkte Demokratie - Parteiensystem <ol style="list-style-type: none"> 1. die Rechtsstellung der Partei 2. die staatliche Parteienfinanzierung 3. Rolle der grünen Parteien im Parteiensystem
Politische Partizipation der Bürger	<ul style="list-style-type: none"> - Unkonventionelle Partizipation der Bürger - Konventionelle Partizipation der Bürger
Sozialstruktur	<ul style="list-style-type: none"> - Bevölkerungsdichte der Kommunen - Gemeindegröße und -typ
Neuen soziale Bewegungen	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen - Sorte der neuen sozialen Bewegungen
Parteibildung der Bundesgrünen	<ul style="list-style-type: none"> - Entstehung der Bundespartei der Grünen - Konsolidierung der Bundespartei der Grünen

Schließlich werden die Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den jeweiligen Ländern als einheitlich bezeichnet, um die Auswirkungen der politische und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Unterschiede der Strukturen und Beteiligungsformen der

Kommunalsektionen der Grünen Parteien zwischen den drei Ländern zu ermitteln. Das politische System, die politische Partizipation der Bürger, die Sozialstruktur, Neuen sozialen Bewegungen und die Parteibildung der Bundesgrünen sind hier als erklärende Variablen für die Unterschiede der Strukturen und Beteiligungsformen der Grünen Parteien zwischen den drei Ländern anzusehen. Diese Erklärung ist mit einer qualitativen Analyse durchzuführen.

3 Der Überblick über die Grünen Parteien

In diesem Kapitel soll die Geschichte und Organisation von Grünen Parteien in drei Ländern beschrieben werden. Der Schwerpunkt der Darstellung steht erstens die Fragen nach dem Entstehungsprozess von grünen, alternativen und bunten Listen auf Kommunal- und Länderebene. Wie kamen die vielfältigen Bürgerinitiativen, neue soziale Bewegungen und linke Gruppen zu den grünen, alternativen und bunten Listen auf kommunaler Ebene zusammen? Wie entwickelten sich diese lokalen Listen zur Landes- oder Kantonalpartei? Zweitens wird gefragt nach der Geschwindigkeit der Entwicklung Grüner Parteien von Gründung bis Konsolidierung auf Bundesebene. Drittens werden die ordentliche Parteiorganisation von Grünen Parteien dargestellt. Die Darstellung sollte besonderes auf die Mitgliederentwicklung, Parteiorgane und Parteigliederungen der Grünen Parteien auf Bundes- und Landesebene konzentrieren. Am Ende werden die Geschichte und Organisation der Grünen Parteien in drei Ländern in einem kurz und bündigen Vergleich angestellt werden.

3.1 Deutschland

3.1.1 Die Geschichte von Bündnis 90/Die Grünen in der BRD

Die gegenwärtigen Grüne Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ in der BRD ist von westdeutschen Grünen „Die Grünen“ und ostdeutschem „Bündnis 90“ in 1993 assoziiert. Die folgenden Teile werden die Geschichte der Grünen und Bündnis 90 einzeln dokumentiert.

3.1.1.1 Die Entstehung der Grünen auf westdeutscher Länderebene

Bürgerinitiativen für Umweltschutz

Gegen Ende der sechziger Jahre entstanden in der Bundesrepublik Deutschland Bürgerinitiativen als Aktionsgruppen gegen administrative Maßnahmen, Behördenwillkür und Infrastrukturmängel. Ihre Aktionen richteten sich meist gegen Mißstände im Erziehungs- und Sozialbereich oder in der kommunalen Wohnungs- und Verkehrsplanung. Ihre Aktivitäten waren zeitlich und örtlich eng begrenzt, und ihre Mitglieder waren in der Regel Bewohner des betroffenen Stadtteils oder der betroffenen Gemeinde (Mez 1987: 263). Mit dem Aufkommen des ökologischen Themas verdichtete sich das Aktionsfeld der Bürgerinitiativen allerdings

zunehmend stärker auf diesen neuen Bereich. Ein Markstein dieser Tendenz war im Juni 1972 die Gründung des „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) aus damals 16 Mitgliedsinitiativen. Bis Mitte der siebziger Jahre waren in der BRD zwischen 15.000 und 20.000 Bürgerinitiativen entstanden, die in verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren wie Wohnen und Mieten, Schule, Kindergarten, Jugend, Randgruppen und kommunalen Einrichtungen aktiv ihre Interessen vertraten oder sich Umweltschutzproblemen im engeren Sinne widmeten. Die Zahl der Umweltschutz-Bürgerinitiativen wird dabei auf 3000 bis 4000 geschätzt, von denen sich ca. 1000 im BBU zusammengeschlossen haben (Klotzsch/Stöss 1984: 1510-1513).

Innerhalb der Umweltbewegung spielten und spielen die gegen die Nutzung der Atomkraft für wirtschaftliche (und militärische) Zwecke gerichteten Bürgerinitiativen eine bedeutende, wenn nicht gar ausschlaggebende Rolle. Massenhafter Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken setzte 1971/72 anlässlich eines zunächst bei Breisach und schließlich bei Wyhl geplanten Atomkraftwerks ein. Dort ansässige Weinbauern und AKW-Gegner aus der näheren Umgebung schufen einen Verbund westdeutscher, französischer und schweizerischer Bürgerinitiativen und stellten durch spektakuläre Aktionen (Bauplatzbesetzung, Volkshochschule) eine nicht nur politische, sondern auch juristische und kulturelle Gegenöffentlichkeit her (Klotzsch/Stöss 1984: 1512-1513). Am 18. Februar 1975 kam es zum ersten größeren Versuch eines gewaltfreien „Aufstandes“ in der Bundesrepublik Deutschland, als die badisch-elsässischen Initiativen⁸ den Bauplatz des geplanten Atomkraftwerks Wyhl am Kaiserstuhl besetzten. Mit diesem Akt des zivilen Ungehorsams erreichte der Kampf gegen Atomkraftwerke einen vorläufigen Höhepunkt (Mez 1987: 267). Nach weiteren Aktionen gegen Atomanlagen in anderen Bundesländern eskalierte der „Atomkonflikt“ Ende 1976 durch bürgerkriegsähnliche Zustände bei Demonstrationen gegen das geplante AKW bei Brokdorf. Und im März 1977 kam es schließlich zu einer blutigen Schlacht zwischen Demonstranten und Bewachern des festungsartig ausgebauten Bauplatzes für ein AKW bei Grohnde (Klotzsch/Stöss 1984: 1513). Die Hoffnung der Bürgerinitiativen, aus der Anti-AKW-Bewegung würde eine Volksbewegung werden, führte nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen in eine Sackgasse. Neue Aktionsformen mußten gefunden werden, um die Sympathien der Bevölkerung zurückzugewinnen. Um der Bürgerinitiativbewegung neue

⁸ Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen bestanden aus rund 50 Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz.

Impulse zu geben, wurde im Mai 1977 in Schwarmstedt die „Umweltschutzpartei“ (USP) gegründet (Müller-Rommel/Poguntke 1992: 319).

Die Gründungsphase der Grünen fällt auf das Ende der siebziger Jahre, als sich in einzelnen Städten und Landkreisen unterschiedliche Bürgerinitiativen und kommunale Wählervereinigungen an Wahlen beteiligten. Ohne solche kommunalen Vorläufer wäre es wohl nicht zur Gründung der Bundespartei Die Grünen gekommen. Es ist kaum möglich, die Geschichte der grünen Bundespartei richtig zu verstehen, ohne die Entstehungsprozesse der grünen, alternativen und bunten Listen in den einzelnen Bundesländern genauer zu kennen (Müller-Rommel/Poguntke 1992: 319).

Vorläufer der Grünen auf Länderebene

Die Entstehung der Grünen nahm ihren Anfang in Niedersachsen. Als Anfang 1976 der Plan für eine zentrale Atommüllwiederaufbereitungs- und endlagerungsstätte (im folgenden WAA) bekanntgegeben wurde, entstanden in Niedersachsen mehrere neue Bürgerinitiativen. Als möglicher Standort für die WAA standen zunächst die Orte Aschendorf, Lichtenmoor und Lutterloh bei Unterlüß zur Wahl, während Gorleben erst später benannt wurde. Die ersten Kreisverbände der neuen Umweltschutzpartei waren Kreis Fallingb., Hannover-Land, Uelzen, Hildesheim, Holzminden, Osterholz und Wilhelmshaven. Vergleicht man die geographische Lage dieser Kreisverbände mit den WAA-Projekten von 1976, so fällt auf, daß, abgesehen von Aschendorf, im Falle von Lichtenmoor im Kreis Fallingb., Hannover-Land und Lutterloh im Kreis Uelzen ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Entstehen der Kreisverbände und den WAA-Projekten besteht (Hallensleben 1984: 45-46).

Als sich am 11. Mai 1977 die niedersächsische Bürgerinitiative Schwarmstedt, die sich zur Abwehr des geplanten Atomkraftwerks Grohnde gebildet hatte, auf maßgebliches Betreiben des 36jährigen Oberregierungsrates Carl Beddermann zur „Umweltschutzpartei“ (USP) umformte, war nur den wenigsten Beteiligten klar, daß hier die Geburtsstunde für die vierte politisch-parlamentarische Kraft in der BRD geschlagen hatte. Das knappe Sechs-Punkte-Programm der USP, die schon den Blick auf die 1978 anstehenden Landtagswahlen in Niedersachsen richtete, konzentrierte sich auf umweltpolitische Fragen im engeren Sinne. Der Verzicht auf atomtechnische Anlagen, ein verstärkter Gewässer- und Artenschutz sowie der Erhalt von historisch gewachsenen Selbstverwaltungseinrichtungen standen dabei im Mittelpunkt. Aussagen zu Wirtschafts- oder außenpolitischen Fragen wurden nicht gemacht (Kleinert 1992: 14-15).

Ein anderer Versuch, eine Umweltschutzpartei zu gründen, ging von Georg Otto aus. Er trat als Vertreter der liberalsozialistischen Freiwirtschaftslehre für einen „Dritten Weg“ zwischen „westlichem Privat- und östlichem Staatskapitalismus“ ein. Im Februar 1977 hatte er auf einer Tagung des Weltbundes zum Schutze des Lebens den Zusammenschluß aller Umwelt- und Lebensschützer auf Bundesebene zu einer gemeinsamen Wahlliste angeregt und bei der Grohnde-Demonstration im März 1977 auf Flugblättern zur Wahlbeteiligung an der niedersächsischen Landtagswahl aufgerufen (Klotzsch/Stöss 1984: 1515). Im August 1977 hatte sich eine aus der Hildesheimer Bürgerinitiative gegen das AKW Grohnde hervorgegangene Gruppe um Georg Otto der USP als Kreisverband angeschlossen. Nach Differenzen um ein freisozial orientiertes Wirtschaftsprogramm spaltete sich der Kreisverband am 1. September 1977 als „Grüne Liste Umweltschutz“ (GLU) wieder von der USP ab. (Wünsch 1995: 46). Bei den Kommunalwahlen in Landkreis Hildesheim erzielten sie 1,2% der Stimmen und ein Mandat im Kreistag.

Im Kreis Hameln-Pyrmont fanden zum gleichen Zeitpunkt wie in Hildesheim vorgezogene Kreistagswahlen statt. Auch hier hatte sich als Reaktion auf den Atomkraftwerksbau in Grohnde eine Bürgerinitiative gebildet, allerdings erst spät, als die ersten Baugenehmigungen schon erteilt waren. Am Anfang gab es in dieser Bürgerinitiative viele bürgerliche Kräfte, auch CDU-Mitglieder und Ehepaare aus früheren Kindergarteninitiativen etc.. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen und Standpunkte spaltete sich die Bürgerinitiative in vier verschiedene Initiativen auf. Es gab die gemäßigte, bürgerliche Initiative „Bürger gegen Atom“ (BGA), in der auch Mitglieder der etablierten Parteien, Lehrer, wie die spätere Landtagswahlkandidatin der GLU, Heidrun Winkler, und Vertreter von Natur- und Umweltschutzvereinen, wie der über 70 Jahre alte Werner Schirr aus Bad Pyrmont, der Vorsitzender des Weltbundes zum Schutz des Lebens (WSL) war und später bei der GLU auch noch auf Bundesebene eine Rolle spielte, aktiv waren. Weiter gab es die „Bürgerinitiative Hameln“, die aus jüngeren Mitgliedern mit etwas stärkeren Sympathien für im weitesten Sinne sozialistisch oder gewerkschaftlich orientierte Gruppierungen bestand. Dann gab es die „GAU“, deren Name eine Anspielung auf den „größt-möglichen Atomkraftwerksunfall“ war. Diese Initiative bestand hauptsächlich aus Intellektuellen, die die Zeitung „Grohnder Landbote“ zur Information der Öffentlichkeit herausgaben, sie selbst finanzierten und verteilten. Und schließlich gab es noch die WGA, „Wählergemeinschaft - Atomkraft, nein danke“, die sich der SAG, der „Sozialistischen Arbeitergemeinschaft“, verbunden fühlte und sich an der Wahl beteiligte. Die Mitglieder der späteren GLU gingen in

erster Linie aus der BGA hervor, während die WGA einer Etablierung im Sinne der GLU skeptisch gegenüberstand. Im Landkreis Hameln-Pyrmont bekam die WGA 2,3% der Stimmen und einen Sitz im Kreistag (Hallensleben 1984: 66-67).

Nach dem Wahlerfolg der GLU in Hildesheim wollte die USP mit Blick auf die Landtagswahl in Niedersachsen 1978 mit Georg Otto über einen Zusammenschluß verhandeln, da die GLU (im Hinblick auf den Wahlerfolg) positive praktische Arbeit gezeigt hatte. Im November 1977 fusionierten die beide Gruppen zur niedersächsischen Landespartei GLU. Bei dieser Fusion wurde der Name GLU, aber das Programm der USP übernommen (Kleinert 1992: 16). Die neue Partei GLU hatte damals 11 Kreisverbände, wobei 8 der 11 Kreisverbände ursprünglich USP-Kreisverbände gewesen waren (Hallensleben 1984: 69).

Anläßlich der bevorstehenden Landtagswahl am 4. Juni 1978 fanden in Hannover zwei von der WGA initiierte Wahlkongresse statt, auf denen Bürgerinitiativen, Verbände und politische Organisationen die Bedingungen diskutierten, unter denen sie sich gegebenenfalls bereit finden wollten, die GLU zu unterstützen. Die GLU war zwar objektiv auf die Unterstützung der Bürgerinitiativen angewiesen, da sie sich bislang nur in etwa einem Drittel der Wahlkreise konstituieren konnte; in der Frage aber, die Partei den Bürgerinitiativen zu öffnen, war sie gespalten: Während ein Teil der GLU-Anhänger am Gründungskonzept festhielt, sprach sich ein anderer Teil, wohl überwiegend aus wahltaktischen Gründen, für eine stärkere Zusammenarbeit mit den Initiativen aus. Da sich Beddermann auf dem zweiten Kongreß mit dem Hinweis auf die noch von einem GLU-Kongreß zu verabschiedende Wahlplattform nur zu vagen Zugeständnissen bereitfand, sah sich der Kongreß nicht in der Lage, einen Unterstützungsbeschluß für die GLU zu fassen. Für die WGA war damit die Grundlage für eine mögliche Zusammenarbeit weggefallen. Dennoch ebnete die von Beddermann in Aussicht gestellte Kooperationsbereitschaft vielen engagierten AKW-Gegnern und BI-Mitarbeitern den Weg in die GLU, so daß sich das Kräfteverhältnis innerhalb der Partei deutlich zugunsten des bis dahin unbedeutenden basisdemokratischen, auf Kooperation mit den Bürgerinitiativen bedachten Flügels verschob. Auf einer späteren, der Kandidatenaufstellung dienenden Versammlung konnte sich der BI-Vertreter Martin Mombauer (Lüchow-Dannenberg) als Spitzenkandidat gegen den GLU-Vorsitzenden Beddermann durchsetzen (Klotzsch/Stöss 1984: 1517-18).

Mit der Perspektive des baldigen Einzugs in den niedersächsischen Landtag gelang es, bis Ende April 1978 die GLU in nahezu allen niedersächsischen Wahlkreisen zu gründen (Schnieder 1998: 68). Bei der Wahl am 4. Juni 1978 erzielte die GLU 151,733 Stimmen bzw.

3,9%, örtlich freilich wesentlich höhere Ergebnisse - im Wahlkreis Lüchow-Dannenberg (wo Gorleben liegt) beispielsweise 17,8%. Der schwelende Konflikt zwischen den verschiedenen politischen Richtungen innerhalb der GLU fand auf dem Parteitag in Liebenau (22./23.7.1978) mit dem Rücktritt Beddermanns und der Wahl Georg Ottos, Martin Mombaurs und Werner Schirrs zu gleichberechtigten Nachfolgern seinen Höhepunkt und vorläufigen Abschluß. Das Ausscheiden Beddermanns machte sichtbar, daß sich in der GLU fortan die Position eines „Dritten Weges“ jenseits von Kapitalismus und Sozialismus durchsetzte (Klotzsch/Stöss 1984: 1518). 1981 nahm die niedersächsische GLU offiziell den Namen „Die Grünen“ an.

Während sich die grünen Listen in Niedersachsen organisatorisch zu einer Partei zusammengeschlossen hatten, kam es in den anderen norddeutschen Ländern entweder zu Konkurrenz kandidaturen (Hamburg, Bremen) oder doch zumindest zu konkurrierenden Listengründungen (Schleswig-Holstein).

Anstoß für eine Beteiligung an der Bürgerschaftswahl in Hamburg gab die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU), die sich vor allem gegen den Bau des AKWs bei Brokdorf einsetzte. Im Gegensatz zu der GLU in Niedersachsen strebte man ein breites Bündnis von Initiativegruppen an. Am 29. Januar und am 18. März 1978 fanden in Hamburg auf diese Anregung der BUU (Hamburg) hin Wahlkongresse statt, zu denen eine außerordentlich heterogene Teilnehmerschaft aus Delegierten von Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen, von Frauen-, Mieter-, Schüler-, Jugend- und Ausländergruppen erschienen war; ferner nahmen Gewerkschafter, Vertreter der „Homosexuellen Aktion Hamburg“, der Gefangenenselbsthilfe, der Natur- und Lebensschutzverbände und schließlich Vertreter ökologisch orientierter Kleinparteien wie die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), die Freisoziale Union (FSU), die Europäische Föderalistische Partei (EFP) sowie Vertreter anderer politischer Gruppierungen, wie etwa des Kommunistischen Bundes (KB), daran teil (Klotzsch/Stöss 1984: 1519).

Am 18. März konstituierte sich das radikaldemokratische und in weiten Teilen dem linken Flügel der Umweltbewegung zuzurechnende Bündnis als *Bunte Liste - Wehrt Euch. Initiativen für Demokratie und Umweltschutz* (BLW), in dem der Kommunistische Bund (KB) über erheblichen Einfluß verfügte. Dagegen gründeten die Konservativen Umweltschützer im April 1978 die „Grüne Liste Umweltschutz Hamburg“ (GLU/HH). Gespräche über eine gemeinsame Kandidatur zur Bürgerschaftswahl 1978 scheiterten einerseits, weil die GLU/HH nicht mit kommunistischen Gruppierungen zusammenarbeiten wollte, und andererseits, weil

die Bunten sich weigerten, gemeinsam mit einigen Rechtsextremisten auf der Liste der GLU zu kandidieren (Müller-Rommel 1992: 321). Bei der Bürgerschaftswahl am 4. Juni 1978 erzielte die BLW 3,5% und die GLU 1,0% der Stimmen. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen zog die BLW mit zwei Abgeordneten in die Bezirksversammlung von Eimsbüttel ein (Klotzsch/Stöss 1984: 1521).

Nach der Wahl war die vom KB dominierte Bunte Liste im Frühjahr 1980 praktisch zerbrochen. Die Gruppe Z⁹ ging zu den Grünen und übernahm von Anfang an die Kontrolle der Hamburger Grünen, die 1980 einen kurzen Aufschwung erlebten, um dann aber in der Stadt eine Nebenrolle zu spielen, relativ isoliert vom linksradikalen Milieu. Aus dem KB rekrutierte sich ein Jahr später das Bunte Liste Initiativentreffen, das vor allem die Fragen einer Kandidatur bei den Bürgerschaftswahlen 1982 vorbereitete. Im November 1981 wurde die Alternative Liste (AL) gegründet. Personell von der alten Bunte Liste/KB-Mehrheit dominiert, durch neue Personen und organisationspolitische Innovationen für ein weiteres Linksspektrum attraktiv gemacht, war die Zusammenfassung der außergrünen Kräfte in der AL die Voraussetzung für die nun folgenden Verhandlungen zwischen den Grünen und der AL. Die Gründung der Grün-Alternativen Liste (GAL) im März 1982 war ein in zähen Verhandlungen erreichter Kompromiß, der die 1979 zerstrittenen KB-Fraktionen nach einer Abkühlung der Gemüter in getrennten Organisationen und unter dem Zwang des wahlpolitischen Überlebens wieder zusammenführte. Die GAL war zunächst nur ein gemeinsamer Wahlvorschlag der getrennt weiterexistierenden Grünen und AL. Am 1. Dezember 1984 hielten die Grünen und die AL schriftlich fest, daß die GAL den Landesverband der Grünen in Hamburg stellen sollte (Raschke 1993: 297-300). Im Oktober 1984 schloß sich die GAL der Bundespartei „Die Grünen“ an und kandidierte zur Bürgerschaftswahl 1986 erstmals als organisatorisch einheitliche Formation unter dem Namen „Die Grünen/GAL“ (Müller-Rommel/Poguntke 1992: 319).

In Schleswig-Holstein setzte die Wahldiskussion Ende 1977 anlässlich der kurz bevorstehenden Kommunalwahl ein. Nach zwei vorbereitenden Treffen in Nordfriesland konstituierte sich am 14. Januar 1978 die Grüne Liste Nordfriesland (GLNF). Anders als die Bunte Liste in Hamburg räumte man hier der Ökologie absoluten Vorrang vor allen anderen politischen Bereichen ein. Initiativgruppen, die nicht im Umweltschutz tätig waren, wurde die Aufnahme verwehrt. Daneben existierte seit September 1977 die „Wählergemeinschaft zur Erhaltung der Wilster Marsch“, die sich gegen das AKW-Brokdorf, aber auch gegen

Ansiedlungen von Großchemieprojekten in der weiteren Umgebung wandte. Sie kandidierte unter dem Namen „Grüne Liste unabhängiger Wähler“ (GLUW) zum Kreistag in Steinburg. Nach der Kommunalwahl am 5. März 1978 zog die GLNF mit zwei Abgeordneten (6,0%) in den Kreistag von Nordfriesland und die GLUW mit drei Abgeordneten (6,6%) in den Kreistag von Steinburg ein. Am 21. Mai 1978 entstand schließlich in Rendsburg auf Initiative von Mitgliedern der GLNF und der GLUW die Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH). Durch einen mit 32 zu 31 Stimmen gefaßten Abgrenzungsbeschluß nach rechts und links erwehrte sie sich von Anfang an der Mitarbeit vor allem radikaldemokratischer und sozialistischer Kräfte, deren Vorstellungen ihnen unvereinbar mit der eigenen ökologischen Zielsetzung erschienen. Die Verankerung organisatorischer Unvereinbarkeitsbeschlüsse bildete dann auch das einzige Kriterium dafür, ob der GLSH-Vorstand - dem auch der pittoreske Öko-Bauer Baldur Springmann angehörte - die sich nun vielerorts spontan bildenden Kreisverbände als offizielle Kreisverbände der GLSH anerkannte. Trotz dieser rigiden Aufnahmebedingungen fand der Vorstand auf einer Mitgliederversammlung in Wilster (24. 9. 1978), wo sich die GLSH als politische Partei konstituierte, nicht den ungeteilten Beifall für einen Abgrenzungsbeschluß gegenüber "Kommunistische Gruppen" (K-Gruppen). Obwohl die Teilnehmer der Mitgliederversammlung vorher schriftlich erklären mußten, „daß sie nicht Mitglied einer neofaschistischen Organisation oder einer K-Gruppe“ seien, stimmten nur 95 der 175 Anwesenden für einen formalen Unvereinbarkeitsbeschluß. Aufgrund dieses vor allem gegen an der Mitarbeit interessierte Kommunisten gerichteten Verbots der Doppelmitgliedschaft verließen ca. 60 Teilnehmer die Versammlung. Am 5. November 1978 gründeten die ausgetretenen bzw. gar nicht erst aufgenommen GLSH-Dissidenten, Vertreter von Bürgerinitiativen und politischen Gruppierungen (KB u.a.) die Liste für Demokratie und Umweltschutz (LDU), die ihren Willen zu einem zügigen Ausbau zu einer landesweit in den Bürgerinitiativen verankerten alternativen Wahlliste bekanntgab, sich an der bevorstehenden Landtagswahl aber nicht beteiligte. Die GLSH erreichte am 29. April 1979 2,4% der Stimmen (Klotzsch/Stöss 1984: 1522-23).

Mit der Gründung der Bundespartei vereinigten sich Anfang 1980 GLSH und LDU zum Landesverband der Grünen. Die Einheit bestand allerdings nur wenige Wochen. Bei den Kommunalwahlen 1982 kandidierten Grüne und GLSH in den kreisfreien Städten Lübeck und Flensburg gegeneinander. In beiden Städten lag das grüne Gesamtergebnis deutlich über dem Landesdurchschnitt, konnte aber wegen der jeweiligen Aufspaltung nicht in Rathausmandate

⁹ Die Gruppe Z bestand als Abspaltung vom KB (seit 1979) (Raschke 1993: 171).

umgemünzt werden.¹⁰ Eine Fusion der GLSH und der Grünen erfolgte erst Anfang 1983, denn der Bundesvorstand zwang seinen Landesverband in das Bündnis. In der Landtagswahl 1983 erzielten sie aber nur enttäuschende 3,6 Prozent. Nach den aufreibenden Fusionsverhandlungen und dem deprimierenden Wahlergebnis zogen sich viele Aktive, insbesondere ehemalige GLSH-Mitglieder, aus der Landespolitik zurück. Organisatorisch waren die schleswig-holsteinischen Grünen bis 1982 gespalten, inhaltlich bis 1990. Als Landesverband wurden sie erst mit dem Landtagswahlkampf 1992 wirklich handlungsfähig (Oetting 1993: 378-379).

Nach dem erfolgreichen Abschneiden der grünen und bunten Listen in Niedersachsen und Hamburg 1978 fand sich auch in Bremen ein „Initiativkreis für eine Grüne/Bunte Liste in Bremen und Bremerhaven“ zusammen. Dem seit Frühjahr 1978 bestehenden Initiativkreis gehörten neben dem üblichen Spektrum von Interessenten ein Kreis von Sozialdemokraten sowie eine kleine Gruppe von Christdemokraten an, die sich in der Partei Freier Bürger (PFB) zusammengefunden hatten. Am 19. Dezember 1978 verließen 27 SPD-Mitglieder ihre Partei. Zwei von ihnen, Olaf Dinné und Peter Willers, ergriffen die Initiative zur Bildung der Wählergemeinschaft Bremer Grüne Liste (BGL), deren Gründung der Presse am 8. Februar 1979 mitgeteilt wurde. Es gelang der BGL, ein breites, von weit rechts bis hin zu „undogmatischen“ Sozialisten reichendes Spektrum sie unterstützender Personen zu gewinnen und sich gleichzeitig gegen Anhänger bzw. Mitglieder kommunistischer Organisationen abzuschotten (Klotzsch/Stöss 1984: 1529-30). Letztere gründeten daraufhin im Mai 1979 die „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz Bremen“ (AL), die hauptsächlich vom „Kommunistischen Bund“ beeinflusst war. Nachdem mehrere Einigungsversuche gescheitert waren, kandidierten beide Listen zur Bürgerschaftswahl im Oktober 1979. Mit dem Ergebnis von 5,1 Prozent für die BGL gelang es zum ersten mal einer grünen Liste, in ein Landesparlament einzuziehen. Zusätzlich erreichte die AL 1,4 Prozent der Stimmenanteile (Müller-Rommel/Poguntke 1992: 322).

Unmittelbar nach dieser Wahl war neben der BGL ein grüner Landesverband im Zuge der Parteigründung der Grünen auf Bundesebene gegründet worden, dem auch die übergroße Mehrheit der ehemaligen Mitglieder der BGL angehörten.¹¹ Nach einer Abstimmungsniederlage von Olaf Dinné und seinen Anhängern im grünen Landesverband, bei

¹⁰ Lübeck: GLSH 3,33%, Grüne 3,31%. Flensburg: GLSH 4,06%, Grüne 2,81%. Zum Vergleich: In Kiel kamen die alleinkandidierenden Grünen auf 5,01%.

¹¹ Da die BGL nur ein Wahlbündnis war, für das es keine förmliche Mitgliedschaft gab, konnten die dort Engagierten gleichzeitig Mitglieder bei den Bremer Grünen werden (Raschke 1993: 285).

dem es nur vordergründig um die Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 1980 ging, zog er sich einschließlich ca. 30 ehemaliger BGL-Mitglieder Mitte 1980 aus dem damals ca. 200 Mitglieder umfassenden grünen Landesverband zurück. Die Ausgetretenen blieben weiterhin als BGL bestehen. Das von der DKP initiierte „Betrieblich-Alternative-Bündnis“ gründete mit Hilfe einiger linken Kräfte die „Betrieblich-Alternative-Liste“ (BAL). Diese war einzig gegründet worden, um sowohl die BGL als auch die Grünen bei den Bürgerschaftswahlen unter Fünf Prozent zu drücken und damit Verhandlungen mit der BAL zur Schaffung eines neuen Bündnisses durchzusetzen (Dormann 1992: 245-6). Bei den Wahlen zur Bürgerschaftswahl am 25.9.1983 fielen 5,4% der Stimmen auf die Grünen, 2,4% auf die BGL und nur 1,3% auf die BAL. Bei der Bürgerschaftswahl von 1987 kandidierten nur noch die Grünen, während sich die BGL inzwischen aufgelöst hatte (Müller-Rommel/Poguntke 1992: 323).

Die Entstehungsgeschichte der AL reicht zurück bis zum Sommer 1978. Auf Einladung von fünf Stadtteilzeitungen trafen sich am 9. Juni Vertreter zahlreicher Gruppen, Strömungen und Schattierungen der parlamentarisch wie außerparlamentarisch orientierten Linken, Anhänger diverser Initiativen, politischer Zirkel, Stadtteilgruppen, Organisationen und Parteien, aber nur wenige Mitarbeiter von Bürgerinitiativen und kaum Mitglieder von traditionellen Umweltschutzverbänden (Klotzsch/Stöss 1984: 1531).¹² Am 5. Oktober 1978 wurde auf einer Mitgliederversammlung die AL gegründet und in der Gründungserklärung ein Unvereinbarkeitsbeschuß gegenüber Kommunisten abgelehnt. Dies hatte für Otto Schily und die wenigen bürgerlichen Ökologen in der „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger“ (WUB)¹³ Zehlendorf die Konsequenz, noch am gleich Abend die AL zu verlassen (Dormann 1992: 213).

Die AL gliederte sich einerseits nach regionalen Gesichtspunkten (Bezirksgruppen), andererseits nach thematischen Schwerpunkten (Bereichsgruppen). Wichtige Bereiche waren: Frauen, Demokratische Rechte, Gesundheit, Schule, Schwule und Lesben, Betrieb und Gewerkschaft, Naturschutz, Kultur und Ausländer. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 18. März 1979 erzielte die AL 3,7 Prozent der Stimmen. Bei den gleichzeitig stattfindenden

¹² Es mangelte in West-Berlin an AKW-Projekten und folglich an einer breiten Anti-AKW-Bewegung, die den Ausgangspunkt für eine bunte Liste hätte bieten können. Auch gab es keine vergleichbar aufsehenerregenden Umweltkonflikte (Klotzsch/Stöss 1984: 1531).

¹³ Die WUB war 1974 aus einer Zehlendorfer Bürgerinitiative entstanden, 1975 mit sechs Abgeordneten in das Bezirksparlament eingezogen und hatte sich zu einer respektablen Wählergemeinschaft im traditionellen Sinne entwickelt, die sich unter partizipationsorientierten Gesichtspunkten allen kommunalen Problemen annahm (Klotzsch/Stöss 1984: 1531).

Bezirkswahlen zog sie jedoch in vier Bezirksverordnetenversammlungen mit insgesamt zehn Mandaten ein (Klotzsch/Stöss 1984: 1532).

Die KPD war bis zu ihrer Auflösung Mitte 1980 in der AL organisatorisch und personell dominant. Im Zuge der Selbstauflösung der KPD entschlossen sich das Sozialistische Büro, die Sozialistischen Studiengruppen und später auch Otto Schily, erneut in der AL mitzuarbeiten. Die AL konnte deswegen als ein Schritt auf dem Weg zum „Modell eines basisdemokratischen innerlinken Pluralismus“ gesehen werden (Raschke 1993: 275).

Der als Konkurrenz zur AL gedachte grüne Landesverband wurde am 13.11. 1979 mit ca. 100 Mitgliedern gegründet. Die Anerkennung durch den Bundesvorstand der Grünen blieb aus, was angesichts des auch dort seinerseits realisierten Durchsetzungsvermögens traditionssozialistischer Politik nicht verwundert. In West-Berlin kontrollierten damals ca. 400 AL-Mitglieder, die auch Mitglied im grünen Landesverband wurden, die Konkurrenzgründung. Der Landesverband wurde schon früh zum Vehikel der AL, als für den Bundesparteitag der Grünen in Karlsruhe Mitte Januar 1980 Delegierte zu benennen waren. Da die AL kein eigenständiges Delegationsrecht zugebilligt worden war, wurden kurzerhand über den grünen Landesverband die „richtigen Delegierten“ für den Karlsruher Gründungsparteitag benannt. Am 4.12. 1982 wurde auf der Mitgliederversammlung der Alternativen Liste ein Vertragsentwurf über das künftige Verhältnis zwischen der AL und den Grünen mit ca. einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet, der die Interessenvertretung der Grünen in Berlin durch die AL, das volle Stimmrecht in allen Bundesgremien der grünen Partei und das Erlöschen eines grünen Landesverbandes der Grünen in Berlin vorsah. Dieser Vertrag wurde auf der Mitgliederversammlung der AL am 30.10.1983 mit großer Mehrheit angenommen und auf dem Bundesparteitag der Grünen in Duisburg vom 18.-20.11.1983 mit ca. 90% der Mehrheit gutgeheißen (Dormann 1992: 217-220).

Die Geschichte der grünen Listen in Hessen begann im April 1978 mit der Gründung der Grünen Liste Umweltschutz Hessen (GLU/Hessen), die auf Betreiben des damaligen niedersächsischen GLU-Vorsitzenden Carl Beddermann erfolgte. Am 10. und 11. Juni 1978 schloß sich die GLU/Hessen in Frankfurt mit Umweltschützern, Bürgerinitiativen und politischen Gruppen (darunter die hessische AUD und das Sozialistische Büro) zur „Grünen Liste - Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie“ (GLW) zusammen. Mit dem wachsenden Engagement Frankfurter „Sponti-Initiativen“, Gruppen der „neuen Linken“, des KB und der maoistischen KPD im Rahmen der GLW begann sich die GLU jedoch aus dem Bündnis zurückzuziehen. Der GLU-Vorstand verhandelte statt dessen mit den Anhängern

Herbert Gruhls, die zu dieser Zeit die Gründung der Grünen Aktion Zukunft (GAZ) vorbereiteten. Aber der erste Parteitag der GLU Hessen (15./16.7.1978) lehnte den einstimmig gefaßten Beschluß ihres Landesvorstandes ab, die hessische GLU in die GAZ zu überführen, und sprach sich mehrheitlich für ein engeres Zusammengehen mit der GLW aus. Der am 23. Juli erfolgte Zusammenschluß von GLU und GLW zur Grünen Liste Hessen (GLH) wurde aber nicht von allen GLU-Mitglieder akzeptiert. Ein Teil wendete sich nun doch noch der hessischen GAZ zu (Klotzsch/Stöss 1984: 1523-4).

Innerhalb der GLH kam es sofort zu Auseinandersetzungen über Bündnisbreite, Abgrenzung zu linken Gruppen, Programmatik, Priorität ökologischer Forderungen sowie über die Kandidatur des ehemaligen Studentenführers Daniel Cohn-Bendit. Anfang August 1978 schließlich löste sich die GLH wieder in ihre beiden Bestandteile auf. Die GLW kandidierte bei der Landtagswahl weiter als GLH, Teile der GLU und einzelne Mitglieder der AUD schlossen sich der rechtskonservativen GAZ an. Bei der Landtagswahl am 8. Oktober 1978 erlangte die GAZ 0,9% und die GLH 1,1% der Stimmen (Klotzsch/Stöss 1984: 1524).¹⁴

Am 15.12.1979 wurde im mittelhessischen Linden-Leihgestern (in der Nähe Gießens) der Landesverband Die Grünen-Hessen gegründet, in den nach vier Monaten die meisten GLH-Mitglieder eintraten (Johnsen 1988: 15). Bei den Kommunalwahlen vom 22. März 1981 traten die Grünen nur vereinzelt in Städten, Gemeinden und Landkreisen an. Aber einen Aufschwung verzeichneten die hessischen Grünen dann bei der Landtagswahl im September 1982, als sie 8 Prozent der Stimmen erhielten (Kleinert 1994: 136-7). Bei der Neuwahl zum Landtag im September 1983 ging ihr Stimmenanteil wieder auf 5,9 Prozent zurück. Dennoch wurden die Grünen mit diesem Wahlergebnis zum Koalitionspartner der SPD.

In Nordrhein-Westfalen wurde die GLU bereits am 19. Juni 1978 gegründet. Und noch bevor ihre rund 100 Mitglieder nennenswerte Erfolge einer regionalen Verankerung hätten verzeichnen können, wurde die GLU durch die Versuche ihres Landesvorstandes, sie in einen Landesverband der GAZ zu überführen, im August 1978 gespalten. Während die Rest-GLU dadurch zumindest vorerst handlungsfähig war, konnte der Anfang September gegründete GAZ-Landesverband Anfang 1979 immerhin einen Zustrom von 400 konservativen Umweltschützern verzeichnen. Damit war die GAZ Nordrhein-Westfalen zum mitgliederstärksten Landesverband ihrer Partei geworden - und dies, obwohl es ihr wegen ihrer extrem bündnisfeindlichen Politik, die sich vor allem gegen die Bestrebungen ihres

Bundesvorsitzenden Gruhl um einen Zusammenschluß der GAZ mit der GLU, GLSH und AUD zur „Sonstigen Politischen Vereinigung“ (SPV „Die Grünen“) richtete, das gesamte konservative Spektrum anzusprechen. Dem größten Teil der Umweltschutzbewegung konnte sie ebensowenig eine politische Heimat bieten wie Mitarbeitern und Initiativen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen, die nach einer für sie wählbaren Alternative suchten (Klotzsch/Stöss 1984: 1532-3).

So entstanden neben der GAZ zahlreiche bunte und alternative Listen auf regionaler/kommunaler Ebene. Vor den Kommunalwahlen am 30. September 1979 fanden je nach lokalen Bedingungen vielfältige Bündnisgespräche über eine gemeinsame Kandidatur zwischen Anhängern von GLU, SPV, AUD, Bunten und Alternativen statt, an denen sich teilweise auch Mitglieder der GAZ beteiligten. Das Wahlergebnis brachte - vor allem in Gebieten, in denen es aktuelle Umweltschutzkonflikte gab - ansehnliche Erfolge und zahlreiche Kreistagssitze. Sie kamen nicht nur in den Großstädten Bielefeld, Leverkusen, und Münster in die Stadtparlamente, sondern auch in Datteln, Marl, Marsberg, Nienberge und Waltrop (Klotzsch/Stöss 1984: 1533).

Am 16. und 17. Dezember 1979 wurde in Hersel bei Bonn die Landespartei „Die Grünen Nordrhein-Westfalen“ von zahlreichen Mitgliedern der kommunalen Listen und verschiedenen Gruppen gegründet. Auf den folgenden Landesdelegiertenversammlungen (am 23.2.1980 in Wesel und vom 7. bis 8.3.1980 in Herne) wurde die Frage der weiteren Mitgliedschaft in anderen Parteien recht kontrovers diskutiert. Man beschloß schließlich, „Doppelmitgliedschaften“ nur noch bis zum 30.4.1980 zuzulassen. Bei der Landtagswahl im Mai 1980 entschieden sich auf Anhieb drei Prozent der Wähler für die Grünen, die es noch rechtzeitig geschafft hatten, in allen 151 Wahlkreisen zu kandidieren. Einen unerwartet großen Wählerzustrom erlebten die Grünen in der Kommunalwahl vom 30. September 1984. Sie erhielten zusammen mit grünnahen Listen mehr als 9,1% der Stimmen (Wiesenthal 1985: 151-4). Seit der Kommunalwahl 1994 gibt es in rund 100 Kommunen in Nordrhein-Westfalen gemeinsame Mehrheitsbildungen, meist mit der SPD. Erst 1990 zogen die Grünen mit 12 Abgeordneten in den Landtag ein. Fünf Jahre später konnten sie mit einer doppelt so großen Fraktion überraschend die absolute SPD-Mehrheit brechen, so daß es zu einer rot-grünen Koalition kam (Bündnis/Die Grünen Nordrhein-Westfalen 1998).

¹⁴ Die mittlerweile zwischen GLH und GAZ aufgeriebenen GLU hatte am 26.8.1978 beschlossen, auf eine Kandidatur zu verzichten. Lediglich in einem Wahlkreis stellte sich ein GLU-Mitglieder zur Wahl und erhielt 274 Stimmen (Klotzsch/Stöss 1984: 1524).

In Rheinland-Pfalz wurde bereits im Jahr 1978 eine „Grüne Liste Umweltschutz“ gegründet. Nach der Europawahl war gleichzeitig mit Baden-Württemberg am 30. September 1979 ein Landesverband der SPV gegründet worden. Diese aufgesetzte Organisation hatte nicht einmal hundert Mitglieder. Die Bürgerinitiativen im Umkreis der Atomkraftwerksprojekte Mülheim-Kärlich und Neupotz blieben vorerst draußen. Allerdings entstanden in Rheinland-Pfalz Anfang der achtziger Jahre während der Ausbreitungsphase der Friedensbewegung viele neue Initiativen (Mez 1987: 275). Vor allem die starke militärische Präsenz der Amerikaner in diesem Bundesland und die damit verbundenen militärischen Einrichtungen wie zum Beispiel der Flugplatz Ramstein, das Atomwaffenlager in Hasselbach oder das Giftgaslager waren immer wieder Ziele zahlreicher Demonstrationen der Friedensbewegung, als deren integraler Bestandteil sich die Landespartei verstand (Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz 1997). Ein erster dreiköpfiger Vorstand, bestehend aus Helga Vowinckel, Erhard Brunne und Peter Keuer, begann mit dem mühsamen Parteiaufbau auf Landesebene. Auf einem Landesparteitag im April 1980 wurde ein laut Satzung aus 11 Personen paritätisch zusammengesetzter Landesvorstand gewählt. Bei der ersten Landtagswahl, an der sich die Grünen beteiligten, verfehlten sie zwar 1983 den Einzug in den Landtag, doch aus dem Stand erreichten sie in diesem nach fast übereinstimmender Bewertung konservativ geprägten Bundesland 4,5 Prozent der Stimmen. Als die Grüne Landespartei 1979 gegründet wurde, war sie in den kommunalen Räten noch nicht verankert. Bei der Kommunalwahl 1984 zogen ihre KommunalvertreterInnen in zahlreiche Kreistage, Stadträte, Verbandsgemeinde- und Gemeinderäte ein - 210 Grüne schafften den Sprung in insgesamt 130 Kommunalparlamente. Mit 5,9 Prozent bewältigte der Grüne Landesverband 1987 zum ersten Mal bei Landtagswahlen die 5-Prozent-Hürde und zog mit fünf Abgeordneten in den Landtag ein (Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz 1997).

In Baden-Württemberg verlief der Gründungsprozeß wesentlich harmonischer. Durch das erfolgreiche Abschneiden bei der Europawahl beflügelt, bildete sich am 30. September 1979 ein Landesverband, der organisatorisch vor allem von drei Gruppierungen getragen wurde: der baden-württembergischen AUD, dem dortigen Landesverband der GAZ und dem „Achberger Kreis“;¹⁵ beteiligt waren neben Mitgliedern von Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden

¹⁵ Der Achberger Kreis strebte gesellschafts- und außenpolitisch eine Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus, zu West und Ost, an. Die Vertreter der Gruppe waren betont basisdemokratisch und antimilitärisch eingestellt und betteten die ökologische Frage in den Gesamtzusammenhang der Entwicklung von Industriesystemen ein. Sie wollten Vertreter kommunistischer Parteien sehen und zielten auf ein diskursives Nebeneinander der verschiedenen Gruppen, Strömungen und Interessen der Bewegung (Klotzsch/Stöss 1984: 1548).

auch die wenigen Anhänger der GLU im Südweststaat (Klotzsch/Stöss 1984: 1530). Die baden-württembergischen „Grünen“ entwickelten sich rasch zu einem erfolgreichen Landesverband. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 1979 erzielten sie neun Kreistagmandate (in Tübingen, Claw, Hohenlohe, Esslingen) und in der Landtagswahl 1980 zogen sie erstmals in einem Flächenland mit 5,3 Prozent der Stimmen ins Landesparlament ein (Müller-Rommel 1993: 60).

Baden-Württemberg ist neben Bayern der einzige Landesverband der Grünen, in dem die ökologisch-wertkonservativen Kräfte das führende politische Potential darstellen. Die Grünen in Baden-Württemberg entstanden aus vier politischen Segmenten, die besonders in der Gründungsphase ausgeprägt vorhanden waren. Die bürgerlichen Parteien AUD und GAZ, dazu die schwache GLU, schlossen sich mit Leuten aus den ökologischen Bürgerinitiativen zusammen und nahmen - eine Besonderheit des Landesverbandes - eine kräftige anthroposophische Tendenz mit auf,¹⁶ repräsentiert vor allem durch den Achberger Kreis (Raschke 1993: 249). Hierzu in Opposition standen die „undogmatisch“-sozialistischen Basisgruppen der Universitätsstädte Karlsruhe, Tübingen, Heidelberg und Freiburg, die in den dortigen grünen Kreisverbänden Einfluß hatten. Diese sozialistischen Kräfte sorgten wiederholt für Auseinandersetzungen im Landesverband; sie wollten eine aus ihrer Sicht sich vollziehende „Reduzierung“ des landespolitischen Profils auf eine ökologisch-wertkonservative Partei verhindern. Diese Opposition konnte jedoch die politischen Mehrheitsverhältnisse im Landesverband nicht entscheiden verändern (Dormann 1992: 279-83).

Bei den Landtagswahlen 1984 konnten die Grünen trotz öffentlich ausgetragener innerparteilicher Querelen auf der Bundesebene, landesspezifisch organisatorischer Pannen und einer völlig ausgewechselten Spitzenmannschaft zum Erstaunen der politischen Beobachter ihren Stimmenanteil noch um fast drei Prozentpunkte auf insgesamt acht Prozent erhöhen. Die Grünen wurden damit, neben der SPD und der CDU, zur drittstärksten Fraktion im Landtag (Müller-Rommel/Poguntke 1992: 325).

Bei den Kommunalwahlen im März 1978 vertrat die AUD als einzige Gruppierung landesweit ökologische Interessen. Örtlich war es zur Kooperation mit konservativen und mit radikaldemokratischen Basisinitiativen gekommen. In Erlangen eroberte die aus AUD, „Stadtindianern“, fränkischen Regionalisten und Radlern bestehende „Grüne Liste“ einen

Stadtratssitz. Im Landkreis Starnberg erreichte die AUD ein Kreistagsmandat, in dem dort liegenden Städtchen Gauting einen Gemeinderatssitz (Klotzsch/Stöss 1984: 1526). Vor der Landtagswahl 1978 signalisierte die AUD ihre Gesprächsbereitschaft zu einer gemeinsamen Kandidatur mit den bayerischen Naturschutzverbänden und Bürgerinitiativen. Die Listengemeinschaft „AUD/Die Grünen“, ein Mitte-Rechts-Bündnis unter Ausschluß von linken Kräften, erzielte 1,8% der Stimmen auf Landesebene (Müller-Rommel/Poguntke 1992: 324-5).

In Bayern übte die AUD ein starkes Gewicht auf die Gründung des grünen Landesverbandes aus: Hier gelang es ihr im Oktober 1979, die Ämter des Vorsitzenden, die seiner beiden Stellvertreter und das des Schatzmeisters der Grünen zu besetzen (Fogt 1991: 237). Dennoch versuchten die linksradikalen Kräfte, zumeist aus den Kreisverbänden Nürnberg und München-Nord, auch eine politische Verschiebung des Landesverbandes nach links durchzusetzen. Aber ihr Versuch konnte nicht die mehrheitliche Position des Landesverbandes verändern (Dormann 1992: 272-78). Bei der Landtagswahl 1982 verfehlten die Grünen mit 4,6% der Stimmen nur knapp die Fünf-Prozent-Hürde. Erst 1986 wurden sie mit 7,5% der gültigen Stimmen in den Landtag gewählt, wo sie seitdem die drittstärkste politische Kraft Bayerns stellen.

Im Saarland, wo die Entwicklung zur grünen Partei am spätesten in Gang kam, wurde die Partei eindeutig von „oben nach unten“ gegründet. Im Oktober 1979 gründeten acht Personen einen Landesverband der Grünen und bauten danach Kreisverbände auf, ohne auf großen Widerstand von konkurrierenden Gruppen zu stoßen. Bei der Landtagswahl im April 1980 erhielt die Partei 2,9% der Stimmen (Hallensleben 1984: 162-3). Bei der Landtagswahl fünf Jahre später konnten sie lediglich 2,5% der Stimmen auf sich vereinen. Auch bei der Landtagswahl 1990 erzielten sie mit 2,6% der Wählerstimmen kein besseres Wahlergebnis. Erst 1994, in ihrem vierten Versuch, ist den Grünen mit 5,5% der Einzug in den Landtag gelungen. Heute sind die Grünen im Saarland mit 3 Abgeordneten im Landtag sowie 107 weiteren MandatsträgerInnen in 5 Kreistagen, 24 Stadt- und Gemeinderäten und 23 Orts- und Bezirksräten vertreten (Bündnis 90/Die Grünen Saarland 1998).

¹⁶ Die Anthroposophen haben einen ihrer Schwerpunkte in Baden-Württemberg, insbesondere im Raum Stuttgart. Zu den Gründungssegmenten gehörten auch andere Wertkonservative wie Christen und Lebensschützer (Raschke 1993: 249).

3.1.1.2 Die Entstehung und Entwicklung der Grünen auf Bundesebene

Die Geschichte der Parteigründung der Grünen auf Bundesebene begann im 1978. Am 24./25. Juni 1978 fand ein „Deutsches Umwelttreffen 1978“ in Troisdorf bei Bonn statt. Über 100 Delegierte verschiedener Initiativen und Gäste debattierten kontrovers über ein gemeinsames politisches Auftreten. Nachdem eine allgemein gehaltene Resolution verabschiedet worden war, wählte die politisch sehr heterogene Versammlung einen 27köpfigen „Koordinierungsausschuß“. Auf der ersten Sitzung des Koordinierungsausschusses, an der Mitglieder des BBU, des WSL, der AUD, der GAZ, der GLH und der BLW sowie Mitarbeiter von Bürgerinitiativen teilnahmen, konnte ein Katalog von möglichen gemeinsamen Aktionen verabschiedet werden. Einen Tag vor dem nächsten Treffen des Koordinierungsausschusses, am 2. Dezember 1978, kamen AUD, GAZ, GLU und GLSH darin überein, zur Herstellung der „Einheit der grünen Bewegung“ gemeinsame Programm- und Organisationsschüsse zu bilden. Am 3./4. Februar 1979 fiel bei einem weiteren Treffen des Koordinierungsausschusses in Vlotho der endgültige Beschluß über eine Kandidatur bei den Europawahlen. Beobachter der BLW, der GLH und der AL aus West-Berlin waren gegen ein „Gerüst einer zukünftigen Gesamtpartei mit festgelegtem Programm“, dem sich andere Gruppierungen später nur noch anschließen könnten (Klotzsch/Stöss 1984: 1528-9). Die Gründung der „Sonstigen politischen Vereinigung (SPV) Die Grünen“ zur Europawahl vollzog sich deshalb im wesentlichen aus dem Spektrum der bürgerlich-konservativen Grünen Listen. Sie erfolgte am 17/18.3.1979 in Frankfurt durch 495 nach einem festgelegten Delegiertenschlüssel nominierte Delegierte der AUD, GLU, GAZ, mit je 150 Delegierten, der GLSH, des Achberger Kreises mit je 20 Delegierten sowie 5 Delegierten der kurzfristig hinzugestoßenen „Grünen Liste Rheinland-Pfalz“. Bei der damaligen Europawahl erreichte das Listenbündnis 3,2 Prozent der Stimmen (Wünsch 1995: 54-55). Dieses Ergebnis wurde vielerorts als Achtungserfolg bewertet und außerdem als Indikator für die Größe des Protestpotentials gesehen. Für die organisatorische Entwicklung der SPV bedeutete das Wahlergebnis jedoch noch mehr: Die GRÜNEN erhielten eine Wahlkampfkostenerstattung von ca. 4,5 Millionen DM, die sie für ihre bereite Mobilisierungskampagne im Bundestagswahlkampf 1980 einsetzen (Müller-Rommel/Poguntke 1992: 327).

Um die Gegenkandidatur einer stärker sozialistisch ausgerichteten Bunten oder Alternativen Liste zur Bundestagswahl 1980 zu verhindern, war die SPV „Die Grünen“ jedoch nach der Europawahl gezwungen, sich einem bereiteren politischen Spektrum, vor allem auf der

Linken, zu öffnen (Hallensleben 1948: 156). Der für alle grünen, bunten, alternativen und nicht organisierten Umweltschützer „Offene Programmkongreß“ der SPV „Die Grünen“ in Offenbach (4. November 1979) fand in einem Klima der Kooperationsbereitschaft zwischen allen beteiligten Strömungen statt, wobei von der Notwendigkeit einer einheitlichen Bundespartei ausgegangen wurde (Klotzsch/Stöss 1984: 1534). Da die Zeit zur Programmdiskussion zu kurz war, konnte im Januar 1980 in Karlsruhe zunächst die Partei „Die Grünen“ nur formal gegründet werden. Ihr Programm, das bis heute gültig ist, verabschiedete sie erst im März 1980 in Saarbrücken. Da es einen relativ linken Standpunkt repräsentierte, traten viele Mitglieder der Grünen aus (Hallensleben 1984: 164). Auf dem Dortmunder Parteitag im Juni 1980 unterlag der konservative Flügel der Mitte-Links-Mehrheit und bildete im Juli die Grüne Föderation. Sie war eine Zwischenetappe auf dem Weg zur 1981 gegründeten Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), die die bürgerlichen bzw. konservative-ökologischen Gruppierungen in einer separaten Partei zusammenfaßte (Raschke 1993: 145). Politisch konnte sie sich jedoch nicht neben den Grünen behaupten, weswegen sie bei allen Bundestagswahlen von 1983 bis 1998 stets nur wenige Stimmen auf sich zu ziehen vermochte.

Bei der Bundestagswahl von 1980 erhielten die Grünen nur 1,5% der Stimmen. Im März 1983 erhielten die Grünen bei der vorgezogenen Neuwahl zum Bundestag 5,6% der Stimmen bzw. 28 Mandate. Das Bundestagswahlergebnis vom Januar 1987 bestätigte den Aufwärtstrend der grünen Partei. Sie erzielten 8,3% der Stimmen und konnten somit 42 Abgeordnete in den Deutschen Bundestag entsenden. Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern in diesem Zeitraum (1978-1990) galten die Grünen in der BRD als „professionalisiert“ (Müller-Rommel 1993: 87).¹⁷

3.1.1.3 Die Entstehung und Entwicklung der Grünen und der Bürgerbewegungen in Ostdeutschland

Vor der Wendezeit in der DDR

Die Wurzeln der ostdeutschen Grünen vor der "Wendezeit" sind in den kirchlichen Umweltgruppen und in der ehemaligen Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im

¹⁷ Nach der Forschung von Müller-Rommel wurden die Grünen Parteien in 15 westeuropäischen Ländern in vier unterschiedliche Typen unterteilt: Die Professionalisierten, die Parlamentsneulinge, die Vorparlamentarier, und die Unprofessionellen. Vgl. Ferdinand Müller-Rommel, Grüne Parteien in Westeuropa - Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen (Opladen 1993: 85-89).

Kulturbund der DDR zu finden. Einerseits gab es also die gemeinsame Wurzel aller Bürgerbewegungen in der DDR, nämlich jene Oppositionskultur, die sich von den 70er Jahren an unter dem Dach der Kirche herausbildete. Diese Oppositionskultur, auf die hier zunächst eingegangen werden soll, war maßgeblich von dem Vorbild der Neuen Sozialen Bewegungen und des Alternativmilieus in Westdeutschland inspiriert. Aus einem Spektrum von Friedensgruppen, Dritte-Welt-Gruppen u.a. kristallisierten sich Anfang der 80er Jahre auch Umweltgruppen heraus. Ab 1980 traten die Umweltgruppen mit Baumpflanzaktionen, Fahrraddemonstrationen u.ä. an die Öffentlichkeit (Hohlfeld 1993: 395-396). Die ersten überregionalen Treffen der Umweltgruppen fanden Anfang der achtziger Jahre statt. Eine wichtige Rolle als Vermittler und Koordinator in der Ökologieszene spielte das kirchliche Forschungsheim in Wittenberg. Trotz des allerorts vernehmbaren Wunsches nach einer gewissen Vernetzung von Aktionen und Informationen wurde die Errichtung eines überregionalen Dachverbandes aller Ökologiegruppen anlässlich des Vertretertreffens im kirchlichen Forschungsheim in Wittenberg noch 1984 abgelehnt. Von seiten der Kirche orientierte man sich eher an regionaler Arbeit und an dezentralen Aktionen (Kühnel/Sallmon-Metzner 1991: 172).

Die Katastrophe von Tschernobyl 1986 brachte für die Umweltgruppen einen Mobilisierungseffekt, der noch lange Zeit anhielt. Tausende beteiligten sich an einer von kirchlichen Umweltgruppen initiierten Unterschriftensammlung, und die Synode der Evangelischen Kirche befaßte sich mit den Konsequenzen der Atomenergienutzung in der DDR. Im September gleichen Jahres entstand die erste Umweltbibliothek in den Kellerräumen der Berliner Zionsgemeinde (Kühnel/Sallmon-Metzner 1991: 172). Die Umweltbibliothek fungierte bald als Börse für den Informationsaustausch zwischen den einzelnen Gruppen. Zudem war sie in der Lage, mit den "Umweltblättern" (Auflage ca. 1.000 Exemplare) die größte Zeitschrift der oppositionellen Szene zu publizieren. Nach dem Berliner Vorbild entstanden darauf in der gesamten DDR Umweltbibliotheken (Hohlfeld 1993: 396).

Während des vierten Berliner Ökologieseminars im November 1987 kam aus den Reihen der Umweltbibliothek der Vorschlag, in der DDR einen Umweltbund als Zusammenschluß aller Umweltgruppen zu gründen. Vom 8. Bis 10. Januar 1988 trafen sich etwa 30 Vertreter von Umweltgruppen außerhalb der Umweltbibliothek in der Wohnung von Carlo Jordan in Berlin. Trotz verschiedener Bedenken kam es zur Gründung der *Arche - grün-ökologisches Netzwerk in der Evangelischen Kirche*, wofür sich später die Kurzform *Grünes Netzwerk Arche* einbürgerte (Neubert 1997: 749). Das "Grüne Netzwerk Arche" strebte eine aktive Vernetzung

der Umweltgruppen und eine professionellere Arbeitsweise, also einen stärkeren Organisationscharakter an. Die bestehenden Strukturen wurden als unzureichend empfunden, zumal es 1988 in der DDR bereits ca. 80 Umweltgruppen unter dem Dach der Kirche gab. Nachdem sich die Protagonisten der "Arche", darunter auch die späteren Gründer der Grünen Partei Carlo Jordan und Mario Hamel, mit ihrem Organisationsmodell im Spektrum der "Umweltbibliothek" nicht durchsetzen konnten und trotzdem zur Gründung des "Netzwerks" schritten, kam es zur Spaltung des Trägerkreises der Bibliothek. Die Mehrheit um Wolfgang Rüdtenklau warf den "Arche"-Anhängern vor, einen zentralistischen, parteiähnlichen Verband aufbauen zu wollen, und plädierte für ein Wachsen der Umweltbewegung von unten. Im Mai 1988 kam es zum Ausschluß der Arche-Vertreter aus der Umweltbibliothek (Hohlfeld 1993: 396).

Seit dieser Zeit etablierte sich das "Netzwerk Arche" in fünfundzwanzig landesweit organisierten Arbeitsgruppen, die aus etwa zwanzig bis dreißig Anhängern bestanden und in der Regel themenzentriert arbeiteten. In der Folgezeit wurde versucht, die Netzwerkstrukturen systematisch auszubauen, und zwar angefangen bei der kommunalen über die regionale und landesweite bis hin zur internationalen Ebene. Man war bestrebt, in allen Regionen funktionierende Arbeits- und Informationszusammenhänge zu etablieren. Am besten gelang das im Raum Berlin-Brandenburg, teilweise in Halle, Thüringen und auch im Lausitzer Raum. Im Norden dagegen war den Akteuren kein Erfolg beschieden. In nahezu allen Regionen bestanden Arche-Gruppen, die sich bereits ansatzweise aus der kirchlichen Struktur herauszulösen begannen. Es verstärkte sich die Bestrebung, die Beziehungen zu den Kulturbundgruppen zu normalisieren und auch in eine geregelte organisatorische Form zu bringen (Kühnel/Sallmon-Metzner 1991: 178-79).

Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU)

Die zweite Wurzel der ostdeutschen Grünen in der Vorwendezeit war die "Gesellschaft für Natur und Umwelt", die 1980 als Suborganisation des "Kulturbundes" gegründet wurde. Von Staatsseite bestand das Interesse, die Natur- und Heimatschützer zusammen mit jenen "neuen" Umwelt-Engagierten, die stärker soziale, wohnumfeld- und stadtökologische Fragen thematisierten, zu organisieren, um diese nicht der Kirche zu überlassen. Damit entstand mit einer staatlich sanktionierten Form des Engagements die Chance, nicht-kirchengebunden einen gesellschaftlich-kritischen Blick auf die DDR-Naturschutz und -Umweltpolitik zu werfen (Hampele 1997: 244).

Ab Mitte der 80er Jahre regten sich in der GNU jedoch Initiativen, die über den ihr von Seiten des Staates zugedachten Rahmen einer unpolitischen Spielweise für Umweltschützer hinausgingen. Ab 1986 bildeten sich in der GNU "Stadtökologiegruppen", die den Anspruch erhoben, bei der Lösung kommunaler Umweltprobleme mitzureden, und sich dabei an eine Kritik staatlicher Bau- und Verkehrspolitik heranwagten. Besonders die Stadtökologiegruppen in Potsdam (Gruppe "Argus"), Berlin-Köpenick und Berlin-Pankow konnten sich mit der Rückendeckung aufgeschlossener Kultudezernenten beachtliche Freiräume erkämpfen. Ab Ende 1988 setzten in den Stadtökologiegruppen Bestrebungen ein, sich horizontal zu vernetzen und sich damit von der Aufsicht der GNU-Führung zu emanzipieren (Hohlfeld 1993: 397).

Mit der Emanzipation der Stadtökologiegruppen von der Kuratel des Kulturbundes verdichten sich die Kontakte mit den Vertretern der kirchlichen Umweltgruppen. In diesem Zusammenhang sind besonders die Gruppe ARGUS (Potsdam) und das Netzwerk Arche (Berlin-Brandenburg) hervorzuheben. Unter jenen Gruppen entwickelte sich ein soziales Profil, in welchem sich technisch-ökologische Fachkompetenz mit organisatorischen Fähigkeiten für die Etablierung von Netzwerkstrukturen verband. Genau diese Ressourcen an Wissen und Erfahrungen sollten sich künftig als ausgesprochen förderlich bei der Gründung der Grünen Partei in der DDR erweisen (Kühnel/Sallmon-Metzner 1991: 183).

Die Gründung der Grünen Parteien 1989

Der erste Schritt in Richtung einer Parteigründung erfolgte zu den Kommunalwahlen im Mai 1989, in deren Vorfeld die "Arche"-Regionalsprecher die Zulassung einer Grünen Liste forderten, die offen für alle Kandidaten der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung sein sollte. Nachdem die DDR-Oppositionsgruppen den Wahlbetrug aufgedeckt hatten, wurde diese Forderung anlässlich des Weltumwelttages im Juli 1989 wiederholt (Hohlfeld 1993: 397). Anlässlich des Menschenrechtsseminars vom 24. bis 28. August 1989 in der Berliner Golgatha-Gemeinde versammelten sich unter den Gründern der Bürgerbewegungen auch ein Teil der Aktivisten des Netzwerks Arche und der in der GNU organisierten Stadtökologiegruppen. Sie schlossen sich zu einem ökologischen Verbund zusammen, aus dem dann die "Grüne Liste" hervorging (Kühnel/Sallmon-Metzner 1991: 183). Mit der Beteiligung an der am 4. Oktober entstandenen Kontaktgruppe der Opposition, die eine Teilnahme an den Volkskammerwahlen sowie an dem zentralen "Runden Tisch" vorbereitete, war das "Netzwerk Arche" ohnehin längst in den Sog der politischen

Ausgestaltung der "Wende" geraten. So entschloß sich die Initiativgruppe, die Gründung der Grünen Partei am 24. November, zu Beginn des 6. "Berliner Ökologieseminars", zu verkünden. (Hohlfeld 1993: 399-400). Nach zwei Monaten trafen sich vierhundert Delegierte der zu dieser Zeit ungefähr dreitausend Mitglieder zählenden Grünen Partei. Der erste Landesverband bildete sich am 1. April 1990 in Thüringen, am 8. April erfolgte die Gründung des Landesverbands Brandenburg. Die Herausbildung der Landesverbände in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern konnte erst im August bzw. September 1990 zum Abschluß gebracht werden (Kühnel/Sallmon-Metzner 1991: 197-204).

Auf ihrem Parteitag in Magdeburg vom 7. bis 9. September 1990 wurde die Umbenennung der Grünen Partei der DDR in "Die Grünen" mit der großen Mehrheit der Delegierten beschlossen. Vorbehalt gegen den raschen Zusammenschluß der west- und ostdeutschen grünen Parteien waren nur noch von Vertretern des Landes Sachsen zu vernehmen. Diese bildeten allerdings nur eine Minderheit und nahmen keinen Einfluß auf den Beschluß. Der Beschluß sah eine Fusion der beiden grünen Parteien nach den Bundestagswahlen vor. Den Landesverbänden sollte es dann vorbehalten sein, eigenständig dem Bundesverband der Grünen beizutreten (Kühnel/Sallmon-Metzner 1991: 213)

Am 3. Dezember 1990 traten die Landesverbände der Grünen der DDR in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg den West-Grünen bei, und der Großstadtverband Berlin schloß sich dem Westberliner Landesverband Grüne/AL an. Als einziger ostdeutscher Landesverband verfolgten die sächsischen Grünen einen eigenständigen Kurs und präferierten eine schnelle Einigung mit den sächsischen Bürgerbewegungen, bevor sie schließlich den Bündnisgrünen beitraten (Poguntke 1996: 89).

3.1.1.4 Die Entstehung und Entwicklung von "Bündnis 90" in Ostdeutschland

Am 6. Februar 1990 schlossen sich die Bürgerbewegungen "Neues Forum" (NF), "Demokratie Jetzt" (DJ) und "Initiative Frieden und Menschenrechte" (IFM)¹⁸ zu einer Listenverbindung "Bündnis 90" zusammen, um an den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 teilzunehmen. Das NF konstituierte sich offiziell am 12. September 1989 zunächst als "politische Plattform" für Diskussionen über Reformen in der DDR und wurde vom Regime im Laufe des Monats Oktober de facto anerkannt, nachdem seine Legalisierung in den Mittelpunkt der damaligen Protestkundgebungen gerückt war. Bis November 1989 sollen sich durch Eintragungen in Unterschriftenlisten etwa 200 000 Bürger zum NF bekannt haben

(Ammer 1992: 477). Doch die Blütezeit des NF war kurz. Mit der Initiierung der demokratischen Reformen in Staat und Gesellschaft der DDR erschien vielen die historische Aufgabe des NF erschöpft. Sie meinten, daß nun Parteien das notwendige Forum für politisches Engagement seien. So wendeten sich viele Leute den etablierten Parteien zu, wie der CDU und der SPD, während andere die Forumspartei als neue Organisation gründeten. Trotz heftiger interner Diskussionen blieb das NF dabei, nicht Partei werden zu wollen und stattdessen als politische Vereinigung an der Volkskammerwahl teilzunehmen (Rainer 1994: 108). Die ebenfalls am 12. September 1989 gegründete Bürgerbewegung DJ verstand sich zunächst als "Bündnis von Christen und kritischen Marxisten", das einen reformierten demokratischen Sozialismus in der DDR anstrebte. Das DJ legte sich im Unterschied zum NF bereits auf einige programmatische Thesen fest und verzichtete auf den sofortigen Versuch einer offiziellen Legalisierung (Wielgoß/Müller-Enbergs 1991: 105-113). Die IFM wurde bereits 1986 gegründet, konnte sich aber erst im Oktober 1989 als landesweite Organisation konstituieren. Sie war eine kleine Bürgerrechtsorganisation mit wenigen hundert Mitgliedern, die sich bis zur Wende auf den Themenbereich Menschenrechte konzentrierte (Templin/Weißhuhn 1991: 148-155).

Bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 erhielt das Wahlbündnis "Bündnis 90" nur 2,91 Prozent der Stimmen und damit 12 Mandate in der Volkskammer. Bei den Kommunalwahlen am 6. Mai verbesserte das Bündnis 90, häufig zusammen mit den Grünen, seine Stimmenanteile um etwa zwei Prozentpunkte. Bei den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 trat das Bündnis in drei Bundesländern (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) zusammen mit den Grünen als Listenverbindung an. In Sachsen kandidierte das Wahlbündnis "Neues Forum-Bündnis-Grüne" (DJ, Die Grünen, NF, UFV¹⁹). Dieses Bündnis erhielt 5,6% der Zweitstimmen und zehn Sitze im sächsischen Landtag. In Sachsen-Anhalt erzielte das Wahlbündnis "Grüne Liste/Neues Forum" (NF, Die Grünen, DJ, IFM, UFV) 5,29% der Stimmen und damit fünf Landtagsmandate. In Thüringen schlossen sich das Neue Forum, Die Grünen und Demokratie Jetzt zu einem Wahlbündnis (NF/GR/DJ) zusammen. Sie erhielt 6,5% der Zweitstimmen und damit sechs Abgeordnete im Landtag. In Brandenburg konkurrierten im Bürgerbewegungsspektrum zwei Wahlbündnisse miteinander: das Bündnis 90 (NF, DJ) und eine Listenverbindung zwischen den Grünen, dem Seniorenschutzbund "Graue Panther" und dem UFV. Das Bündnis 90 gewann 6,4% der Stimmen und somit 6

¹⁸ Zu den Details der Entstehung dieser Bürgerrechtsorganisationen siehe Kühnel/Sallmon-Metzner 1991

¹⁹ „UFV“ bedeutet „Unabhängiger Frauenverband“

Mandate im Landtag. Die Grünen erhielt lediglich 2,8% der Stimmen. In Mecklenburg-Vorpommern waren drei konkurrierende Listen zustande gekommen: Das Bündnis 90 (DJ, IFM, UFV, Die Vereinigte Linke), Die Grünen und das Neue Forum. Das Bündnis erzielte 2,23% und das Neue Forum 2,93% der Zweitstimmen. Die Grünen bildeten eine Listenvereinigung mit dem UFV und erhielten zusammen 4,17% der Stimmen (siehe auch Tab. 3.1).

Tab. 3.1: Wahlergebnisse des Bündnis 90 in Ostdeutschland

Bundesland	VW 1990	LTW 1990	BTW 1990
Berlin(Gesamt)		5,0 Grüne/AL 4,4	3,9 Grüne/AL 3,3 B90/Grüne
Berlin(Ost)	2,7 Grüne-UFV 6,3 B90	1,7 Grüne/AL 9,8 B90/Grüne/UFV	1,4 Grüne/AL 7,4 B90/Grüne
Brandenburg	2,1 Grüne-UFV 3,3 B90	2,8 Grüne-UFV 6,4 B90(NF,DJ)	6,6 B90/Grüne
Mecklenburg- Vorpommern	2,0 Grüne-UFV 2,4 B90	4,17 Die Grünen 2,23 B90(DJ,IFM,UFV,VL) 2,93 NF	5,9 B90/Grüne
Sachsen	1,7 Grüne-UFV 3,0 B90	5,6 NF/Bündnis/Grünen (DJ, Grüne, NF,UFV)	5,9 B90/Grüne
Sachsen-Anhalt	1,8 Grüne-UFV 2,2 B90	5,3 Grüne Liste/NF (NF, Grüne, DJ, IFM, UFV)	5,3 B90/Grüne
Thüringen	2,1 Grüne-UFV 2,0 B90	6,5 NF/Grüne./DJ 0,7 UFV	6,1 B90/Grüne
Ostdeutschland	1,97 Grüne-UFV 2,91 B90		6,05

Abkürzungen: VW Volkskammerwahlen, DJ Demokratie Jetzt, IFM Initiative Frieden und Menschenrechte, UFV Unabhängiger Frauenverband, VL Vereinigte Linke, NF Neues Forum, Grüne/AL Grüne/Alternative Liste, B90 Bündnis 90, B90/Grüne Bündnis 90/Die Grünen.

Quelle: Müller-Enbergs/Schutz/Wiegohs 1991: 367-376 , Poguntke 1996: 92

Am 2. Dezember 1990 fand die erst Wahl zum gesamtberliner Abgeordnetenhaus statt. In beiden Teilen der Stadt kandidierte sowohl die westberliner Alternative Liste als auch das ostberliner Wahlbündnis Bündnis 90/Grüne/UFV, das vor den Wahlen eine gemeinsame Wahlplattform veröffentlichte. Bezogen auf Gesamtberlin erzielte das Bündnis 90/Grünen/UFV 4,4% der Zweitstimmen und damit 11 Mandate. In Ostberlin erhielt das Bündnis 90/Grünen/UFV 9,8% der Stimmen.

Die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen im Dezember 1990 wurden in zwei getrennten Wahlgebieten, auf die jeweils einzeln die Fünf-Prozent-Klausel angewandt wurde, abgehalten. Im Wahlgebiet Ost kandidierte das Wahlbündnis Die Grünen/Bündnis 90 -

BürgerInnenbewegungen, bestehend aus dem Neuen Forum, Demokratie Jetzt, der IFM, den Grünen(Ost), dem UFV sowie Einzelkandidaten der Vereinigten Linke (VL) auf offenen Listenplätzen. Das Wahlbündnis erhielt 6,05% der Zweitstimmen im östlichen Wahlgebiet und acht Mandate im Deutschen Bundestag.

Die Parlamentarisierung der Bündnis 90-Partner im Zuge der Wahlen des Jahres 1990 war für alle drei Bürgerrechtsorganisationen von einem rasanten Rückgang der Mitgliederzahlen begleitet. Tabelle 3.2 zeigt die Mitgliederentwicklung vom jeweiligen Mobilisierungshöhepunkt (November 89 - Januar 90) bis Juni 1991. Der durch die Parlamentarisierung verursachte Organisationsaufwand (Organisation der parlamentarischen Arbeit, Organisation des nächsten Wahlkampfes) wuchs drastisch an, die verfügbaren personellen Ressourcen aber nahmen rasant ab. Für alle drei Organisationen ergab sich damit die Notwendigkeit, ihr politisches Engagement künftig auf bestimmte Handlungsrichtungen zu konzentrieren (Wielgohs 1994: 148-149).

Tab. 3.2: Mitgliederentwicklung der Bürgerrechtsorganisationen

	NF	DJ	IFM
Mobilisierungshöhepunkt	Ca. 200.000	max. 4.000	max. 400
Mittel 1990	Max. 20.000	ca. 850	-
Juni 1991	Ca. 5.000	ca. 600	ca. 200
Mitgliederrückgang auf ca.	2-3%	15-20%	50%

Quelle: Wielgohs 1994: 148

Für das DJ und die IFM war die Strategie schon strukturell weitgehend vorbestimmt. Die geringe Zahl und die Konzentration ihrer Mitglieder auf einige wenige Großstädte bzw. Regionen bot nach den Bundestagswahlen keine Möglichkeit

perpektiv4.6(lleb.6(n Ret)4.6(sad f)4.6(. F)7(ü)0.8(rMob.6(lle)aw[(pe)4.6(e)4.6(iiscr)3.8(gb.6(l)4.6(hmin

Für NF-Gruppen in Ortschaften und Regionen, in denen die beiden kleinen Vereinigungen DJ und IFM nicht präsent waren und auch der Name "Bündnis 90" keine kommunale Bedeutung hatte, bot eine Fusion zu einer neuen Organisation mit neuem Namen eher Anlaß zu Befürchtungen um kommunalen Resonanzverlust als einen Anreiz zur Reorganisation. Dies war die reale organisationspolitische Grundlage für den Widerstand weiter Teile der Mitgliedschaft wie der zentralen Gremien, insbesondere des Arbeitsausschusses des NF-Bundessprecherrats, gegen die Bestrebungen des "parlamentarischen" Flügels, der landes- und bundespolitischen Präsenz Priorität einzuräumen (Wielgoß 1994: 149-50).

Das volle Inkrafttreten des bundesdeutschen Parteiengesetzes im Osten, das der rechtlichen Gleichstellung von Parteien und Vereinigungen ein Ende bereitete, zwang die Bürgerbewegungen dazu, sich entgegen ihrem Selbstverständnis im September 1991 bundesweit als politische Partei zu konstituieren (Rainer 1994: 109). Am 3. Oktober 1991 lief in den "neuen" Ländern die in der DDR praktizierte rechtliche Gleichstellung von Parteien und politischen Vereinigungen aus. Bis zu diesem Zeitpunkt mußten die bürgerbewegten Gruppierungen für sich geklärt haben, ob sie politische Parteien werden wollten, um nicht auf die damit verbundenen Vorteile - Wahlkampfkostenrückerstattung und Abschläge für zukünftige Wahlen - verzichten zu müssen. Unter dem Druck dieses Termins entstanden im September 1991 aus den Bürgerbewegungen IFM, DJ sowie Teile des Neuen Forums die Partei Bündnis 90 (Hohlfeld 1993: 840).

3.1.1.5 Zusammenschluß von Grünen und Bündnis 90 zu "Bündnis 90/Die Grünen"

Bereits mit der Konstituierung des Bündnis 90 nach dem Parteiengesetz im September 1991 geriet die Frage nach einer gemeinsamen politischen und organisatorischen Perspektive mit den Grünen in den Mittelpunkt der innerparteilichen Diskussion. Bei den Grünen hatte Antje Vollmer vom Grünen Aufbruch schon seit längerem für eine Auflösung beider Parteien und ihre Neuformierung zu einer "ökologischen Bürgerrechtspartei" geworben (Wielgoß 1994: 161-2). Es dauerte noch fast zwei Jahre, bis es die gemeinsame Partei "Bündnis 90/Die Grünen" gab. Im Mai 1992 beschlossen zwei Bundesdelegiertenkonferenzen schließlich, daß Bündnis 90 und Grüne miteinander verhandeln sollten. Die offiziellen Verhandlungen zwischen Bündnis 90 und Grünen begannen im Juni 1992. Am 23. November 1992 wurde der Assoziationsvertrag unterzeichnet und am 17. Januar 1993 von gleichzeitig stattfindenden Bundesdelegiertenkonferenzen der Grünen und des Bündnis 90 in Hannover angenommen. Urabstimmungen erbrachten im April 1993 Mehrheiten von 91,8% (Grüne) und 85,7%

(Bündnis 90) für die Fusion. Vom 14. Bis zum 16. Mai 1993 fand in Leipzig der Vereinigungsparteitag des Bündnis 90/Die Grünen (Kurzbezeichnung: GRÜNE) statt, auf dem der Assoziationsvertrag in Kraft gesetzt wurde (Hohlfeld 1993: 841, Hoffmann 1994: 13, Poguntke 1996: 90).

Bei den Fusionsverhandlungen zwischen den ostdeutschen Landesverbänden der Grünen und Bündnis 90 werden von Poguntke drei Grundmuster identifiziert. Zum einen gab es Landesverbände, die die Einigung nur widerwillig vollzogen. In den Landesverbänden von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern waren die politischen Gegensätze aufgrund der unterschiedlichen politischen Traditionen²⁰ der Partnerorganisationen teils noch deutlich präsent und hemmen hemmten die Konsolidierung der neuen Landesverbände. Einzelne Kreisverbände waren mitunter so stark von einem der beiden Fusionspartner dominiert, daß sich kaum noch Aktivisten des anderen hier engagieren engagierten. Zum anderen gab es Länder, in welchen die Zusammenarbeit zwischen Grünen und den verschiedenen Gruppierungen des Bündnis 90 so gut funktioniert hatte, daß man die Fusion ohne schwerwiegende inhaltliche und organisatorische Konflikte vollziehen konnte (Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen). Schließlich ist noch die Variante des sächsischen Landesverbandes zu beachten, der zunächst einen gemeinsamen Landesverband mit den Bürgerbewegungen gründete. Als die anderen ostdeutschen Landesverbände der Grünen den westdeutschen Grünen beitraten, blieb der sächsische Landesverband mit dem Ziel außen vor, zuerst die Einigung mit den Bürgerbewegungen zu realisieren und dann mit dem Gewicht des bereits fusionierten Landesverbandes den Zusammenschluß von Bürgerbewegungen und Grünen zu bewirken. Aus den gleichen Gründen blieben die sächsischen Gruppierungen von IFM, DJ, NF selbständig, als im September 1991 der Bundesverband von Bündnis 90 gegründet wurde, so daß es zunächst keinen sächsischen Landesverband von Bündnis 90 gab. Kurz nachdem das Bündnis 90 auf Bundesebene als eigenständige Partei gegründet worden war, konstituierte sich also in Sachsen bereits der erste Landesverband mit dem Namen Bündnis 90/Die Grünen, der sich im Juni 1992 dem Bündnis 90 anschloß. Durch die bereits erfolgte Fusion stellten die Sachsen als mitgliederstärkster Landesverband das größte Kontingent an Delegierten beim Fusionsparteitag von Bündnis 90 am 17. Januar 1993, und diese stimmten dann auch geschlossen für die Assoziation. (Poguntke 1996: 90-91)

²⁰ Eine ausführlichere Darstellung der Beziehungen zwischen Bündnis 90 und den Grünen auf Landesebene in Ostdeutschland findet sich bei Hohlfeld 1993.

Bei den Landtagswahlen 1994 schieden die GRÜNEN mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt aus allen ostdeutschen Landtagen aus. Trotz ihres schlechten Ergebnisses bei den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern hatten die GRÜNEN bei den Bundestagswahlen 1994 7,3 Prozent der Zweitstimmen erhalten (siehe Tabelle 3.3). Mit diesem Ergebnis entsandten sie 49 Abgeordnete in den Bundestag. Das Ergebnis der Landtagswahlen von 1998 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern war für die Partei enttäuschend. Es entschieden sich in Sachsen-Anhalt nur 3,2% und in Mecklenburg-Vorpommern 2,7% der Wähler für die GRÜNEN. Im Gegensatz zu den ostdeutschen Landtagswahlen konnten die GRÜNEN bei den westdeutschen Landtagswahlen von 1995 bis 1998 leichte Wahlerfolge verbuchen. Bei der Bundestagswahl im September 1998 ging ihr Stimmenanteil auf 6,7% zurück. Dennoch wurden die GRÜNEN mit diesem Wahlergebnis erstmals zum Koalitionspartner der SPD auf Bundesebene.

Tab. 3.3: Wahlergebnisse (Zweitstimmen) der Grünen in Landtagswahlen (LTW) und Bundestagswahlen (BTW) zwischen 1991 und 1998 (in Prozent)

Bundesland	LTW 1991-94	LTW 1995-98	BTW 1994	BTW 1998
Baden-Württemberg	10,1	12,1	9,6	9,2
Bayern	6,1	5,7	6,3	5,9
Bremen	10,1	13,1	11,1	11,2
Hamburg	13,1	13,9	12,6	10,7
Hessen	8,8	11,2	9,3	8,2
Niedersachsen	7,4	7,0	7,1	5,9
Nordrhein-Westfalen		10,0	7,4	6,9
Rheinland-Pfalz	6,5	6,9	6,2	6,1
Saarland	5,5		5,8	5,5
Schleswig-Holstein	4,97	8,1	8,3	6,5
Berlin		13,2	10,2	11,3
Berlin(West)		15,0	12,3	
Berlin(Ost)		10,0	6,9	
Brandenburg	2,9		2,9	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	3,7	2,7	3,6	2,7
Sachsen	4,1		4,8	4,4
Sachsen-Anhalt	5,1	3,2	3,6	3,3
Thüringen	4,5		4,9	3,9
Bundesgebiet			7,3	6,7

Quelle: Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder, 1994ff.

3.1.2 Die Parteiorganisation von Bündnis 90/Die Grünen

Nach der Satzung der Grünen in der Fassung von 1980 besaßen die Grünen formelle Mitgliedschaft, territoriale Gliederung und Parteiorgane im Sinne des Parteiengesetz. Die Satzung wurde erstmals im Zuge der Strukturreform von 1991 weitgehend modifiziert. Beim Zusammenschluß von Grünen und Bündnis 90 zu Bündnis 90/Die Grünen wurde die Satzung noch einmal verändert. Die folgende Darstellung der Organisationsstruktur der GRÜNE erfolgt anhand ihrer Satzung in der Fassung von 1996.

3.1.2.1 Mitgliedschaft und Mitgliederentwicklung

Auf dem Gründungsparteitag 1980 in Karlsruhe hatten die Grünen beschlossen, daß nur natürliche Personen Mitglieder der Partei werden können und keine Doppelmitgliedschaften akzeptiert werden.²¹ Nach der neuen Satzung des Bundesverbandes gibt es eine Ausnahme, wonach die Landesverbände die Doppelmitgliedschaft mit dem Neuen Forum in ihren Landessatzungen zulassen können. Diese Ausnahme wurde nur in den Satzungen der Landesverbände von Berlin, Mecklenburg-Vorpommern²² und Thüringen umgesetzt. Außer diese drei Landesverbände erkennen alle anderen Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen keine Doppelmitgliedschaft an.

Seit Gründung der Grünen hatte die Mitgliederzahl langsam zugenommen. Die Partei expandierte in den bewegungsintensiven Jahren. Sehr viele kamen aus der Friedensbewegung, wichtig waren auch die Zugänge aus der Frauenbewegung. Danach waren Kollektivzusammenhänge für Eintrittsbewegungen nur noch in wahlbezogenen Mobilisierungen festzumachen, unterschiedlich nach Bundesländern (Raschke 1993: 211). Der Höhepunkt der Mitgliederzahlen wurde 1987 erreicht. Seit 1988 sanken die Mitgliederzahlen langsam. In Westdeutschland wurden die geringsten Mitgliederzahlen 1992 erreicht. Danach stiegen die Mitgliederzahlen in den alten Bundesländern wieder an. In den neuen Bundesländern war die Mitgliederzahl ausnahmslos geringer als bei den westdeutschen Grünen (siehe Tab. 3.4).

In den neuen Bundesländern ist das Konzept Parteimitgliedschaft in der Zeit unmittelbar nach der Wende mit großer Vorsicht zu benutzen. Vor allem die basisorientierten

²¹ Mitglied der Partei kann jeder werden, der sich zu den Grundsätzen der Partei und ihrem Programm bekennt und keiner anderen Partei angehört. (Die Satzung der Bundespartei die Grünen, 1980, §2, Abs. 1)

²² Nach der Satzung des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern "ist Mitgliedern des Neuen Forum die Mitgliedschaft bei Bündnis 90/Die Grünen möglich, solange der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern des Neuen Forum nicht konkurrierend zu Bündnis 90/Die Grünen bei Wahlen antritt." (Die Satzung des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, 1994, § 2, Abs. 4)

Bürgerbewegungen unterschieden lange nicht zwischen bloßen Unterstützungserklärungen und tatsächlicher Mitgliedschaft. Zudem kannten alle diese Organisationsform der "freien Mitarbeit" (Poguntke 1996: 93). Die Satzung von Bündnis 90/Die Grünen ermöglicht diese Formen "freier Mitarbeit". Sie stehen jeder und jedem offen, auch Mitgliedern anderer Parteien. Freie Mitarbeit beginnt und endet mit einer schriftlichen Erklärung gegenüber der jeweiligen Geschäftsstelle. Freie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen können keine Parteifunktion ausüben, wohl aber ein Mandat auf Wahllisten übernehmen. Sie können nicht stimmberechtigt in die Entscheidungsgremien von Bündnis 90/Die Grünen delegiert werden. (§7, Abs. 1, 2 und 5). Solche Regelungen gibt es deshalb nur in den Satzungen der Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin und Thüringen. In den westdeutschen Landesverbänden gibt es keine solche Formen, weil die Offenheit der Partei gegenüber BewegungsvertreterInnen eine lange Tradition hat (vgl. Raschke 1991: 114-125).

Tab. 3.4: Mitgliederzahlen von Bündnis 90/Die Grünen

Landesverband	1983	1985	1987	1989	1990	1992	1993	1995	1997	III/1998
						Dez.	Dez.	Dez.	Dez.	III. Quart
Mecklenburg-Vorpommern					254	Gr. 144 B90 125	335	375	403	428
Sachsen-Anhalt					304	Gr. 209 B90 99	330	483	523	555
Brandenburg					292	Gr. 253 B90 743	685	492	505	550
Sachsen						B90/Gr. 1223	1000	1.007	978	1.042
Thüringen					417	Gr. 275 B90 38	350	470	540	574
Fünf Neue Länder (ohne Ostberlin)					1267	Gr. 881 B90 2586	2700	2.827	2.949	3.149
Bremen	292	320	525	460	446	437	467	584	560	562
Saarland	475	525	514	687	650	658	891	1.213	1.753	1.819
Hamburg	675	1987	2223	2250	2040	1166	1342	1.390	1.518	1.547
Schleswig-Holstein	1100	1422	1949	1730	1728	1438	1498	1.859	1.909	1.967
Rheinland-Pfalz	1100	1764	1915	1989	1955	1872	1807	2.392	2.400	2.391
Berlin (West) (Ost) (Ost und West)		3031	2940	3215	Gr. 176 3168	B90 393 2592	2950	3.230	3.230	3.367
Hessen	2785	4259	4602	4517	4430	3875	4022	4.529	4.769	4.799
Niedersachsen	3728	4232	5157	4799	4638	4266	4274	4.651	5.434	5.500
Bayern	4300	5116	6558	5924	5973	5534	5765	6.582	6.543	6.620
Baden- Württemberg	4900	6000	6842	6297	6007	5460	5635	6.684	7.052	7.121
Nordrhein- Westfalen	5867	8368	9194	9303	9014	8141	8410	10.469	10.863	11.187
Nur alte Bundesländer	25222	37024	45419	41171	40049	35439	37061	43.583	46.031	46.880
* Berlin Ost							449	544	595	596
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Gesamt					41316	36320	39761	46.410	48.980	50.029

Quelle: 1. Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen
2. Wielgohs 1994: 155, Poguntke 1996: 110

3.1.2.2 Territoriale Gliederung

Die GRÜNEN gliedern sich in Ortsverbände bzw. Basisgruppen, Kreis- bzw. Bezirks- und Landesverbände. Mehrere Kreisverbände können sich zu einem Bezirksverband zusammenschließen. Der räumliche Geltungsbereich der Untergliederungen sollte sich mit der entsprechenden politischen Gliederung in Gemeinden, Landkreisen, Regierungsbezirken und Ländern decken (§8, Abs. 1, 2). Die unterste Organisationseinheit der GRÜNEN ist der Ortsverband oder die Basisgruppe. Die nächst höhere Organisationsgliederung ist der Kreisverband. In Berlin und Hamburg entsprechen die Bezirksgruppen und -verbände²³ den Kreisverbänden. Obwohl sich in der Regel mehrere Kreisverbände zu einem Bezirksverband (Regionalverband) zusammenschließen können, existieren solche Bezirks- oder Regionalverbände nur in einigen großen Flächenländern. Den Kreisverbänden übergeordnet ist der Landesverband, der sich aus den Kreisverbänden zusammensetzt. 1998 besaßen die GRÜNEN 16 Landesverbände, 466 Kreisverbände und über tausend Ortsverbände. Die Anzahl der Kreisverbände in den neuen Bundesländern hatte sich aufgrund der Gebietsreform und geringerer Mitgliederzahlen innerhalb von drei Jahren um fünf verringert. Im Gegensatz zu den neuen Bundesländern war die Anzahl der Kreisverbände in den alten Bundesländern schon stabil. Fast in jedem Kreis gab es einen Kreisverband der GRÜNEN (siehe Tab. 3.5). Aufgrund der von Joachim Raschke 1991/1992 erhobenen Daten zählten die GRÜNEN 1.488 Ortsverbände in den alten Bundesländern (Raschke 1993: 220). In den neuen Bundesländern gab es bei den GRÜNEN nur vereinzelt Ortsverbände (Poguntke 1997: 265).

Grundsätzlich ist der Kreisverband die wichtigste Kommunalsektion der Grünen. Gemäß der Satzung des Bundesverbandes der GRÜNEN besitzen die Kreisverbände Programm, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie (§9 Abs. 2). Kreisverbände wählen Delegierte zu Landes- und Bundesdelegiertenversammlungen, sie verabschieden Voten bzw. Vorschläge für die Wahl von Vorständen auf höheren Ebenen, sie nominieren KandidatInnen für die Parlamente der verschiedenen Ebenen oder sind doch daran beteiligt, und sie stellen Anträge an Landes- und Bundesparteitage (Raschke 1993: 216-7).

Tab. 3.5 Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen

Bundesland	Anzahl der Landkreise und kreisfreien Städte in Bundesländern	Anzahl der Kreisverbände	Anzahl der Kreisverbände
	1996	1996-97	1998
Baden-Württemberg	44	47	47
Bayern	96	93	93
Berlin	23 (Bezirke)	23	23
Bremen	2	5	5
Hamburg	7 (Bezirke)	7	7
Hessen	26	26	26
Niedersachsen	47	48	48
Nordrhein-Westfalen	54	54	54
Rheinland-Pfalz	36	34	34
Saarland	6	6	6
Schleswig-Holstein	15	15	15
Alte Bundesländer	356	358	358
Brandenburg	18	18	18
Mecklenburg-Vorpommern	18	18	16
Sachsen	29	29	29
Sachsen-Anhalt	24	24	23
Thüringen	22	24	22
Neue Bundesländer	111	113	108
BRD	467	471	466

Quelle: 1. Anzahl der Kreisverbände 1996-7: Die Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen ,
2. Anzahl der Kreisverbände 1998: Homepage der Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen.,
3. Anzahl der Landkreise und kreisfreien Städte in den Bundesländern 1996: Statistisches Jahrbuch
1997 für die BRD

3.1.2.3 Die Parteiorgane

Die Organe der Grünen im Sinne des Parteiengesetzes sind die Bundesversammlung, der Länderrat, der Bundesvorstand, der Bundesfinanzrat und der Frauenrat (§10 Abs.1). Die Bundesversammlung ist das oberste Organ der Partei. Sie beschließt das Parteiprogramm sowie die Satzung und befiehlt über die Parteifinanzen und politischen Grundsatzfragen.

²³ Der Bezirk ist entweder die Untergliederung einer Großstadt oder die eines Bundeslandes.

Außerdem wählt die Bundesversammlung den Bundesvorstand. Die Delegierten werden auf der Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlungen der Kreisverbände gewählt (§11 Abs. 1, 3).

Der Länderrat ist das oberste beschlußfassende Organ zwischen den Bundesversammlungen; d.h. er beschließt über die Richtlinien der Politik zwischen den Bundesversammlungen. Der Länderrat setzt sich aus den Mitgliedern des Bundesvorstandes, Delegierten der Landesverbände und der Bundestagsfraktion, Vertretern der Gruppe der GRÜNEN im Europaparlament und Delegierten der Bundesarbeitsgemeinschaften zusammen (§12, Abs. 1, 2). Der Bundesvorstand vertritt die Bundespartei nach innen und außen. Er hat neun Mitglieder: zwei gleichberechtigte SprecherInnen, der/die BundesschatzmeisterIn, der/die politische GeschäftsführerIn und fünf weitere Mitglieder als BeisitzerInnen (§15, Abs. 1, 2).

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Leipzig (Dezember 1998) wurde eine Verkleinerung des Bundesvorstandes beschlossen und ein neuer Bundesvorstand gewählt. Neu im Bundesvorstand sind Antje Radcke aus Hamburg (Sprecherin) und Reinhard Bütikofer aus Heidelberg (Politischer Geschäftsführer). In das neue Amt der Frauenpolitischen Sprecherin wurde Angelika Albrecht gewählt, die bisher Mitglied im Bundesvorstand war. In ihrem Sprecherinnenamt bestätigt wurde Gunda Röstel (Bundesverband der GRÜNEN 1998). Die GRÜNEN haben auch ein neues Gremium geschaffen: den Parteirat. Der Parteirat berät den Bundesvorstand, koordiniert die Arbeit zwischen den Gremien der Bundespartei, den Fraktionen und den Landesverbänden. Er entwickelt und plant gemeinsame Initiativen. Er trifft sich monatlich und arbeitet ehrenamtlich. 18 Frauen und 7 Männer wurden auf der Bundesdelegiertenkonferenz in den neuen Parteirat gewählt, dem auch der Bundesvorstand angehört. 12 Parteiratmitglieder haben ein Bundestags- oder Landtagsmandat oder sind MinisterIn (Bundesverband der GRÜNEN 1998).

Die Landesverbände sind nach dem gleichen Muster aufgebaut wie die Bundespartei. Landesversammlungen oder –delegiertenkonferenzen sind die obersten Organe der Landesparteien. In den Landesverbänden in den Stadtstaaten (Berlin, Bremen und Hamburg), Hessen und Thüringen gibt es Mitgliedervollversammlungen auf Landesebene. Die Organe der Landesverbände sind die Landesmitgliederversammlung oder Landesdelegiertenkonferenz, der Landesvorstand, der erweiterte Landesvorstand oder die Kreiskonferenz, der Landesfinanzrat oder die Kreiskassiererkonferenz, die Rechnungsprüfungskommission und das Landesschiedsgericht.

3.1.2.4 Basisdemokratie

Die Grünen verstanden sich als grundsätzliche Alternative zu den herkömmlichen Parteien.²⁴ Auf dem Gründungsparteitag 1980 in Karlsruhe war Basisdemokratie längst zum Identitätsbegriff geworden. Im Selbstverständnis der Grünen bedeutet Basisdemokratie die möglichst weitgehende Autonomie der unteren Organisationseinheiten. In diesem Sinne räumt die Satzung des Bundesverbandes den untergeordneten Verbänden Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie ein, allerdings mit einer Einschränkung: Programm und Satzung dürfen den programmatischen Grundsätzen und Zielen (dem Grundkonsens)²⁵ der Partei nicht widersprechen. Entscheidungen in vertikal strukturierten Organisationen sollen immer möglichst weit unten, also an der Basis getroffen werden. Die Basisdemokratie bedeutet auch "die ständige Kontrolle aller Amts- und Mandatsinhaber und Institutionen durch die Basis (Öffentlichkeit, zeitliche Begrenzung) und die jederzeitige Ablösbarkeit, um Organisation und Politik für alle durchschaubar zu machen und der Loslösung einzelner von ihrer Basis entgegen zu wirken (Die Grünen 1980: 5)." Um diese Idee praktisch umzusetzen, sollen für die interne Willensbildung und Entscheidungsfindung sowie für das politische Verhalten der Amts- und Mandatsträger die folgenden regulativen Prinzipien gelten:

- die Rotation, d. h. die Auswechslung der Abgeordneten nach der Hälfte der Legislaturperiode;
- das imperative Mandat, d. h. die unmittelbare Anbindung der Abgeordneten an Parteitagsbeschlüsse und ihre ständige Kontrolle;
- Mitgliederoffenheit der Sitzungen und Gremien auf allen Ebenen;
- die Trennung von Amt und Mandat²⁶;
- die Ehrenamtlichkeit aller Parteiämter;
- das Verbot der Ämterhäufung: Gleichzeitige Vorstandstätigkeit auf Kreis-, Landes- und Bundesebene sind untersagt;
- das Konsensprinzip, demzufolge Minderheiten bei innerparteilichen Meinungsbildungsprozessen nicht übergangen werden dürfen, sondern einen größtmögliche

²⁴ Satzung des Bundesverbandes (1980 und 1991), Präambel

²⁵ Bei der Fusion haben die Bündnis 90/Die Grünen einen Grundkonsens verabschiedet. In ihm wurden die grundsätzlichen Ziele, Werte und politischen Leitsätze festgelegt.

²⁶ Satzung der Bundespartei §15, Abs. 4: "Mitglieder der Europäischen Kommission, der Bundes- oder einer Landesregierung sowie MandatsträgerInnen von Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament, im Bundestag oder in den Länderparlamenten können nicht Mitglied im Bundesvorstand sein."

Gemeinsamkeit aller angestrebt werden soll (Die Grünen 1980: 29, Veen/Hoffmann 1992: 26).

Viele der basisdemokratischen Grundsätze sind für die praktische Politik der Grünen inzwischen weitgehend bedeutungslos. Die Rotation war von Anfang an am heftigsten umstritten. Für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wurde das Rotationsprinzip bei der in Hannover stattfindenden Bundesversammlung der Grünen im Mai 1986 abgeschafft. Auch in allen Landesverbänden wurde inzwischen die ursprüngliche Regelung der Rotation nach der Hälfte der Legislaturperiode aufgegeben (Heinrich 1993: 495). Das Prinzip, Parteigremien grundsätzlich ehrenamtlich arbeiten zu lassen, wurde erst 1987 abgeschafft (Veen/Hoffmann 1992: 38). Das rätesozialistischen Vorstellungen entspringende imperative Mandat läuft dem Demokratiemodell des Grundgesetzes ebenso zuwider wie das Rotationsprinzip. Zu Beginn des Jahres 1983 beschlossen die Grünen, daß ihre Bundestagsabgeordneten an die Beschlüsse der Bundesversammlung und des Bundeshauptausschusses²⁷ gebunden seien. In der politischen Praxis war das imperative Mandat jedoch kaum relevant (Veen & Hoffmann 1992: 36).

Die Strukturrevision der Partei nach der Wahlniederlage 1990 hatte eine Angleichung der formalisierten Kontrollregelungen in allen Landesverbänden zur Folge. Die diskutierten und revidierten basisdemokratischen Regelungen betrafen aber nicht die Frage, wie Kontrolle und Partizipation von unten verbessert werden könnten. Sie befaßten sich vor allem mit Fragen der Effizienzsteigerung: Modifizierung der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat durch die Öffnung der Vorstände für eine festgelegte "Quote" von MandatsinhaberInnen und Einführung der Professionalisierung (Heinrich 1993: 498).

3.2 Österreich

3.2.1 Die Geschichte der Grünen

3.2.1.1 Vorläufer der Grünen auf Kommunal- und Landesebene

Ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland seit Anfang der 70er Jahre entstanden auch in Österreich zahlreiche Bürgerinitiativen, die durchwegs von kommunalen Problemen ihren Ausgang genommen haben. Obwohl der Großteil der Bürgerinitiativen und Protestgruppen auf kommunaler Ebene angesiedelt war und der thematischen Ausrichtung nach "single-issue

²⁷ Der Bundeshauptausschuß ist im Frühjahr 1991 durch den Länderrat ersetzt worden.

movements" blieben, kam es in einigen Städten doch zu übergreifenden Zusammenschlüssen und in der weiteren Folge zur Ausbildung von locker organisierten Koalitionen und Wahlplattformen mit dem Ziel, sich um den Einzug in kommunale und später auch regionale Parlamente zu bewerben (Dachs 1997b: 304). Diese kommunalen Gruppen spielten eine große Rolle bei der Gründung von zwei Listenvereinigungen: Die Alternative Liste Österreichs (ALÖ) und die Vereinigten Grünen Österreichs (VGÖ).

Seit Anfang der siebziger Jahre entstanden in Salzburg mehrere Bürgerinitiativen, die sich in den Bereichen Landschafts- und Grünlandschutz sowie Verkehrsplanung massiv und in vielen Fällen erfolgreich gegen verschiedene Großprojekte zur Wehr setzen bzw. diese Vorhaben zumindest aufschieben konnten. Diese Erfolge waren nicht zuletzt durch die wohlwollende publizistische Unterstützung der beiden damals größten Tageszeitungen "Salzburger Nachrichten" und "Salzburger Volksblatt" möglich geworden (Dachs 1983: 313).

Die seit 1972 in Salzburg agierenden Bürgerinitiativen haben zwar eine beachtliche Reaktion innerhalb der Bevölkerung hervorgerufen, konnten jedoch nicht bewirken, daß sich die politischen Gremien ernsthaft mit ihnen befassten. So wurde im Jahre 1977 beschlossen, die einzelnen Bürgerinitiativen zu den vereinigten Bürgerinitiativen "Rettet Salzburg" zusammenzufassen. Es waren dies im wesentlichen die Gruppen "Rettet Salzburg vor der Abgasvergiftung" (gegen den Generalverkehrsplan), das Landschaftsschutzkomitee "Rettet Freisaal" und die Bürgerinitiative gegen die Verbauung der Hellbrunner Allee. Am 5. September 1977 wurde der Verein "Vereinte Bürgerinitiativen - Rettet Salzburg" ins Leben gerufen. Kurz nach seiner Gründung entschloß sich der Verein als "Bürgerliste" zur Kandidatur für die Gemeinderatswahlen im Oktober 1977 anzutreten (Ziesel 1983:170-1).

Die Gemeinderatswahlen vom 2. Oktober 1977 brachten der "Bürgerliste" (BL) auf Anhieb 5,6% der abgegebenen Stimmen und damit 2 Sitze im Gemeinderat (einer davon wurde von Herbert Fux besetzt). Als deklarierte "demokratische Reform- und Erneuerungsbewegung" konzentrierte sich die BL auf die Hauptthemen Altstadterhaltung, Grünlandschutz, Politikerprivilegien und Demokraisierung bzw. verschärfte Kontrolle. Dieser in unkonventionellem Stil und mit aufsehenerregenden Aktionen verfolgte Kurs wurde fünf Jahre später in überraschendem Ausmaß honoriert: mit 17,6% der abgegebenen Stimmen, sieben Sitzen im Gemeinderat und einem Stadtratsposten (Johanns Voggenhuber) war das Gewicht der Bürgerliste als kommunalpolitischer Machtfaktor beträchtlich angewachsen (Dachs 1997b: 305).

In ähnlichen Etappen lief die Bildung der „Alternativen Liste“ in Graz ab: Auch hier existierte eine Fülle von kommunalpolitischen Problemen. Graz wurde daher in der Folge zur „Hauptstadt der Bürgerinitiativ-Bewegung“ mit an die 200 Initiativen (Dachs 1988: 183). Erst das Auftauchen der Bürgerinitiativen gegen die Trassenführung der Pyhrnautobahn durch die westlichen Stadtteile führte in Graz zu einem Regierungswechsel und zur Breitschaft der neuen ÖVP-FPÖ-Koalition, gewisse reformerische Akzente zu setzen. Mit Beschluß des Gemeinderats über die Änderung der Gliederung des Magistrats Graz vom 24. Mai 1973 wurde ein "Büro für Bürgerinitiativen" eingerichtet, dem die Aufgabe zukam, als „Scharnierstelle“ zwischen Bürgerinitiativen und Magistratsverwaltung zu fungieren (Marko 1983: 289).

Ab Mitte der siebziger Jahre begann sich aber mehr und mehr die Überforderung dieses magistratsinternen Büros herauszustellen, da sich inzwischen eine zweite Generation von Bürgeraktivisten gebildet hatte, deren Anliegen weiter gefächert waren: vermehrte Beschäftigung mit der Dritte-Welt-Problematik, Emanzipation, Umweltschutz und Kernenergie (Haiden 1986: 39). Zudem war die Zahl der Bürgerinitiativen im Zeitraum 1973-1978 von ca. 10 auf ca. 200 angestiegen (Marko 1983: 288). Diese Bürgerinitiativen unternahmen allerdings noch keine konkreten Schritte, für ihre Ansprüche und Forderungen in Form einer eigenen lokalen Liste zu werben (Haiden 1986: 40).

Am 11./12. November 1978 fand in Graz, auf Einladung der „Erklärung von Graz für solidarische Entwicklung“²⁸, ein erstes „Gesamtösterreichisches Alternativentreffen“ statt, das zwar heiße und wirre Diskussionen, aber keine praktischen Ergebnisse brachte. Erstmals wirklich aktiv wurden die Grazer Alternativen nach einer Pause von einem Jahr bei den steirischen Landtagswahlen im Oktober 1981. Mit der „Aktion kritischer Wähler“ und mit dem Slogan: „Stimmvieh? Nein danke“ warben die Alternativen für eine Stimmenthaltung (Merli/Hanstanger 1983: 297).

Am 5. November 1981 lud die „Aktion kritischer Wähler“ zu einem Gründungstreffen der „Alternative Liste Graz“ (ALG) in den Grazer Minoritensaal, an dem etwa 200 Leute teilnahmen. Anlässlich dieses Treffens fand eine ausführliche Statutendiskussion statt, die von allgemeinem Elan getragen war. Bereits am 3. März 1982 gab es eine konstituierende Sitzung, in der die Statuten der ALG verabschiedet werden konnten. Mit der Hinterlegung der Satzung

²⁸ Die „Erklärung von Graz für solidarische Entwicklung“ war eine Gruppe, die über Selbstbesteuerung Entwicklungsprojekte in Afrika förderte sowie Kaffeeprodukte aus Guatemala und Jutetaschen aus Bangla Desh etc. verkaufen half.

beim Innenministerium am 8. Juni 1982 erlangte die ALG auch Rechtspersönlichkeit als politische Partei (Haiden 1986: 41, Merli/Hanstanger 1983: 297-8).

Die ALG wollte dem alternativen „Standbein“, den außerparlamentarischen Initiativen und Gruppen, ein „Spielbein“, im Gemeinderat hinzufügen. Das gelang bei den Grazer Gemeinderatswahlen im Januar 1983 auf Anhieb – die ALG gewann 7% der Stimmen und damit 4 von 56 Mandaten (Merli/Hanstanger 1983: 298). Die ALG war bis zu diesem Zeitpunkt die am besten entwickelte und zielstrebigste Kraft im alternativen Lager (Mitschka-Kogoj 1990: 32). Sie war dann auch die wesentliche treibende Kraft hinter der schließlichen Gründung der „Alternativen Liste Österreichs“ genau ein Jahr später (Dachs 1988: 183).

Seit 1973 existierte die konservative „Österreichische Umweltschutzbewegung“ (USB), die sich im bereits angesprochenen Kampf gegen die geplante Verbauung des Wiener Sternwarteparks im bürgerlichen Stadtbezirk Währing wandte. Diese Gruppe wurde später in die „Wahlgemeinschaft für Bürgerinitiativen und Umweltschutz“ (WBU) umbenannt. Die WBU war die erste Grüngruppierung, die zu überregionalen Wahlen antrat. Bei den Wiener Gemeinderats (bzw. Landtags)²⁹- und Bezirksvertretungswahlen im Oktober 1978 konnte sie 6086 Stimmen (0,73%) bzw. auf Bezirksebene über 10.000 Stimmen verbuchen. Bei den kurz darauf, im März 1979, stattfindenden niederösterreichischen Landtagswahlen erhielt die WBU 0,87% der Stimmen (Schandl/Schattauer 1996: 124-5). Die WBU spielte eine wichtige Rolle in der Gründungsphase der „Vereinten Grünen Österreichs“ (VGÖ).

Neben der konservativen Umweltschutzbewegung entstanden auch viele alternative Gruppen in Wien. Dieses Spektrum wandte sich aber mit Vehemenz gegen vereinzelte Stimmen, welche die Gründung einer alternativen Wahlpartei anregten. Nach der Zwentendorf-Abstimmung unter diesen Gruppen entwickelte sich das Wiener „Forum Alternativ“ zur bedeutendsten Gruppierung (Schandl/Schattauer 1996: 127). Allerdings konnte das „Forum Alternativ“ seinem hohen Anspruch nicht lange gerecht werden, da sich die verschiedenen Auffassungen, die sich dort trafen, als zu konträr präsentierten und sich nicht auf eine gemeinsame Basis stellen ließen. Verschiedene Gruppen begannen sich allmählich abzuspalten, um eigene Projekte ins Leben zu rufen. Teile davon fanden sich zum kommunalpolitischen „Wiener Netzwerk“ zusammen, aus dem die „Kommunalpolitische Initiative“ hervorgehen sollte (Haiden 1986: 49-50).

Die „Kommunalpolitische Initiative Wien“ (KI) wurde im September 1980 ins Leben gerufen. Sie war der direkte Vorläufer der späteren „Alternativen Liste Wien“ (ALW). Maßgeblich an

ihr beteiligte Gruppen waren das „Forum Alternativ“, eine Zahl Wiener Bürgerinitiativen, Anti-AKW-Gruppen und sonstige Öko-Zirkel. Die KI publizierte ein eigenes Organ, die „Netzwerkzeitung“, später Parteiorgan der „Alternativen Liste Wien“. Im Januar 1982 beschloß ein Plenum schließlich, alle Aktivitäten auf eine Gemeinderatskandidatur unter dem Namen „Alternative Liste“ zu konzentrieren (Schandl/Schattauer 1996: 128). Bei der Gemeinderatswahl am 24. April 1983 erhielt die „Alternative Liste Wien“ nur 2,5% der Stimmen und konnte nicht in den Gemeinderat einziehen. Bei den gleichzeitig stattfindenden Bezirksvertretungswahlen konnte sie aber immerhin in den Bezirken **I** bis **X** je einen Bezirksrat stellen (Haiden 1986: 53-4).

In Oberösterreich formierten sich anlässlich der Kommunalwahlen im Oktober 1979 auf alternativer Seite die „Demokratische Initiative Schärding“ und die „Partei für Umweltschutz und Menschlichkeit“ (PUM) in Schwanenstadt, auf grüner Seite Josef Buchners „Steyregger Bürgerinitiative für Umweltschutz“ (SBU). Zu den niederösterreichischen Gemeinderatswahlen im März 1980 trat in der Stadt Baden erstmals eine Gruppierung unter dem Namen „Alternative Liste“ an. Ihr Mentor und Spitzenkandidat Fritz Zaun, in den sechziger Jahren aus der kommunistischen Partei ausgetreten, zog als erster deklariert alternativer Gemeinderat in eine österreichische Kommunalvertretung ein (Schandl/Schattauer 1996: 128).

3.2.1.2 Entstehung und Konkurrenz zwischen ALÖ und VGÖ

Zu den wichtigsten Vorläufern der Alternativen und Grünen Listen in Österreich zählen die Arbeitsgemeinschaften gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf, die 1977/78 gegründet wurden. Durch die innenpolitische Diskussion über das „Pro und Contra Zwentendorf“ ist in Österreich eine breite Antikernkraftbewegung entstanden (Müller-Rommel 1993: 71). Die Volksabstimmung vom 5. November 1978 endete mit einem denkbar knappen Sieg der Kernkraftgegner: 50,47% sprachen sich gegen, 49,53% für die Inbetriebnahme des bereits fertiggestellten AKWs aus. Unmittelbar im Anschluß an die Zwentendorf-Bewegung erfolgten die unterschiedlichsten Formulierungsversuche lokaler, aber auch regionaler grüner und alternativer Wahllisten, diverser Bürgerinitiativen oder alternativer Projektgruppen. Zu Beginn der achtziger Jahre gelang schließlich die Etablierung zweier eigenständiger bundesweiter Wahlparteien von Relevanz, der „Alternativen Liste Österreich“ und der „Vereinten Grünen Österreichs“ (Schandl/Schattauer 1996: 115).

²⁹ In Wien entspricht der Gemeinderat dem Landtag.

Entstehung der Alternativen Liste Österreich (ALÖ)

Nach drei gesamtösterreichischen „Alternativentreffen“ konnte das alternative Lager bei dem vierten Alternativentreffen vom 20. und 21. März 1982 im oberösterreichischen Oftering ein dezidiertes Ja zur Nationalratskandidatur einer „Alternativen Liste Österreich“ beschließen. Die konstituierende Gründungsversammlung der Alternativen Liste Österreich trat am vierten Jahrestag der Zwentendorf-Volksabstimmung, am 5. November 1982, in den Grazer Minoritensälen zusammen. Es gab gemäß der beschlossenen Statutenvorlage in der Bundespartei keine Direktmitgliedschaften, sondern die ALÖ sollte sich aus autonomen Landesparteiorganisationen zusammensetzen (Schandl/Schattauer 1996: 132-5).

Die ALÖ versteht sich als Instrument der Friedens- und der Alternativbewegung und will ihre Aktivitäten an den vier Grundsätzen „ökologisch“, „basisdemokratisch“, „solidarisch“ und „gewaltfrei“ orientieren. Der organisatorische Aufbau der ALÖ ist in Österreich einmalig. Sie machte mit der Forderung nach Dezentralisierung radikal ernst, d.h. die Landesorganisationen sind grundsätzlich autonom, das oberste beschlußfassende Organ ist der Bundeskongreß (je 10 Delegierte pro Landesgruppe, Beschlüsse mit 2/3 Mehrheit). Daneben gibt es nur eine locker koordinierte Geschäftsführung mit Sitz in Graz (Dachs 1988: 188).

Ländertreffen zum Aufbau von Landesorganisationen fanden im Mai 1982 statt. Diese Landesgruppen waren die Alternativen Listen Wien, Steiermark, Niederösterreich, Oberösterreich, und Kärnten. In Salzburg wirkte sich die Dominanz der Bürgerliste hemmend auf die Formulierung einer Alternativen Liste aus, zumal die Bürgerliste politisch auch keinerlei Annäherung an die ALÖ signalisierte. Die übrigen Landesgruppen waren in dieser Zeit ohne größere Bedeutung (Schandl/Schattauer 1996: 140).

Entstehung der Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ)

Seit der erfolgreichen AKW-Volksabstimmung stellten die Initiatoren aus der „Arbeitsgemeinschaft Nein zu Zwentendorf“ (ARGE) Überlegungen zur Gründung einer Umweltpartei an. Gedacht war an eine simple Umlegung des ARGE-Konzepts auf parlamentarische Wahlbeteiligungen, also die Erstellung einer Honoratiorenliste mit namhaften Wissenschaftlern und Experten, die ins Parlament einziehen sollten (Schandl/Schattauer 1996: 141-142). In dieser Absicht wurden die Vereinten Grünen Österreichs im Frühsommer 1982 von dem Universitätsprofessor Alexander Tollmann und dem ehemaligen Honorarkonsul von Honduras Alois Engländer gegründet (Dachs 1988: 186). Weitere Trägerschaft fand ein derartiges Projekt beim „Weltbund zum Schutz des Lebens“

(WSL) sowie bei der lebensreformerischen ökologischen Rechten – dem „Bund für Volksgesundheit“, dem „Dichterstein Offenhausen“ und der „Wahlgemeinschaft für Bürgerinitiativen und Umweltschutz“ (WBU). Die konstituierende Bundesversammlung der Vereinten Grünen fand erst am 19. Februar 1983, gerade zwei Monate vor den Nationalratswahlen, in Linz statt. Alexander Tollmann wurde nahezu einstimmig zum Bundesvorsitzenden gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde in Abwesenheit der Schauspieler und Salzburger Bürgerlisten-Gemeinderat Herbert Fux gekürt. Ihre Stellvertreter wurden der Oberösterreicher Josef Buchner und der Steirer Josef Korber (Schandl/Schattauer 1996: 141-2).³⁰

Die damals nur knapp formulierten programmatischen Grundlagen stellten die beiden Themenfelder „Bürger und Staat“ sowie „Menschen und Umwelt“ in den Vordergrund. Forciert wurde eine Umweltpolitik des „peripheren Eingriffs“, man will im Rahmen der herrschenden parlamentarischen und demokratischen Spielregeln bleiben. In organisatorischer Hinsicht wollte man eine Partei konventionellen Zuschnitts aufbauen mit entsprechender vertikaler und horizontaler Gliederung (Dachs 1997b: 306).

Der Aufbau von Landesorganisationen, zumeist kleinen Zirkeln, gelang der VGÖ erst knapp vor den Nationalratswahlen. Formal als erste konstituierte sich die oberösterreichische Partei am 10. Februar 1983. In Oberösterreich, das sich bald zum Stammland der Vereinten Grünen entwickeln sollte, stellten der „Weltbund zum Schutz des Lebens“, der „Naturschutzbund“, aber auch der rechtsextreme Verein „Dichterstein Offenhausen“ den personellen und logistischen Fundus. In Salzburg verhinderte die Dominanz der lokalen Bürgerliste das Aufkommen der Vereinten Grünen ebenso wie jenes der Alternativen Liste. Im Unterschied zur Alternativen Liste litten die Vereinten Grünen in den meisten Bundesländern an mangelnder personeller Substanz. Einzig im Osten Österreichs (Wien, Niederösterreich, Oberösterreich) gelang es, Landesorganisationen aufzubauen (Schandl/Schattauer 1996: 144).

Wahlkampf zu den Nationalratswahlen 1983

Bei den Nationalratswahlen 1983 waren beide Grünparteien ohne Mandatserfolg geblieben. Die ALÖ erreichte bundesweit 1,36% der abgegebenen Stimmen. Die VGÖ schnitten mit 1,93% etwas besser ab (siehe auch Tabelle 3.7). Der erste Anlauf der beiden Grünparteien, getrennt den Einzug ins Parlament zu schaffen, war also gescheitert. In der darauffolgenden

³⁰ Korber hatte bereits langjährige kommunalpolitische Erfahrung und war in den Gründungsprozeß der Alternativen Liste Steiermark involviert gewesen (Schandl/Schattauer 1996: 142).

Phase der Erschöpfung und Stagnation wurde die Frage der Kooperation zwischen VGÖ und ALÖ dem autonomen Entscheidungsbereich der Landesgruppen überlassen (Dachs 1997b: 307).

3.2.1.3 Kooperation zwischen ALÖ ,VGÖ und anderen Grünen

Nach der Nationalratswahl 1983 begann die Kooperation zwischen der Alternativen Liste und den Vereinten Grünen in Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Steiermark. Den Anfang grünalternativer Listenbündnisse machte das Bundesland Salzburg. In mehreren Gesprächsrunden zwischen AL, BL und VG wurde die Bildung der neuen Wahlpartei zur Landtagswahl 1984 in Salzburg ausgehandelt. Die Vereinten Grünen scherten auf Geheiß ihrer Bundesparteführung aus der bereits paktierten Wahlpartei „Grüne-Alternative Bürgerliste Salzburg“ (GABL) aus und beharrten auf der Bildung einer Wahlplattform. AL und BL sahen den erhofften Einzug in den Landtag gefährdet und gaben nach. Die Parteifusion wurde zum bloßen Parteibündnis mit fixen Proporzregelungen umgestaltet. Bei der Landtagswahl erhielt die GABL 4,3% der Stimmen und erlangte somit kein Mandat.³¹ Als die GABL ihr Wahlziel verfehlte, sprangen unmittelbar nach den Wahlen im März 1984 die Vereinten Grünen ab, gefolgt von der Bürgerliste (Schandl/Schattauer 1996: 160).

In Tirol erfolgte vor der Landtagswahl 1984 ein Zusammenschluß von AL und VG zur „Liste für ein anderes Tirol“ (LAT). Bei den Landtagswahlen erreichte die LAT 2,92% der Stimmen. In Tirol war die Kooperation zwischen ALÖ und VGÖ immer von einem sehr guten Klima geprägt (Hämmerle 1993: 64). Im Laufe des Jahres 1985 wurde die LAT in die „Grün-Alternative Liste Tirol“ (GAL-T) überführt – eine Fusion der Alternativen Liste mit ehemaligen Mitgliedern der Vereinten Grünen, von Bürgerinitiativen und sonstigen Einzelpersonen zu einer neuen, eigenständigen Wahlpartei (Schandl/Schattauer 1996: 160). Die Kooperation zwischen AL und VG in Vorarlberg war sehr erfolgreich. 1984 zog die Wahlplattform aus AL und VG mit 13% der Stimmen und somit 4 Mandaten in den Landtag ein.³² In der Steiermark hatten die AL und VG mit der neuen Wahlpartei „Grün-Alternative Liste Steiermark“ (VGÖ-AL) zur Landtagswahl 1986 kandidiert und erreichten 3,73% der Stimmen und damit zwei Mandate (Bermann 1986: 94). In Oberösterreich wollten die AL und die VG zunächst auch eine gemeinsame Wahlplattform für die Landtagswahlen 1985 bilden.

³¹ Die GABL konnte die Grundmandatshürde in der Stadt Salzburg nicht überwinden und blieb auch in den Landbezirken eher bedeutungslos. Sie erreichte 7,6% der Stimmen in der Stadt Salzburg und erhielt nur 2,8% der Stimmen in den Landbezirken (Dachs 1984: 104-5).

³² Erklärungen für diese erfolgreichen Wahlergebnisse gibt Nick 1986: 157-172

Aber diese Kooperation fand bei den VG keine einhellige Unterstützung. Schließlich verließ ein Drittel der Parteimitglieder die VG und fusionierte mit den Alternativen zu einer neuen, gemeinsamen Wahlpartei, den „Grünalternativen Oberösterreichs“ (GAL-OÖ). Die GAL erhielt bei den Landtagswahlen 1985 nur 1,68% der Stimmen. Auch die VGÖ blieben mit gerade 2,19% der Stimmen deutlich unter der Vier-Prozent-Hürde. Daher wurde die These vertreten, daß die oberösterreichischen Wahlen das Totengeläut der Vereinten Grünen einleiteten. (Schandl/Schattauer 1996: 162-3). In den restlichen Bundesländern (Wien, Niederösterreich, Kärnten) kandidierten AL und VG bei den Landtagswahlen getrennt und verfehlten den Einzug in die jeweiligen Landtage (siehe Tab. 3.6).

Tab. 3.6: Grün-Alternative Wahlbeteiligungen zwischen 1983 und 1986 (in Prozent)

Landtagswahl		ALÖ	VGÖ	Bündnisse
Wien	1983	2,50 (ALW)	0,64 (WBU)	
Niederösterreich	1983	0,59 (ALNÖ)	0,99	
Salzburg	1984			4,3 GABL
Tirol	1984			2,92 LAT
Kärnten	1984	1,49 (KE/AL)	1,13	
Vorarlberg	1984			13,00 AL/VG
Oberösterreich	1985		2,19	1,68 GAL-OÖ
Steiermark	1986			3,73 VGÖ-AL

Quelle: Schandl/Schattauer 1996: 163

Nach den Nationalratswahlen 1983 wurde die Beziehung zwischen der ALÖ und den VGÖ auf Bundesebene von der Hainburg-Bewegung verändert. Bei der ALÖ und den VGÖ, die von der Stärke der Hainburg-Bewegung ziemlich überrascht wurden, stieg die Einsicht in die Notwendigkeit der Einigung möglichst aller Grün-Gruppen im Hinblick auf die nächsten Nationalratswahlen (Jordan 1996: 4).

Anfang 1983 hatte der „World Wildlife Fund“ (WWF) seine Kampagne „Rettet die Auen“ gestartet und mit Hilfe einiger Medien begonnen, die Öffentlichkeit auf die drohende Zerstörung der Donauauen bei Hainburg durch ein Wasserkraftwerk aufmerksam zu machen. Im Sommer 1983 gründeten Bürgerinitiativen, die Österreichische Hochschülerschaft, die Naturschutzjugend u.a. Umweltgruppen die „Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg“, und im Mai 1984 wurde das „Konrad-Lorenz-Volksbegehren“ (KLVB) eingeleitet. Der Bescheid des niederösterreichischen Landrats Brezovsky zur naturschutzrechtlichen Baubewilligung im November 1984 löste einen Proteststurm aus. Am 8. Dezember zogen rund 8000 Menschen in der Form eines Sternmarsches mit anschließender

Kundgebung in die Hainbuger Aue, und die ersten BesetzerInnen richteten sich ein. In den folgenden Tagen stieg deren Zahl auf einige Tausend. Zeltlager wurden errichtet, Barrikaden aus Baumstämmen gebaut. Am Morgen des 19. Dezember 1984 kam es dort zu einem brutalen Polizeieinsatz. Am selben Nachmittag demonstrierten in Wien rund 40.000 Menschen gegen das Vorgehen der Regierung und gegen den Kraftwerksbau. Als das Höchstgericht Anfang Januar 1985 weitere Rodungen bis zum Abschluß der laufenden Beschwerdeverfahren verbot, wurde die Besetzung beendet. Eine vom Bundeskanzler eingesetzte Ökologiekommission sprach sich im Herbst 1985 klar gegen das Hainburg-Projekt aus. Das KLVB wurde zwischen dem 4. und dem 11. März 1985 von 353.906 ÖsterreicherInnen (6,55% der Stimmberechtigten) unterzeichnet (Jordan 1996: 4).

Im Juli 1985 versuchten die ehemaligen Führer des „Konrad Lorenz-Volksbegehrens“ (KLVB) die „Bürgerinitiative Parlament“ (BIP) zu initiieren. Ein Personenkomitee von 36 Personen wurde gebildet, die darüber bestimmen sollten, wer in die BIP aufgenommen werden durfte und wer nicht. Die Mitglieder kamen aus dem KLVB, der ALÖ und der Salzburger Bürgerliste (Haiden 1989: 148-9). Während die VGÖ ein Arrangement mit der BIP suchte, gründete der sogenannte „Wiener Flügel“ der ALÖ die „Grünalternative Sammlung“ (GRAS) als basisdemokratisches Gegenmodell gegen die BIP, ohne jedoch annähernd deren Medienpräsenz zu erreichen (Jordan 1996: 4-5). In einer Zusammenkunft verschiedenster repräsentativer Grünvertreter am 3. Mai 1986 am Wiener Westbahnhof wurde die Gründung des Hainburger Einigungskomitees (HEK) als Proporzkomitee aller in der grünen Einigung engagierten Gruppen bzw. exponierter Einzelpersonen beschlossen. Mitglieder des Komitees waren Organisationsvertreter von ALÖ, VGÖ, GRAS, ALW, VÖGA (Vereinigte Österreichische Grünalternative), ethnische Minderheiten und alternierende Vertreter der Sammelorganisationen in den einzelnen Bundesländern (Schandl/Schattauer 1996: 196). Anfang Juli 1986 beschloß die HEK einen „Grundsatzvertrag“. Zwecks gemeinsamer Kandidatur und künftiger Arbeit wurde eine neue Partei, „Die Grüne Alternative (Grüne)“, gegründet. Nachdem sich Freda Meissner-Blau³³ bereit erklärt hatte, als Spitzenkandidatin für die Grünen anzutreten, wurde im September die Partei „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau (Grüne)“ angemeldet (Jordan 1996: 5). Bei der Nationalratswahl 1986 zog „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau (Grüne)“ mit 4,82% der Stimmen und acht Abgeordneten in den Nationalrat ein. Die besten Ergebnisse erzielte die Grüne

Alternative in den Bundesländern Vorarlberg (8,83%), Wien (6,09%), Salzburg (5,91%), Tirol (5,76%) und Oberösterreich (4,87%) (siehe Tab. 3.7).

Tab. 3.7 : Wahlergebnisse der Grünen bei den Nationalratswahlen zwischen 1983 und 1995

	1983		1986	1990		1994	1995
	ALÖ	VGÖ	GA	GA	VGÖ	Grüne	Grüne
Burgenland	0,87	0,99	2,48	2,5	0,87	3,75	2,52
Kärnten	1,50	2,04	3,78	3,0	1,30	5,86	3,46
Niederösterreich	0,88	1,51	3,59	3,27	1,59	5,74	3,73
Oberösterreich	1,37	2,31	4,87	4,13	2,59	7,56	5,07
Salzburg	1,45	2,74	5,91	7,28	1,27	8,14	5,59
Steiermark	1,82	1,55	4,08	3,94	1,11	6,17	4,03
Tirol	1,16	1,53	5,76	6,33	3,24	9,55	6,37
Vorarlberg	2,00	2,65	8,83	5,25	4,56	8,98	7,25
Wien	1,40	2,28	6,09	7,62	2,17	9,8	6,04
Österreich	1,36	1,93	4,82	4,78	1,96	7,31	4,81

Quellen: 1. 1983: Schandl/Schattauer 1996: 147, 2. 1986,1990: Schandl/Schattauer 1996: 290
3. 1994,1995: Bundesbüro der Grünen 1996: 6

3.2.1.4 Konsolidierung der Grünen Partei

Nach den erfolgreichen Wahlergebnissen bei der Nationalratswahl 1986 ging die „Grüne Einigung“ weiter. Mitte Februar 1987 in Klagenfurt fand der erste Bundeskongreß der Grünen Alternative statt. Die grüne Bundespartei basierte auf dem Prinzip der Einzelmitgliedschaft und nicht mehr wie zuvor die Alternative Liste auf der Mitgliedschaft von autonomen Landesorganisationen. Dennoch war es vor der Abhaltung des ersten Bundeskongresses notwendig, Landesorganisationen zu konstituieren, weil sich ja die Zusammensetzung des Delegiertenschlüssels für den Bundeskongreß von der Bildung der einzelnen Landesverbände ableitete (Schandl/Schattauer 1996: 225).

In Tirol und in der Steiermark war der Parteibildungsprozeß früher als in den anderen Bundesländern. Die Landesorganisation der Grünen Alternative in Salzburg konstituierte sich Ende Januar 1987 als „Bürgerliste Salzburg-Land“ (Schandl/Schattauer 1996: 229-30).

³³ Die durch die Hainburg-Bewegung bekanntgewordene Freda Meissner-Blau kandidierte am 4. Mai 1986 als Vertreterin der Grünen Bewegung für das Amt der Bundespräsidentin und erreichte im ersten Wahlgang 5,5%

Anfang 1987 erfolgte auch in Vorarlberg die Parteigründung „Die Grüne Alternative“ (Wiesflecker 1996). In Niederösterreich wurde vor der Nationalratswahl 1986 die

4,81% der Stimmen, weswegen sie nur noch 9 Mandate behalten konnten. Auf Landesebene sind die Grünen nur in Kärnten und im Burgenland noch nicht in den Landtag eingezogen.

Tab. 3.8: Wahlergebnisse der Grünen bei den Landtagswahlen (1987-1998)

Landtagswahlen		(Die Grüne Alternative) Die Grünen – Die Grüne Alternative	VGÖ
Wien	1987	4,40%	0,84%
Burgenland	1987	2,20%	1,09% (Burgenland-Initiative mit Matysek)
Niederösterreich	1988	2,45%	1,19%
Salzburg	1989	6,15% 2 Sitze	1,76%
Kärnten	1989	1,69% (GRÜNE/ZELENI)	1,59%
Tirol	1989	8,26% 3 Sitze	1,26%
Vorarlberg	1989	5,18% 2 Sitze GAV: Grüne Alternative Vorarlberg	4,90% Die Grünen Vorarlbergs
Steiermark	1991	2,88%	1,73% (G.R.Ü.N.E.)
Oberösterreich	1991	3,06%	2,6%
Burgenland	1991	3,35% Die Grüne Alternative – GRÜNE und Unabhängige	
Wien	1991	9,08% 7 Sitze	1,81%
Niederösterreich	1993	3,17% Wahlbündnis(GABL: Grüne Alternative und Bürgerlisten)	1,2%
Kärnten	1994	1,59%	0,35%
Salzburg	1994	7,27% 3 Sitze (BL)	
Tirol	1994	10,68% 4 Sitze	0,06%
Vorarlberg	1994	7,76% 3 Sitze	1,57% (BGÖ: Grüne Bürgerliste/Die Grünen Vorarlbergs)
Steiermark	1995	4,31% 2 Sitze	
Burgenland	1996	2,48%	
Wien	1996	7,95% 7 Sitze	
Oberösterreich	1997	5,8% 3 Sitze	
Niederösterreich	1998	4,49% 2 Sitze	0,58% (BGÖ)

Quelle: 1. 1987-95: Bundesbüro der Grünen 1996: 6.

2. 1996-98: Homepage des statistischen Landesamts Wien, Ober- und Niederösterreich.

3. Burgenland 1996: Neisser 1996: 139

3.2.2 Die Parteiorganisation

Die Mitte Februar 1987 in Klagenfurt beschlossene Satzung der „Grünen Alternative (Grüne)“ war die Erstfassung. Seitdem gab es verschiedene Änderungen und Ergänzungen (Dachs 1997b: 308). Nach der derzeit gültigen Satzung (beschlossen beim 12. Bundeskongreß am

24/25. Juni 1995) verstehen sich die Grünen als „Sammlung und Einigung der Bewegungen für Demokratie und Umwelt in Österreich“. In ihrer Bundesorganisation (Partei) soll grundsätzlich Raum sein für die ganze Breite der Bewegung. Sie wollen keine Parteiorganisation im traditionellen Sinn sein, sondern die gemeinsame demokratische Organisation jener Menschen, die sich in ökologischen, demokratischen, sozialen Bereichen, in der Kultur- und Friedenspolitik engagieren und für die Gleichberechtigung der Frauen in Beruf, Politik und der Gesellschaft eintreten (§ 2). Durchführung

Organisationsstruktur der untergeordneten Einheiten in der Funktion (1996) TIT*07 Tw[Z und e

t k u n d M
u n d e k o n
Grundsätze 20.7 ()-10 (und der Prlog 86.9r (amte der GRÜNEN – e der GRÜNEN AL) 1) 9.7 TERNAT I
undred

eeung

lice

n

Mitgg1037(lieF4057deF4057ra)373za4553hl

sich die Grünen, wie bereits oben erwähnt, als „Sammlung und Einigung der Bewegungen für Demokratie und Umwelt in Österreich“ verstehen. Sie sind keine Mitgliederpartei wie die traditionellen Parteien SPÖ und ÖVP. Auch die Landesorganisationen sehen sich in dieser Funktion. Deswegen kann man die Mitgliederzahlen der Grünen in Österreich nur schätzen. 1988 nennt Toni Kofler für ganz Österreich ca. 2000 Mitglieder (Zitiert nach dem Beitrag von Dachs 1992a: 269). Zwischen 1996 und 1998 zählten die Grünen in der Steiermark zwischen 670 und 703 Mitglieder. In Vorarlberg hatte die Landesorganisation 150 bis 180 Mitglieder. Bei niederösterreichischen Landesorganisation gab es ca. 200 Mitglieder. Die Grünen Burgenland haben keine Mitgliederbeiträge, infolgedessen können sie auch keine konkrete Mitgliederzahlen angeben. Vor 1996 führten die Grünen Kärnten noch keine Mitglieder (siehe Tab. 3.9).

Tab. 3.9: Anzahl der Mitglieder der Grünen in den Bundesländern Österreichs

	Mitgliederzahlen
Burgenland	Keine Mitgliedsbeiträge, ca.200-300 aktive Grüne, ca. 2500 Adressen, die regelmäßig mit Informationen beschickt werden
Kärnten	Die Grünen Kärnten führen keine Mitglieder
Niederösterreich	Ca.200
Steiermark	1996: 670; 1997: 687; 1998: 703
Vorarlberg	150 – 180 (Protokoll der Landesversammlung 1995)

Es gibt keine Informationen über Mitgliederzahlen von grünen Landesorganisationen in Oberösterreich, Wien, Salzburg und Tirol.

Quelle: 1. Landesbüro der GRÜNEN in Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Steiermark und Vorarlberg, 1996

3.2.2.2 Territoriale Gliederung

Die politische Partei „Die Grünen – Die Grüne Alternative (GRÜNE)“ gliedert sich in Landesorganisationen, die in ihrem Bereich autonom sind. Die ethnischen Minderheiten erhalten von der Bundespartei der Grünen einen analogen autonomen Status mit eigenem Vertretungsrecht auf Bundesebene (§7.1). Nach dieser Regelung wurde die Untergliederung der Landesorganisationen von den autonomen Landeorganisationen selbst durchgeführt. Die meisten Landesorganisationen gliedern sich gemäß ihrer Satzung in Bezirks- und Ortsgruppen oder Bezirks- und Kommunalgruppen. In der Praxis existieren die Bezirksgruppen, die bloß eine Verbindungsfunktion haben, lediglich in einigen Bundesländern. Die Ortsgruppen, die relativ autonom sind, sind die hauptsächliche Untergliederung der Landesorganisationen.

Eine Eigenbeschreibung der Grünen Mödling, einer Ortsgruppe der Grünen in Niederösterreich, reflektiert einige Besonderheiten in der Beziehung zwischen Ortsgruppe und Landesorganisation in Österreich:

"Auf lokaler Ebene existieren eine Vielzahl von Organisationen, die an sich autonom sind, sich jedoch, wenn sie interessiert sind, an die GRÜNE Landes- und Bundespartei "anhängen". Die lokalen Gruppen sind also keine Ableger der Bundespartei, sondern umgekehrt: die Bundespartei ist darauf angewiesen, daß Gruppen vor Ort mit ihr zusammenarbeiten. Irgendwelche Anweisungsbefugnisse nach unten sind so nicht denkbar. Auch mit der Mitgliedschaft verhält sich es ähnlich: Mitglied ist man in der lokalen Gruppe; ob dazu auch noch eine Mitgliedschaft bei der GRÜNEN Landes- und Bundespartei besteht, muß jeder für sich entscheiden - automatisch geht das nicht. So gibt's auch in Mödling eine eigene Partei "Die GRÜNEN Mödling", mit eigenem Statut und absoluter Eigenständigkeit. Einige von uns sind auch Mitglieder der "großen" Partei (aber nicht alle). Wir haben mit Mehrheit entschieden, uns als Mödlinger Partner der GRÜNEN Landes- und Bundespartei zu betrachten und dies entsprechend vereinbart. (Das muß aber nicht für alle Fragen und vor allem nicht für die Ewigkeit gelten)." (Die GRÜNEN Mödling 1998).

Diese Aussagen treffen nicht nur für Niederösterreich zu. Auch in Oberösterreich gibt es viele lokale grüne Gruppen oder Bürgerlisten, die nicht zur Untergliederung der Landesorganisation gehören. Die Tabelle 3.10 zeigt, daß die meisten Landesorganisationen nur wenige Ortsgruppen besitzen. Nur in der Bundeshauptstadt Wien hat die Landesorganisation der Grünen in jedem Bezirk eine Ortsgruppe (die Bezirksgruppe).³⁶

³⁶ Die Bezirksgruppen in Wien entsprechen den Orts- oder Kommunalgruppen in anderen Bundesländern.

Tab. 3.10: Bezirks- und Ortsgruppen der Grünen und politische Bezirke und Gemeinden in Österreich

	Anzahl der politischen Bezirke 1994-1998	Anzahl der Bezirksgruppen der Grünen 1996	Anzahl der Gemeinden 1998	Anzahl der Kommunal- oder Ortsgruppen der Grünen 1996
Burgenland	9	Keine Nur 2 Büros	171	Keine
Kärnten	10	--	132	6
Niederösterreich	25	--	573	22
Oberösterreich	18	--	445	16
Salzburg	6	n.v.	119	n.v.
Steiermark	17	6	543	52
Tirol	9	n.v.	279	n.v.
Vorarlberg	4	--	96	17
Wien	1	--	1 (23 Bezirke)*	23*

* In Wien gibt es nur Bezirksgruppen, deren räumliche Geltungsbereiche sich mit den Bezirken decken, die sich aus der generellen politischen Gliederung Wiens ergeben.

Quelle: 1. Anzahl der Politischen Bezirke und Gemeinden : Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich, 1994 und 1998.

2. Anzahl der Bezirks- und Ortsgruppen: Die Landesbüros der Grünen in Österreich, 1996

3.2.2.3 Die Parteiorgane

Die Organe der Grünen auf Bundesebene sind: der Bundeskongreß, die Bundestagung, der erweiterte Bundesvorstand, der Bundesvorstand, die RechnungsprüferInnen, der Bundesfinanzausschuß und das Bundesschiedsgericht/Friedensgericht (§7.2). Der Bundeskongreß ist das oberste entscheidungs- und willensbildende Gremium der Partei. Die Delegierten zum Bundeskongreß sind die in den Landesorganisationen, sowie die durch die Gremien der ethnischen Minderheiten Gewählten (§8.3 a). Außerdem sind die Abgeordneten und Regierungsmitglieder auf Länder- und Bundesebene sowie die Mitglieder des Bundesvorstands der Grünen und der Grünen Bildungswerkstatt³⁷ auch stimmberechtigte Delegierte (§ 8.3 b).

Der erweiterte Bundesvorstand ist das zweithöchste willensbildende Organ der Bundesorganisation (§10.1). Seine Aufgaben sind: Die Koordinierung der Bundespolitik und

³⁷ Die „Grüne Bildungswerkstatt“ (GBW) ist die offizielle Bildungseinrichtung der Grünen und erhält die der Partei aufgrund des Bundesgesetzes über die Förderung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit zustehenden Gelder. Die GBW ist ein Verein mit dem Zweck, die politische Bildungsarbeit „insbesondere unter Berücksichtigung der ökologischen und gesellschaftspolitischen Problemstellungen aufbauend auf den ideologischen Grundsätzen der Grünen/Grünen Alternative zu fördern.“ (Dachs 1997b: 310).

bundesweiter Aktionen, die inhaltliche Vorbereitung des Bundeskongresses, die Vorbereitung eines entsprechenden Wahlmodus- und KandidatInnenfindungsvorschlags an den Wahlkongreß etc. (§10.6). Der Erweiterte Bundesvorstand führt mindestens alle drei Monate eine ordentliche Tagung aus und besteht aus den Mitgliedern des Bundesvorstands, einem weiteren Delegierten des Bundesvorstands der Grünen Bildungswerkstatt, je einem/er VertreterIn der neun Bundesländer und der ethnischen Minderheiten sowie je einer/em weiteren MandatsträgerIn des Nationalrats und des Europaparlaments. Die Landesorganisationen, die im Landtag vertreten sind, entsenden je eine/n weitere/n Delegierte/n (§10.2).

Der Bundesvorstand besteht aus neun Personen: Sprecher/in des Vorstands, Bundesgeschäftsführer/in, Bundesfinanzreferent/in, vier vom Bundeskongreß gewählte Mitglieder, ein Mitglied des Grünen Parlamentsklubs sowie ein/e Vertreter/in der Grünen Bildungswerkstatt (§11.2). Der Bundesvorstand vertritt als Kollektivorgan die gemeinsamen Interessen der Bundesorganisation nach innen und außen (§11.3). Die Bundestagung hat sich um strategische Konzeptionen, die Vorarbeit für politische Programme und bundesweit gemeinsame inhaltliche Schwerpunkte zu bemühen. Sie besteht aus allen Mitgliedern des Erweiterten Bundesvorstandes, den Delegierten aller Landesorganisationen und jedes Landesvorstands, den Delegierten jedes Landesvorstands der Grünen Bildungswerkstatt, dem Bundesvorstand der Grünen Bildungswerkstatt, den Abgeordneten der Grünen zu den Landtagen, zum Nationalrat, zum Bundesrat und zum Europaparlament, sowie die Mitglieder von Landesregierungen und der Bundesregierung (§9.4).

Die Organe der Landesorganisationen sind ähnlich wie die der Bundespartei. Die Landes-, Vollversammlung oder der Landeskongreß ist das oberste Organ der Landesorganisation. Der Landeskongreß, der aus den gewählten Mitgliedern des Landesvorstands und den Delegierten der Bezirksorganisationen besteht, existiert nur in Niederösterreich. Die übrigen Organe der Landesorganisationen sind: Landesvorstand, Landesausschuß, Landeskonzferenz oder erweiterter Landesvorstand, Landesarbeitskreise, Bezirkskonferenz, Landesschiedsgericht, RechnungsprüferIn, Kontrolle oder Kontrollkommission.

3.2.2.4 Die Stabilisierung der Parteiorganisation

Die Bundesorganisation der Grünen Alternativen entstand im Februar 1987 beim ersten Bundeskongreß. Zu jener Zeit gab es bei der Bundesorganisation noch viele basisdemokratische Elemente: die Unvereinbarkeit (wie das Verbot der Ämterhäufung bei

den deutschen Grünen), kollektive Führung (zwei prinzipiell gleichberechtigte Bundesgeschäftsführer beim Bundesvorstand), alle Mitglieder haben die Antragsberechtigung beim Bundeskongreß und die Landesorganisationen haben mehr Autonomie als später. Nach einer zweimaligen großen Veränderung der Satzung (1988 und 1992) waren diese Elementen größtenteils eliminiert (siehe Tab. 3.11). Zuerst wurde beim 8. Bundeskongreß im Oktober 1992 die Unvereinbarkeit gestrichen. Die Nationalrats- und Landtagsabgeordneten hatten danach auch Stimmrecht beim Bundeskongreß und dem erweiterten Bundesvorstand. Gab es früher noch zwei prinzipiell gleichberechtigte Geschäftsführer/innen, so unterscheidet das Statut jetzt zwischen einer Sprecher/in des Vorstands und einem/einer Bundesgeschäftsführer/in (verantwortlich vor allem für interne politische Kommunikation und Willensbildung, für Organisation, Verwaltung usw.). Der/die Sprecher/in ist faktisch der/die Parteivorsitzende bzw. als solche/r vor allem in der Öffentlichkeit präsent (Dachs 1997b: 308).

Tab. 3.11: Die Strukturreform der Grünen Alternative

	STATUT 1987 bzw. 1988	STATUT 1992
Bundeskongreß-delegierte	Sockel- u. Proportionaldelegierte nach Bevölkerungsschlüssel, gewählt von Landeskongressen	wie zuvor sowie zudem: Nationalrats- und Landtagsabgeordnete, Bundesvorstände von Partei und Grünen Bildungswerkstatt mit Stimmrecht
Antragsberechtigung beim Bundeskongreß	Alle Parteimitglieder	nur die Delegierten, Landesvorstände, Klubs, Landtagsfraktionen und der Bundesvorstand der Grünen Bildungswerkstatt
Bundesvorstand	8 Personen: gewählt vom Bundeskongreß, darunter der Finanzreferent; 1988: Bundesgeschäftsführung Teil des Bundesvorstandes; Möglichkeit zur Kooptation von Mitgliedern ohne Stimmrecht; Bundesausschuß-Sprecherin ohne Stimmrecht	9 Personen: 4 Mitglieder vom Bundeskongreß gewählt -1 „externer“ Sprecher des Vorstands, 1 „interner“ Bundesgeschäftsführer, 1 Delegierter der Grünen Bildungswerkstatt, 1 Delegierter des Parlamentsklubs; <u>ohne Stimmrecht:</u> Finanzreferent
Bundesausschuß bzw.: Erweiterter Bundesvorstand	Je drei Delegierte der Landesorganisationen; ohne Stimmrecht: Abgeordnete, Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführung, Finanzreferent; 1988: reduziert auf je 2 Länder-Delegierte	Bundesausschuß abgeschafft; neu: Erweiterter Bundesvorstand bestehend aus: Bundesvorstandsmitgliedern, einem Delegierten des Bundesvorstands der Grünen Bildungswerkstatt, je einem Vertreter der Landesorganisationen, je einem weiteren Länderdelegierten für Landesparteien mit Landtagssitz, einem Mandat des Nationalrats
Bundesgeschäftsführer	2 Bundesgeschäftsführer, gewählt vom Bundeskongreß, dem Bundesvorstand untergeordnet, mit organisatorisch-administrativer Kompetenz; 1988: 2 Bundesgeschäftsführer als Teil des Bundesvorstands mit vermehrter politischer Kompetenz	ab Oktober 1992: 1 Bundesgeschäftsführer mit nur noch organisatorisch-administrativer Kompetenz; neu: Bundesvorstandssprecher: politischer Vertreter der Partei nach außen, Stimme im Klub
Bundestagung		Ab Oktober 1992 neu: langfristige strategische Planungen
Unvereinbarkeit	Mandatsträger im Nationalrat, Landtag oder Gemeinderat (Städte über 50.000 Einw.): kein Zugang zum Bundesvorstand.	Oktober 1992: <i>ersatzlos gestrichen</i>

Quelle: Schandl/Schattauer 1996: 305

3.3 Schweiz

3.3.1 Die Geschichte der Grünen Parteien

Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre entstanden viele unkonventionelle politische Aktionsformen in der Schweiz. Diese neue Welle politischer Artikulation ist vor allem auf die Mobilisierung neuer politischer Potentiale, d.h. auf die Mobilisierung neuer sozialer Bewegungen zurückzuführen (Kriesi 1985: 42-4; Kriesi 1986: 339). Im Gegensatz zu Deutschland und Österreich gingen diese neuen sozialen Bewegungen zunächst nur in sehr geringem Ausmaß in grüne Parteien ein. Von den von Hanspeter Kriesi zu Beginn der achtziger Jahre untersuchten Aktiven aus neuen sozialen Bewegungen wiesen allein die Anhänger des Anti-AKW-Bewegung eine besondere Nähe zu neuen Außenseiterparteien³⁸ auf; insgesamt standen die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen aber der SP am nächsten (Kriesi 1985: 293-301). Die Entstehung und Entwicklung der grünen Parteien in der Schweiz wurde von diesem Phänomen beeinflusst. Die Außenseiterparteien konkurrierten mit der Grünen Partei zuerst auf Kantonalebene und später auch auf Bundesebene. Bis in die 90er Jahre hatte die Grüne Partei es allerdings geschafft, die meisten konkurrierenden Kräfte zu integrieren. Im Folgenden wird ein Überblick darüber gegeben, wie die grünen Parteien auf kommunaler Ebenen entstanden und wie sich die Grünen, Alternativ-Grünen und Außenseiterparteien entwickelten und miteinander konkurrierten.

3.3.1.1 Vorläufer der Grünen auf kommunaler und kantonaler Ebene

Die erste grüne Partei in der Schweiz war bereits 1972 im französischsprachigen Gebiet (Neuburg, Neuchâtel) entstanden. Der "Mouvement populaire pour l'environnement" (MPE) wurde im Dezember 1972 erfolgreich gegen den Bau einer Autobahn gegründet und wurde dann 1983 bei der Gründung der "Föderation der Grünen Parteien der Schweiz" das älteste Mitglied. Der MPE beteiligte sich im Frühjahr 1972 an den Gemeindewahlen und eroberte 8 von 41 Sitzen im neuenburgischen Gemeindeparlament (Rebeaud 1987: 27-8).

Nach dem überwältigenden Wahlerfolg des neuenburgischen MPE wurde im Kanton Waadt (Vaud) kurz vor den Gemeindewahlen 1973 ein MPE-Vaud gegründet. Bei den Gemeindewahlen im November 1973 erhielt der MPE 5,6% der Stimmen in Lausanne und

³⁸ In diesen Außenseiterparteien waren die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) am stärksten. Die POCH, 1969 zunächst in Basel als revolutionäre Partei marxistisch-leninistischen Zuschnitts entstanden, waren ein Produkt der Studentenbewegung von 1968. In den achtziger Jahren strichen sie den Marxismus-Leninismus aus dem Zweckartikel ihrer Statuten und definierten sich als Teil der neuen sozialen Bewegung (grüne Gruppen, Frauen-, Friedens-, Jugend- und Antikernkraftbewegungen) (Blum 1986: 119-130).

eroberte 5 von 100 Sitzen im Gemeindeparlament (Parkin 1989: 203). Bei den kantonalen Wahlen 1974 in Waadt wollte der Generaldirektor des MPE unbedingt die 5-Prozent-Quote (im Bezirk) erreichen und ging zu diesem Zweck eine Wahlallianz mit dem Landesring der Unabhängigen ein, ohne das Einverständnis seiner Mitglieder einzuholen. Die Gewählten von Lausanne und von Chavannes-près-Renens spalteten sich ab als "Groupement pour la protection de l'environnement " (GPE). Die GPE verfehlte die 5-Prozent-Hürde bei den Stimmenanteilen für den Einzug in den Kantonsrat nur um wenige Stimmen. MPE und Landesring blieben dagegen mit 2,3 Prozent Stimmenanteil weit abgeschlagen und verschwanden fortan aus der waadtländischen Parteienlandschaft. Die GPE wuchs sehr schnell, und bei den kantonalen Wahlen 1978 trat sie schon mit vier Sitzen ins Kantonsparlament ein. Im Oktober 1979 erreichte die GPE bei den Nationalratswahlen sogar 6,4 Prozent der abgegebenen Stimmen und schickte den ersten Grünen in den Nationalrat (Rebeaud 1987: 36-9).

Im deutschsprachigen Teil der Schweiz wurde die "Grüne Partei des Kantons Zürich" (GPZ) im August 1978 gegründet. Am Ende des Jahres hatten die Grünen 39 Mitglieder (GRÜNE Schweiz 1999). Bei den kantonalen Wahlen von 1979 konnten schon in drei Wahlbezirken Kandidaten aufgestellt werden, allerdings mit enttäuschendem Resultat. Sie kamen nur auf magere 0,2 Prozent Wähleranteil (Rebeaud 1987: 45). In den drei Jahren nach ihrer Gründung gelang es der GPZ, in einzelnen Gemeinden erste Wahlerfolge zu erzielen, weswegen sie einige Vertreter in Gemeinderäte zu entsenden vermochte. Durchschnittlich erhielt die GPZ drei Prozent der Stimmenanteile in den 7 von insgesamt 12 Wahlkreisen der Stadt Zürich, in denen sie Listen eingereicht hatte (Müller-Rommel 1993: 40). An den Kantonsratswahlen 1983 nahm die GPZ in 6 Landbezirken und in allen Wahlkreisen der Stadt Zürich teil. Sie gewannen mit 3,2 Prozent der Stimmenanteile vier Sitze im Kantonsrat (GRÜNE Schweiz 1999).

In den anderen Kantonen gab es noch viele grüne, alternative oder ähnliche Gruppen, die später als radikale Grüne oder links-grüne Gruppierungen bezeichnet wurden. Einige davon wurden später auch Mitglieder der Grünen Partei Schweiz. Die "Demokratische Alternative" (DA) wurde bereits am 30. Juni 1976 in Bern gegründet (Rebeaud 1987: 138). Nach zwei Jahre nahm die DA an den kantonalen Wahlen in Bern teil und erhielt 0,3% der Stimmen. Bei den Kommunalwahlen 1980 erhielt die DA in der Stadt Bern 3,0% der Stimmen und damit zwei Sitze im Stadtrat (Schweizerische Politik 1979: 34-35, Schweizerische Politik 1981: 35-36). Im Kanton Schwyz war 1979 das "kritische forum ibach" (kfi) entstanden. Bei den

Kantonsratswahlen 1980 erhielt das kfi 1,4% der Stimmen und damit ein Mandat im kantonalen Parlament (Schweizerische Politik 1981: 35-36).

3.3.1.2 Die Entstehung und Entwicklung von GPS, GRAS und GBS zwischen

1983 und 1987

Anfang 1983 begannen die Verhandlungen zur Gründung einer nationalen Föderation der Grünen, initiiert von der "Demokratischen Alternative" Bern. Nach dem vierten Treffen spalteten sich die Grünen in zwei Lager: die gemäßigten und die radikalen Grünen. Zur Seite der "Gemäßigten" zählten die grünen Parteien (bzw. deren damalige Vorläufer) von Zürich, Waadt, Neuenburg und Genf. Zur Seite der "Radikalen" zählten Längiges Zofige, kfi, Rheintalische Umweltschutzvereinigung, Grüne Alternative Basel, DA Bern, Demokratisches Nidwalden, Partei für Frieden und Umwelt Zürich, POCH, Kübel, Combat socialiste du Jura und Manifeste démocratique Vaud (Rebeaud 1987: 87-88).

So kam es, daß noch im selben Jahr zwei konkurrierende grüne Föderationen ihre Gründung verkündeten. Am 28. Mai 1983 wurde die "Föderation der Grünen Parteien der Schweiz" (GPS) von MPE, GPE, GPZ, PEG (Parti écologiste Genevois) sowie von der Grünen Partei Nordwestschweiz³⁹ ins Leben gerufen (Rebeaud 1987: 98-99). Unmittelbar nach dieser Parteigründung schlossen sich am 12. Juni 1983 auch die basisdemokratisch orientierten Grünen zur "Grünen Alternative Schweiz" (GRAS) zusammen, einer Wahlliste, die von einigen linksstehenden Organisationen und Parteien mitgetragen wurde (Müller-Rommel 1993: 41). Bei den Nationalwahlen 1983 erreichte die GPS in Genf 7,6%, in Waadt 7,0%, in Neuenburg 7,4%, in Zürich 4,2% und in Basel-Land 1,9% der Stimmen. Mit der Freien Grünen Liste im Thurgau und der Freien Liste in Bern, die später Mitglieder der GPS wurden, erhielt die GPS 2,6% der Stimmen auf nationaler Ebene. Damit konnten sie ihre Sitze im Nationalrat von einem auf vier erhöhen.⁴⁰ Die linksstehende GRAS erhielt dagegen nur 1,0% der Stimmen und schaffte es somit nicht, Abgeordnete in den Nationalrat zu entsenden (siehe Tab. 3.12).

Tab. 3.12: Wahlergebnisse der Grünen bei den Nationalratswahlen in der Schweiz (1979-1987), nach Kantonen (in Prozent)

	1983		1987	
	GPS	GRAS	GPS	POCH/GBS
Aargau				6,9 Grüne Liste
Bern	4,7 (FL)*	0,7 1,6 (DA)*	7,1 (FL) 2,1 (DA)	2,6 GBS
Basel-Land	1,9	3,0	6,9	7,4 POCH-Grüne 2,0 Grüne Liste
Basel-Stadt		1,0	1,1 GP 1,1 Die Grünen 1,7 Grüne Mitte	9,4 POCH-Grüne 3,3 GA
Luzern				8,7 GBS
St. Gallen		3,3		5,3
Solothurn				7,5 Grüne
Thurgau	5,9*(FGL)		10,8	0,2 (POCH)
Zürich	4,2	0,6	8,0	3,8
Graubünden				6,1
Wallis (Valais)			1,7	
Zug				7,8 SGA
Waadt (Vaud)	7,0	3,8	8,4	3,7 SGA
Neuenburg (Neuchâtel)	7,4		7,0	
Genf (Genève)	7,6		11,5	
Tessin			1,9	11,9 SGA
Freiburg (Fribourg)			4,2	1,7 SGA
Summe	2,6 4 Sitze	1,0	5,0 9 Sitze	4,0 (GBS 2.7)

* Nach einer kurzen Zeit traten diese grünen Kantonalparteien der GPS bei.

Abkürzungen: GA: Grüne Alternative, FL: Freie Liste , FGL: Freie Grüne Liste, POCH/GBS: POCH-Grüne/Grünes Bündnis.

Zürich: Einheitsliste (POCH/Grüne Alternative/Frauen macht Politik!); **Bern:** Grünes Bündnis; **Basel-Stadt:** POCH-Grüne, Grüne Alternative; **Luzern:** Grünes Bündnis; **Zug:** Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA); **Solothurn:** Grüne; **St. Gallen:** Grüne Liste M.U.T.; **Graubünden:** Autunna verde.

Quelle: Schweizerische Politik 1984 und Schweizerische Politik 1988

Die "Föderation der Grünen Parteien der Schweiz" (GPS) wurde seit ihrer Gründung von 1983 immer größer und standfester. Anfangs hatte die GPS nur fünf winzige Kantonalparteien: einige hundert Mitglieder in Zürich, Neuenburg und Waadt, etwa 50 Mitglieder in Genf und kaum 20 in der Region Basel. Nach einem Jahr, im März 1984, trat die "Grüne Partei des Kantons Thurgau"⁴¹ der GPS bei, und auf der dritten Delegiertenversammlung vom 6. Oktober 1984 auch die "Freie Liste" von Bern. Am gleichen

³⁹ Die Grüne Partei Nordwestschweiz, die am 6. Dezember 1979 in Rheinfelden gegründet wurde, setzte sich aus einigen Grünen im Kanton Aargau, Basel-Land, Basel-Stadt und Solothurn zusammen.

⁴⁰ Einer der vier Sitze wurde von der FL Bern eingenommen.

⁴¹ Ihr Vorläufer war die "Freie grüne Liste".

Tag wurde auch das "Movimento ecologista ticinese" in den Beobachterstatus versetzt. Diese grüne Gruppe aus dem Tessin wurde auf der vierten Delegiertenversammlung der GPS (20./21. April 1985) als Kantonalpartei aufgenommen. Bis Ende 1986 hatte die GPS schon zehn Kantonalparteien in neun Kantonen und zwei Beobachter (siehe Tab. 3.13). Im gleichen Jahr veränderte die GPS ihre Parteibezeichnung von "Föderation der Grünen Parteien der Schweiz" in "Grüne Partei der Schweiz" (Rebeaud 1987: 103-141). Bei den Nationalwahlen 1987 erreichte die GPS gegenüber 1983 fast eine Verdoppelung ihres Wähleranteils auf 5 Prozent bzw. 9 Sitze.

Tab. 3.13: Kantonalparteien der GPS zwischen 1983 und 1986

	1983 Föderation der Grünen Parteien der Schweiz	1986 Grüne Partei der Schweiz
Mitglieder	ZH: Grüne Partei des Kt. Zürich GE: Parti écologiste genevois NE: Mouvement populaire pour l'environnement (MPE) VD: Groupement pour la protection de l'environnement (GPE) BS, BL, SO, AG: Die Grüne Partei Nordwestschweiz	BE: Freie Liste Demokratische Alternative BL: Grüne Partei Baselland TG: Grüne Partei des Kt. Thurgau ZH: Grüne Partei des Kt. Zürich TI: Movimento ecologista ticinese GE: Parti écologiste genevois JU: Mouvement écologiste jurassien NE: Parti Ecologie et Liberté VD: Groupement pour la protection de l'environnement
Beobachter		GL: Glarner Umweltgruppen FR: Parti écologiste fribourgeois

Quelle: Rebeaud 1987: 140-142

Im Gegensatz zur GPS trat die GRAS bis 1985 nicht mehr in Erscheinung. Die der GPS ferngebliebenen grünen Organisationen tendierten zur Zusammenarbeit mit der äußeren Linken (Schweizerische Politik 1986: 238). Gleichzeitig hatten sich die Progressiven Organisationen (POCH) und die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) der grünen Bewegung geöffnet. Vor den Nationalwahlen 1987 wurde das "Grüne Bündnis der Schweiz" (GBS) von grün-alternativen und links-alternativen Gruppen gegründet. In den Kantonen Zug, Waadt, Tessin und Freiburg beteiligte sich die SAP zum Teil als Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) im Grünen Bündnis. Die POCH suchte vor den Nationalwahlen eine Öffnung zu grünen Kräften. Im Kanton Luzern hatte diese Öffnung bei den Wahlen im Frühjahr zu beachtlichen Gewinnen geführt. Bei den Kantonalwahlen 1987 erhielt das Grüne Bündnis 8,7 Prozent der Stimmen und 16 Sitze. Das GBS und die POCH traten in Basel-Stadt, Basel-Land

und in Zürich mit gemeinsamen Listen zu den Nationalratswahlen 1987 an und gewannen in diesen Kantonen je einen Sitz. Im Kanton Bern verlor dagegen die POCH, die sich hier ebenfalls zu einem Grünen Bündnis geöffnet hatte, ihren Nationalratssitz (Schweizerische Politik 1988: 304-5). Das GBS erhielt bei den Nationalwahlen insgesamt 2,7% der Stimmen.

3.3.1.3 Die Entwicklung der Grünen auf Kantonalebene (1984-1987)

Auf Kantonalebene erzielten viele grünen und alternativen Parteien oder Gruppen Mitte der achtziger Jahre beachtliche Erfolge. Die Grüne Partei des Kantons Thurgau erhielt 4,5% der Stimmen und damit 6 Sitze bei den kantonalen Wahlen 1984. Bei den Kantonalwahlen 1984 in Schwyz zog das Kritische Forum mit 6,1% der Stimmen und zwei Mandaten in das Kantonalparlament ein. Das Kritische Forum Schwyz wurde 1988 als Beobachter und 1989 Mitglied der GPS (Schweizerische Politik 1989: 323; Schweizerische Politik 1990: 320). In Aargau gewann die Alternative Grüne bei den Kantonalwahlen 1985 4,8% der Stimmen und erlangten somit 5 Mandate im Kantonalparlament. Die Alternative Grüne wurden 1983 gegründet. Anfangs gehörte die Alternative Grüne zur GBS und nach fünf Jahre trat sie mit dem Name "Grünen Aargau" in der GPS bei. Im Kanton Genf erreichte die Grüne Partei (PEG) bei den Kantonalwahlen 1985 8,2% der Stimmen und gewann 8 Sitze in ihrem Kantonalparlament (siehe Tab. 3.14).

Im Kanton Zürich entwickelte sich die Grüne Partei sehr schnell. Bei den Gemeinderatswahlen 1986 erreichten die Grünen einen Wähleranteil von 5,6% und 5 Sitze im Gemeinderat der Stadt Zürich. In der Stadt Winterthur erhielten die Grünen 5,4% der Stimmen und 3 Sitze. Im Frühjahr 1987 eroberten die GPZ bei den Kantonsratswahlen 18 zusätzliche Mandate und stellten mit 22 Abgeordneten die viertgrößte Fraktion. Sie nahm außer im Bezirk Affoltern in allen Wahlkreisen teil und erhielt 10,4% der Stimmen (GRÜNE Schweiz 1999).

Als die "Demokratische Alternative" (DA) im Oktober 1986 von der GPS aufgenommen wurde, besaß die GPS im Gebiet Bern zwei Kantonalorganisationen. Bei den Kantonalwahlen 1986 erhielt die DA nur 1,9% der Stimmen und erlangte so 3 Mandate für den Grossen Rat des Kantons Bern. Die "Freie Liste" aber erreichte ein besseres Ergebnis. Sie konnte 5,9% Prozent der Stimmen auf sich vereinen und belegte somit 11 Sitze. In anderen Kantonen (Waadt, Tessin und Freiburg) konnten die Grünen Parteien nur gering wachsen oder stagnierten sogar.

In diesem Zeitraum nahm das Grüne Bündnis nur in den Kantonen Luzern, Aargau, St. Gallen und Graubünden mangels Konkurrenz durch die GPS eine recht starke Stellung ein (Schweizerische Politik 1988: 305). In den Kantonen Zug, Glarus, Basel-Stadt, Basel-Land und Solothurn konkurrierten die Grünen miteinander oder arbeiteten mit den POCH zusammen (siehe Tab. 3.14).

Tab.3.14 :Die Wahlergebnisse der Grünen bei den Kantonalwahlen in der Schweiz (Stimmenanteil und Sitze im Kantonsparlament)

	1984	1985	1986	1987
Aargau		AG 4,8% 5 Sitze		
Bern			FL 5,9% 11 Sitze DA 1,9% 3 Sitze	
Basel Stadt	GS 1,0% GL 0,8%			
Basel-Land				GB 12,4% 10 Sitze
Glarus			LUN 1,1% 1 Sitz AGN 0,9%	
Luzern				GBS 13,7% 6 Sitze BLS 1,2% 2 Sitze
St. Gallen	GRAS 0,5% 1 Sitz GRFL 1,0%			
Solothurn		Grüne* 3,2% 4 Sitze		
Schwyz	KF 6,1% 2 Sitze			
Thurgau	GPS 4,5% 6 Sitze			
Zürich				GPS 10,4% 21 Sitze
Zug			SGA 3,3% 2 Sitze BLZ 1,5% 1 Sitz LAUZ 0,6%	
Waadt			GPS 4,0% 5 Sitze	
Neuenburg		GPS 4,7%		
Genf		GPS 8,2% 8 Sitze		
Freiburg			ALUS 0,5%	
Tessin				GPS 1,9% 2 Sitze

Abkürzung: **AG:** Alternative Grüne, **AGN:** Alternative Gruppe Näfels, **ALUS:** Alternative Liste "Umweltschutz und Solidarität", **BLS:** Bunte Liste Sursee, **BLZ:** Bunte Liste Zug, **GB:** Grüne Baselland (Gemeinsame Liste POCH/Grüne Liste/Grüne Partei/Parteilose Grüne), **GL:** Gemeinsame Liste Grüne Alternative und Grüne Partei, **GPS:** Kantonalparteien der GPS, **GRAS:** Grüne Alternative, **GRFL:** Grüne Rheintaler und Freie Umwelt-Liste Sargans, **Grüne*:** Grüne u.a. mit POCH-Mitgliedern, **GS:** Grüne Spatzen, **KF:** Kritisches Forum, **LUN:** Überparteiliche Liste für Umweltschutz Netstal, **LAUZ:** Liste Alternative Umweltfreunde Zug, **SGA:** Sozialistisch-Grüne Alternative,

Quelle: Schweizerische Politik 1985: 38-40, 1986: 36-38, 1987: 38-41, 1988: 56-58.

3.3.1.4 Konsolidierung der GPS

Von 1988 bis 1991 wurden sieben kantonale Parteien, Bewegungen und Gruppierungen Mitglieder der GPS. Bis Ende 1991 umfaßte die GPS 17 Kantonalparteien und 3 Beobachter (siehe auch Tab. 3.16). Einige davon kamen aus dem GBS, nämlich das Grüne Bündnis St.

Gallen, das Grüne Bündnis Luzern und die Grünen Baselland. In der Zwischenzeit strebten die Grünen Bündnisse Luzern und St. Gallen auch eine Fusion von GPS und GBS an, jedoch bekamen sie kein Positives Ergebnis (Schweizerische Politik 1991: 320-1; Schweizerische Politik 1992: 335-6). Da zwischen 1990 und 1991 immer mehr links-alternative grüne Kantonalparteien als Mitglieder oder Beobachter (Grüne Kanton Solothurn) in die GPS eingegangen waren, hatte die Frage von Fusionen eine immer geringere Bedeutung bekommen. Nach den Nationalwahlen 1991 wurde die GPS die fünft-größte Partei im Nationalrat. Bei dieser Wahl erhielt die GPS 6,1% der Stimmen und 14 Sitze im Nationalrat. Im Gegensatz zur GPS hatte das GBS keine Möglichkeit, bei den Nationalwahlen 1991 allein zu kandidieren. Vor den Nationalratswahlen 1991 schlossen sich die lokalen, links-alternativen Organisationen, welche ehemals unter der Bezeichnung Grünes Bündnis eine Wahlplattform erstellt hatten, mit der "POB-Grüne Baselstadt" zur Wahlplattform "Die Andere Schweiz" (DACH) zusammen (Schweizerische Politik 1991: 350-2). Bei dieser Wahl bekam die DACH nur 1,5% der Stimmen und einen Sitz. Seitdem überlebte das Grüne Bündnis nur in einigen Kantonen. Bei den Nationalwahlen 1995 hatten sich die verschiedenen kantonalen feministischen und grün-alternativen Gruppierungen zum Wahlbündnis "Feministische und grün-alternative Gruppierungen" (FGA) zusammengeschlossen. Die FGA stehen in der Nachfolge des grün-alternativen Wahlbündnisse von DACH und holten landesweit nur 1,5% der Stimmen (Tab. 3.15).

Seit 1991 hatte die GPS im grünen und alternativen Lager auf Nationalebene und in den meisten Kantonen nur wenig Konkurrenz.⁴² Am Jubiläumskongreß zu ihrem 10jährigen Bestehen änderte die GPS ihren Namen in "Grüne - Grüne Partei der Schweiz" um, womit sie ihre Einheit als große Sammelbewegung symbolisieren wollte (Schweizerische Politik 1994: 323). Von 1991 bis 1998 nahm die GPS vier Mitglieder und zwei Beobachter auf (siehe Tab. 3.16). Die meisten der Kantonalparteien zogen auch ins Kantonsparlament ein. Obwohl die GPS bei den Nationalwahlen 1995 sechs Mandate verlor, blieb sie mit nun nur noch acht Sitzen im Nationalrat stärkste Nichtregierungspartei (Schweizerische Politik 1996: 56).

Tab. 3.15: Wahlergebnisse der GPS und der links-alternativen Grünen bei den Nationalratswahlen in der Schweiz (1991 und 1995), nach Kantonen (in Prozent)

	1991 GPS	DACH	1995 GPS	FGA
Aargau	6,8		5,3	1,0
Bern	9,9	2,0	5,9	2,5
Basel-Land	11,0		9,5	
Basel-Stadt	4,4	7,8	5,6	6,0
Luzern	9,3		8,1	0,8
St. Gallen	6,2		4,9	
Solothurn	7,3		5,8	
Schaffhausen		3,9		
Thurgau	9,0		9,3	
Zürich	7,0	2,4	6,5	2,7
Graubünden		4,3	3,5	1,9
Wallis (Valais)	1,3		1,3	
Zug		10,1		10,4
Waadt (Vaud)	6,3	3,6	4,1	2,6
Neuenburg (Neuchâtel)	8,0		5,9	
Genf (Genève)	6,7		5,6	
Tessin	1,0		1,7	
Freiburg (Fribourg)			2,3	
Summe	6,1 (14 Sitze)	1,3 (1 Sitz)	5,0 (8 Sitze)	1,5 (2 Sitze)

FGA : Feministische und grün-alternative Gruppierungen

ZH: Frauen macht Politik 2,1%, Liste Linkes Bündnis 0,6%, **BE:** Grünes Bündnis, **LU:** Unabhängige Frauenliste, **ZG:** SGA, Frische Brise Steinhausen, Kritisches Forum Cham, Alternative (gem. Liste), **BS:** Basta! 3,2%, Frauenliste Basel 2,8%, **GR:** Unabhängige Frauen, **AG:** Frauen Politik,

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1994, 1997, Schweizerische Politik 1996: Anhang

3.3.2 Die Parteioorganisation

Die Grüne Partei der Schweiz ist eine **Föderation** von Gruppierungen, Bewegungen und politischen Parteien, die auf kantonaler Ebene tätig sind und den Zweck des Vereins und seine Programmplattform unterstützen können (Statuten der GPS § 1). Das bedeutet, daß die GPS nur ein Dachverband der Kantonalparteien der Grünen ist. Das ist ähnlich wie bei anderen Parteien in der Schweiz. Die gesamtschweizerischen Parteien sind aufgrund ihrer historischen Entwicklung mehrheitlich Zusammenschlüsse kantonalen Parteien, Dachverbänden vergleichbar, deren oberstes Organ eine Versammlung kantonalen Delegierter bildet. Die Kantonalparteien sind auch in der Bundespolitik relativ selbständig (Rhinow 1986: 112). Im Gegensatz zur deutschen und österreichischen GRÜNE ist die Organisationsstruktur der GPS relativ locker. Im folgenden wird die Organisationsstruktur der GPS gemäß der am 27. August 1994 in Delsberg revidierten Fassung der Satzung detailliert dargestellt werden.

⁴² Die SGA im Kanton Zug und das GB im Kanton Bern sind die stärksten Konkurrenten.

3.3.2.1 Mitgliedschaft und Mitgliederentwicklung

Mitglieder der Föderation können kantonale grüne Gruppierungen oder Parteien werden, die bereits eine politische Aktivität in der Schweiz ausüben oder eine solche auszuüben beabsichtigen und die bzw. deren Mitglieder keiner anderen Partei angehörten (§ 4.1). Einzelpersonen der Föderation können in Kantonen, in welchen noch keine Gruppe Mitglied oder Beobachter der Föderation ist, als Einzelmitglieder beitreten (§ 4.2). Die Delegiertenversammlung kann kantonale Gruppen als Beobachter aufnehmen, diese haben dann Konsultativstimmrecht (§ 4.3). Im Gründungsjahr hatte die GPS nur 5 Kantonalparteien, und bis Ende 1991 umfaßte sie 17 Kantonalparteien und 3 Beobachter. Von 1991 bis 1998 nahm die GPS um 4 Kantonalparteien und 2 Beobachter zu, so daß ihr bis 1998 20 Kantonalparteien und 6 Beobachter in 22 Kantonen untergeordnet waren. Davon war eine Kantonspartei durch Spaltung entstanden⁴³ und drei davon waren von Beobachtern zu Mitgliedern geworden (siehe Tab. 3.16).

In den meisten Kantonalparteien ist die Einzelmitgliedschaft die hauptsächliche Mitgliedschaft.⁴⁴ Bei manchen Kantonalparteien, z.B. Grüne Aargau, GFL Bern, La Verda in Graubünden und GPZ, existiert noch neben der Einzel- auch die Kollektivmitgliedschaft, allerdings spielt letztere in den Kantonalparteien nur eine geringe Rolle. Neben der Einzelmitgliedschaft erkennen die meisten Kantonalparteien keine Doppelmitgliedschaft an. Nur die Glarner Umweltgruppen (GUG) erlauben die Doppelmitgliedschaft bei ihren Ortsgruppen. Außer Mitgliedern existieren in den Statuten der Grünen Bewegung Uri auch Sympathisantinnen und Sympathisanten, die Einladungen für alle Veranstaltungen erhalten und kein Stimmrecht haben. Die Grüne Partei Basel-Stadt unterscheidet zwischen aktiver und passiver Mitgliedschaft. Die aktiven Mitglieder dürfen nicht Mitglied einer anderen Partei sein. Die passive Mitgliedschaft steht natürlichen und juristischen Personen offen. Passivmitglieder haben kein Stimm- und Wahlrecht, können aber Anträge an die Mitgliederversammlung stellen (Statuten der Grüne Partei Baselstadt, Art.4).

⁴³ 1994 kam es bei den „Grünen Baselbiet“ im Baselland nach persönlichen Differenzen zur Spaltung, bei der sich unter der Führung von Nationalrätin Ruth Gonseth eine Minderheit unter dem neuen Namen "Freie Grüne Liste" abspaltete. Die verbleibende Parteienmehrheit nennt sich weiterhin "Grüne Baselbiet".

⁴⁴ Die Darstellung gründet sich auf die Statuten von 10 Kantonalparteien und 3 Beobachtern, nämlich Grüne Aargau, GFL Bern, Grüne Partei Bern, Grüne Partei Baselstadt, Glarner Umweltgruppen, Grünes Bündnis Luzern, Oekoliberales Bewegung, Grüne Kanton Schwyz, Grüne Partei des Kanton Thurgau, GPZ, La Verda Graubünden, Grüne Bewegung Uri und Bunte Liste Zug.

Tab. 3.16: Mitglieder und Beobachter der GPS (1991 und 1998)

	1991	1998
Mitglieder	AG: Grüne Aargau BE: Freie Liste Grüne Partei Bern BS: Grüne Partei Baselstadt BL: Grüne Baselbiet GL: Glarner Umweltgruppen GUG LU: Grünes Bündnis Luzern SG: Grünes Bündnis St. Gallen SZ: Kritisches Forum Schwyz TG: Grüne Partei des Kt. Thurgau ZH: Grüne Partei des Kt. Zürich FR: Parti écologiste fribourgeois GE: Parti écologiste genevois JU: Mouvement écologiste jurassien NE: Écologie et Liberté VD: Groupement pour la protection de l'environnement	AG: Grüne Aargau BE: Grüne - Freie Liste (GFL) Grüne Partei Bern BL: Freie Grüne Liste Grüne Baselbiet BS: Grüne Partei Baselstadt GL: Glarner Umweltgruppen LU: Grünes Bündnis Luzern SG: Grüne Kanton St. Gallen SO: Grüne Kanton Solothurn SH: Oekoliberales Bewegung SZ: Grüne Kanton Schwyz TG: Grüne Partei des Kanton Thurgau ZH: Grüne Partei des Kt. Zürich FR: Parti écologiste fribourgeois GE: Parti écologiste genevois JU: Mouvement écologiste jurassien NE: Écologie et Liberté TI: I Verdi VD: Les Verts (Canton de Vaud)
Beobachter	SO: Grüne Kanton Solothurn TI: Movimento die Verdi Ticinesi VS: Parti écologiste valaisan JU: Mouvement écologiste jurassien	BS: Basels starke Alternative BastA! GR: La Verda Graubünden SH: Grünes Bündnis Schaffhausen UR: Grüne Bewegung Uri ZG: Bunte Liste Zug VS: Parti écologiste valaisan
	16 Kantonalparteien, 4 Beobachter	20 Kantonalparteien, 6 Beobachter

Quelle: 1991: Schweizerische Politik 1991: 335-6, Schweizerische Politik 1992: 350-1; 1998:

Homepage von "Grüne Partei Schweiz"

Die genaue Zahl der Mitglieder der GPS ist schwer festzulegen. Einige Kantonsparteien weigern sich, die Mitgliederzahlen offenzulegen, und andere besitzen keinerlei genaue Angaben. 1989 zählte sie GPS ca. 4500 Mitglieder (Ladner 1989: 159). Ende 1990 zählten die GPS in 14 Kantonalparteien insgesamt über 5000 Mitglieder (Schweizerische Politik 1991: 335). 1994 zählten sie ca. 8500 Mitglieder in 17 Kantonalsektionen (Grüne Partei Basel-Stadt 1994). Die Grüne Partei des Kanton Zürich ist die größte Kantonalpartei der GPS. Sie zählte 1996 ungefähr 1100 Mitglieder, was im Vergleich mit 1993 einen Verlust von 100 Mitgliedern bedeutet. Die "Grüne - Freie Liste" Bern zählt 1998 ca. 1500 Mitglieder und SympathisantInnen. Im selben Kanton zählt die Grüne Partei Bern nur ca. 150 Mitglieder. Die anderen Kantonalparteien der Grünen Partei zählen zwischen 100 und 400 Mitglieder (siehe Tab. 3.17). Bei den Beobachtern zählten La Verda Graubünden 1996 ca. 100 Mitglieder, die

Grüne Bewegung Uri ca. 40 Mitglieder und die Bunte Liste Zug 8 Aktivmitglieder und 40 Passivmitglieder.⁴⁵

Tab. 3.17: Mitgliederzahlen der Kantonalparteien der GPS

Kanton	Mitgliederzahlen 1995-6	Wohnbevölkerung 1995
Aargau	-	528 887
Bern Grüne - Freie Liste Grüne Partei Bern	1500 Mitglieder und SympathisantInnen ca. 150	941 952
Baselland Grüne Baselbiet Freie Grüne Liste	- -	252 331
Grüne Partei Baselstadt	153	195 757
Glarus	111 Mitglieder 11 GönnerInnen	39 410
Luzern	400 Mitglieder 400 GönnerInnen	340 536
St. Gallen	120	442 350
Solothurn	-	239 264
Thurgau	Ca. 300	223 372
Zürich	1100	1175 457
Graubünden	100	185 063
Uri	Ca. 40	35 876
Zug	8 Aktivmitglieder 40 Passivmitglieder	92 392
Schwyz	-	122 409

Quelle: Angaben von Kantonalparteien der GPS

3.3.2.2 Territoriale Gliederung

Die Kommunalsektionen der grünen Kantonalparteien sind Bezirksgruppen (Amts- oder Regionalgruppen) und Ortsgruppen. Die räumlichen Geltungsbereiche der Bezirks- und Ortsgruppen decken sich üblicherweise mit der entsprechenden politischen Gliederung in Gemeinden und Bezirken (Amtsbezirken). Die Bezirks- und Ortsgruppen sind in ihrer Organisation und ihren Aktivitäten autonom. In den kleinen Kantonen, wie Zug, Schwyz und Glarus, gib es nur Ortsgruppen. In Baselstadt hat die Grüne Partei keine weitere Untergliederung. Die meisten Kantonalparteien haben Bezirksgruppen, die aber nicht in jeden Bezirken existieren. Es gibt nur zwei Kantonalparteien, GPZ und GB-LU, die in jedem Bezirk eine Bezirksgruppe haben (siehe Tab. 3.18).

Aufgrund einer im Spätherbst 1988 durchgeführten Erhebung bei den Gemeindeschreibern ergibt sich - durch Hochrechnung - die Schlußfolgerung, daß zu diesem Zeitpunkt in der

⁴⁵ Die Zahlenangaben basieren auf den Angaben (u.a. in der Homepage) der Kantonalparteien.

ganzen Schweiz rund 5500 funktionsfähige Lokalparteien bestanden haben. Davon waren 120 örtliche Parteisektionen der GPS und 50 des GB (Geser 1994: 11). Nach acht Jahren hatten die Kommunalsektionen der GPS beträchtlich zugenommen. Die Tabelle 3.18 beziffert die Anzahl der Kommunalsektionen der Kantonalparteien schon auf 99. Diese Anzahl schließt noch keine französisch- und italienischsprachigen Kantonalparteien ein.

Tab. 3.18: Anzahl der Kommunalsektionen der Kantonalparteien sowie Anzahl der Gemeinden und Bezirke in der Schweiz

Kanton	Kommunalsektionen 1995-6	Gemeinden 1996	Bezirke (Amtsbezirke) 1995
Aargau	7 Regionalgruppen 6 zugewandte regionale Organisationen	232	11
Bern Grüne - Freie Liste Grüne Partei Bern	14 Amtsgruppen, 21 Ortsgruppen 1 Ortsgruppe	400	26
Baselland Grüne Baselbiet Freie Grüne Liste	- 1 Ortsgruppe	86	5
Baselstadt	1 (entspricht Kantonalpartei)	3	1
Glarus	8 Umweltgruppen	29	1
Luzern	5 Amtsgruppen 6 Ortsgruppen	107	5
St. Gallen	4 Regionalgruppen 5 Kontaktadressen in den Bezirken	90	14
Solothurn	-	126	10
Thurgau	7 Bezirksgruppen	103	9
Zürich	12 Bezirksgruppen	171	12
Graubünden	1 Kommunalsektion	213	14
Uri	Keine	20	1
Zug	Keine	11	1
Schwyz	Keine	30	1

Quelle: Kantonalparteien der GPS, Statistische Jahrbuch der Schweiz 1995,

3.3.2.3 Die Parteiorgane

Die Organe der Föderation (GPS) sind Delegiertenversammlung, Vorstand, Sekretariat, Kommissionen und Kontrollstelle. Die Delegiertenversammlung ist das oberste Organ der Föderation. Sie verabschiedet die Programmplattform und die Grundsatz-Stellungnahmen der Föderation und wählt die Präsidentin, frei wählbare Mitglieder des Vorstands, die Rechnungsführerin und die Kontrollstelle. Jede Mitgliedgruppe der Föderation hat Anrecht

auf mindestens zwei Delegierte. Im Falle von zwei Mitgliedgruppen aus dem gleichen Kanton hat jede Gruppe Anspruch auf mindestens eine Delegierte (§ 6).

Der Vorstand ist das leitende Organ der Föderation. Dem Vorstand gehören an: je eine Vertreterin jeder Mitgliedgruppe, je eine zweite Vertreterin bei Mitgliedgruppen mit über 500 Mitgliedern, die Präsidentin der Föderation, die Präsidentin und Vizepräsidentin der Grünen Fraktion der Bundesversammlung, die Rechnungsführerin, bis zu fünf von der Delegiertenversammlung auf Vorschlag des Vorstandes oder der Kantonalparteien frei wählbare Mitglieder und jeweils zu den ihr Sachgebiet betreffenden Traktanden eine Vertreterin aus von den Organen der Föderation eingesetzten Kommissionen (§ 7). Das Parteisekretariat koordiniert die Tätigkeiten der Organe der Föderation und nimmt die für den normalen Betrieb der Föderation nötigen Arbeiten vor (§ 8). Die Kommissionen bearbeiten für die Föderation ein Themengebiet. Sie können von der Delegiertenversammlung oder dem Vorstand eingesetzt und aufgelöst werden (§ 9). Die Kontrollstelle besteht aus zwei Revisorinnen, die die Rechnungen prüfen und der Delegiertenversammlung Antrag erstatten (§ 10).

Die wichtigsten Organe der meisten Kantonalparteien sind die Mitgliederversammlung (Vollversammlung), der Vorstand, der Delegiertenrat (die PräsidentInnen-Konferenz oder Grünrat) und die Rechnungsrevisorinnen. Die Mitgliederversammlung oder Vollversammlung, die mindestens einmal jährlich stattfindet, ist das oberste Organ der Kantonalpartei. Die Mitgliederversammlung oder Vollversammlung wählt die PräsidentInnen sowie die Mitglieder des Vorstandes und die Geschäftsleitung (oder das Sekretariat). Der Vorstand ist ausführendes Organ auf administrativer und politischer Ebene. Er besteht aus PräsidentIn, VizepräsidentIn, Sekretär, KassierIn und Beisitzern. Im Kanton Thurgau, Luzern, Uri und Glarus hat jede Bezirks- und (oder) Ortsgruppe zudem Anrecht auf zwei oder einen Vertreter im Vorstand. In Aargau wird die Vertretung der Region bei der Zusammensetzung des Vorstands berücksichtigt.

Das "Grüne Bündnis des Kantons Luzern" (GB-LU) besitzt das Organ "Grünrat", der verantwortlich für die ortsgruppenspezifischen Themen und deren Koordination ist. Der Grünrat besteht aus 1 bis 2 VertreterInnen pro Orts- und Amtsgruppe (Statuten des GB-LU 1997). Bei der GPZ wird der Delegiertenrat aus Abordnungen der Bezirksparteien, der Kantonsratsvertretung, einer eidgenössischen Parlamentarierin, der Delegierten der GPZ im Vorstand der GPS und einer Vertreterin jedes Kollektivmitglieds gebildet. Seine Aufgaben sind Fassung der kantonalen und eidgenössischen Parolen, Abschließende Bereinigung der

Nationalratsliste und Nominierung von Kandidatinnen für Regierungs- und Ständerat (Statuten der GPZ 1990, § 11). Der Delegiertenrat tagt etwa mit der selben Häufigkeit wie die Mitgliederversammlung, d.h. vor Abstimmungen und Wahlen (Schloeth 1991: 79).

Die PräsidentenInnen-Konferenz bei den "Grünen - Freie Liste Kanton Bern" entspricht ungefähr dem Delegiertenrat der GPZ. Sie ist zusammengesetzt aus den PräsidentInnen der Orts- und Amtsgruppen oder deren StellvertreterInnen sowie den Mitgliedern des Vorstandes. Sie ist das politische Willensbildungsorgan der Grünen - Freie Liste Kanton Bern und hat insbesondere folgende Kompetenzen: die Fassung von Abstimmungsparolen und wichtigen Resolutionen sowie Vorbereitung von eidgenössischen und kantonalen Wahlen (Statuten der "Grünen - Freie Liste" Kanton Bern 1997, § 7).

3.3.2.4 Die Besonderheiten der Parteiorganisation

Wie bereits erwähnt, ist die GPS der Dachverband der grünen Kantonalparteien. Ihre Organisationsstruktur ist deshalb sehr dezentralisiert, genauso wie die ihrer Kantonalparteien. Ihre Organisation ist lockerer als die der Landesparteien der Grünen in Deutschland und Österreich. In einigen Kantonalparteien der GPS existieren noch Einzelmitgliedschaft und Kollektivmitgliedschaft nebeneinander. Diese Maßnahme existiert bei den Grünen Parteien normalerweise nur vor der Gründung oder Konstituierung einer Bundespartei (vgl. 3.4).

Die Kommunalsektionen der GPS haben einen größeren Einfluß als die österreichischen und deutschen Sektionen auf die Entscheidung ihrer Kantonalparteien. Wie oben erwähnt, hat jede Bezirks- und (oder) Ortsgruppe zudem Anrecht auf einen oder zwei Vertreter im Vorstand der Kantonalparteien in Thurgau, Luzern, Uri und Glarus. In Aargau wird die Vertretung der Region bei der Zusammensetzung des Vorstands der Kantonalpartei beachtet. Diese Maßnahmen deuten darauf hin, daß die Dezentralisation als herausragendes Merkmal der Organisation der GPS gelten kann.

3.4 Vergleichendes Resümee

Die Entstehung der westdeutschen Grünen auf Bundesebene war vergleichsweise früher und verlief reibungsloser als bei den österreichischen und schweizerischen grünen Parteien. Die Grünen wurden im Januar 1980 gegründet und traten bereits nach drei Jahren in den Bundestag ein. Seitdem sind sie zu einem festen Bestandteil des bundesrepublikanischen Parteiensystems geworden. Obwohl sich die ÖDP im Oktober 1981 als Splitterpartei der Grünen absonderte, schaffte sie es nicht, den Grünen eine ernste Konkurrenz zu werden. In

Österreich entstanden gleichzeitig zwei Grüne Parteien auf Bundesebene, beide zwei Jahre später als die deutschen Grünen. Bei den Nationalratswahlen 1986 gelang einem bundesweiten Wahlbündnis aller grünen und alternativen Gruppen der Einzug ins Parlament. Im Jahr 1987 konnte der erste Bundeskongreß der Grünen Alternative stattfinden. Die Bildung der schweizerischen Grünen erfolgte 1983. Die gemäßigten Grünen gründeten die Föderation der GPS, und die alternativen Grünen schlossen sich zur GRAS, dem späteren GB, zusammen. Obwohl die GPS nach der Nationalratswahl 1987 zur fünftstärksten Kraft im schweizerischen Parteiensystem werden konnte, existieren noch einige grün-alternative Gruppierungen auf Kantonalebene, die nicht Mitglieder der GPS sind.

Die Entstehung der Landesverbände und Landesorganisationen innerhalb Westdeutschlands und Österreich erfolgte zur gleichen Zeit. Alle westdeutschen Landesverbände der Grünen sind vor 1980 entstanden, und die meisten von ihnen konnten ihre Position bereits in den 80er Jahren stabilisieren. In Österreich sind die Landesorganisationen der ALÖ und VGÖ jeweils in den 80er Jahren gegründet worden und konnten sich ebenfalls schon vor Beginn der 90er Jahre konsolidieren. Nur vier Landesorganisationen der Grünen in Österreich konnten in den 80er Jahren in die Landtage einziehen. Die Entstehung der Kantonalparteien der GPS ist wegen ihrer regionalen und lokalen Vielfalt sehr unterschiedlich. Einige davon sind Ende der 70er Jahre entstanden, z.B. GPZ und kfi, die meisten Kantonalparteien wurden jedoch erst in den 80er Jahren gegründet.

Während in Deutschland die Kreisverbände die wichtigsten Kommunalsektionen der Grünen sind, spielen die Bezirksgruppen nur eine geringe Rolle bei den Grünen Parteien von Österreich und der Schweiz. Statt dessen sind die Ortsgruppen der Grünen Parteien in Österreich und der Schweiz wichtiger als die Bezirksgruppen. Außerdem ist die Organisationsstruktur der österreichischen und schweizerischen Grünen Parteien dezentraler und lockerer als die der deutschen Grünen Partei. Die österreichischen und schweizerischen Kommunalsektionen haben relativ mehr Autonomie als die deutschen grünen Kommunalsektionen. Ein anderer Unterschied bei der Organisationsstruktur zwischen den Grünen Parteien der drei Länder besteht darin, daß die deutsche Grüne Partei nur die Einzelmitgliedschaft anerkennt. Die Kollektivmitgliedschaft existiert noch in einigen Kantonalparteien der GPS. Eine derartige Kollektivmitgliedschaft war bereits bei der Gründung der Bundesgrünen in Westdeutschland ausgeschlossen (Klotzsch & Stöss 1984: 1535). In Österreich sind die Mitglieder der Kommunalsektionen der Grünen nicht automatisch auch Mitglieder der Landesorganisation oder Bundespartei der Grünen. Die

beiden Grünen Parteien konnten bisher keine genauen Mitgliederzahlen angeben. Eine detaillierte Beschreibung der Kommunalsektionen der Grünen Parteien und ein genauer Vergleich zwischen ihnen soll im nächsten Kapitel gegeben werden.

4. Die Kommunalsektionen der Grünen Parteien im Ländervergleich

In diesem Kapitel sollen die Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den drei Ländern beschrieben und verglichen werden. Um die Porträts vergleichen zu können, werden sie in folgende Abschnitte eingeteilt: Geschichte, Organisation, innerparteiliche Aktivität, Beteiligungsformen, Verhältnis von Grünen und anderen Parteien sowie Politikbereiche der Kommunalsektionen.

4.1 Die Geschichte der Kommunalsektionen

In diesem Abschnitt werden die Entstehungsweise und das Gründungsjahr der Kommunalsektionen der grünen Parteien in den drei Ländern verglichen. Mit der Frage 1 und 2 wird jede Kommunalsektion der Grünen gefragt, auf welche Weise ihre lokale Parteiorganisation in der gegenwärtigen Form entstanden ist und vor wie vielen Jahren sie gegründet wurde. Das Ergebnis zeigt: Außer bei den ostdeutschen grünen Kreisverbänden gibt es bei der Entstehungsweise der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern keine großen Unterschiede (siehe Tabelle 4.1).

Tab. 4.1: Entstehungsweise der Kommunalsektionen in den drei Ländern

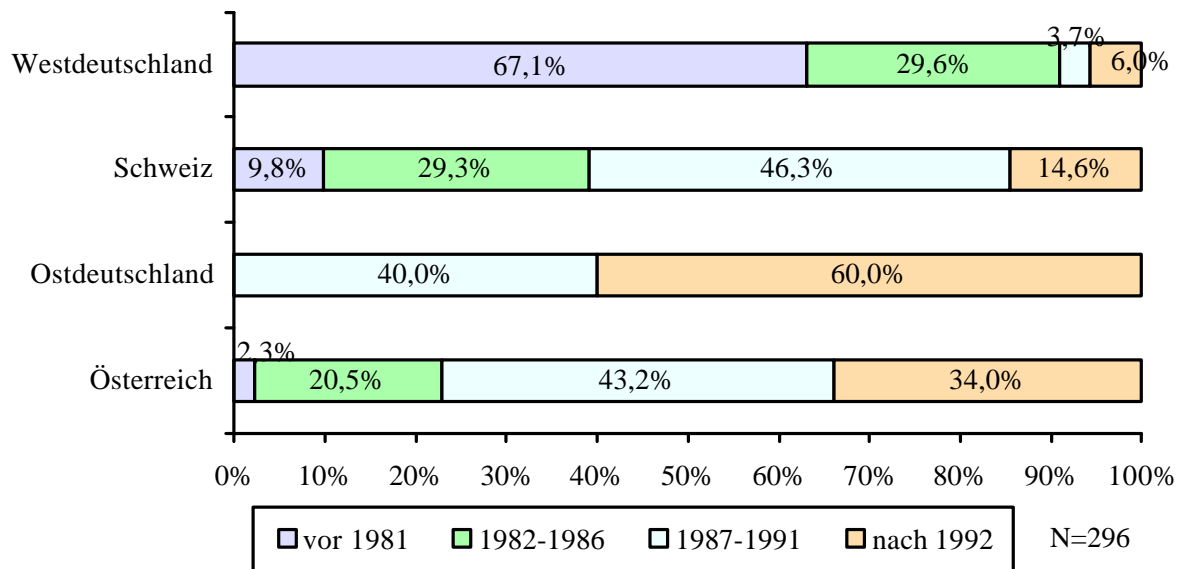
Entstehungsweise	Österreich		Schweiz		Ostdeutschland		Westdeutschland	
	N	%	N	%	N	%	N	%
Neugründung	38	84,4	32	80,0	20	38,5	132	78,1
Zusammenschluß bestehender Parteien	1	2,2	2	5,0	25	48,1	13	7,7
Abspaltung aus einer bereits bestehenden Partei	1	2,2					1	0,6
Reorganisation einer bereits bestehenden Partei	5	11,1	4	10,0	3	5,8	9	5,3
Andere			2	5,0	3	5,8	6	3,6
Weiß nicht					1	1,9	8	4,7

Die meisten Kommunalsektionen sind durch Neugründung entstanden. Knapp die Hälfte der ostdeutschen grünen Kommunalverbände hat sich aus den bestehenden Parteien gebildet, nämlich Bündnis 90, NF, UFV, DJ und Grünen. Wie in Kapitel 3 dargestellt, geben Fusionen der Grünen und der Bürgerbewegungen sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene. Die Antworten der Befragung ergeben, daß die Fusion der Grünen und der Bürgerbewegungen auch auf kommunaler Ebene vorangingen. 83,3% der durch Zusammenschluß bestehender Parteien entstandenen Kommunalsektionen ostdeutscher Grünen sind zwischen 1991 und 1993 gegründet worden. Dieser Zeitraum ist identisch mit

Zeit der Fusionsverhandlungen zwischen den Grünen und dem Bündnis 90 auf Bundes- und Landesebene.

In Ostdeutschland sind die grünen Kreisverbände spät gegründet worden, dagegen sind die westdeutschen grünen Kreisverbände sehr früh gegründet worden. Sechzig Prozent der ostdeutschen grünen Kreisverbände sind nach 1992 entstanden. Die ältesten Kreisverbände sind zwischen 1988 und 1989 gegründet worden. Über zwei Drittel (67,1%) der westdeutschen Kreisverbände sind vor 1981 entstanden. In Österreich sind 77,2% der Kommunalsektionen nach 1987 gegründet worden und in der Schweiz 60,9% (siehe Schaubild 4.1).

Schaubild 4.1: Gründungsjahr der Kommunalsektionen in den drei Ländern



Diese Ergebnisse entsprechen auch dem Verlauf der Entstehung und Konsolidierung der Grünen Parteien auf Bundesebene. Die westdeutschen Bundesgrünen sind 1980 gegründet worden und sind schon in kurzer Zeit stabil geworden. Die 67,1% (N=108) der Kommunalverbände, die vor 1981 gegründet waren, erklären die schnelle Entwicklung der westdeutschen Grünen in den 80er Jahren. In Österreich sind 77,2% der Kommunalsektionen nach 1987 gegründet worden. Dies spiegelt die Verzögerung des Konsolidierungsprozesses der Bundesgrünen in den 80er Jahren wider (vgl. 3.2.1). In der Schweiz ist die GPS 1983 gegründet worden und in acht Jahren nahm die Anzahl ihrer Kantonalparteien von 5 auf 16

zu. Fast im gleichen Zeitraum (1982-1991) entstanden 75,6% der Kommunalsektionen der GPS.

4.2 Die Organisationsstruktur der Kommunalsektionen

Im diesem Abschnitt werden die Organisationsstrukturen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien der drei Länder verglichen. Die Organisationsstruktur beinhaltet die Mitglieder, die Parteiorgane und die Beziehung zwischen Kommunalsektion und Landesverband (Kantonalpartei).

4.2.1 Größenstruktur der Kommunalsektionen

Die Mitgliederzahlen der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern weisen große Differenzen auf. Die größten Kommunalsektionen haben über fünfhundert Mitglieder und die kleinen Kommunalsektionen dagegen weniger als zehn Mitglieder. Tabelle 4.2 zeigt, daß die westdeutschen Grünen mehrheitlich aus größeren Kreisverbänden bestehen und bei den österreichischen Grünen demgegenüber eher kleine Kommunalsektionen vorherrschen. 51,5% der westdeutschen grünen Kreisverbände haben über 100 Mitglieder. Dagegen haben nur 7,8% der grünen Kommunalsektionen in der Schweiz, 2% der grünen Kreisverbände in Ostdeutschland und sogar keine Kommunalverbände in Österreich über 100 Mitglieder.

Tab. 4.2 : Größenklassen grüner Kommunalsektionen in den drei Ländern

Mitgliederzahlen der Kommunal- sektionen	Österreich		Schweiz		Ostdeutschland		Westdeutschland	
	N	%	N	%	N	%	N	%
Unter 20	33	75,0	18	46,2	21	41,2	2	1,2
21-50	8	18,2	12	30,8	23	45,1	35	21,0
51-100	3	6,8	6	15,4	6	11,8	44	26,3
101-200			2	5,1	1	2,0	50	29,9
201 und mehr			1	2,6			36	21,6

Für diese Unterschiede gibt es zwei Erklärungsvarianten. Eine basiert auf der Bevölkerungszahl der Kommunen. Die Größe der Kommunalsektionen hängt sicherlich von der Zahl der Einwohner der Kommunen ab. Die Bevölkerungszahl der Landkreise und kreisfreien Städte in Westdeutschland ist viel größer als die der ostdeutschen Kreise, der österreichischen politischen Bezirke und Statutarstadt und sowie der schweizerischen Amtsbezirke. Dies erklärt, daß die meisten Kreisverbände in Westdeutschland größer sind, als in den anderen Ländern. Die zweite Erklärungsvariante bezieht sich darauf, daß die untersuchten Fälle der österreichischen und schweizerischen grünen Bezirksgruppen, die den

Kreisverbänden der Grünen in Deutschland entsprechen, nur sehr gering sind. Die Ortsgruppen der Grünen in Österreich und der Schweiz, deren räumliche Geltungsbereiche sich mit den Gemeinden decken, sind generell kleiner als die Kreisverbände in Westdeutschland.

Um die Größenstruktur der Kommunalsektionen in den drei Ländern sinnvoll vergleichen zu können, müssen die zwei Varianten überprüft werden. Hierfür wird die Größenstruktur der Kommunalsektionen durch die Dichte der Parteimitglieder der Grünen in den Kommunen gemessen, um die erste Variante zu überprüfen. Empirisch gemessen wird die Dichte der Parteimitglieder in den Kommunen als prozentuale Anteil der Parteimitglieder an der Fall der Einwohner der Kommunen. Um die zweite Variante kontrollieren zu können, werden im folgenden die städtischen Kommunalverbände, deren Einwohnerzahl größer als 10 000 ist, zur Analyse ausgewählt.

Tabelle 4.3 weist ein deutliche Ergebnis auf: Die Dichte der Mitglieder der Grünen ist in ostdeutschen Städten am niedrigsten. 65,0% der ostdeutschen städtischen Kommunalsektionen der Grünen haben eine Dichte der Mitglieder unter 0,039%. Die Dichte der Mitglieder der Grünen in schweizerischen Städten ist am höchsten. 42,9% der schweizerischen städtischen Kommunalsektionen der Grünen haben eine Dichte der Mitglieder über 0,1%. Die Reihenfolge der Länder hinsichtlich der Dichte der grünen Mitglieder in den Städten ist: die Schweiz, Westdeutschland, Österreich und Ostdeutschland.

Tab. 4.3 : Die Dichte der Mitglieder in Städten in den drei Ländern

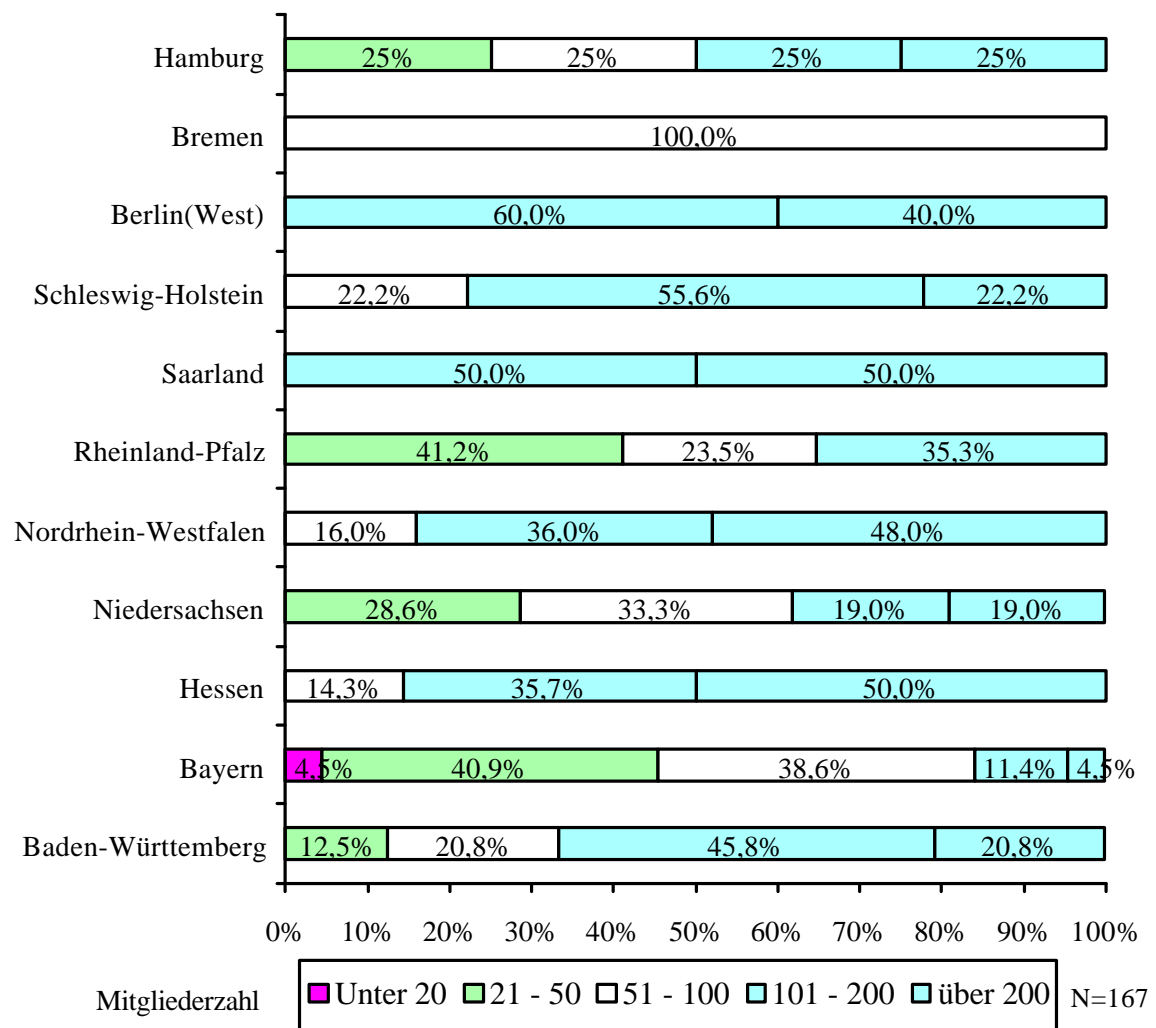
Dichte der Mitglieder in Städten ^{1.)}	Österreich N %	Schweiz N %	Ostdeutschland N %	Westdeutschland N %
bis 0,039%	4 25,0	2 14,3	13 65,0	2 4,2
0,04-0,069%	6 37,5	1 7,1	6 30,0	19 39,6
0,07-0,099%	2 12,5	5 35,7	1 5,0	14 29,2
über 0,1%	4 25,0	6 42,9		13 27,1
Rangfolge	3	1	4	2

1.) Dichte der Mitglieder in Städten = $\frac{(\text{Anzahl der Parteimitglieder der städtischen Kommunalsektionen}) \times 100}{(\text{Einwohnerzahl der Stadt})}$

In Westdeutschland gibt es auch Unterschiede der Größenstruktur grüner Kreisverbände zwischen den Bundesländern. Schaubild 4.2 zeigt, daß alle kleine Kreisverbände in nur vier Bundesländern (Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg) liegen. Diese Ergebnisse entsprechen den von Joachim Raschke in 1991/1992 erhobenen Daten: In nur vier Bundesländern (Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg) liegen fast

90% aller kleinen Kreisverbände (Raschke 1993: 219). In der Schweiz liegen die meisten großen Kommunalsektionen im Kanton Zürich. In Ostdeutschland und Österreich gibt es keine großen Unterschiede zwischen den Bundesländern.

Schaubild 4.2: Größenstruktur der westdeutschen grünen Kreisverbände nach Bundesländern



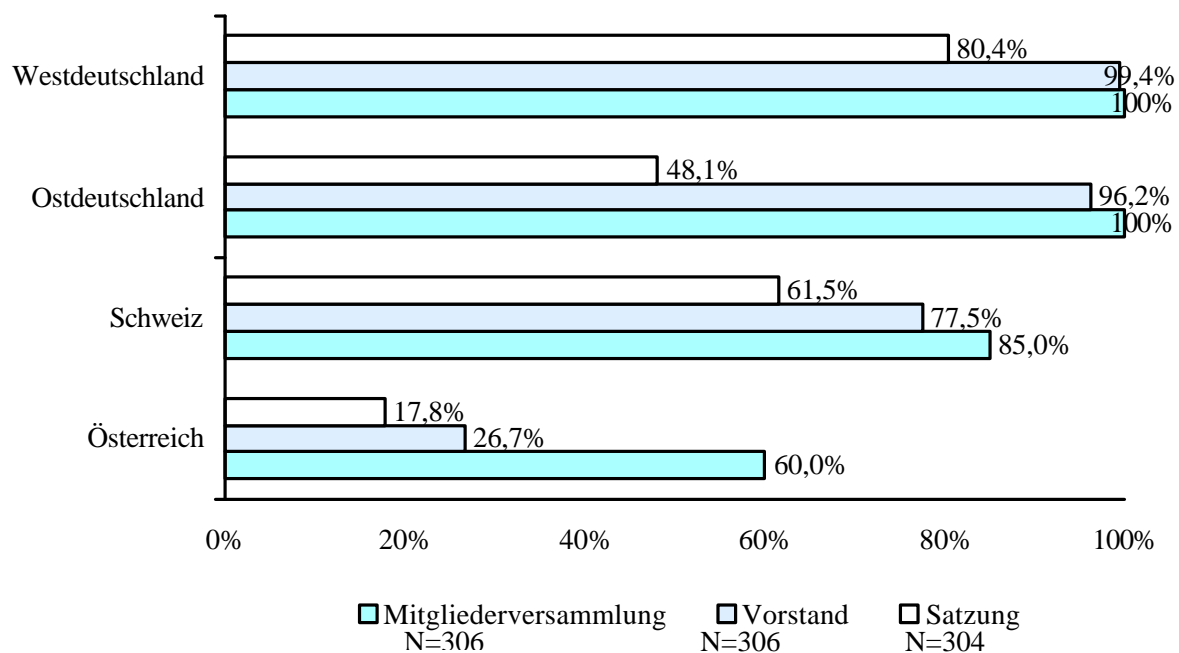
4.2.2 Parteiorgane der Kommunalsektionen

Die wichtigsten Parteiorgane der grünen Kommunalsektionen sind die Voll- oder Mitgliederversammlung und der Vorstand. In den großen Kommunalsektionen gibt es noch Schiedsgericht, Rechnungsprüfer/in oder Kontrollkommission. Die großen Kreisverbände oder Bezirksgruppen haben auch Untergliederungen wie Orts- oder Basisgruppen. In dem

folgenden Abschnitt werden die wichtigsten Parteiorgane (Vollversammlung und Vorstand) und Untergliederungen der grünen Kommunalsektionen in drei Ländern verglichen.

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ der grünen Kommunalsektionen in Deutschland. Dieses Prinzip regelt die Satzung des Bundesverbandes von Bündnis 90/Die Grünen: Um eine dezentrale Parteigliederung und Basisdemokratie zu fördern, regelt die Satzung eine größtmögliche Autonomie der Orts-, Kreis- und Landesverbände. Entscheidende Organe sind die jeweiligen Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlungen (§ 9 Abs.1). Eine Solche Regelung gibt es aber nicht in der Bundessatzung der österreichischen und schweizerischen Grünen. Schaubild 4.3 hat diesen Unterschied zwischen den drei Ländern deutlich bestätigt. Die erhobenen Daten zeigen, daß alle Kreisverbände der Grünen in der BRD eine Mitgliederversammlung haben. Dagegen gibt es in Österreich und der Schweiz je 40% bzw. 15% der grünen Kommunalverbände ohne Mitgliederversammlung.

Schaubild 4.3: Prozentsatz von Kommunalsektionen mit Mitgliederversammlung, Vorstand und Satzung in den drei Ländern

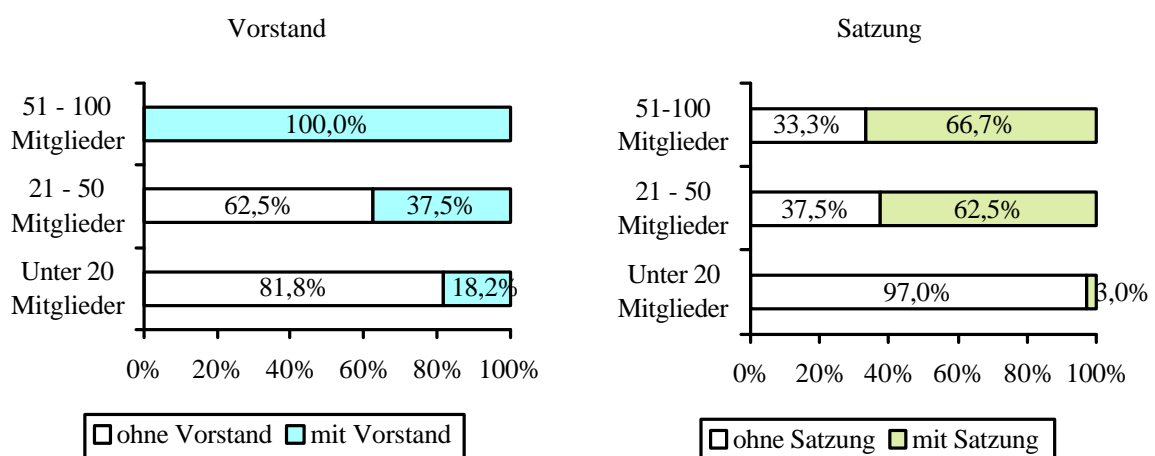


Neben der Mitgliederversammlung ist der Vorstand das zweite wichtige Organ der Kommunalsektionen der Grünen. Die meisten Kommunalsektionen der Grünen in der BRD haben einen Parteivorstand (vgl. Schaubild 4.3). Von den 45 Kommunalsektionen der österreichischen Grünen aus der Befragung haben nur 12 (26,7%) einen Vorstand. Schaubild 4.2 zeigt, daß 82,2% der österreichischen grünen Kommunalsektionen keine Satzung haben.

Diese Ergebnisse sind nicht unerwartet, weil die meisten grünen Kommunalsektionen in Österreich sehr klein sind. Wie Tabelle 4.2 zeigt, haben 93,2% der österreichischen grünen Kommunalsektionen weniger als 50 Mitglieder. Bei einer so geringen Größe der Kommunalsektionen ist es nur schwer möglich, eine formelle Organisation zu entwickeln. Das Schaubild 4.3 verdeutlicht diesen Zusammenhang zwischen Größenstruktur und Organisierung der Kommunalsektionen in Österreich: Je größer die Kommunalsektionen sind, um so mehr Möglichkeiten haben sie, die Parteiorganisation zu entwickeln. Alle großen Kommunalsektionen der österreichischen Grünen, deren Mitgliederzahl zwischen 51 bis 100 liegt, haben einen Parteivorstand. Dagegen haben 81,8% der kleinen Kommunalsektionen, deren Mitgliederzahlen unter 20 liegt, keinen Parteivorstand. Für die kleinen Kommunalsektionen in Österreich ist einen Parteivorstand auch nicht nötig, weil die Mitgliederversammlung die Funktion des Parteivorstandes übernehmen kann. Ein weiteres Grund ist, daß es in Österreich keine gesetzliche Regelung für die Organisation der Parteien gibt. Dies wird in Kap. 6 weiter analysiert.

Der Zusammenhang zwischen den österreichischen grünen Kommunalsektionen mit Satzung und der Größenstruktur der österreichischen grünen Kommunalsektionen ist auch stark. Über die Hälfte der großen und mittleren österreichischen grünen Kommunalsektionen haben eine Satzung, dagegen haben 97% der kleinen grünen Kommunalsektionen keine Satzung (siehe Schaubild 4.4).

Schaubild 4.4: Prozentsatz von österreichischen grünen Kommunalsektionen mit Vorstand und Satzung: nach Größenklassen der Kommunalsektionen



In Ostdeutschland haben die meisten grünen Kommunalsektionen sowohl eine Mitgliederversammlung als auch einen Vorstand, aber nur 48,1% der Kommunalsektionen

haben eine Satzung (vgl. Schaubild 4.3). Im Vergleich mit anderen Ländern ist dieses Ergebnis sehr bemerkenswert. Mit Hilfe einer statistischen Analyse läßt sich kein Zusammenhang zwischen diesem Ergebnis sowie der Geschichte und Größenstruktur der Kommunalsektionen der ostdeutschen Grünen entdecken. Dieses merkwürdige Phänomen soll im Kapitel 6 mit Hilfe einer qualitativen Methode analysiert werden.

In den drei Ländern sind die Zusammensetzung und die Aufgaben des Vorstands der grünen Kommunalsektionen ähnlich. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Er leitet die Kommunalsektion, führt die laufenden Geschäfte und vertritt die Partei nach außen. Die Anzahl der Vorstandsmitglieder liegt zwischen 1 und 22. Die größten Vorstandsgremien gibt es in der Schweiz, nämlich die Grüne Partei Baselstadt und die Grüne Partei der Stadt Zürich (GPZch). Bei der Grünen Partei Baselstadt gehören dem Vorstand auch vom Volk Gewählte an. Der Vorstand der GPZch besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten und mindesten je einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kreispartei. Bei der GPZch gibt es 12 Kreisparteien. Deshalb ist die Anzahl der Vorstandsmitglieder in beiden grünen Parteien besonders hoch. Außerdem von diesen beiden grünen Parteien legt die Anzahl der Vorstandsmitglieder zwischen 1 und 12. Bei den meisten Kommunalsektionen (68,2%) liegt die Anzahl der Vorstandsmitglieder unter 5. Von den 261 befragten Kommunalsektionen haben nur 4 (1,5%) über 11 Vorstandsmitglieder. Tabelle 4.4 zeigt die durchschnittliche Anzahl der Vorstandsmitglieder in den drei Ländern. Die Anzahl der Vorstandsmitglieder bei den ostdeutschen grünen Kommunalsektionen ist im Durchschnitt klein und bei den anderen Ländern gibt es keine großen Unterschiede.

Tab 4.4: Durchschnittliche Größe des Parteivorstands von grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern

	Österreich	Ostdeutschland	Schweiz	Westdeutschland
Durchschnittliche Größe des Parteivorstands	5,3	3,8	6,5 (5,5*)	5,2
N	11	43	29	161

* Ohne die Grüne Partei Baselstadt und die Grüne Partei Stadt Zürich

Die Größe der Vorstandsgremien hängt von der Mitgliederzahl der Kommunalsektionen ab. Die positive Korrelation zwischen der Anzahl der Vorstandsmitglieder und der Mitgliederzahl ist in allen Ländern sehr stark ($r=,33$ $P=,000$). Je mehr Mitglieder die Kommunalsektionen haben, desto größer sind ihre Vorstandsgremien. Bei den schweizerischen grünen Kommunalsektionen ist dieser Zusammenhang besonders stark ($r=,81$ $P=,000$).

4.2.3 Verhältnis von Kommunalsektion und Landesverband (Kantonalpartei)

In Bezug auf das Verhältnis zwischen Kommunalsektion und Landesverband oder Kantonalpartei wurden zwei Fragen gestellt. Die eine ist Frage 11: "Aus welchen Quellen finanziert sich Ihr Kreisverband (Bezirksverband)?" und die andere ist Frage 10: "Gab es im letzten Jahr zwischen Ihrem Kreisverband und dem Landesverband Konflikte und was waren die Auswirkungen?"

Tabelle 4.5 zeigt den durchschnittlichen Prozentsatz der Geldquellen der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern. Außer bei den österreichischen grünen Kommunalsektionen gehören obligatorische Mitgliederbeiträge zu den wichtigsten Einnahmequellen der Kommunalsektionen. Die Mittel der österreichischen grünen Kommunalsektionen wurden zu über 80 Prozent aus Parteiabgaben von Mandatsträger(innen), Subventionen des Landesverbandes und aus anderen Quellen (überwiegend öffentliche Zuschüssen⁴⁶) aufgebracht. Die Mitgliederbeiträge und Spenden bei den österreichischen grünen Kommunalsektionen betragen weniger als 15 Prozent. Hingegen betragen die obligatorischen und freiwilligen Mitgliederbeiträge und die Spenden von Nichtmitgliedern bei den schweizerischen grünen Kommunalsektionen über 70 Prozent. Die schweizerischen grünen Kommunalsektionen bekommen durchschnittlich nur etwa 2 Prozent ihrer Einnahmen aus Subventionen von den Kantonalparteien. Von den 37 befragten schweizerischen grünen Kommunalsektionen haben nur 4 (10,8%) Kommunalsektionen Subventionen von ihrer Kantonalpartei bekommen. Das bedeutet, daß sich die schweizerischen grünen Kommunalsektionen um eigene Parteieinnahmen bemühen müssen.

Tab. 4.5: Durchschnittliche Prozent der Geldquellen der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern*

	obligatorische Mitgliederbei- träge	freiwillige Mitgliederbei- träge	Spenden von Nicht- mitgliedern	Parteiabgaben von Mandatsträ- ger(innen)	Subventionen des Landes- verbandes	anderes
Österreich	3,92	6,95	2,62	33,79	28,38	20,49
Schweiz	39,76	20,00	13,14	18,14	2,35	6,43
Ostdeutschland	53,46	9,02	5,59	14,55	15,57	1,33
Westdeutschland	32,57	11,70	4,86	25,67	13,05	8,68

Die Schweiz ist eines der wenigen Länder unter den westlichen Demokratien, in denen die Parteien ohne direkte staatliche Hilfen auskommen. Die meisten Parteien in der Schweiz

⁴⁶ Z.B. die Parteiförderung der Gemeinde, die Parteienfinanzierung der Stadt, Sitzungsgelder der Gemeindevertretung und Fraktionsgeld.

gelten als ausgesprochen arm. Sie finanzieren sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Parteisteuern, wobei die Mitgliedsbeiträge in den meisten Fällen die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle darstellen (Drysch 1998: 73). Während die Parteien in der Schweiz keine direkten Zuwendungen erhalten, wurde in Deutschland 1959 und in Österreich 1975 die staatliche Parteienfinanzierung eingeführt. Dies erklärt den niedrigen Anteil der von den Kantonalparteien stammenden Subventionen an der Gesamtheit der Geldquellen der schweizerischen Kommunalsektionen.⁴⁷

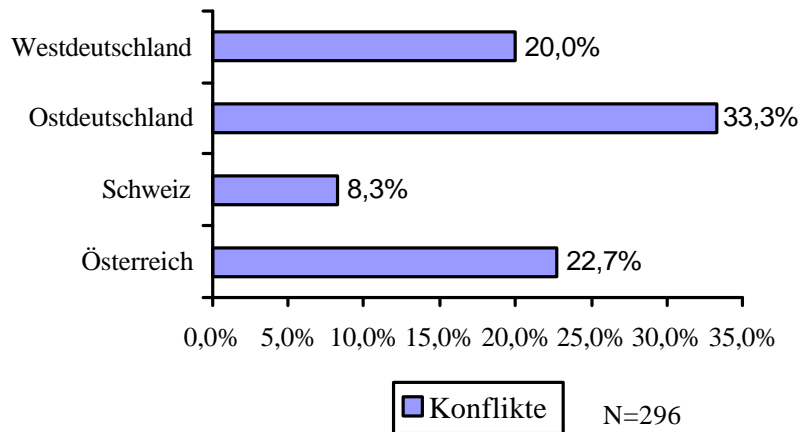
Die Parteiabgaben von Mandatsträger(innen) sind eine zweite wichtige Geldquelle der Kreisverbände in Westdeutschland. Dies entspricht auch die Darstellung der Einnahmenstruktur der Kreisverbände bei Gudrun Heinrich.⁴⁸ Der prozentuale Anteil der Parteiabgaben von Mandatsträger(innen) in Ostdeutschland ist relativ niedriger als in den anderen Ländern. Die Ursache liegt darin, daß die Zahl der Mandatsträger(innen) der Grünen in Ostdeutschland relativ niedriger sind.

Was das Verhältnis zwischen grünen Kommunalsektion und Landesverband oder Kantonalpartei betrifft, so zeigt das Schaubild 4.5 ein anderes Bild. Von den 51 ostdeutschen grünen Kreisverbänden aus der Befragung bejahten 17 (33,3%), daß es im Jahr 1996 Konflikte zwischen Kreisverband und ihrem Landesverband gebe. In der Schweiz waren es nur 8,3% der grünen Kommunalsektionen, die Konflikte mit ihrer Kantonalpartei hatten. Die Ursache liegt darin, daß die Organisationsstruktur der GPS sehr dezentralisiert ist (vgl. 3.3.2.4). Die meisten Konflikte zwischen Kommunalsektion und Landesverband (Kantonalpartei) wurden durch die Finanzierung und die Personalpolitik ausgelöst. Bei den ostdeutschen grünen Kreisverbänden, die Konflikte mit ihrem Landesverband hatten, war die Frage der Zusammenarbeit mit der PDS eine wichtige Ursache der Konflikte zwischen Kreisverband und Landesverband.

⁴⁷ Die genaue Analyse findet sich in Kap. 6.

⁴⁸ In Westdeutschland sind ein großer Teil der Einnahmen der Kreisverbände "Abgaben kommunaler MandatsträgerInnen". Sie spenden der Partei einen Teil (oder die Gesamtheit) ihrer Aufwandsentschädigungen,

Schaubild 4.5: Prozentsatz der grünen Kommunalsektionen mit Konflikten zwischen Kommunalsektionen und Landesverband (Kantonalpartei)



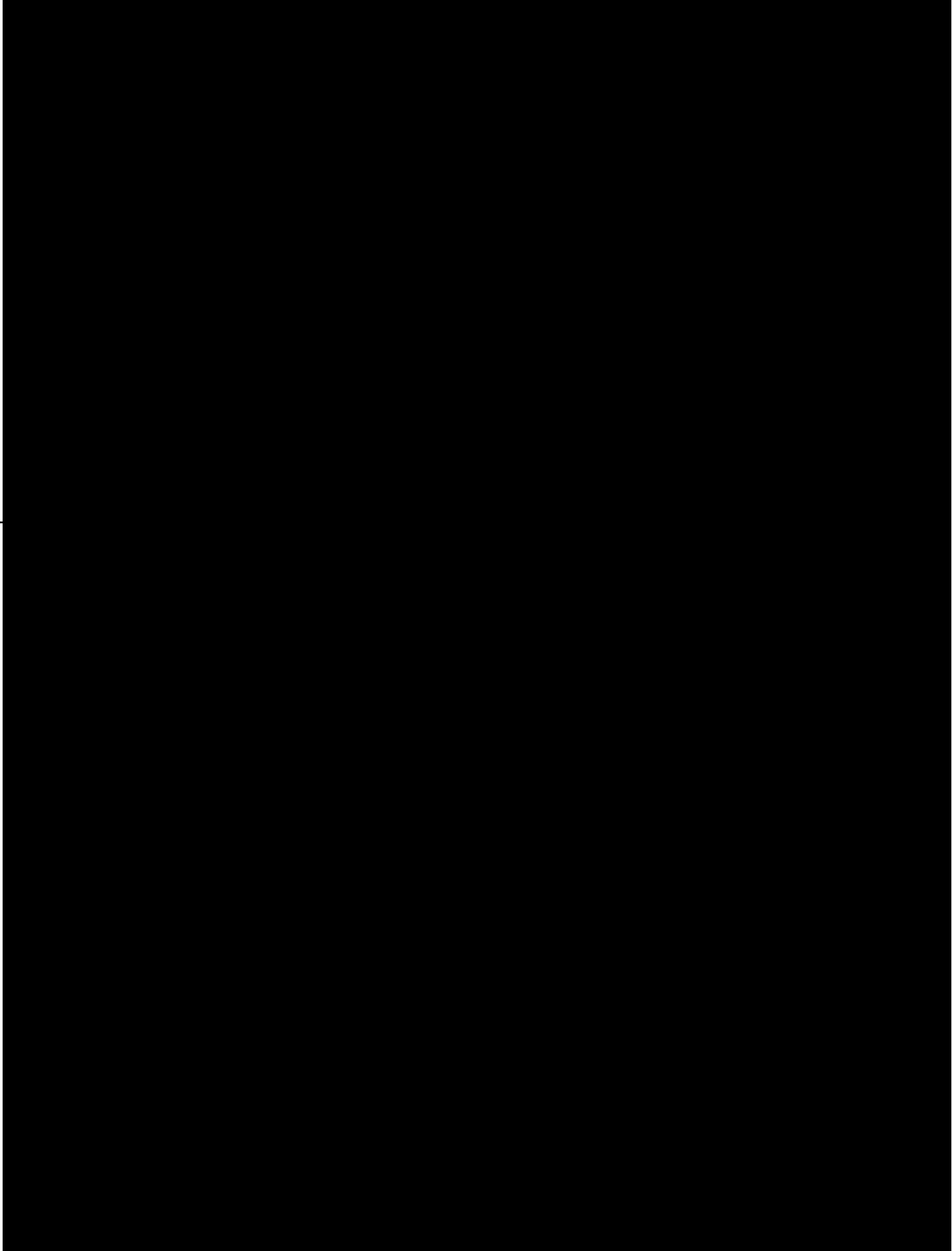
4.3 Innerparteiliche Aktivität der Kommunalsektionen

4.3.1 Die Mitgliederversammlung

Wie in Abschnitt 4.22 beschrieben, haben die meisten grünen Kommunalsektionen eine Mitgliederversammlung. Wie oft tagt die Mitgliederversammlung in der Regel pro Jahr? Wieviel Personen nehmen im Durchschnitt an diesen Versammlungen teil? Wie oft hat die Mitgliederversammlung 1996 getagt? Mit diesen Fragen wollte ich von den grünen Kommunalsektionen erfahren, wie sie es mit der Mitgliederversammlung der Grünen auf kommunaler Ebene halten und ob es Unterschiede zwischen den drei Ländern gibt.

Das Ergebnis zeigt, daß in den ostdeutschen grünen Kreisverbände am häufigsten Mitgliederversammlung stattzufinden. In fast 50% der ostdeutschen grünen Kommunalverbände tagt die Mitgliederversammlungen in der Regel über 10 mal pro Jahr. Die schweizerischen grünen Kommunalsektionen halten am wenigsten Mitgliederversammlungen ab. Es gibt nur 8,8% der schweizerischen grünen Kommunalsektionen, die Mitgliederversammlung in der Regel über 10 mal pro Jahr abhalten. Die Häufigkeit von Mitgliedersammlungen in westdeutschen und österreichischen grünen Kommunalsektionen liegt dazwischen (siehe Schaubild 4.6). Tabelle 4.6 zeigt auch, daß die durchschnittliche Anzahl der Mitgliederversammlungen bei den grünen Kommunalsektionen

die sie als Mitglieder von Kreis- oder Gemeindeversammlungen erhalten, oder sie unterhalten mit diesen Geldern Fraktionsbüros (Raschke 1993: 724).



Mitgliederversammlungen in den Kommunalsektionen, die keinen Vorstand haben, den Vorstandssitzungen der Kommunalsektionen, die einen Vorstand haben, entsprechen.

Die Anzahl der Teilnehmer an Mitgliederversammlungen spiegelt die innerparteiliche Partizipation wider. Wieviele Personen nehmen im Durchschnitt an Mitgliederversammlungen teil? Die Antworten der grünen Kommunalsektionen ergeben, daß die westdeutschen Kreisverbände die größte Anzahl Anwesender in ihren Mitgliederversammlung aufweisen können (siehe Tab. 4.7). Die Anzahl der Teilnehmer an den Mitgliederversammlungen hängt natürlich von den Mitgliederzahlen ab, aber die Anzahl der Teilnehmer wird normalerweise nicht mit den Mitgliedern proportional zunehmen, sondern umgekehrt sogar abnehmen. Um einen Vergleich zwischen den drei Ländern hinsichtlich des durchschnittlichen Anwesenheitsgrades bei den Mitgliederversammlungen der Kommunalsektionen durchführen zu können, wird in allen drei Ländern das Verhältnis aller Teilnehmer an den Mitgliederversammlungen zu der Gesamtheit der Mitglieder aller Kommunalsektionen des jeweiligen Landes ermittelt. Das Meßverfahren basiert auf der Annahme, daß die meisten Teilnehmer der Mitgliederversammlung Parteimitglieder sind. Diese Voraussetzung ist natürlich nicht problemlos, denn fast alle Versammlungen der Grünen sind offen. Die Anhänger oder Sympathisanten der Grünen können selbstverständlich an Mitgliederversammlung teilnehmen und sogar ein Antragsrecht haben, aber nur bei wenigen Kommunalsektionen haben sie auch ein Stimmrecht wie Mitglieder. Obwohl dieses Problem bleibt, kann man mit dem Verhältnis der Mitglieder zu den Teilnehmern in gewissem Maße die verschiedenen Tendenzen hinsichtlich des Aktivitätsgrades in den Kommunalsektionen innerhalb der drei Länder miteinander vergleichen.

Tab. 4.7: Prozentuales Verhältnis der Teilnehmer an Mitgliederversammlungen zu der Gesamtheit der Mitglieder

	Österreich	Schweiz	Ostdeutschland	Westdeutschland
Durchschnittliche Anzahl der Teilnehmer	12,9	13,6	14,0	24,0
Durchschnittliche Anzahl der Mitglieder	19,1	50,3	30,5	135,3
Prozentuales Verhältnis der Teilnehmer zu der Gesamtheit der Mitglieder	67,43%	27,08%	45,95%	17,75%

Mitgliederversammlungen pro Jahr nur 3,3 bei den österreichischen grünen Kommunalsektionen, die einen Vorstand haben.

Tabelle 4.8 zeigt, daß der Prozentsatz des rechnerischen Verhältnisses der Teilnehmer der Mitgliederversammlung zu den Parteimitgliedern bei österreichischen grünen Kommunalsektionen am höchsten ist. Über 80% der österreichischen Kommunalsektionen haben über 40% Anwesenheit in der Mitgliederversammlung. 73,5% der ostdeutschen Kreisverbände haben auch über 40% Anwesenheit in der Mitgliederversammlung. Dagegen haben nur 7,5% der westdeutschen Kreisverbände über 40% Anwesenheit in der Mitgliederversammlung.

Tab. 4.8: Prozentsatz der Anwesenheit bei den Mitgliederversammlungen in den drei Ländern

Verhältnis der Teilnehmer zu den Mitgliedern*	Österreich		Ostdeutschland		Schweiz		Westdeutschland	
	N	%	N	%	N	%	N	%
Unter 20%					5	15,2	76	47,5
21-40%	4	14,8	13	26,5	11	33,3	72	45,0
41-60%	10	37,0	16	32,7	11	33,3	11	6,9
61% und mehr	13	48,1	20	40,8	6	18,2	1	0,6

* Verhältnis der Teilnehmer zu den Mitgliedern = $\frac{N \text{ (Anzahl der Teilnehmer an Mitgliederversammlung)}}{N \text{ (Mitglieder der Kommunalsektionen)}} \times 100$

Die Ursache für diesen Unterschied ist eindeutig. Je mehr Mitglieder die Partei hat, um so geringer ist bei gleichbleibender Teilnehmerzahl das prozentuale Verhältnis der Teilnehmer an den Mitgliederversammlungen zu der Gesamtheit aller Mitglieder. Bei den 276 befragten Kommunalsektionen zeigt sich, daß die negative Korrelation zwischen Mitgliederzahlen und dem rechnerischen Verhältnis der Teilnehmer an den Mitgliederversammlungen zu der Gesamtheit aller Parteimitglieder sehr stark ist ($r=-.59$). Es ist auffällig, daß die westdeutschen grünen Kommunalsektionen wegen ihrer großen Mitgliederzahlen proportional geringere Aktivitätsgrade aufwiesen. Die von Joachim Raschke 1991/1992 erhobene Daten weisen ähnliches Ergebnis auf: Die meisten großen Kreisverbänden in Westdeutschland nennen einem Anteil von dauerhaft Inaktiven, der zwischen 60% und 90% liegt. Deren Durchschnittswert kann bei etwa zwei Dritteln der jeweiligen Mitgliedschaft angesetzt werden (Raschke 1993: 226).

4.3.2 Die Vorstandssitzung

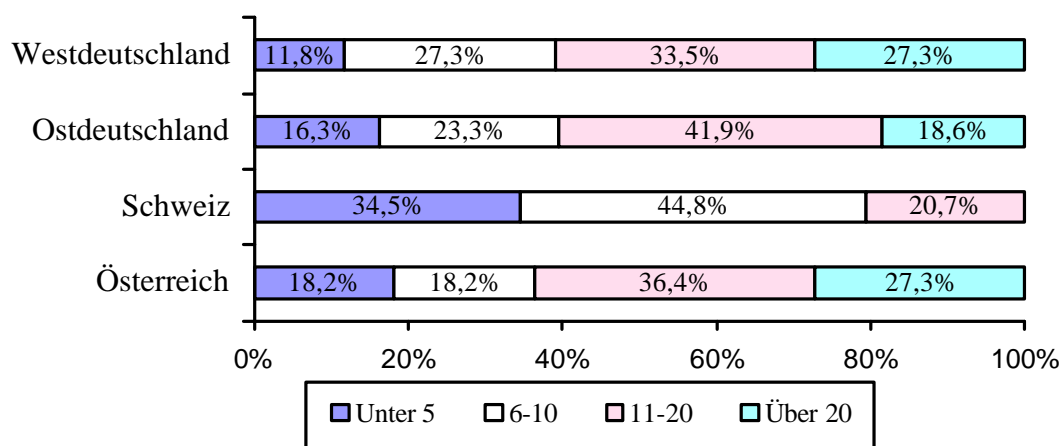
Während sich in der Häufigkeit von Parteiversammlungen in erster Linie die Intensität demokratischer Willensbildungsprozesse widerspiegelt, ist die Sitzungshäufigkeit des Vorstands eher ein Indiz für das Volumen gemeinsamer Parteiaktivitäten, die sich einerseits auf die Leitung der Parteiorganisation, andererseits aber vor allem auf die Außeninteraktionen

(z. B. mit anderen Parteien, Vereinen, Verbänden) sowie auf die Einflußnahme auf die Kommunalpolitik beziehen (Geser 1994: 171-2).

Die Unterschiede zwischen den drei Ländern bei der Häufigkeit der Vorstandssitzungen von Kommunalsektionen ist ähnlich wie die Unterschiede bei den Mitgliederversammlungen. Die schweizerischen grünen Kommunalsektionen halten am wenigsten Vorstandssitzung pro Jahr ab (vgl. Schaubild 4.7). Zwischen den österreichischen, west- und ostdeutschen Grünen gibt es nur geringe Unterschiede.

Der Zusammenhang zwischen den Mitgliederzahlen und der Häufigkeit der Vorstandssitzungen ist sehr stark ($r=,49$), aber die ostdeutschen grünen Kommunalsektionen bilden eine Ausnahme⁵¹. Es gibt bei den ostdeutschen grünen Kommunalsektionen keinen Zusammenhang zwischen den Mitgliederzahlen und der Häufigkeit der Vorstandssitzungen. Außer in Ostdeutschland nimmt die Sitzungsaktivität des Vorstandes in den drei Ländern mit wachsender Größe der Kommunalsektionen zu. Der Ausnahmefall bei den ostdeutschen grünen Kommunalsektionen ist schwer zu interpretieren.

Schaubild 4.7: Häufigkeit der Vorstandssitzung pro Jahr in den drei Ländern



Der Frauenanteil des Parteivorstands könnte die inneparteiliche Partizipation der Frauen widerspiegeln. Die grünen Parteien haben wegen ihrer engen Beziehung zur Frauenbewegung in ihrer Entstehungsphase dem höchsten Frauenanteil im Parlament⁵².

Der durchschnittliche Frauenanteil im Parteivorstand ist bei den schweizerischen Kommunalsektionen am höchsten (50,3%). Bei den ostdeutschen Kommunalsektionen liegt

⁵¹ Ohne Ostdeutschland ist diese Korrelation höher ($r=,52$).

der durchschnittliche Frauenanteil bei nur 34,9% (siehe Tab. 4.9). Der durchschnittliche Frauenanteil im Parteivorstand ist bei den westdeutschen Kreisverbänden ähnlich wie die durchschnittliche Frauenquoten auf den Parteitag von Oldenburg 1987 bis Köln 1991 (vgl. Peter Raschke 1993: 562-563).

Tab 4.9: Durchschnittlicher Frauenanteil im Parteivorstand der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern

	Österreich	Ostdeutschland	Schweiz	Westdeutschland
Durchschnittlicher Frauenanteil im Parteivorstand	39,6%	34,9%	50,3%	40,5%
N	11	43	29	161

4.3.3 Arbeitsgruppen und Informationsblätter

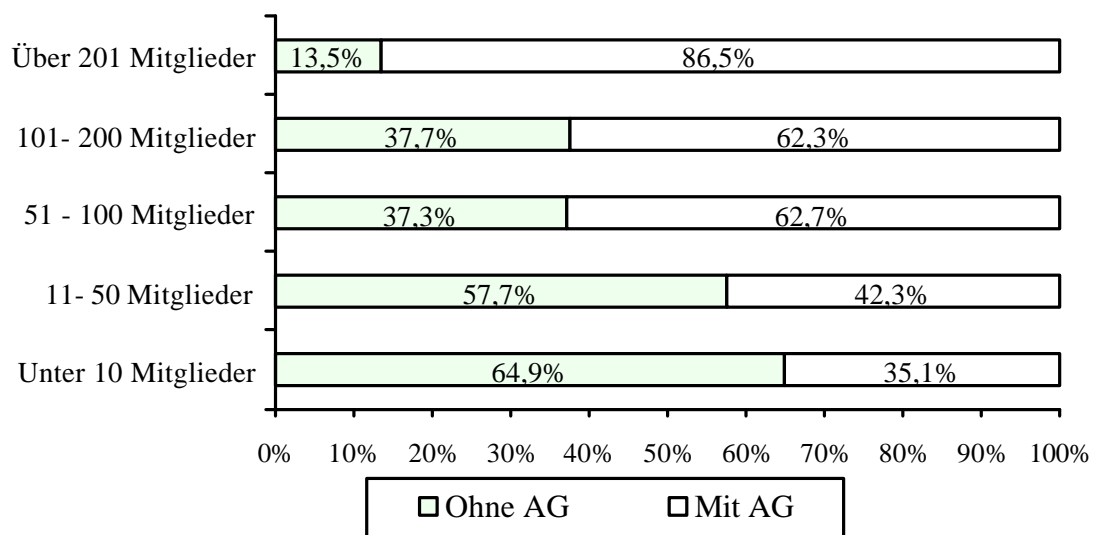
Die Arbeitsgruppe ist kein Parteiorgan der Grünen, aber sie spielt eine wichtige Rolle in der Partei. In den von Ralf Heidger erhobene Daten⁵³ zeigt sich, daß die Arbeitsgruppen in den Kreisverbänden der Grünen der wichtigste institutionelle Modus der Informationsverarbeitung ist (Heidger 1987: 174-5). Über die Rolle des Informationsblatts von Grünen auf Kommunalebene liegen bislang keine systematischen Untersuchungen vor. Allerdings kann man feststellen, daß die Arbeits- oder Projektgruppen und das Informationsblatt oder der Rundbrief ein wichtiges Partizipationsmittel für die Mitglieder und nicht Mitglieder bei den grünen Kommunalsektionen sind.

Die erhobenen Daten zeigen, daß viele Kommunalsektionen gar keine Arbeits- oder Projektgruppen und auch kein eigenes Informationsblatt oder einen Rundbrief haben. Von den 306 Kommunalsektionen der Grünen aus der Befragung, die geantwortet haben, haben 141 (46,1%) keine Arbeits- oder Projektgruppen und 103 (34,6%) kein eigenes Informationsblatt. In fast der Hälfte der kleinen Kommunalsektionen, deren Mitgliederzahl unter 50 liegt, existieren keine Arbeitsgruppen. Im Gegensatz zu den kleinen Kommunalsektionen haben die meisten großen Kommunalsektionen, deren Mitgliederzahl über 200 liegt, Arbeitsgruppen (siehe Schaubild 4.8). Bei den Kommunalsektionen mit Arbeitsgruppen ist der Zusammenhang zwischen Mitgliederzahl und Anzahl der Arbeitsgruppen sehr stark ($r=.46$ $P<.001$). Je mehr Mitglieder die Kommunalsektionen haben, um so größer ist die Anzahl der Arbeits- oder Projektgruppen. Der

⁵² In der Schweiz liegt der Frauenanteil der GPS im Nationalrat bei 50% (1995-1999). Der Frauenanteil von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag beträgt 59,2% (1994-1998). Im Nationalrat Österreichs liegt der Frauenanteil der Grünen bei 66,7% (1995-1999).

Unterschied der grünen Kommunalsektionen mit und ohne Arbeitsgruppen zwischen den drei Ländern ist sehr gering. Im Falle der einzelnen Länder besteht in West- und Ostdeutschland sowie in der Schweiz ein Zusammenhang zwischen den Mitgliederzahlen und der Anzahl der Arbeitsgruppen der Kommunalsektionen.⁵⁴ Nur in Österreich liegt keine Korrelation zwischen den Mitgliederzahlen und der Anzahl der Arbeitsgruppen vor. Außerdem besteht in allen drei Ländern ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen und der Häufigkeit der Vorstandssitzungen ($r=.47$ $P<.001$). In Westdeutschland besteht ein besonders starker Zusammenhang zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen und der Häufigkeit der Vorstandssitzungen ($r=.51$ $P<.001$). In den anderen Ländern liegt aber kein solcher Zusammenhang vor. In Ostdeutschland besteht ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen und dem Vorhandensein der Satzung bei den Kreisverbänden der Grünen. Die meisten Kreisverbände, die eine Satzung haben, besitzen eine größere Anzahl an Arbeitsgruppen. Außer bei den österreichischen Kommunalsektionen kann man feststellen, daß die Anzahl der Arbeitsgruppen die Stärke der Organisationsstruktur bei den Kommunalsektionen der Grünen widerspiegelt.

Schaubild 4.8: Prozentsatz der grünen Kommunalsektionen mit und ohne Arbeitsgruppen nach der Größe der Kommunalsektionen

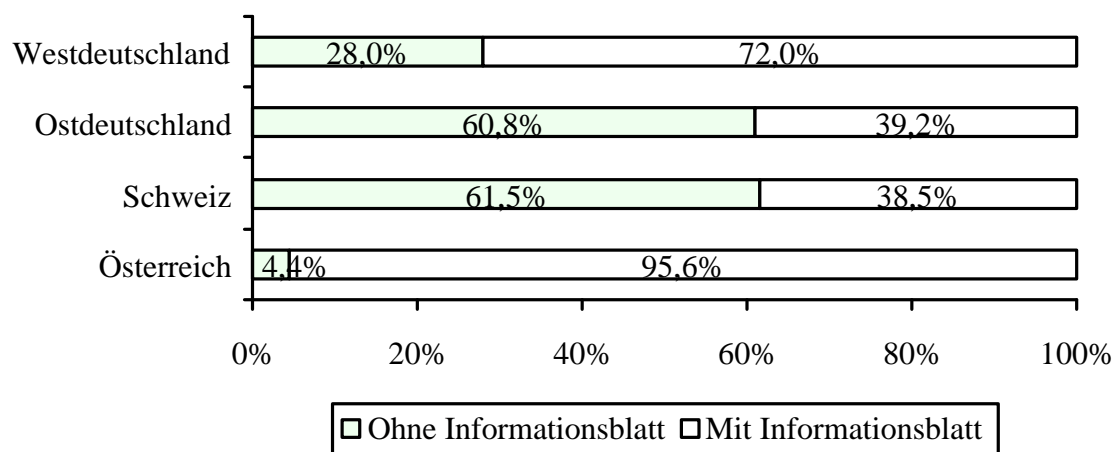


⁵³ Die Untersuchung war nur über den Landesverband und die Kreisverbände in Rheinland-Pfalz.

⁵⁴ Die Korrelations-Koeffizienten sind jeweils .46, .47 und .50 in West- und Ostdeutschland und der Schweiz. Sie alle sind signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p \leq .001$.

Von den 306 antwortenden Kommunalsektionen der Grünen der Befragung haben 103 (34,6%) kein eigenes Informationsblatt. Schaubild 4.9 zeigt die Unterschiede der grünen Kommunalsektionen mit und ohne Informationsblatt in den drei Ländern. Je 61,5% und 60,8% der schweizerischen und ostdeutschen Kommunalsektionen haben kein parteieigenes Informationsorgan. Dagegen haben 95,6% der österreichischen grünen Kommunalsektionen ein parteieigenes Informationsblatt. Dieses Ergebnis zeigt eine Besonderheit der österreichischen Kommunalsektionen der Grünen. Wie im Abschnitt 4.2.2 gezeigt, haben die österreichischen Kommunalsektionen der Grünen eine sehr schwache Organisationsstruktur. Von den Kommunalsektionen haben 60% keine Mitgliederversammlung und 73,3% keinen Parteivorstand. Wie können diese Kommunalsektionen die Mitglieder, Sympathisanten oder Anhänger mobilisieren? Ein naheliegende Antwort lautet: mit dem Informationsblatt oder Rundbrief scheint eine Antwort. Dies soll in Kapitel 5 weiter ermittelt werden.

Schaubild 4.9: Prozentsatz der grünen Kommunalsektionen mit und ohne Informationsblatt in den drei Ländern



Der Zusammenhang zwischen dem Informationsblatt und den Mitgliederzahlen (.19 $P \leq .001$) ist nicht so stark wie der Zusammenhang zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen und den Mitgliederzahlen. Diese positive Korrelation zwischen dem Informationsblatt und den Mitgliederzahlen ist in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich. Bei der Betrachtung der einzelnen Länder kann festgestellt werden, daß in keinem der Länder ein Zusammenhang zwischen Informationsblatt und Mitgliederzahlen besteht. Außerdem gibt es einen Zusammenhang zwischen Informationsblatt und Häufigkeit der Vorstandssitzungen nur bei dem westdeutschen Grünen (.27 $P \leq .001$). Kreisverbände, die öfter Vorstandssitzungen

abhalten, haben meistens ein eigenes Informationsblatt. Der Zusammenhang ist schwächer als der Zusammenhang zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen und den Mitgliederzahlen in Westdeutschland. Das Vorhandensein eines Informationsorgans in den Kommunalsektionen kann deshalb nicht als Indikator dafür dienen, ob ihre Organisationsstruktur stark oder schwach ist.

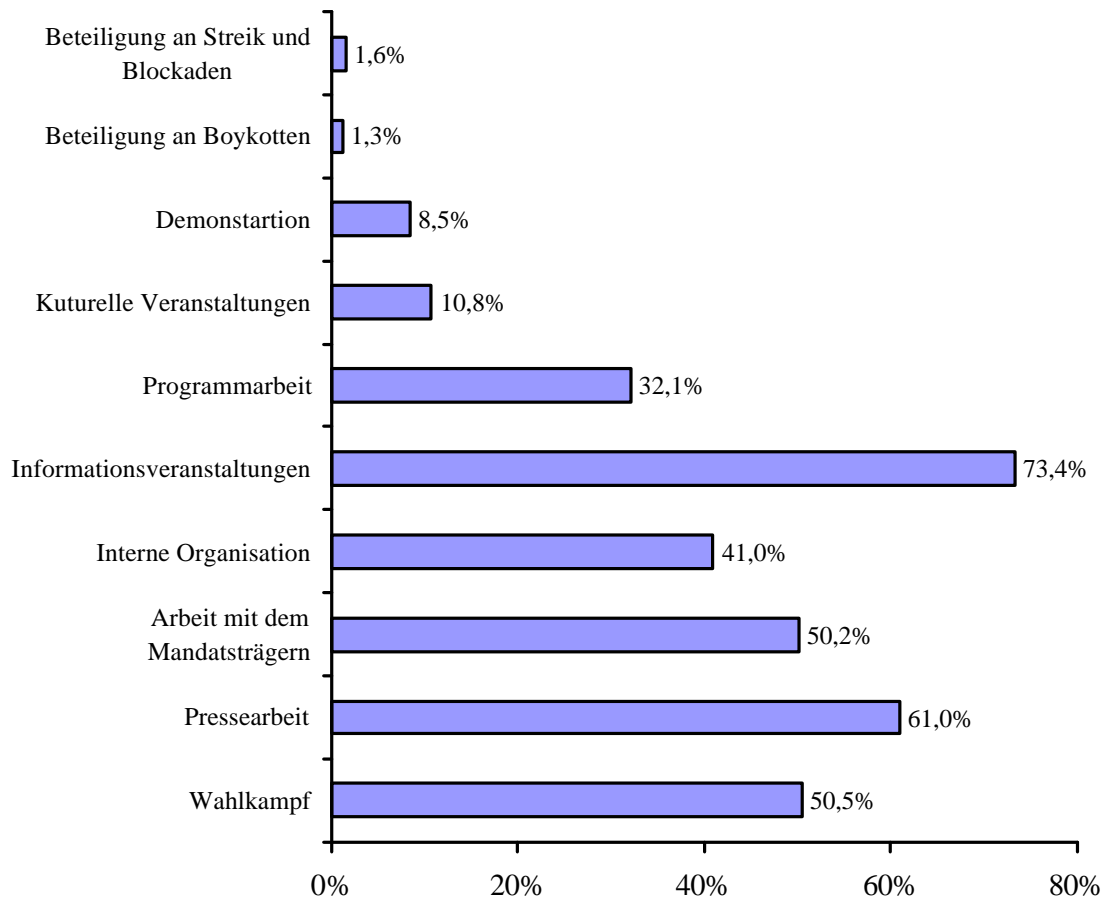
4.4 Die Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen

Die Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen wurden in drei verschiedenen Dimensionen ermittelt. Die erste Dimension über die Schwerpunkte der Parteiaktivitäten im Jahr 1996 wurde durch eine Selbsteinschätzung der Kommunalsektionen gemessen. Zweitens wurde ebenfalls durch eine Selbsteinschätzung der Kommunalsektionen die Häufigkeit der Parteiaktivitäten im Jahr 1996 gemessen. Drittens wurde die Parteiaktivität über die tatsächliche Beteiligung der Kommunalsektionen an Bürgerentscheiden, -begehren, Demonstrationen, Besetzungen, Verkehrsblockaden und Unterschriftensammlungen zwischen 1994 und 1996 berechnet.

4.4.1 Die Schwerpunkte der Parteiaktivitäten 1996

In Frage 17 wurden den Befragten 10 Parteiaktivitäten vorgelegt, von denen sie maximal 4 ankreuzen können. Davon gehören drei Aktivitäten (Demonstration, Beteiligung an Streiks und Blockaden, Beteiligung an Boykotten) zu den unkonventionellen Beteiligungsformen. Von den 305 antwortenden Kommunalsektionen der Befragung haben nur einige (weniger als 10%) diese unkonventionellen Beteiligungsformen als einen Schwerpunkt der Parteiaktivitäten angegeben (siehe Schaubild 4.10). Die Beteiligung an Boykotten, Streiks und Blockaden haben sogar jeweils nur 4 bzw. 5 Kommunalsektionen als einen Schwerpunkt der Parteiaktivitäten angegeben. Die unkonventionellen Beteiligungsformen wie Boykotte, Demonstrationen, Blockaden und Streiks sind daher nicht als Schwerpunkte der Parteiaktivitäten der grünen Parteien anzusehen. Im Gegensatz zu den unkonventionellen Beteiligungsformen sind die konventionellen Beteiligungsformen wie Wahlkampf, Pressearbeit und Informationsveranstaltung im allgemeinen Schwerpunkte der Parteiaktivitäten der meisten Kommunalsektionen (vgl. Schaubild 4.10).

Schaubild 4.10: Die Schwerpunkte der Parteiaktivitäten 1996 in allen drei Ländern

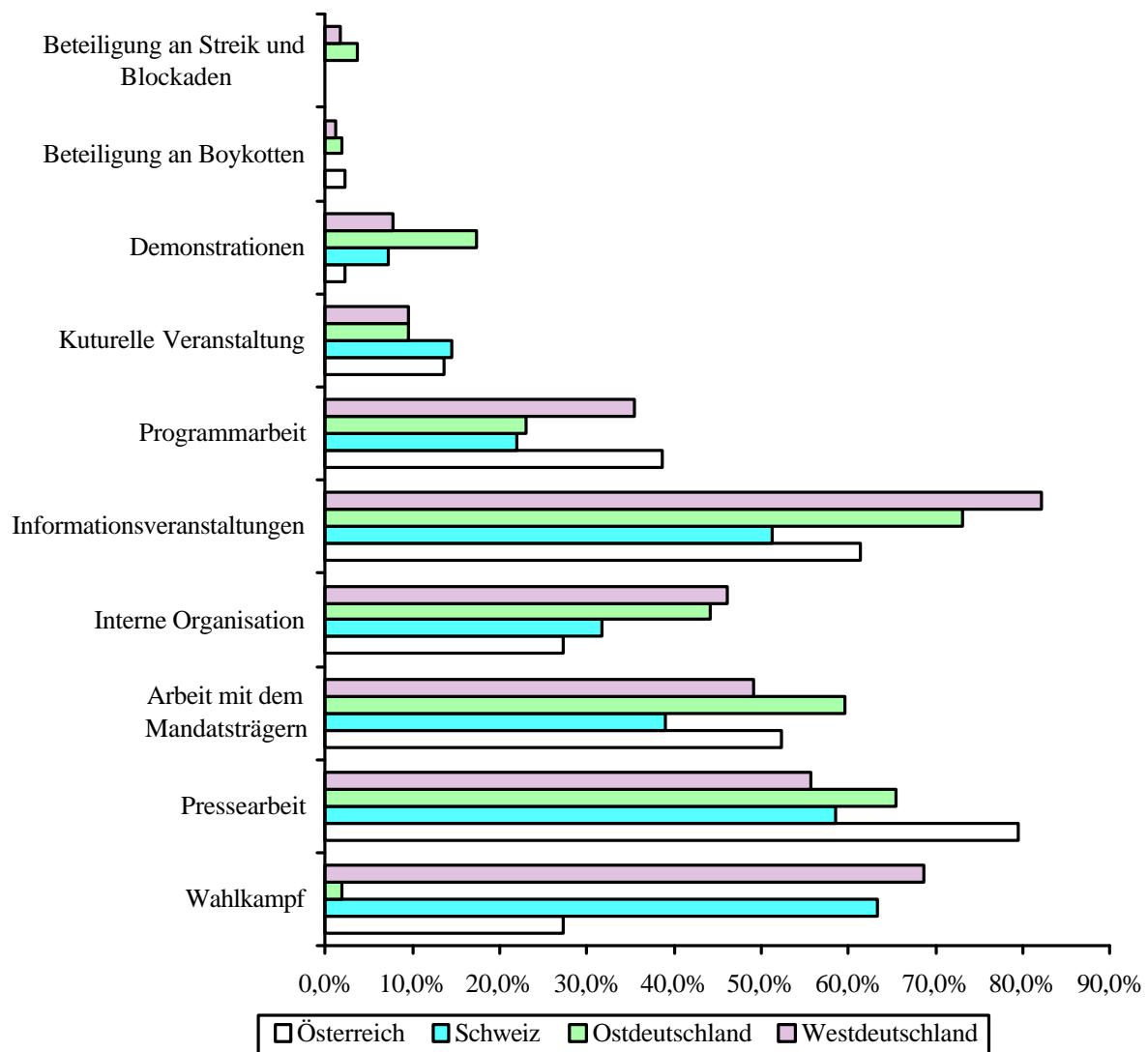


Die Unterschiede zwischen österreichischen, schweizerischen, ostdeutschen und westdeutschen Kommunalsektionen der Grünen bezüglich der Schwerpunkte der Parteiaktivitäten ist nicht sehr groß. Es gibt nur bei den Parteiaktivitäten Wahlkampf, Pressearbeit und Informationsveranstaltungen deutliche Unterschiede. Der Wahlkampf als ein Schwerpunkt der Parteiaktivität im Jahr 1996 wurde nur von 1,9% der ostdeutschen grünen Kommunalsektionen und 27,3% der österreichischen Kommunalsektionen, aber von 68,6% der westdeutschen Kommunalsektionen und 63,4% der schweizerischen Kommunalsektionen angekreuzt. Diese Differenzen hängen sicherlich davon ab, ob es im Jahr 1996 einen Wahlkampf gab. In Ostdeutschland gab es gar keine Wahlkämpfe. Gleichzeitig gab es auch in Österreich⁵⁵ wenige Wahlkämpfe. Dagegen gab es relativ viele Wahlkämpfe in

⁵⁵ 1996 gab es Europawahlen in Österreich, Landtagswahlen im Burgenland und in Wien, sowie Gemeinderatswahlen in einigen Städten.

Westdeutschland, besonders in den großen Bundesländern.⁵⁶ In diesen Bundesländern haben die meisten Kommalsektionen aus der Befragung den Wahlkampf als ein Schwerpunkte der Parteiaktivität angekreuzt. In der Schweiz war ähnlich wie in Westdeutschland.⁵⁷

Schaubild 4.11: Prozentsatz der Schwerpunkte der Parteiaktivitäten 1996 in den drei Ländern



⁵⁶ 1996 gab es Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sowie Kommunalwahlen in Niedersachsen und Bayern.

⁵⁷ 1996 gab es Kantonswahlen in den Kantonen Basel-Stadt, Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau sowie Kommunalwahlen in Bern, St. Gallen und Luzern.

Die Pressearbeit ist der wichtigste Schwerpunkt der Parteiaktivitäten bei den österreichischen grünen Kommunalsektionen. Von den 44 österreichischen Kommunalsektionen der Befragung haben 35 (79,5%) die Pressearbeit als einen Schwerpunkt der Parteiaktivität angegeben. Dagegen haben nur 58,5% der schweizerischen und 55,6% der westdeutschen Kommunalsektionen die Pressearbeit als ein Schwerpunkt der Parteiaktivität angegeben. Informationsveranstaltungen wurden von 82,2% der westdeutschen grünen Kommunalverbände als ein Schwerpunkt der Parteiaktivität angekreuzt, gegenüber nur 51,2% der schweizerischen grünen Kommunalsektionen (vgl. Schaubild 4.11).

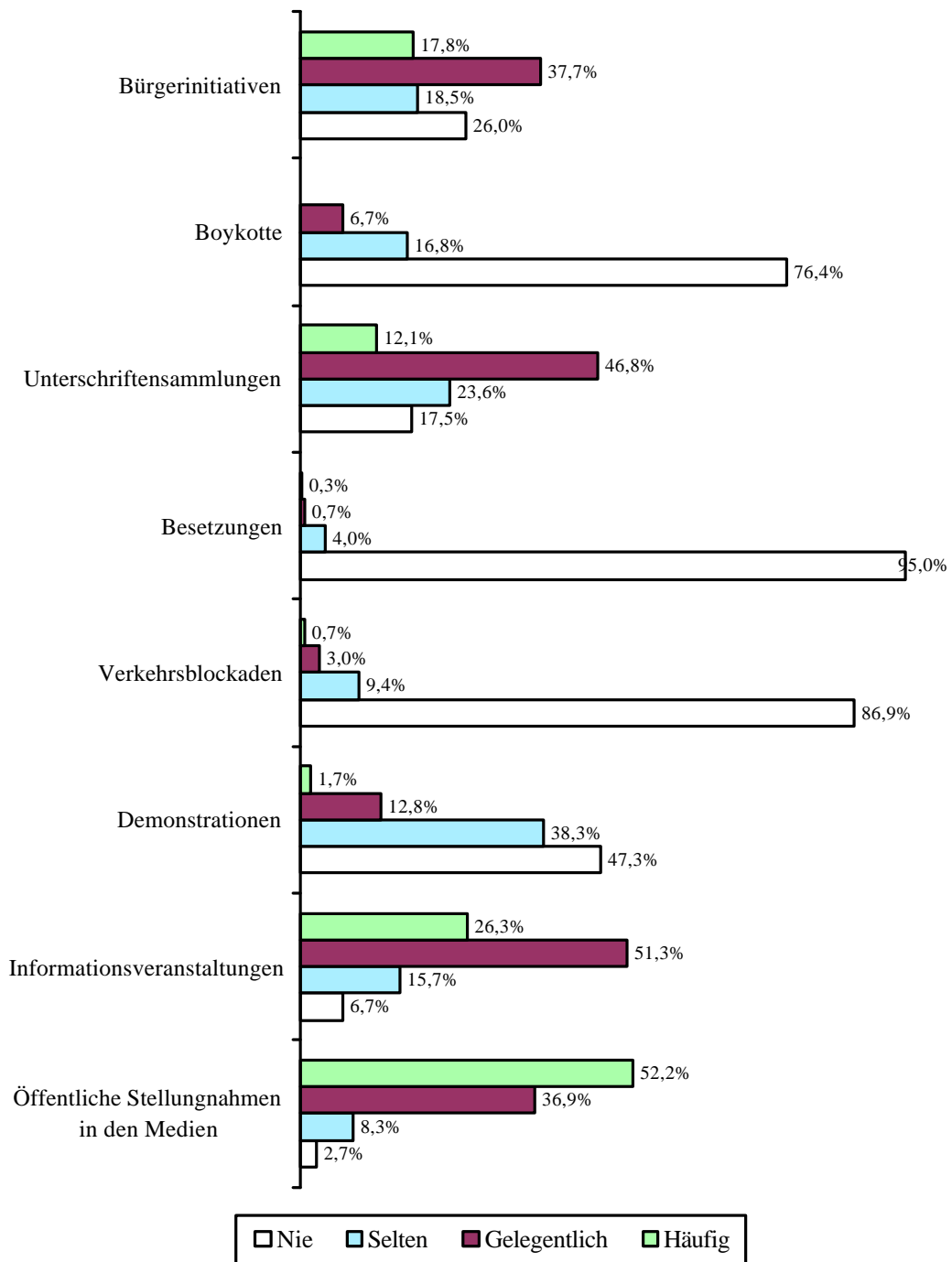
4.4.2 Häufigkeit der Parteiaktivitäten 1996

In Frage 19 wurden den Befragten insgesamt acht Parteiaktivitäten vorgelegt. Die Antwortkategorien waren als vierstufige Skala vorgegeben, nämlich häufig, gelegentlich, selten und nie. Die Ergebnisse der Häufigkeit der Parteiaktivitäten in den drei Ländern sind den Schwerpunkten der Parteiaktivitäten ähnlich. In allen drei Ländern waren bei allen Kommunalsektionen Besetzungen, Boykotte und Verkehrsblockaden die am wenigsten ausgeübten Parteiaktivitäten. Über 75% der Kommunalsektionen haben beantwortet, daß sie diese Aktivitäten im Jahr 1996 niemals unternahmen. Hingegen haben über 50% der Kommunalsektionen geantwortet, daß sie im Jahr 1996 häufig öffentliche Stellungnahmen in den Medien abgegeben haben. Außerdem wurden Informationsveranstaltungen und Unterschriftensammlungen von vielen Kommunalsektionen häufig oder gelegentlich organisiert (vgl. Schaubild 4.12).

Große Unterschiede der Häufigkeit der Parteiaktivitäten zwischen den drei Ländern gibt es nur bei den Demonstrationen und den Informationsveranstaltungen. Nur 31,9% der westdeutschen grünen Kreisverbände haben niemals Demonstrationen unternommen. Dagegen haben je 83,3%, 70,0% und 50,0% der österreichischen, schweizerischen und ostdeutschen Kommunalsektionen im Jahr 1996 niemals Demonstrationen unternommen (siehe Tab.4.10). Die meisten westdeutschen grünen Kommunalverbände (89,7%) haben Informationsveranstaltungen häufig oder gelegentlich angeboten. Hingegen haben nur 47,5% der schweizerischen Kommunalsektionen Informationsveranstaltungen häufig oder gelegentlich unternommen (siehe Tab.4.11). Bei den Boykotten existieren nicht geringe Unterschiede zwischen den Kommunalsektionen der Grünen in Westdeutschland und in den anderen Ländern. Während 67% der westdeutschen Kommunalsektionen im Jahr 1996 niemals Boykotte unternahmen, haben sich über 85% der Kommunalsektionen der Grünen in den übrigen Ländern nicht an Boykotten beteiligt (vgl. Tab. 4.12).

Außerdem ist Unterschied der Häufigkeit der Durchführung von Bürgerinitiativen zwischen den deutschen Kreisverbänden sowie den schweizerischen und österreichischen Kommunalsektionen sehr groß. Bei den übrigen Parteiaktivitäten wie Unterschriftensammlungen, öffentliche Stellungnahmen in den Medien und Besetzungen gibt es keine bedeutenden Unterschiede zwischen den drei Ländern.

Schaubild 4.12: Häufigkeit der Parteiaktivitäten 1996 in allen drei Ländern



Tab. 4.10: Häufigkeit der Demonstrationen 1996 in den drei Ländern

Häufigkeit der Demonstrationen	Österreich		Ostdeutschland		Schweiz		Westdeutschland	
	N	%	N	%	N	%	N	%
Nie	35	83,3	25	50,0	28	70,0	53	31,9
Selten	5	11,9	18	36,0	9	22,5	82	49,4
Gelegentlich	1	2,4	7	14,0	3	7,5	27	16,3
Häufig	1	2,4					4	2,4

Tab. 4.11: Häufigkeit der Informationsveranstaltungen 1996 in den drei Ländern

Häufigkeit der Informationsveranstaltungen	Österreich		Ostdeutschland		Schweiz		Westdeutschland	
	N	%	N	%	N	%	N	%
Nie	7	15,9	3	6,0	7	17,5	3	1,8
Selten	11	25,0	8	16,0	14	35,0	14	8,4
Gelegentlich	22	50,0	28	56,0	17	42,5	87	52,4
Häufig	4	9,1	11	22,0	2	5,0	62	37,3

Tab. 4.12: Häufigkeit der Boykotte 1996 in den drei Ländern

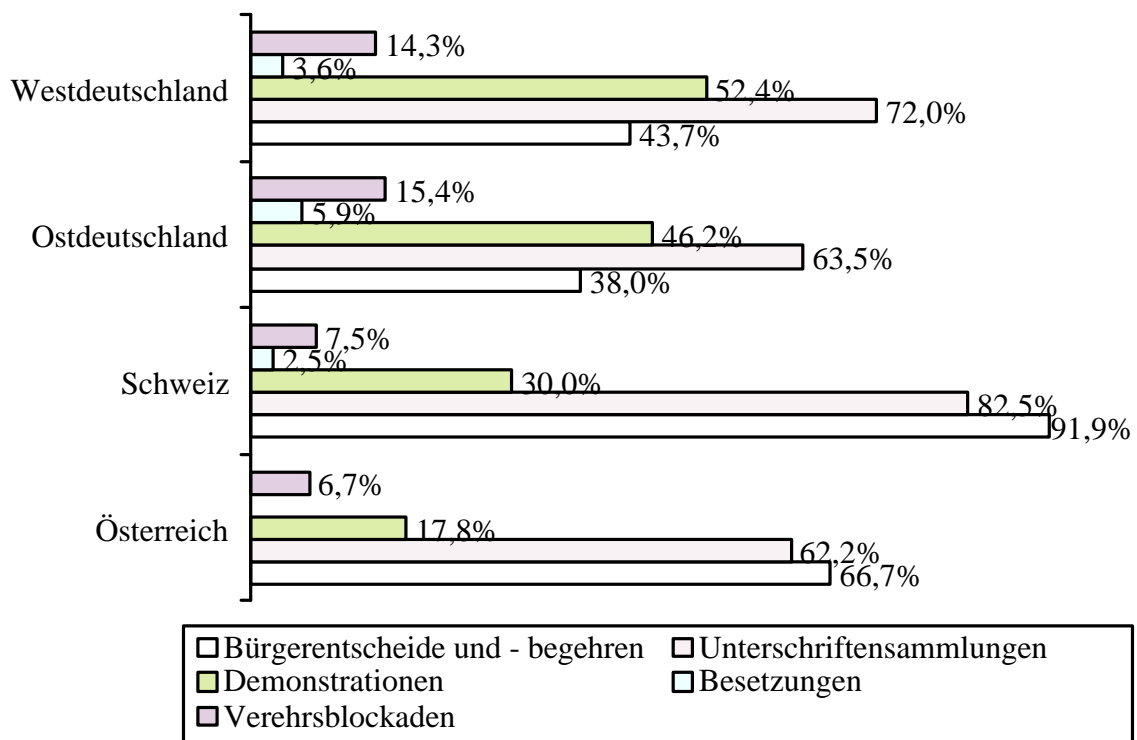
Häufigkeit der Boykotte	Österreich		Ostdeutschland		Schweiz		Westdeutschland	
	N	%	N	%	N	%	N	%
Nie	38	90,5	43	86,0	34	85,0	112	67,9
Selten	2	4,8	4	8,0	5	12,5	39	23,6
Gelegentlich	2	4,8	3	6,0	1	2,5	14	8,5
Häufig								

4.4.3 Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996

In der Umfrage wurden den Befragten insgesamt sechs ausgewählte politische Beteiligungsformen vorgelegt, nämlich Bürgerentscheide und -begehren, Demonstrationen, Besetzungen, Verkehrsblockaden und Unterschriftensammlungen. Schaubild 4.13 zeigt, daß es bei den Bürgerentscheiden und -begehren sowie bei den Demonstrationen große Unterschiede zwischen den drei Ländern gibt. Über 90% der schweizerischen grünen Kommunalsektionen haben sich in der Zeit von 1994 bis 1996 mit Bürgerentscheiden und -begehren befaßt. Dagegen haben sich im gleichen Zeitraum nur je 43,7% und 38% der westdeutschen und ostdeutschen grünen Kommunalsektionen mit Bürgerentscheiden und -begehren befaßt. Bei den Demonstrationen gibt es ein anderes Bild. Nur 17,8% der österreichischen grünen Kommunalsektionen haben in der Zeit von 1994 bis 1996

Demonstrationen organisiert. Dagegen haben 52,4% der westdeutschen und 46,2% der ostdeutschen grünen Kommunalsektionen Demonstrationen in diesem Zeitraum organisiert.

Schaubild 4.13: Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996 in den drei Ländern



Nur die Daten bei Demonstrationen und Unterschriftensammlungen sind vergleichbar, denn es gibt bei den Bürgerentscheiden und -begehren zu viele Fragebögen ohne Angaben und die meisten grünen Kommunalsektionen haben zwischen 1994 und 1996 gar keine Verkehrsblockaden und Besetzungen organisiert. Tabelle 4.13 zeigt, daß die westdeutschen grünen Kommunalsektionen mehr Demonstrationen als die Kommunalsektionen der anderen Länder zwischen 1994 und 1996 organisiert haben. Die österreichischen grünen Kommunalsektionen haben die wenigsten Demonstrationen zwischen 1994 und 1996 organisiert.

Bei den Unterschriftensammlungen haben die schweizerischen grünen Kommunalsektionen die höchste durchschnittliche Anzahl. Sie haben durchschnittlich über fünf Unterschriftensammlungen zwischen 1994 und 1996 organisiert, während die Zahlen bei den österreichischen, west- und ostdeutschen grünen Kommunalsektionen unter drei liegen. Die

Unterschiede bei den Unterschriftensammlungen zwischen west- und ostdeutschen und österreichischen grünen Kommunalsektionen sind sehr gering. Im Vergleich mit den anderen Beteiligungsformen wurden Unterschriftensammlungen der meisten grünen Kommunalsektionen am häufigsten unternommen.

Tab. 4.13: Durchschnittliche Anzahl der Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996 in den drei Ländern

	Österreich	Schweiz	Ostdeutschland	Westdeutschland	Total
Demonstrationen	0,39	0,85	1,65	2,17	1,64
Verkehrsblockaden	0,07	0,08	0,23	0,19	0,17
Besetzungen	0	0,03	0,24	0,06	0,08
Bürgerbegehren	1,26	2,83	0,69	0,80	1,02
Bürgerentscheide	0,66	8,63	0,17	0,68	1,20
Unterschriften-sammlungen	2,05	5,44	2,38	2,91	3,04

4.4.4 "Konventionelle" und "unkonventionelle" Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen

In diesem Abschnitt werden zuerst die oben beschriebenen Beteiligungsformen in konventionelle und unkonventionelle Beteiligungsformen eingeteilt. Wie in Kapitel 2 dargelegt, werden Wahlkampf⁵⁸, Pressearbeit, kulturelle Veranstaltungen, Informationsveranstaltungen, Öffentliche Stellungnahmen in den Medien, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide den konventionellen Beteiligungsformen zugeordnet und Demonstrationen, Verkehrsblockaden, Besetzungen, Bürgerinitiativen, Boykotte und Unterschriftensammlungen den unkonventionellen Beteiligungsformen. Um die zwei Typen von Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern vergleichen zu können, werden die Antworten der Befragten kodiert. Bei den Schwerpunkten der Parteiaktivitäten 1996 steht die Ziffer "1" für die angekreuzten Parteiaktivitäten der Kommunalsektionen und die Ziffer "0" für die nicht angekreuzten Parteiaktivitäten. Bei der Häufigkeit der Parteiaktivitäten 1996 steht die Ziffer "0" für "nie", "1" für "selten", "2" für "gelegentlich" und "3" für "häufig". Bei der Durchführung der Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996 drückt die Ziffer "0" für "organisiert" und die "1" "organisiert" aus (vgl. Tab. 4.14). Schließlich werden die kodierten Zahlen bei konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsformen jeweils summiert.

⁵⁸ Der Wahlkampf ist hier wegen des großen Einflusses des Wahljahres nicht bei den konventionellen Beteiligungsformen eingeschlossen.

Tab. 4.14: Operationalisierung der konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsformen

	Beteiligungsformen	Ausprägung	Kodierung
Schwerpunkte bei den Parteiaktivitäten 1996 (Frage 17)	konventionell <ul style="list-style-type: none"> - Pressearbeit - Kulturelle Veranstaltungen - Informationsveranstaltungen unkonventionell <ul style="list-style-type: none"> - Beteiligung an Streiks und Blockaden - Beteiligung an Boykotten - Demonstrationen 	<ul style="list-style-type: none"> - angekreuzt - nicht angekreuzt 	1 0
Häufigkeit der Parteiaktivitäten 1996 (Frage 19)	konventionell <ul style="list-style-type: none"> - Öffentliche Stellungnahmen in den Medien - Informationsveranstaltungen unkonventionell <ul style="list-style-type: none"> - Demonstrationen - Verkehrsblockaden - Besetzungen - Bürgerinitiativen - Boykotte - Unterschriftensammlungen 	<ul style="list-style-type: none"> - häufig - gelegentlich - selten - nie 	3 2 1 0
Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996 (Frage 18, 20, 21, 22, 23)	konventionell <ul style="list-style-type: none"> - Bürgerentscheiden und -begehren unkonventionell <ul style="list-style-type: none"> - Demonstrationen - Verkehrsblockaden - Besetzungen - Unterschriftensammlungen 	<ul style="list-style-type: none"> - organisiert - nicht organisiert 	1 0

Basierend auf der Operationalisierung der konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsformen kann man die Unterschiede der Beteiligungsformen zwischen den drei Ländern übersehen. Tabelle 4.14 zeigt die durchschnittliche Summe konventioneller und unkonventioneller Beteiligungsformen der österreichischen, schweizerischen, ost- und westdeutschen grünen Kommunalsektionen. Bei den konventionellen Beteiligungsformen gibt es keine großen Unterschiede zwischen den drei Ländern. Die westdeutschen grünen Kreisverbände weisen etwas mehr konventionelle und die schweizerischen grünen Kommunalsektionen etwas weniger konventionelle Beteiligungsformen als der Durchschnitt der drei Länder auf. Bei den unkonventionellen Beteiligungsformen ist der Unterschied zwischen den drei Ländern größer. Die west- und ostdeutschen grünen Kreisverbänden haben auffällig mehr unkonventionelle Beteiligungsformen als die österreichischen und schweizerischen grünen Kommunalsektionen. Die österreichischen grünen Kommunalsektionen haben hingegen am wenigsten unkonventionelle Beteiligungsformen.

Diese Ergebnisse können aber die Verschiedenheit der Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern nicht genau aufzeigen. Die schweizerischen und österreichischen Kommunalsektionen haben nicht weniger Unterschriftensammlungen als die ost- und westdeutschen Kreisverbände unternommen. Aus Tab 4.15 kann man aber diese Besonderheiten nicht ersehen. Um die Unterschiede der Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern erfassen zu können, werden sie im folgenden mit Hilfe einer Faktorenanalyse untersucht.

Tab. 4.15: Durchschnittliche Punkte der Operationalisierung der konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsformen in den drei Ländern

	Österreich	Ostdeutschland	Schweiz	Westdeutschland	Total
Konventionelle Beteiligungsformen	6,11	6,15	5,81	6,65	6,38
Unkonventionelle Beteiligungsformen	3,69	6,04	4,74	6,32	5,67

Mit einer Faktorenanalyse ergeben sich drei Faktoren aus zehn Schwerpunkten der Parteiaktivitäten. Die drei Faktoren beinhalten folgende Schwerpunkte der Parteiaktivitäten (vgl. Tab. 4.16):

Faktor 1: Wahlkampf, Programmarbeit

Faktor 2: Demonstrationen, Beteiligung an Streiks und Blockaden

Faktor 3: Beteiligung an Boykotten, Informationsveranstaltungen

Die Ergebnisse deuten insgesamt auf eine nur geringere Bedeutung der Faktoren hin. Die drei Faktoren erklären insgesamt nur 38,9% der in den Ausgangsvariablen enthaltenen Varianz. Außerdem hängt der erste Faktor von Wahljahren ab und ist deshalb hier bedeutungslos.

Tab. 4.16: Faktorenmuster mit den Schwerpunkten der Parteiaktivitäten und 3 Faktoren (Faktorladungen nach Varimax-Rotation).

	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3
Wahlkampf	.645		
Programmarbeit	.564		
Demonstrationen		.803	
Beteiligung an Streiks und Blockaden		.696	
Beteiligung an Boykotten			.792
Informationsveranstaltungen			.513
Eigenwert	1,6	1,3	1,1
Erklärte Varianz: 38,9%			
Anteil Varianz:	15,6%	12,7%	10,6%

Faktorladungen > .50

Mit einer weiteren Faktorenanalyse ergeben sich zwei Faktoren aus der Häufigkeit der acht Parteiaktivitäten. Die zwei Faktoren beinhalten folgende Häufigkeit der Parteiaktivitäten (vgl. Tab. 4.17):

- Faktor 1: Unterschriftensammlungen, Informationsveranstaltungen, Öffentliche
Stellungnahmen in den Medien, Bürgerinitiativen
- Faktor 2: Demonstrationen, Besetzungen, Verkehrsblockaden

Die zwei Faktoren erklären insgesamt 46% der in den Ausgangsvariablen enthaltenen Varianz. Dies ist mehr, als bei den Faktoren hinsichtlich der Schwerpunkte bei den Parteiaktivitäten festzustellen war. Bemerkenswert ist, daß es sich beim ersten Faktor um zwei konventionellen und zwei unkonventionellen Beteiligungsformen handelt. Obwohl Unterschriftensammlungen und Bürgerinitiativen zu den "unkonventionellen" und Informationsveranstaltungen und Öffentliche Stellungnahmen in den Medien zu den "konventionellen" Beteiligungsformen gehören, gibt es bei den vier Beteiligungsformen für die grünen Kommunalsektionen keine großen Unterschiede. Der zweite Faktor beinhaltet nur unkonventionellen Beteiligungsformen.

Die durchschnittlichen Faktorwerte der Kommunalsektionen zeigen aber nur, daß die Kreisverbände in Westdeutschland beide Bündel der Beteiligungsformen unternommen haben. Die österreichischen und schweizerischen Kommunalsektionen haben dagegen selten beide Bündel der Beteiligungsformen unternommen. Das Ergebnis ist nicht hilfreich, um die Unterschiede der Beteiligungsformen zwischen den drei Ländern zu vergleichen.

Tab. 4.17: Faktorenmuster mit der Häufigkeit der Parteiaktivitäten und 2 Faktoren (Faktorladungen nach Varimax-Rotation).

	Faktor 1	Faktor 2
Unterschriftensammlungen	.673	
Veranstaltungen	.668	
Öffentlichen Stellungnahmen in den Medien	.645	
Bürgerinitiativen	.560	
Verkehrsblockaden		.780
Besetzungen		.755
Demonstrationen		.526
Eigenwert	2,38	1,30
Erklärte Varianz: 46,0%		
Anteil Varianz:	29,8	16,2

Faktorladungen > .50

Tab. 4.18: Durchschnittliche Faktorwerte der Kommunalsektionen in drei Ländern

	Faktor 1	Faktor 2
Österreich	-0.499	-0.371
Ostdeutschland	-0.076	0.087
Schweiz	-0.379	-0.395
Westdeutschland	0.248	0.168

Aus der Durchführung der Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996 ergeben sich zwei Faktoren. Die zwei Faktoren beinhalten folgende Beteiligungsformen (vgl. Tab. 4.18):

Faktor 1: Demonstrationen, Besetzungen, Verkehrsblockaden

Faktor 2: Bürgerentscheide oder -begehren und Unterschriftensammlungen

Die zwei Faktoren erklären insgesamt über 50% der in den Ausgangsvariablen enthaltenen Varianz. Dies ist relativ viel und bedeutet, daß die zwei Faktoren mehr als die Hälfte der Information, die in den 5 Ursprungsvariablen enthalten ist, zusammenfassen. Der erste Faktor beinhaltet die unkonventionellen Beteiligungsformen und entspricht dem zweiten Faktor bei der Häufigkeit der Parteiaktivitäten. Die Unterschriftensammlung ist hier mit Bürgerentscheiden oder -begehren als Faktor 2 zusammengefaßt.

Die durchschnittlichen Faktorwerte der Kommunalsektionen zeigen, daß die Kreisverbände in West- und Ostdeutschland meistens Aktivitäten des ersten Bündels der Beteiligungsformen (Demonstrationen, Besetzungen, Verkehrsblockaden) unternommen haben. Dagegen haben die österreichischen und schweizerischen selten diese Beteiligungsformen organisiert. Die schweizerischen Kommunalsektionen haben meistens Unterschriftensammlungen und Bürgerentscheide oder -begehren organisiert. Die westdeutschen und ostdeutschen Kreisverbände haben hingegen diese Beteiligungsformen selten unternommen. Dies entspricht den Ergebnissen von Schaubild 4.13 jedoch nur zum Teil.

In West- und Ostdeutschland haben tatsächlich mehr Kommunalsektionen als in Österreich und der Schweiz Demonstrationen und Verkehrsblockaden organisiert. Bei den Besetzungen gab es aber keine großen Unterschiede zwischen den Kommunalsektionen in den drei Ländern. Außerdem haben die meisten Kommunalsektionen der Grünen in den drei Ländern im Zeitraum 1994-96 Unterschriftensammlungen organisiert. Dies wird aber bei den zwei Faktoren nicht deutlich.

Tab. 4.19: Faktorenmuster mit der Durchführung der Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996 und 2 Faktoren (Faktorladungen nach Varimax-Rotation).

	Faktor 1	Faktor 2
Verkehrsblockaden	.784	
Demonstrationen	.748	
Besetzungen	.403	
Unterschriftensammlungen		.732
Bürgerentscheide oder -begehren		.843
Eigenwert	1,68	1,08
Erklärte Varianz: 55,1%		
Anteil Varianz:	33,5	21,6

Faktorladungen > .40

Tab. 4.20: Durchschnittliche Faktorwerte der Kommunalsektionen in den drei Ländern

	Faktor 1	Faktor 2
Österreich	-0.489	0.084
Ostdeutschland	0.174	-0.213
Schweiz	-0.383	0.689
Westdeutschland	0.169	-0.116

Aus den Faktorenanalyse zum Unterschied der Beteiligungsformen zwischen den Kommunalsektionen in den drei Ländern ergibt sich nur ein vages Bild. Diese Methode ist auch nicht besser als die Operationalisierung der konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsformen. Nach dem Vergleich der Ergebnisse beider Methoden können wir aber feststellen, daß der Unterschied der Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen zwischen den drei Ländern sehr auffallend ist. Die west- und ostdeutschen grünen Kommunalsektionen haben mehr Informationsveranstaltungen, Bürgerinitiativen, Demonstrationen und Verkehrsblockaden unternommen als die österreichischen und schweizerischen grünen Kommunalsektionen. Die österreichischen und schweizerischen grünen Kommunalsektionen haben mehr Bürgerentscheide oder -begehren unternommen als die deutschen grünen Kommunalsektionen.

Für die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern muß man die Ergebnisse der Abschnitte 4.4.2 und 4.4.3 einbeziehen. Die Besonderheiten der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern liegen auf verschiedenen Ebenen:

- Die meisten Kommunalsektionen der Grünen in den drei Ländern haben selten Boykotte, Besetzungen und Verkehrsblockaden unternommen. Dagegen haben sie öfter Informationsveranstaltungen, öffentliche Stellungnahmen in den Medien, Bürgerinitiativen und Unterschriftensammlungen unternommen.

- Die österreichischen Kommunalsektionen haben sich vorwiegend auf Pressearbeit und öffentliche Stellungnahmen in den Medien konzentriert. Sie haben selten Besetzungen, Demonstrationen und Verkehrsblockaden unternommen.
- Die schweizerischen Kommunalsektionen haben sich vorwiegend bei Bürgerentscheiden oder -begehren und Unterschriftensammlungen engagiert. Sie haben selten Demonstrationen, Besetzungen und Verkehrsblockaden unternommen. Im Vergleich mit den anderen Ländern haben sie wenig Informationsveranstaltungen durchgeführt.
- Die ostdeutschen Kreisverbände haben nur relativ selten Bürgerentscheide oder -begehren, aber relativ oft Demonstrationen durchgeführt.
- Die westdeutschen Kreisverbände haben relativ viele Informationsveranstaltungen, Bürgerinitiativen und Demonstrationen unternommen. Sie haben zwischen 1994 und 1996 auch mehr Demonstrationen organisiert als die schweizerischen und österreichischen grünen Kommunalsektionen.
- Im Vergleich mit den schweizerischen und österreichischen Grünen haben die west- und ostdeutschen Kreisverbände mehr Verkehrsblockaden organisiert.

Zur Erklärung dieser Unterschiede sollen in Kapitel 5 und 6 die vorliegenden Daten weiter analysiert werden.

4.5 Das Verhältnis zwischen Grünen Parteien und anderen Parteien und Gruppen auf Kommunalebene

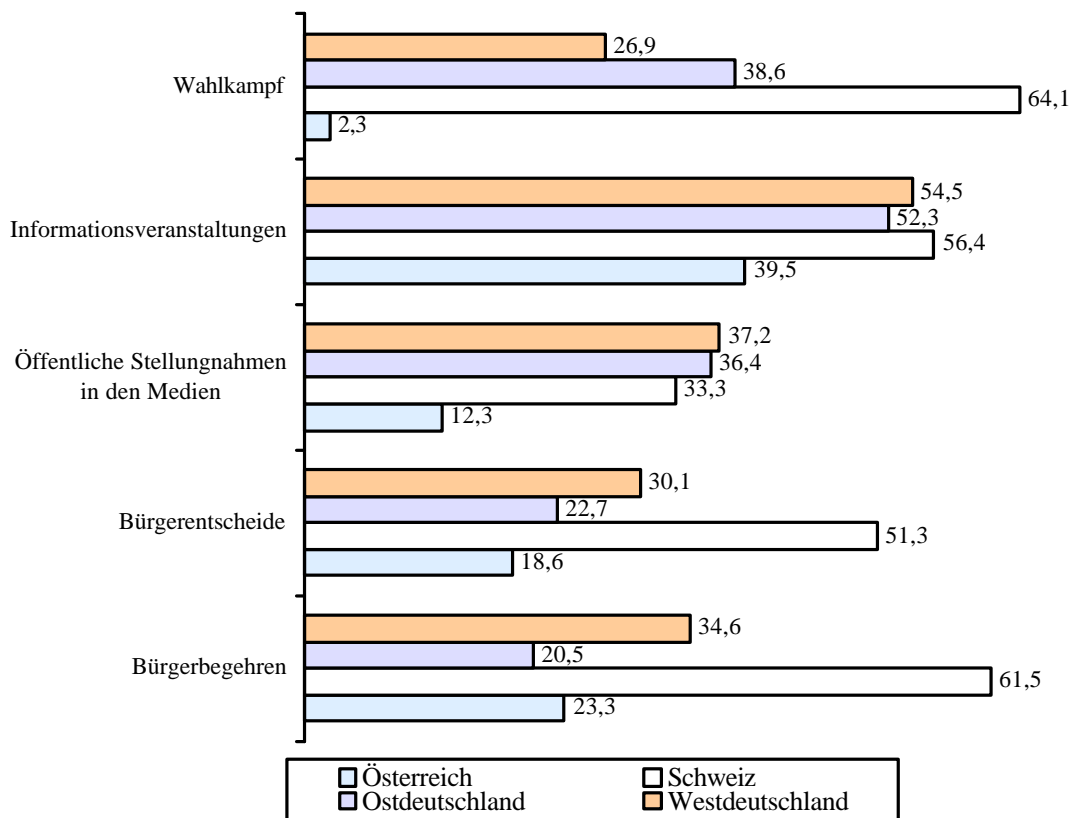
Haben die grünen Kommunalsektionen mit anderen Parteien oder Gruppen bei den oben genannten Beteiligungsformen zusammengearbeitet? Mit welchen Parteien oder Gruppen haben sie zusammengearbeitet? Bei welchen Beteiligungsformen arbeiten sie mit anderen Parteien oder Gruppen zusammen? In den Umfragen wurden den Befragten insgesamt elf Beteiligungsformen vorgelegt. Fünf davon sind konventionelle Beteiligungsformen, nämlich Wahlkampf⁵⁹, öffentliche Stellungnahmen in den Medien, Informationsveranstaltungen, Bürgerentscheide und -begehren, und sechs davon sind unkonventionelle Beteiligungsformen, nämlich Besetzungen, Verkehrsblockaden, Boykotte, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und Unterschriftensammlungen.

⁵⁹ In dem Zeitraum 1994 bis 1996 haben in den drei Ländern jeweils viele Wahlkämpfe stattgefunden. Deshalb kann der Einfluß von Wahljahren hier vernachlässigt werden.

4.5.1 Konventionelle Beteiligungsformen

Schaubild 4.14 zeigt die Unterschiede der Zusammenarbeit der grünen Kommunalsektionen mit anderen Parteien oder Gruppen bei konventionellen Beteiligungsformen in den Jahren 1994-96 zwischen den drei Ländern. Im Wahlkampf haben 64,1% der schweizerischen grünen Kommunalsektionen 1994-96 mit anderen Parteien oder Gruppen zusammengearbeitet. In West- und Ostdeutschland haben je 26,9% und 38,6% der grünen Kreisverbände im Wahlkampf mit anderen Parteien oder Gruppen zusammengearbeitet. Bemerkenswert ist, daß in Österreich nur eine Kommunalsektion⁶⁰ (2,3%) im Wahlkampf mit anderen Parteien zusammengearbeitet hat.

Schaubild 4.14: Zusammenarbeit mit anderen Parteien oder Gruppen bei konventionellen Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996 in den drei Ländern (in Prozent)



Bei Bürgerentscheiden und -begehren haben mehr schweizerische grüne Kommunalsektionen als österreichische, ost- und westdeutsche grüne Kommunalsektionen mit anderen Parteien oder Gruppen zusammengearbeitet. Vergleicht man diese Ergebnisse mit Schaubild 4.13, so ist der Prozentsatz der mit anderen Parteien oder Gruppen zusammenarbeitenden

⁶⁰ Diese Kommunalsektion ist eine grünen Liste und ihr Mitkämpfer sind die Grünen.

Kommunalsektionen in Österreich beträchtlich niedriger als in den anderen Ländern. Bei den öffentlichen Stellungnahmen in den Medien gibt es dieses Phänomen auch. Die österreichischen grünen Kommunalsektionen haben im untersuchten Zeitraum selten mit anderen Parteien oder Gruppen zusammengearbeitet. Dagegen haben die schweizerischen grünen Kommunalsektionen öfter mit anderen Parteien oder Gruppen zusammengearbeitet.

Mit welchen Parteien oder Gruppen haben die grünen Kommunalsektionen zwischen 1994 und 1996 bei den konventionellen Beteiligungsformen zusammengearbeitet? Ein erster Blick auf Tabelle 4.21 zeigt, daß die mit den grünen Kommunalsektionen zusammenarbeitenden Parteien oder Gruppen zwischen drei Ländern auffällig unterschiedlich sind. Die Unterschiede zwischen den drei Ländern liegen auf verschiedenen Ebenen:

- In Westdeutschland und in der Schweiz haben mehr grüne Kommunalsektionen als in Ostdeutschland und Österreich mit sozialdemokratischen Parteien zusammengearbeitet. Bei allen konventionellen Beteiligungsformen wurde die SPD von den meisten schweizerischen grünen Kommunalsektionen als Partner ausgewählt. In Westdeutschland sind die SPD und Bürgerinitiativen⁶¹ bei konventionellen Beteiligungsformen von den meisten mit anderen Parteien oder Gruppen zusammenarbeitenden Kommunalsektionen als Partner ausgewählt worden. Dagegen haben nur einige ostdeutsche grüne Kommunalsektionen mit der SPD zusammengearbeitet. Sie haben bei allen konventionellen Beteiligungsformen keine festen Partner. Im Wahlkampf haben sie mit dem NF, bei den Informationsveranstaltungen und öffentlichen Stellungnahmen in den Medien mit Bürgerinitiativen und dem "Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland" (BUND) und bei Bürgerentscheiden mit der PDS zusammengearbeitet. In Österreich sind mit anderen Parteien oder Gruppen zusammenarbeitende Kommunalsektionen seltener als in den anderen Ländern zu finden. Deshalb kann man nur anhand dieser wenigen Fälle ermitteln, mit welchen Parteien oder Gruppen sie zusammengearbeitet haben. Die Ergebnisse zeigen, daß mehr österreichische grüne Kommunalsektionen mit der ÖVP als mit der SPÖ zusammengearbeitet haben.

In Westdeutschland und der Schweiz haben die lokalen grünen Parteien enge Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei. Die ostdeutschen grünen Kommunalsektionen haben wegen ihre besonderen Geschichte enge Beziehungen zur Bürgerbewegung. In beiden Ländern haben fast keine grünen Kommunalsektionen mit konservativen Parteien zusammengearbeitet.

- In der Schweiz haben meisten Kommunalsektionen bei allen konventionellen Beteiligungsformen mit anderen Parteien zusammengearbeitet. Dagegen haben die west- und

⁶¹ Bürgerinitiativen sind einerseits Beteiligungsformen, andererseits bewegungsbezogene Gruppen.

ostdeutschen grünen Kommunalsektionen sowohl mit Parteien als auch mit Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und -verbänden zusammengearbeitet.

- Im Wahlkampf haben die west- und ostdeutschen Kreisverbände meistens mit Parteien oder Wahllisten zusammengearbeitet. Bei den Informationsveranstaltungen und öffentlichen Stellungnahmen in den Medien haben sie zumeist mit Bürgerinitiativen und Umweltgruppen oder -verbänden zusammengearbeitet⁶².

Tab. 4.21: Zusammenarbeit mit anderen Parteien oder Gruppen bei konventionellen
Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996 in den drei Ländern*

Konventionelle Beteiligungsformen	Österreich	Schweiz ^a	Ostdeutschland	Westdeutschland ^b
Wahlkampf	-	1. SPS (15) 2. LdU (6)	1.NF (7) 2. Bürgerinitiativen, SPD (je 3)	1. SPD (11) 2. Grüne oder Bunte Liste (10)
Informationsveranstaltung	1. SPÖ, ÖVP (je 3) 2. Bürgerinitiativen (2)	1. SPS (10) 2. Überparteilich (5) 3. LdU (4)	1. Bürgerinitiativen (5) 2. BUND, PDS (je 4) 3. Grüne Liga (3)	1. Bürgerinitiativen (25) 2. Umweltverbände (18) 3. BUND (16) 4. SPD (10)
Öffentliche Stellungnahmen in den Medien	1. ÖVP (5) 2. SPÖ (2)	1. SPS (7) 2. LdU (3)	1.BUND, SPD (je 5) 2. Bürgerinitiativen (4)	1. Bürgerinitiativen (19) 2. SPD (13) 3. Umweltverbände (13) 4. BUND (10)
Bürgerentscheid	-	1.SPS (15) 2.Umweltverbänden, LdU (je 3)	1. PDS (3)	1. SPD (17) 2. BUND (14) 3. ÖDP (14) 4. Bürgerinitiativen (11)
Bürgerbegehren	1. Umweltgruppen (2)	1. SPS (21) 2. LdU (3)	-	1. SPD (19) 2. Bürgerinitiativen (16) 3. BUND (15) 4. ÖDP (14)

* Die hier angeführten Fälle sind anhand der folgenden Kriterien ausgewählt: Österreich über 2, Schweiz über 3, Ostdeutschland über 3, Westdeutschland über 10.

a Die Umweltverbände enthalten den WWF und den VCS.

b Die Umweltverbände enthalten den NABU und Greenpeace.

4.5.2 Unkonventionelle Beteiligungsformen

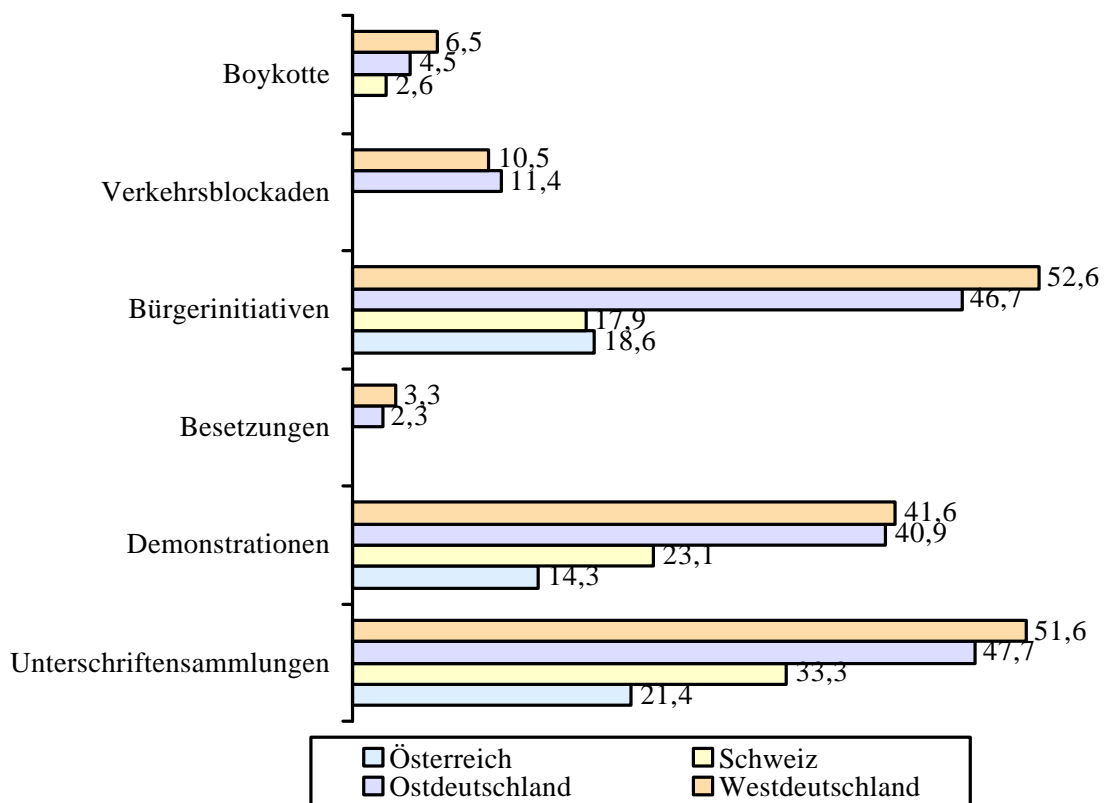
Bei allen unkonventionellen Beteiligungsformen haben mehr grüne Kommunalsektionen in der BRD als in den anderen Ländern mit anderen Parteien oder Gruppen zusammengearbeitet. Schaubild 4.15 zeigt, daß bei den Bürgerinitiativen, Demonstrationen und

⁶² In Westdeutschland haben viele Kreisverbände bei Bürgerentscheiden und -begehren mit der ÖDP zusammengearbeitet. Die meisten davon waren in Bayern und haben gleichzeitig mit der SPD und verschiedenen Gruppen in der Bürgerinitiative "Mehr Demokratie in Bayern" zusammengearbeitet. Deshalb wurde hier die ÖDP nicht als wichtigster Partner der grünen Kommunalsektionen angesehen.

Unterschriftensammlungen über 40% der ost- und westdeutschen grünen Kreisverbände mit anderen Parteien oder Gruppen zusammengearbeitet haben. Dagegen haben nur 14,3 und 33,3% der österreichischen bzw. der schweizerischen grünen Kommunalsektionen mit anderen Parteien oder Gruppen zusammengearbeitet.

Bei den Boykotten, Verkehrsblockaden und Besetzungen haben nur einige deutsche Kreisverbände mit anderen Parteien oder Gruppen zusammengearbeitet. In Österreich hat keine Kommunalsektion und in der Schweiz nur eine mit anderen Parteien oder Gruppen zusammengearbeitet. Dies entspricht dem Unterschied dieser drei Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen zwischen den drei Ländern.

Schaubild 4.15: Zusammenarbeit mit anderen Parteien oder Gruppen bei unkonventionellen Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996 in den drei Ländern (in Prozent)



Vergleich man Schaubild 4.15 mit Schaubild 4.13 und der Häufigkeit der Mitwirkung in Bürgerinitiativen 1996, so haben sich die meisten österreichischen und schweizerischen grünen Kommunalsektionen in Bürgerinitiativen und bei Unterschriftensammlungen allein betätigt.

Tab. 4.22: Zusammenarbeit von grünen Kommunalsektionen mit anderen Parteien oder Gruppen in den drei Ländern und Beteiligungsformen in Prozent

	Österreich	Schweiz	Ostdeutschland	Westdeutschland
Häufigkeit von Bürgerinitiativen (1996)*	18,6 (41,9)	17,9 (41,1)	46,7 (64,0)	52,6 (60,0)
Unterschriftensammlungen (1994-1996)	21,4 (62,2)	33,3 (82,5)	47,7 (63,5)	51,6 (72,0)
Demonstrationen (1994-1996)	14,3 (17,8)	23,1 (30,0)	40,9 (46,2)	41,6 (52,4)

* In den Klammern wird das Verhältnis der Kommunalsektionen, die sich an Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen bzw. Demonstrationen beteiligt haben, zu der Gesamtheit der Kommunalsektionen dargestellt. Beim Prozentsatz der Bürgerinitiativen ist "häufig" und "gelegentlich" zusammengerechnet.

Bei den unkonventionellen Beteiligungsformen haben die meisten deutschen grünen Kreisverbände mit Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und -verbänden zusammengearbeitet. Die SPD wurde von den meisten westdeutschen grünen Kommunalsektionen im Unterschied zu den konventionellen Beteiligungsformen nicht als Partner ausgewählt. In Ostdeutschland ist die "Grüne Liga" der zweit wichtigste Partner der Grünen. In der Schweiz haben die meisten grünen Kommunalsektionen mit der SPS zusammengearbeitet, aber ihr zweit wichtigster Partner ist nicht LdU, sondern die Umweltgruppen oder -verbände (vgl. Tab. 4.23). Die österreichischen grünen Kommunalsektionen haben sowohl bei den unkonventionellen Beteiligungsformen als auch bei den konventionellen Beteiligungsformen wenig mit anderen Parteien oder Gruppen zusammengearbeitet. Deshalb ist eine Auswertung nicht sinnvoll.

Tab. 4.23: Zusammenarbeit mit anderen Parteien oder Gruppen bei unkonventionellen Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996

Unkonventionellen Beteiligungsformen	Österreich	Schweiz ^a	Ostdeutschland	Westdeutschland ^b
Bürgerinitiativen	-	1. SPS (5) 2. Umweltverbände (4)	1. Bürgerinitiativen (8) 2. Grüne Liga (5) 3. BUND, SPD, PDS (3)	1. Bürgerinitiativen (42) 2. SPD (12)
Demonstration	Bürgerinitiativen (3)	1. SPS (6) 2. Umweltverbände (3)	1. Umweltverbände, BUND, PDS (4) 2. SPD, Grüne Liga (3)	1. Bürgerinitiativen (17) 2. Umweltverbände (13) 3. BUND (9) 4. SPD, Gewerkschaft, Verkehrsverbände (8)
Unterschriften-sammlung	ÖVP, überparteilich (je 2)	1. SPS (9) 2. Umweltverbände (2)	1. Bürgerinitiativen, Grüne Liga, PDS (3)	1. Bürgerinitiativen (23) 2. Umweltverbände (17) 3. SPD (15) 4. BUND (12)

* Die hier angeführten Fälle sind anhand der folgenden Kriterien ausgewählt: Österreich über 2, Schweiz über 2, Ostdeutschland über 3 und Westdeutschland über 5 Kommunalsektionen.

^a Die Umweltverbände enthalten den WWF und den VCS.

^b Die Umweltverbände enthalten den NABU und Greenpeace.

4.5.3 Zusammenfassung

Im großen und ganzen haben die grünen Kommunalsektionen meistens mit sozialdemokratischen oder linken Parteien, Bürgerinitiativen und Umweltgruppen oder -verbänden zusammengearbeitet. Eine Ausnahme bilden die grünen Kommunalsektionen in Österreich. Wie oben erwähnt, haben die österreichischen grünen Kommunalsektionen mehr mit der ÖVP als mit der SPÖ bei allen Beteiligungsformen zusammengearbeitet. In der BRD und in der Schweiz haben nur wenige Kommunalsektionen mit konservativen Parteien zusammengearbeitet.

In der Schweiz haben die meisten grünen Kommunalsektionen bei allen Beteiligungsformen mit Parteien zusammengearbeitet. Nur manche schweizerischen grünen Kommunalsektionen haben mit Umweltverbänden wie dem WWF oder den VCS⁶³ bei den unkonventionellen Beteiligungsformen und bei Bürgerentscheiden zusammengearbeitet. Dagegen haben in der BRD die Kreisverbände der Grünen je nach Beteiligungsform mit Parteien, Bürgerinitiativen oder Verbänden zusammengearbeitet. Bei den konventionellen Beteiligungsformen haben die meisten westdeutschen grünen Kreisverbände mit der SPD zusammengearbeitet und bei den unkonventionellen Beteiligungsformen meistens mit Bürgerinitiativen, Umweltverbänden oder -gruppen. In Ostdeutschland haben nur einige Kreisverbände mit der SPD zusammengearbeitet. Die meisten ostdeutschen Kreisverbände haben mit Bürgerinitiativen und Umweltverbänden oder -gruppen wie dem BUND und der Grünen Liga zusammengearbeitet.

4.6 Die Aktivitätsgrade von grünen Kommunalsektionen bezogen auf Politikbereiche

In diesem Abschnitt werden die Aktivitätsgrade der Kommunalsektionen in verschiedenen Politikbereichen in den drei Ländern ermittelt. In der Frage 26 "Wie intensiv hat sich Ihr Kreisverband (Bezirksverband) in den letzten 5 Jahren mit folgenden Politikbereichen befaßt?" wurden den grünen Kommunalsektionen insgesamt 26 Politikbereiche vorgelegt. Diese Politikbereiche sind anhand verschiedener grüner Programme oder Wahlprogramme ausgewählt. Es waren sechs Antwortkategorien von nicht intensiv bis sehr intensiv vorgegeben. Im folgenden wird ein vergleichender Überblick darüber gegeben, auf welche Politikfelder die grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern ihre Kräfte konzentrierten.

⁶³ Der Verkehrsclub der Schweiz (VCS) ist ein alternativer Verkehrsverband, der als Gegenverband zu allen Automobilclubs gegründet wurde.

Die Tabelle 4.24 zeigt die zehn wichtigsten Themenschwerpunkte grüner Kommunal-sektionen in den drei Ländern. Von den 26 verschiedenen Politikbereichen hat sich die Mehrheit der grünen Kommunal-sektionen in den letzten 5 Jahren am häufigsten (intensiv) mit Verkehrspolitik befaßt. Die Müll- und Wasserpolitik, Naturschutz, Energieversorgung, Stadtplanung und lokale Demokratie wurden von den meisten grünen Kommunal-sektionen auch intensiv bearbeitet.⁶⁴

Tab. 4.24: Zehn wichtige Politikbereiche der grünen Kommunal-sektionen in den drei Ländern

	Österreich	Schweiz	Ostdeutschland	Westdeutschland
1	Verkehr	Verkehr	Verkehr	Verkehr
2	Lokale Demokratie/ Bürgerbeteiligung	Luftverschmutzung	Müll	Müll
3	Natur- und Landschaftsschutz	Natur- und Landschaftsschutz	Natur- und Landschaftsschutz	Energieversorgung
4	Stadtplanung	Müll	Stadtplanung	Natur- und Landschaftsschutz
5	Müll	Energieversorgung	Wasser	Lokale Demokratie/ Bürgerbeteiligung
6	Wasser	Lokale Demokratie/ Bürgerbeteiligung	Lokale Demokratie/ Bürgerbeteiligung	Ausländerpolitik
7	Energieversorgung	Stadtplanung	Wirtschaft und Arbeit	Stadtplanung
8	Jugendliche	Wasser	Schule und Bildung	Frauenpolitik
9	Luftverschmutzung	Frauenpolitik	Kulturpolitik	Wasser
10	Kinder	Schule und Bildung	Energieversorgung	Luftverschmutzung

Große Unterschiede zwischen den drei Ländern gibt es bei acht Politikbereichen: Frauen-, Ausländer-, Kinder-, Kultur-, Bildungs- und Jugendpolitik, Energieversorgung, Wirtschaft und Arbeit und Luftverschmutzung. In der Frauenpolitik und Energieversorgung (mit Anti-AKW), zwei wichtigen programmatischen Orientierungen der Grünen Parteien, sind die westdeutschen und schweizerischen grünen Kommunal-sektionen stärker engagiert als die österreichischen und ostdeutschen grünen Kommunal-sektionen. Mit der Jugend- und Kinderpolitik haben sich die grünen Kommunal-sektionen in Österreich intensiver als in den anderen Ländern befaßt.

Wirtschaft und Arbeit, Kulturpolitik, Schule und Bildung finden bei den ostdeutschen grünen Kommunal-sektionen ein relativ hohes Interesse. Bei der Ausländerpolitik engagieren sich die grünen Kommunal-sektionen in Westdeutschland stärker als in den anderen Ländern. Am markantesten ist, daß die schweizerischen grünen Kommunal-sektionen sich am zweit

⁶⁴ Zu den detaillierten Ergebnissen siehe Anhang 2.

intensivsten mit dem Thema Luftverschmutzung befaßt haben, während sich in diesem Bereich nur wenige grüne Kommunalsektionen in den anderen Ländern engagiert haben.

Die Ergebnisse bei den deutschen grünen Kommunalsektionen entsprechen den Forschungsergebnissen von Zeuner, Wischermann und Berger (1995). Sie vergleichen die Aktivitätsgrade von SPD und Grünen auf kommunalpolitischer Ebene. In den neunzehn Politikfeldern haben die Fraktionen der Grünen sich auf kommunaler Ebene mit Umweltpolitik, Entsorgung, Verkehrspolitik einschließlich ÖPNV, Energieversorgung und Stadtentwicklung intensiv befaßt (Zeuner & Wischermann 1995: 192; Berger 1995: 224-5).

Die Ergebnisse über die schweizerischen Kommunalsektionen stimmen mit den Forschungsergebnissen von Ladner (1994) nicht völlig überein. In den von Andreas Ladner erhobene Daten zeigt sich, daß "Verkehrspolitik/Straßenbau", "Abfall/Kehricht", "Raum- und Ortsplanung", "Energiefragen" und "Baufragen" die wichtigen Themenschwerpunkte der Kommunalsektionen der GPS sind (Ladner 1994: 329-30). Die Differenz zwischen beiden Forschungsergebnissen ist jedoch nicht sehr groß.⁶⁵

Tabelle 4.25 zeigt die Politikbereiche, mit denen sich die meisten grünen Kommunalsektionen relativ wenig befaßt haben. Dies sind die Themen Lesben und Schwule, Behinderte, Dritte Welt, Altenpolitik, Tierschutz und Menschenrechte. Mit dem Thema Lesben und Schwule haben sich die meisten grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern wenig beschäftigt.

Tab. 4.25: Zehn selten bearbeitete Politikbereiche der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern

	Österreich	Schweiz	Ostdeutschland	Westdeutschland
1	Lesben und Schwule	Lesben und Schwule	Lesben und Schwule	Lesben und Schwule
2	Behinderte	Behinderte	Tierschutz	Medien
3	Dritte Welt	Menschenrechte	Altenpolitik	Tierschutz
4	Wohnungspolitik	Tierschutz	Dritte Welt	Altenpolitik
5	Friedenspolitik	Dritte Welt	Gesundheit	Behinderte
6	Altenpolitik	Wohnungspolitik	Behinderte	Dritte Welt
7	Schule und Bildung	Friedenspolitik	Menschenrechte	Gesundheit
8	Tierschutz	Medien	Medien	Kulturpolitik
9	Menschenrechte	Altenpolitik	Frauenpolitik	Wohnungspolitik
10	Armut und Sozialhilfe	Kinder	Armut und Sozialhilfe	Kinder

Die größten Unterschiede zwischen den drei Ländern liegen in den Bereichen Medienpolitik, Schule und Bildung und sowie Frauenpolitik. In der Medienpolitik sind die grünen Kommunalsektionen in Westdeutschland wenig engagiert, dagegen haben die

⁶⁵ Dieser geringe Unterschied beruht auf unterschiedlichen Inhalten der Fragebögen.

österreichischen grünen Kommunalsektionen sich relativ mehr engagiert. Bei Schule und Bildung sind die grünen Kommunalsektionen in Österreich weniger engagiert als in den anderen Ländern. In der Frauenpolitik engagierten sich die grünen Kommunalsektionen in Ostdeutschland deutlich schwächer als die Kommunalsektionen der anderen Länder.

Zusammengefaßt ergibt sich aus den oben genannten Ergebnisse ein Bild der Politikbereiche, mit denen sich die grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern beschäftigt haben. Die "reine" Kommunalpolitik wie Verkehrspolitik, Energieversorgung, Müllpolitik, Stadtplanung und Umweltpolitik sind Schwerpunkte des Politikbereiches bei den Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den drei Ländern. Die Unterschiede bei der Bearbeitung der Politikbereiche der Grünen Parteien auf kommunaler Ebenen zwischen den drei Ländern haben viele Gründe, z.B. die Zuständigkeit, die Sozialstruktur der Kommunen, die aktuellen Probleme der Kommunen, die politische Orientierung der Kommunalsektionen der Grünen Parteien usw. Diese verschiedenen Ursachen zu diskutieren würde den hier gegebene Rahmen

5 Zur Erklärung der Beteiligungsformen der Kommunalsektionen im Ländervergleich

In diesem Kapitel soll erklärt werden, von welchen Variablen die Beteiligungsformen der Grünen in den drei Ländern beeinflußt werden. Hierfür wird untersucht, inwieweit die Strukturen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien, nämlich Geschichte, Parteiorganisation und innerparteiliche Aktivitäten, die verschiedenen Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien beeinflussen.

5.1 Die Geschichte der grünen Kommunalsektionen und ihre Beteiligungsformen

In diesem Abschnitt soll herausgefunden werden, ob die Entstehungsweise und Gründungsgeschichte der grünen Kommunalsektionen sich auf ihre Beteiligungsformen auswirken. Wie in 4.1 beschrieben, sind die meisten grünen Kommunalsektionen durch Neugründungen entstanden. Eine Ausnahme sind die ostdeutschen grünen Kommunalsektionen. Fast die Hälfte ihrer Kreisverbänden entstanden aus bereits bestehenden Parteien, nämlich NF, UFV, DJ und Grünen. Hat sich diese spezifische Entstehungsweise auf die Beteiligungsformen der ostdeutschen grünen Kreisverbände ausgewirkt?

Die statistische Analyse läßt bei den ostdeutschen grünen Kreisverbänden auf keinen Zusammenhang zwischen den Entstehungsweisen und Beteiligungsformen schließen. Bei den durch Neugründung oder Zusammenschluß bereits bestehender Parteien entstandenen Kreisverbänden liegen keine Unterschiede zwischen verschiedenen Beteiligungsformen vor. Bemerkenswert ist, daß keine der durch Neugründung entstandenen Kreisverbände Verkehrsblockaden und Besetzungen in den Jahren 1994-1996 organisiert haben. Dagegen haben jeweils 7 (28%) und 3 (12%) der durch Zusammenschluß bereits bestehender Parteien entstandenen Kreisverbände zwischen 1994 und 1996 Verkehrsblockaden und Besetzungen organisiert. Diese Ergebnisse dürfen aber nicht weitergehend interpretiert werden, weil die Anzahl Fälle zu gering ist und die Korrelations-Koeffizienten keine signifikante Höhe erreichen.

Auf Bundesebene entwickelten sich die grünen Parteien in Westdeutschland relativ schneller als in der Schweiz und Österreich. Auf kommunaler Ebene wurden die Kommunalsektionen in Westdeutschland auch früher gegründet als in der Schweiz und Österreich. Die meisten westdeutschen grünen Kreisverbände sind vor 1981 entstanden, wohingegen die meisten österreichischen und schweizerischen Kommunalsektionen nach 1987 gegründet wurden. Hat die Gründungszeit die Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern beeinflußt? Nach Berücksichtigung der Korrelations-Koeffizienten bestehen nur Zu-

sammenhängen zwischen der Medienarbeit, Informationsveranstaltungen, Demonstrationen, und Boykotten sowie Gründungszeit und Häufigkeit der Parteiaktivitäten grüner Kommunal-sektionen. Zwischen der Gründungszeit und den Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996 besteht bei Demonstrationen und Bürgerentscheiden ein Zusammenhang (siehe Tab. 5.1).

Tab. 5.1: Zusammenhang zwischen Gründungszeit und Beteiligungsformen

	Gründungszeit
Häufigkeit der Parteiaktivitäten	
Öffentliche Stellungnahmen in den Medien	+.20 *** (N=290)
Informationsveranstaltungen	+.23 *** (N=289)
Demonstrationen	+.20 *** (N=287)
Boykotte	+.17 ** (N=286)
Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996	
Demonstrationen	+.16 * (N=294)
Bürgerentscheide	- .15 * (N=288)

In der Tabelle sind nur die signifikanten Korrelations-Koeffizienten bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p \leq .005$ aufgeführt. *** = $p \leq .001$, ** = $p \leq .005$

Je früher die grünen Kommunalsektionen entstanden sind, desto öfter beschäftigen sie sich mit Informationsveranstaltungen, öffentlichen Stellungnahmen in den Medien, Demonstrationen und Boykotten. Bei den Bürgerentscheiden ist es umgekehrt, das heißt, je später die grünen Kommunalsektionen entstanden sind, desto eher haben sie sich mit Bürgerentscheiden zwischen 1994 und 1996 befaßt. Die weitere Analyse hat ergeben, daß diese Zusammenhänge eigentlich sehr schwach sind. Demnach besteht in den verschiedenen Ländern keine Korrelation zwischen Gründungszeit und Beteiligungsformen der Kommunalsektionen. Die in der Tabelle 5.1 gezeigte Korrelation spiegelt nur die Unterschiede der Beteiligungsformen zwischen den drei Ländern wieder. Wie oben erwähnt, sind die meisten westdeutschen Kreisverbände vor 1981 entstanden. Die meisten Kreisverbände in Westdeutschland haben auch relativ öfter Informationsveranstaltungen, Boykotte und Demonstrationen übernommen als die der anderen Länder. Außerdem haben sie weniger Bürgerentscheide oder -begehren durchgeführt (vgl. 4.4.2 und 4.4.3).

5.2 Die Organisationsstruktur und die Beteiligungsformen

5.2.1 Mitgliedergröße

Die Zahl der aktiven Parteimitglieder steht in Beziehung zur Fähigkeit einer Partei, Wähler für sich zu mobilisieren. Das zeigt sich im internationalen wie im innerstaatlichen Vergleich

von Wahlergebnissen. Die Mitgliederdichte (oder der Organisationsgrad) spielt vor allem in Wahlkämpfen mit starker Mobilisierung der Wähler eine Rolle. Die differenziellen Kontakte vieler Parteiaktivisten sind in Lokalwahlstudien als entscheidender angesehen worden als die Materialschlachten mit sonstigem Werbematerial (von Beyme 1984: 215). Die Grünen Parteien sind keine Mitgliederpartei. Sie haben geringere Mitgliederzahlen und schwach entwickelte Organisationsstrukturen. Bei den Bundestagswahlen lag der Organisationsgrad westdeutscher Grünen bei 2,6%(1980), 1,1(1983), 1,3%(1987), 2,2%(1990) (Raschke 1993: 211). In Österreich und der Schweiz lag der Organisationsgrad bei Nationalratswahlen jeweils bei 0,8% (1990) und 3,5% (1987) (Müller-Rommel 1993: 173). Der Organisationsgrad ostdeutscher Grünen lag bei den Bundestagswahlen bei 0,23% (1990) und 0,87% (1994).⁶⁶ Ihre Organisationsgrade sind niedriger als in anderen Parteien der jeweiligen Länder (Raschke 1993: 211, Wisendahl 1990: 10, Ladner 1989: 159, Dachs 1992: 269). In den drei Ländern hat die GPS den höchsten und haben die ostdeutschen Grünen den niedrigsten Organisationsgrad. Diese Ergebnisse entsprechen auch der Darstellung der Dichte grüner Mitglieder in den Städten, die in Kapitel 4 dargelegt ist (vgl. Tab. 4.3).

Im Vergleich mit anderen Grünen Parteien haben die ostdeutschen Grünen die niedrigsten Mitgliederzahlen. Obwohl die Grünen Parteien keine Mitgliederparteien sind, ist ihre Mitgliederzahl doch ein wichtiger Indikator für ihre Fähigkeit, Anhänger für sich zu mobilisieren. Die Hypothese ist: Je mehr Mitglieder eine grünen Kommunalsektion hat, um so größer ist ihre Fähigkeit, die verschiedenen Beteiligungsformen zu unternehmen. Hierfür werden die Zusammenhänge zwischen den Mitgliederzahlen und den Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen im folgenden untersucht.

In allen drei Ländern besteht ein Zusammenhang zwischen Mitgliederzahlen der Kommunalsektionen und den Beteiligungsformen bei Demonstrationen, Besetzungen und Informationsveranstaltungen. Je mehr Mitglieder eine Kommunalsektion einer Grünen Partei hat, desto öfter hat sie eine dieser Beteiligungsformen unternommen (vgl. Tab. 5.2). Vergleicht man diese Ergebnisse mit 4.4.2 und 4.4.3, so ist die Auswirkung in den verschiedenen Ländern sehr stark. Tabelle 5.2 zeigt, daß nur in Österreich und Ostdeutschland ein Zusammenhang zwischen den Mitgliederzahlen und den Beteiligungsformen besteht. Obwohl in Ostdeutschland die Mitgliederzahlen und Besetzungen sehr stark korrelieren ($r=0.67$), muß man trotz

⁶⁶ Eigene Berechnungen auf der Basis des Statistischen Jahrbuches für die BRD und Bündnis 90/Die Grünen ohne Berlin Ost.

diese Korrelation, wegen der geringen Anzahl der Fälle⁶⁷ auf weitere Interpretationen verzichten.

Tab. 5.2: Zusammenhang zwischen Mitgliederzahlen und Beteiligungsformen

	In Österreich	In Ostdeutschland	In den drei Ländern
Häufigkeit der Parteiaktivitäten			
Informationsveranstaltungen	+ .46 ** (N=43)		+ .17 ** (N=295)
Demonstration	+ .64 *** (N=41)		+ .18 ** (N=293)
Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996			
Demonstrationen	+ .76 *** (N=44)		+ .20 *** (N=301)
Anzahl der Demonstrationen	+ .69 *** (N=43)		+ .24 *** (N=294)
Besetzungen		+ .67 *** (N=50)	+ .18 ** (N=300)
Anzahl der Bürgerentscheide	+ .50 ** (N=31)		

In der Tabelle sind nur die signifikanten Korrelations-Koeffizienten bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p \leq .005$ aufgeführt. *** = $p \leq .001$, ** = $p \leq .005$

In Österreich gibt es bei Informationsveranstaltungen, Demonstrationen und Bürgerentscheiden einen Zusammenhang zwischen Mitgliederzahlen und Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen. Je mehr Mitglieder die grünen Kommunalsektionen haben, um so häufiger haben sie Informationsveranstaltungen und Demonstrationen unternommen. Zwischen 1994 und 1996 haben die großen Kommunalsektionen auch öfter Demonstrationen und Bürgerentscheiden organisiert als die kleinen Kommunalsektionen. Bei anderen Beteiligungsformen besteht kein Zusammenhang zwischen Mitgliederzahlen und Beteiligungsformen. Besetzungen, Verkehrsblockaden und Boykotten haben die österreichischen grünen Kommunalsektionen fast nie unternommen. Deshalb existiert auch kein Zusammenhang zwischen diesen Beteiligungsformen und den Mitgliederzahlen.

Die obengenannte Hypothese wird nur in den österreichischen grünen Kommunalsektionen partiell bestätigt. In den anderen Ländern gibt es keinen Zusammenhang zwischen den Mitgliederzahlen und den Beteiligungsformen. Wieso besteht nur in den österreichischen Kom-

⁶⁷ Es gibt nur drei Kreisverbände, die zwischen 1994 und 1996 Besetzungen organisiert haben. Diese drei Kreisverbände haben über 50 Mitglieder und gehören alle zu den großen Kreisverbänden in Ostdeutschland. Der Zusammenhang zwischen den Besetzungen und den Mitgliederzahlen der grünen Kreisverbände in Ostdeutschland besteht wie die folgende Tabelle zeigt:

	Unter 10		11-50		50-101		101-200		Total	
Parteiaktivitäten	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%
keine Besetzungen organisiert	21	100	23	100	3	60			47	94
Besetzungen organisiert					2	40	1	100	3	6

munalsektionen ein Zusammenhang zwischen den Mitgliederzahlen und den Beteiligungsformen? Das soll im folgenden ermittelt werden.

5.2.2 Parteiorgane

Die Organisationsstruktur der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern ist sehr unterschiedlich. Wie in Kapitel 4 beschrieben, ist die Entwicklung der Organisation der grünen Kommunalsektionen in Österreich relativ schwächer als in den anderen Ländern. Die meisten österreichischen grünen Kommunalsektionen haben keinen Parteivorstand (73,3%) und keine Satzung (82,2%). Nur 60% der österreichischen grünen Kommunalsektionen haben Mitgliederversammlungen. Alle grünen Kommunalsektionen in Ost- und Westdeutschland haben Mitgliederversammlungen und die meisten haben einen Parteivorstand (vgl. Schaubild 4.2). Um zu klären ob diese Unterschiede sich auf die Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen auswirken, wird hier der Zusammenhang zwischen der Organisationsstruktur und den Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen untersucht. Die Indikatoren der Organisationsstruktur grüner Kommunalsektionen sind die Mitgliederversammlung, der Parteivorstand und die Satzung.

Tab. 5.3: Zusammenhang zwischen Parteiorganisation und Beteiligungsformen

	In Österreich		In Westdeutschland		In allen drei Ländern		
	<i>Vorstand</i>	<i>Satzung</i>	<i>Vorstand</i>	<i>Satzung</i>	<i>Mitgliederversammlung</i>	<i>Vorstand</i>	<i>Satzung</i>
Häufigkeit der Parteiaktivitäten							
Informationsveranstaltungen					+.27 *** (N=300)	+.32 *** (N=300)	+.21 *** (N=298)
Demonstrationen	+.53 *** (N=42)	+.56 *** (N=42)			+.22 *** (N=298)	+.29 *** (N=298)	+.19 *** (N=296)
Boykotte							+.17 ** (N=295)
Bürgerinitiativen					+.20 *** (N=292)		
Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996							
Demonstrationen	+.64 *** (N=45)	+.54 *** (N=45)				+.27 *** (N=305)	
Bürgerentscheide oder -begehren				-.37 *** (N=166)			-.16 ** (N=297)

In der Tabelle sind nur die signifikanten Korrelations-Koeffizienten bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p \leq .005$ aufgeführt. *** = $p \leq .001$, ** = $p \leq .005$

In allen drei Ländern besteht ein Zusammenhang zwischen Parteiorganisation und Beteiligungsformen bei Informationsveranstaltungen, Demonstrationen, Bürgerentscheiden oder -begehren, Bürgerinitiativen und Boykotten. Nach der Betrachtung der verschiedenen Länder bestehen Zusammenhänge zwischen Parteiorganisation und Beteiligungsformen nur in den österreichischen und westdeutschen grünen Kommunalsektionen (siehe Tab. 5.3).

In Österreich haben die grünen Kommunalsektionen mit Vorstand und Satzung öfter Demonstrationen unternommen als die Kommunalsektionen ohne Vorstand und Satzung. Die meisten grünen Kommunalsektionen mit Vorstand und Satzung (jeweils 58,3% und 62,5%) haben zwischen 1994-1996 Demonstrationen organisiert. Dagegen haben nur jeweils 3,0% und 8,1% der grünen Kommunalsektionen, die keinen Vorstand und keine Satzung haben, zwischen 1994 und 1996 Demonstrationen organisiert. Betrachten wir diesen Zusammenhang und Tab. 5.2, so drängt sich folgende Interpretation auf. Je schwächer entwickelt die Organisationsstrukturen der grünen Kommunalsektionen in Österreich sind, um so weniger Demonstrationen haben sie unternommen. Die grünen Kommunalsektionen mit schwach entwickelten Organisationsstrukturen haben weniger Mitglieder und keinen Vorstand und keine Satzung (vgl. Kap. 4.2.2). Sie haben weniger Mobilisierungskräfte und können deshalb keine Beteiligungsformen wie Demonstrationen organisieren.

In Westdeutschland besteht nur ein Zusammenhang zwischen Satzung und Bürgerentscheiden oder -begehren. Die Kreisverbände, die eine Satzung haben, haben zwischen 1994 und 1996 selten Bürgerentscheide oder -begehren unternommen. Diese negative Korrelation ist jedoch nur von den Kreisverbänden in Bayern beeinflusst. Von den 169 Kreisverbänden westdeutscher Grünen haben laut der Befragung nur 33 (19,6%) Kreisverbände keine Satzung und davon liegen 24 Kreisverbände in Bayern. Außerdem haben 40 (93%) Kreisverbände in Bayern zwischen 1994 und 1996 Bürgerentscheide oder -begehren unternommen.⁶⁸ Vernachlässigen wir die Kreisverbände in Bayern, so besteht kein Zusammenhang zwischen der Existenz einer Satzung und der Anzahl von Bürgerentscheiden oder -begehren in Westdeutschland.

⁶⁸ Die Bürgerinitiative "Demokratie entwickeln" hat auf der Basis der Bayerischen Verfassung in der Zeit vom 6.-19.2.1995 erfolgreich ein Volksbegehren "Mehr Demokratie in Bayern" durchgeführt, daß die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Gemeinden und Landkreisen zum Ziel hatte. Am 1. November 1995 haben die wahlberechtigten Bürger eine Ergänzung der Bayerischen Verfassung, der Gemeindeordnung sowie der Landkreisordnung beschlossen. Bei geringer Wahlbeteiligung von 36,9% haben 57,8% für den Gesetzentwurf der Initiative und 38,7% für den Gesetzentwurf des Landtags (CSU-Entwurf) votiert (Knemeyer 1997: 114-6). Die Grünen haben auch an dem Bürgerbegehren und Bürgerentscheid teilgenommen. Die meisten Initiativen der von den 40 bayerischen grünen Kreisverbänden durchgeführten Bürgerentscheiden oder -begehren sind "Mehr Demokratie in Bayern" zuzuordnen.

5.2.3 Parteienfinanzierung

Über die Beziehung zwischen den Finanzquellen der Grünen und deren Wahlergebnissen liegt bislang nur eine ländervergleichende Untersuchung von Müller-Rommel (1993) vor. Die von Müller-Rommel erhobenen Daten wiesen auf, daß die Wahlkampfkostenerstattung zwar eine wichtige Finanzquelle für die Grünen darstellt. Die unterschiedlich hohen Wahlergebnisse der Grünen können jedoch im Ländervergleich nicht über die staatliche Wahlkampfkostenerstattung kausal erklärt werden (Müller-Rommel 1993: 178-182). Die Frage, ob die Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen von den Finanzquellen beeinflußt werden, soll in diesem Abschnitt geklärt werden.

Wie in Kapitel 4 dargestellt, werden weniger als 5% der Mittel der österreichischen grünen Kommunalsektionen durch Mitgliederbeiträge aufgebracht. Im Vergleich zu anderen Ländern ist dieser Prozentsatz am niedrigsten. Die schweizerischen grünen Kommunalsektionen haben relativ weniger aus Subventionen der Kantonsparteien bekommen. Hat sich diese Differenz auf die Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen ausgewirkt? Tab. 5.4 zeigt, daß in den drei Ländern nur bei der Anzahl der Bürgerentscheide ein Zusammenhang zwischen den Finanzquellen und Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen besteht. Diese Korrelation spiegelt den höheren Prozentsatz der Finanzquellen aus Spenden von Nichtmitgliedern und die höhere Anzahl der Bürgerentscheide bei den schweizerischen grünen Kommunalsektionen. Die durchschnittliche Anzahl der Bürgerentscheide ist bei den schweizerischen Kommunalsektionen besonders hoch und der Prozentsatz ihrer Finanzquellen aus Spenden von Nichtmitgliedern ist auch höher als in den anderen Ländern (vgl. Tab.4.12 und Tab. 4.4). Betrachtet man die verschiedenen Länder, so besteht ein Zusammenhang zwischen den Finanzquellen und den Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen nur in Österreich und Ostdeutschland. In Österreich besteht eine deutliche positive Korrelation zwischen der Anzahl der Bürgerentscheide und den Spenden von Nichtmitgliedern. Der Zusammenhang zwischen der Anzahl der Demonstrationen und dem Prozentsatz der Spenden von Nichtmitgliedern ist auch stark. Vergleicht man diese Ergebnisse mit Tab. 5.2, so ist die Anzahl der Demonstrationen und Bürgerentscheide möglicherweise von beiden Variablen, die Mitgliederzahlen und den Spenden von Nichtmitgliedern, beeinflußt. Wie in Abschnitt 5.2.1 dargelegt, ist die positive Korrelation zwischen den Mitgliederzahlen und der Anzahl der Demonstrationen und der Bürgerentscheide auch sehr deutlich. Welche Variable hat den stärksten Erklärungseffekt. Dies soll in 5.4.1 weiter analysiert werden.

In Ostdeutschland besteht ein Zusammenhang zwischen den Parteiabgaben von MandatsträgerInnen und Demonstrationen sowie den Unterschriftensammlungen. Je höher der

Prozentsatz der Parteiabgaben von MandatsträgerInnen als Finanzquellen an die ostdeutschen Kreisverbände ist, um so öfter haben sie 1996 Demonstrationen unternommen. Dagegen fällt auf, daß die meisten ostdeutschen Kreisverbände, deren prozentualer Anteil der Parteiabgaben von MandatsträgerInnen als Finanzquellen höher ist, zwischen 1994 und 1996 keine Unterschriftensammlungen organisiert haben. In den anderen Ländern liegt kein Zusammenhang zwischen Finanzquellen und Beteiligungsformen vor.

Tab. 5.4: Zusammenhang zwischen den Finanzquellen und Beteiligungsformen

	Spenden von Nichtmitgliedern		Parteiabgaben von MandatsträgerInnen
	In Österreich	In den drei Ländern	In Ostdeutschland
Häufigkeit der Parteiaktivitäten			
Demonstrationen			+.41 ** (N=45)
Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996			
Anzahl der Demonstrationen	+.44 ** (N=39)		
Anzahl der Bürgerentscheide	+.59 *** (N=27)	+.21 ** (N=177)	
Unterschriftensammlungen			-.46 *** (N=46)

In der Tabelle sind nur die signifikanten Korrelations-Koeffizienten bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p \leq .005$ aufgeführt. . *** = $p \leq .001$, ** = $p \leq .005$

5.3 Innerparteiliche Aktivitäten und Beteiligungsformen

5.3.1 Häufigkeit der Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzung

Wie in Kapitel 4.3.1 beschrieben, ist der Unterschied der Häufigkeit von Mitgliederversammlungen in den Kommunalsektionen zwischen den drei Ländern sehr groß. Die schweizerischen Kommunalsektionen halten in der Regel am wenigsten Mitgliederversammlungen pro Jahr ab. Dagegen halten die ostdeutschen Kreisverbände in der Regel die meisten die Mitgliederversammlungen pro Jahr ab (vgl. Tab. 4.5). Ob dieser Unterschied auf die Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen wirkt, soll in diesem Abschnitt ermittelt werden.

Tabelle 5.5 zeigt den Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Mitgliederversammlungen und den Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen. In den drei Ländern besteht kein Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Mitgliederversammlungen und den Beteiligungsformen. In Österreich besteht ein Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Mitglie-

der Versammlungen und Demonstrationen sowie der Anzahl der Demonstrationen. Die Kommunalsektionen, die öfter die Mitgliederversammlungen abhalten, haben zwischen 1994 und 1996 meistens keine Demonstrationen organisiert. Je öfter die Mitgliederversammlungen der Kommunalsektionen pro Jahr tagen, desto weniger Demonstrationen haben sie zwischen 1994 und 1996 organisiert. Der Zusammenhang spiegelt nur die Korrelation zwischen dem Vorhandensein eines Parteivorstandes und Demonstrationen wieder. Wie in Kapitel 4.3.1 dargelegt, haben die Mitgliederversammlungen für kleine Kommunalsektionen in Österreich, die keinen Vorstand haben, die gleiche Bedeutung, wie Vorstandssitzungen bei den Kommunalsektionen, die einen Parteivorstand haben. Zwischen der Häufigkeit der Mitgliederversammlungen und dem Vorhandensein eines Parteivorstandes besteht eine negative Korrelation ($r = -.59$). Die Kommunalsektionen, die keinen Parteivorstand haben, haben in der Regel mehrmals pro Jahr Mitgliederversammlungen abgehalten. Tabelle 5.3 zeigt auch, daß der Zusammenhang zwischen Mitgliederzahlen und Demonstrationen in Österreich sehr deutlich ist. Zusammengefaßt kann man feststellen, daß zwischen der Häufigkeit der Mitgliederversammlungen und der Demonstrationen tatsächlich kein Zusammenhang besteht.

In der Schweiz besteht ein Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Mitgliederversammlung und der Informationsveranstaltungen. Die Kommunalsektionen, die öfter eine Mitgliederversammlung abhalten, haben 1996 häufig Informationsveranstaltungen unternommen. Der Zusammenhang wurde auch nicht von anderen Variablen oder verschiedenen Kantonen beeinflusst. Zur Interpretation dieser Zusammenhänge soll im Abschnitt 5.4 weiter Untersuchungen durchgeführt werden.

Tab. 5.5: Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Mitgliederversammlungen und den Beteiligungsformen

	In Österreich	In der Schweiz
Häufigkeit der Parteiaktivitäten Informationsveranstaltungen		+.52 ** (34)
Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996		
Demonstration	-.61 *** (N=27)	
Anzahl der Demonstration	-.58 ** (N=26)	

In der Tabelle sind nur die signifikanten Korrelations-Koeffizienten bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p \leq .005$ aufgeführt. . *** = $p \leq .001$, ** = $p \leq .005$

Im Vergleich zu den Mitgliederversammlungen ist die Häufigkeit der Vorstandssitzungen besonders von der Größe der Kommunalsektionen abhängig. Die Sitzungsaktivität des Vorstandes bei österreichischen, schweizerischen und westdeutschen Grünen nimmt mit wach-

sender Größe der Kommunalsektionen zu (vgl. Kap.4.3.2). Die Ursache dafür liegt wahrscheinlich darin, daß die großen Kommunalsektionen relativ mehr interne und externe Probleme zu bewältigen haben, die mit Vorstandssitzungen schneller und reibungsloser bewältigt werden können als mit Mitgliederversammlungen. Im folgenden werden die Zusammenhänge zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzung und den Beteiligungsformen untersucht.

In allen drei Ländern zusammengekommen besteht ein Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und den Demonstrationen und Verkehrsblockaden (siehe Tab. 5.6). Zudem besteht dieser Zusammenhang noch in Westdeutschland und der Schweiz. In Westdeutschland haben Kreisverbände, die öfter Vorstandssitzungen abhalten, zwischen 1994 und 1996 mehrmals Demonstrationen organisiert. Die meisten von ihnen haben zwischen 1994 und 1996 auch Verkehrsblockaden organisiert.

In der Schweiz besteht ein Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und den Demonstrationen. Die meisten Kreisverbände, die oft Vorstandssitzungen abhalten, haben 1996 häufig Demonstrationen durchgeführt. Der Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und den Demonstrationen, die die Kommunalsektionen zwischen 1994 und 1996 organisiert haben, ist aber sehr schwach ($r=.45$ $p=.013$).

Tab. 5.6: Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und den Beteiligungsformen

	In der Schweiz	In Westdeutschland	In den drei Ländern
Häufigkeit der Parteiaktivitäten			
Demonstrationen	+.53 ** (N=29)		-
Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996			
Demonstrationen			+.23 *** (N=243)
Anzahl der Demonstrationen		+.26 *** (N=155)	+.29 *** (N=237)
Verkehrsblockaden		+.22 ** (N=160)	+.23 *** (N=243)
Anzahl der Verkehrsblockaden			+.23 *** (N=241)

In der Tabelle sind nur die signifikanten Korrelations-Koeffizienten bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p \leq .005$ aufgeführt. . *** = $p \leq .001$, ** = $p \leq .005$

5.3.2 Arbeitsgruppen und Informationsblätter

Die Arbeits- oder Projektgruppe und das Informationsblatt und Rundbrief sind wichtige innerparteilichen Partizipationsmittel für die Mitglieder oder Sympathisanten der Grünen. Wie in 4.3.3 dargelegt, reflektiert die Anzahl der Arbeitsgruppen die Stärke der Organisations-

struktur der grünen Kommunalsektionen. Je höher die Mitgliederzahlen der Kommunalsektionen sind, desto höher ist die Anzahl der Arbeits- oder Projektgruppen. Nur in Österreich liegt keine Korrelation zwischen den Mitgliederzahlen und der Anzahl der Arbeitsgruppen vor. Außerdem besteht in den drei Ländern ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen und der Häufigkeit der Vorstandssitzungen. Es scheint, als hätten die Kommunalsektionen mit einer höheren Anzahl an Arbeitsgruppen auch eine größere Fähigkeit, die verschiedenen Beteiligungsformen durchzuführen.

Tab. 5.7 kann diese Hypothese jedoch nur teilweise bestätigen. In den drei Ländern besteht der Zusammenhang zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen und den Beteiligungsformen nur bei den Demonstrationen und Bürgerinitiativen. Betrachtet man die verschiedenen Länder, so bestätigt sich ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen und den Demonstrationen nur in Westdeutschland. Die westdeutschen Kreisverbände, die eine höhere Anzahl an Arbeitsgruppen haben, haben auch zwischen 1994 und 1996 die meisten Demonstrationen organisiert. Diese positive Korrelation ist bei den westdeutschen Kreisverbänden besonders bemerkenswert, weil in Westdeutschland kein Zusammenhang zwischen den Demonstrationen und anderen Variablen besteht.

Tab. 5.7: Zusammenhang zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen bzw. dem Vorhandensein von Informationsblättern einerseits und den Beteiligungsformen andererseits

	Anzahl der Arbeitsgruppen		Informationsblätter
	In Westdeutschland	In den drei Ländern	In der Schweiz
Häufigkeit der Parteiaktivitäten			
Demonstrationen		.18 ** (N=298)	
Bürgerinitiativen		.22 *** (N=292)	
Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996			
Demonstrationen	.27 *** (N=168)	.30 *** (N=305)	.56 *** (N=39)
Anzahl der Demonstrationen		.28 *** (N=298)	.47 ** (N=39)

In der Tabelle sind nur die signifikanten Korrelations-Koeffizienten bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p \leq .005$ aufgeführt. . *** = $p \leq .001$, ** = $p \leq .005$

Die meisten österreichischen und westdeutschen Kommunalsektionen haben ein Informationsblatt oder einen Rundbrief. Dagegen haben viele ostdeutsche und schweizerische Kommunalsektionen kein Informationsblatt und keinen Rundbrief. Diese Unterschiede reflektierten möglicherweise nur die Besonderheit der Kommunalsektionen der Grünen in den drei Ländern. Wie in 4.3.3 dargelegt, kann die Existenz eines Informationsblattes kein Indikator sein, ob die Organisationsstruktur einer Kommunalsektion stark oder schwach ist. Welche Rolle hat das Vorhandensein eines Informationsblattes für die Beteiligungsformen der grünen

Kommunalsektionen gespielt? Tab. 5.7 zeigt einige beachtliche Ergebnisse. In der Schweiz besteht ein Zusammenhang zwischen dem Informationsblatt und den Demonstrationen. Die meisten Kommunalsektionen mit Informationsblatt haben zwischen 1994 und 1996 Demonstrationen organisiert. In den anderen Ländern besteht kein Zusammenhang zwischen dem Informationsblatt und den Demonstrationen.

5.4 Welche Variable erklärt die Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen?

Nach Analyse der Ergebnisse kann man feststellen, daß die Bestimmungsgründe der Beteiligungsformen von Kommunalsektionen in den jeweiligen Ländern sehr unterschiedlich sind. Dafür sollen die Bestimmungsgründe der Beteiligungsformen nach den jeweiligen Ländern ermittelt werden.

5.4.1 Österreich

In Österreich wurden viele mögliche unabhängige Variable gefunden, die Einfluß auf die Häufigkeit der Informationsveranstaltungen und Demonstrationen, die Anzahl der Demonstrationen und Bürgerentscheide sowie den Demonstrationen zwischen 1994 und 1996 haben. Die Informationsveranstaltungen sind nur von den Mitgliederzahlen beeinflusst. Die Anzahl der Bürgerentscheide und Demonstrationen wurden von den Mitgliederzahlen und der Höhe der Spenden von Nichtmitgliedern beeinflusst. Die Häufigkeit der Demonstrationen und die Durchführung der Demonstrationen zwischen 1994 und 1996 wurde von vier Variablen beeinflusst, nämlich Mitgliederzahlen, Vorstand, Satzung und Spenden von Nichtmitgliedern (vgl. Tab. 5.8). Um die entscheidenden Variablen herauszufinden, wird eine multiple Regression gerechnet.

Tab. 5.8: Die Korrelations-Koeffizienten zwischen Beteiligungsformen und Organisationsstruktur sowie innerparteilichen Aktivitäten in Österreich

	Mitglieder- zahlen	Vorstand	Satzung	Spenden von Nichtmitgliedern
Häufigkeit der Parteiaktivitäten				
Informationsveranstaltungen	.46 **			
Demonstrationen	.64 ***	.53 ***	.56 ***	
Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996				
Demonstrationen	.76 ***	.64 ***	.54 ***	
Anzahl der Demonstrationen	.69 ***			.44 **
Anzahl der Bürgerentscheid	.50 **			.59 ***

*** = $p \leq .001$, ** = $p \leq .005$

Den beta-Koeffizienten ist zu entnehmen, welche der unabhängigen Variablen die Beteiligungsformen der österreichischen Kommunalsektionen am stärksten erklärt. Die multiple Regression wurde schrittweise (stepwise) gerechnet. Die Ergebnisse der multiplen Regression lauten:

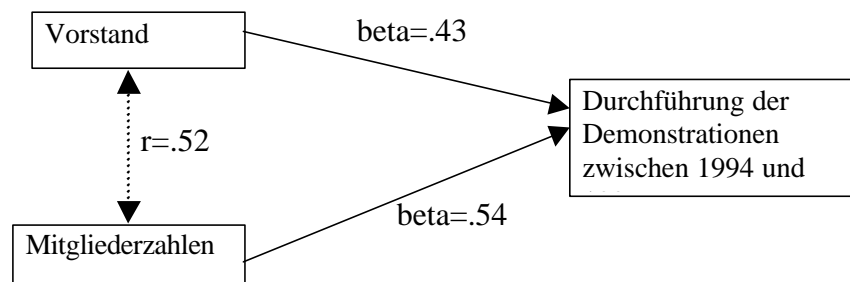
	Mitgliederzahlen	Vorstand
Häufigkeit der Parteiaktivitäten		
Demonstrationen	beta=.64	
Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996		
Demonstrationen	beta=.54	Beta=.43
Anzahl der Demonstrationen	beta=.54	
Anzahl der Bürgerentscheide	beta=.80	

Die obengenannten signifikanten beta-Koeffizienten sind bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p \leq .005$ aufgeführt. Die Variable Mitgliederzahlen ist hat die größte Erklärungsfähigkeit für die zwei Beteiligungsformen. Je mehr Mitglieder die österreichischen Kommunalsektionen haben, desto öfter oder mehr Demonstrationen und Bürgerentscheide haben sie unternommen oder organisiert. Bemerkenswert ist beiden Demonstrationen zwischen 1994 und 1996 der Einfluß von zwei Variablen, nämlich Mitgliederzahl und Vorstand. Schaubild 5.1 zeigt die hohen beta-Koeffizienten zwischen Vorstand, Mitgliederzahlen und den Demonstrationen der österreichischen Kommunalsektionen. Die Mitgliederzahlen des österreichischen Kommunalsektionen haben eine stärker Erklärungsfähigkeit für die Demonstrationen zwischen 1994 und 1996 als Vorstand. Ferner ist der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen und der Durchführung der Demonstrationen zwischen 1994 und 1996 sehr stark ($R=0.81$)⁶⁹. Die beiden Variablen erklären über 60% der Durchführung von Demonstrationen bei österreichischen Kommunalsektionen zwischen 1994 und 1996.

Die empirischen Befunde dokumentieren zunächst, daß die Mitgliederzahlen den stärksten Erklärungswert für die Beteiligungsformen der österreichischen Kommunalsektionen haben. Die Variable Vorstand hat nur für die Durchführung von Demonstrationen zwischen 1994 und 1996 einen Erklärungswert, während die anderen Variablen wie Geschichte und innerparteiliche Aktivitäten keine Wirkung auf die Beteiligungsformen der österreichischen Kommunalsektionen ausgeübt haben. Des weiteren wurden nur drei Beteiligungsformen (Informationsveranstaltungen, Demonstrationen, Bürgerentscheide) von den Mitgliederzahlen oder der Variable Vorstand beeinflusst. Auf die anderen Beteiligungsformen war keine Wirkung der beiden Variablen auszumachen.

⁶⁹ Mit multipler Korrelation zu berechnen.

Schaubild 5.1: Die Organisationsstruktur und Demonstrationen bei den österreichischen Kommunalsektionen



5.4.2 Die Schweiz

In der Schweiz besteht nur ein Zusammenhang zwischen den zwei Beteiligungsformen (Informationsveranstaltungen und Demonstrationen) und den innerparteilichen Aktivitäten. Die Variablen Geschichte und Organisationsstruktur haben keine Wirkung auf die Beteiligungsformen der schweizerischen Kommunalsektionen ausgeübt (siehe Tab. 5.9).

Tab. 5.9: Die Korrelations-Koeffizienten zwischen Beteiligungsformen und innerparteilichen Aktivitäten in der Schweiz

	Häufigkeit der Mitgliederversammlung	Häufigkeit der Vorstandssitzungen	Informationsblatt
Häufigkeit der Parteiaktivitäten			
Informationsveranstaltungen	.52**		
Demonstrationen		.53 **	
Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996			
Demonstrationen			.56 **
Anzahl der Demonstrationen			.47 **

Die Häufigkeit der Informationsveranstaltungen wurden nur von der Häufigkeit der Mitgliederversammlungen beeinflusst. Um den Zusammenhang festzustellen, müssen die potentiellen Variablen ermittelt werden. Nach der Kontrolle der anderen Variablen, besteht der Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Mitgliederversammlung und den Informationsveranstaltungen weites fort. Die Häufigkeit der Mitgliederversammlungen wurde auch nicht von anderen Variablen, z.B. Gründungsjahr oder Mitgliederzahlen, beeinflusst. Dafür kann man feststellen: Je öfter von den schweizerischen Kommunalsektionen Mitgliederversammlungen abgehalten wurden, desto häufiger haben sie Informationsveranstaltungen unternommen.

Die Ursache des Zusammenhangs ist schwer zu interpretieren, denn die Häufigkeit der Mitgliederversammlungen reflektiert keine Größenstruktur der Kommunalsektionen in der

Schweiz. Die Mitgliederversammlungen sind kein Ersatz für einen Parteivorstand in den Kommunalsektionen, die keinen Vorstand haben.

Die Häufigkeit der Demonstrationen hat mit der Häufigkeit der Vorstandssitzungen positiv korreliert. Die Demonstrationen zwischen 1994 und 1996 haben aber mit dem Vorhandensein eines Informationsblattes positiv korreliert. Da es nur 29 Fälle⁷⁰ gab, die für die Korrelation zwischen der Häufigkeit der Demonstrationen und der Häufigkeit der Vorstandssitzungen relevant sind, darf man diese Korrelation nicht ernst nehmen. Dagegen liegen 39 Fälle vor, die auf einen Zusammenhang zwischen den Demonstrationen zwischen 1994 und 1996 und dem Vorhandensein eines Informationsblattes. Hierbei ist auffällig: Die meisten Kommunalsektionen, die ein Informationsblatt haben, haben zwischen 1994 und 1996 Demonstrationen organisiert.

5.4.3 Ostdeutschland

Die ostdeutschen Kreisverbände sind relativ kleiner als die westdeutschen Kreisverbände. Diese haben aber ähnliche Beteiligungsformen wie die westdeutschen Kreisverbände. Sie haben öfter als die schweizerischen und die österreichischen Kommunalsektionen Demonstrationen, Informationsveranstaltungen und Verkehrsblockaden durchgeführt, und seltener Bürgerentscheide oder -begehren organisiert. Von den oben analysierten Ergebnissen ergeben sich die folgenden Zusammenhänge zwischen den Beteiligungsformen und der Organisationsstruktur :

	Mitgliederzahlen	Parteiabgaben von MandatsträgerInnen
Häufigkeit der Demonstrationen		.41 **
Besetzungen zwischen 1994 und 1996	.67 ***	
Unterschriftensammlungen zwischen 1994 und 1996		-.46 ***

Der Zusammenhang zwischen den Besetzungen und den Mitgliederzahlen wurde bereits in Abschnitt 5.2.1 dargelegt (vgl. Anm. 2). Wegen einer zu geringen Anzahl von Fällen muß man auf eine Interpretation des Zusammenhanges verzichten. Der Zusammenhang zwischen den Unterschriftensammlungen zwischen 1994 und 1996 und den Parteiabgaben von MandatsträgerInnen wurde von den Kreisverbänden in Ostberlin beeinflusst. Die meisten Kreisverbänden in Ostberlin haben keine Unterschriftensammlungen zwischen 1994 und 1996 or-

ganisiert, und sie haben einen höheren Prozentsatz an der Parteiabgaben von MandatsträgerInnen als andere Kreisverbände in den Ost-Bundesländern. Wenn die Ostberliner Kreisverbände in dieser statistischer Analyse vorläufig vernachlässigt werden, so besteht kein Zusammenhang zwischen den Unterschriftensammlungen zwischen 1994 und 1996 und den Parteiabgaben von MandatsträgerInnen.

Der Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Demonstrationen und den Parteiabgaben von MandatsträgerInnen ist nicht sehr stark, aber bemerkenswert. Dieser Zusammenhang wurde von keinen Bundesländern in besonderem Maße beeinflusst. Die Parteiabgaben von MandatsträgerInnen wurden auch nicht von anderen Variablen beeinflusst. Die Ursache des Zusammenhangs liegt möglicherweise darin, daß der höhere Prozentsatz an Parteiabgaben von MandatsträgerInnen die Kreisverbände eher in die Lage versetzt, Demonstrationen zu unternehmen. Diese Vermutung kann ich aber nicht bestätigen, weil es keine Ausgaben über Einnahmen der Kreisverbände zu vergleichen gibt.

5.4.4 Westdeutschland

Im Vergleich zu dem anderen Ländern haben die westdeutschen grünen Kommunalsektionen relativ mehr Mitglieder und ein besser entwickelte Organisationsstruktur. Sie haben auch öfter Informationsveranstaltungen, Verkehrsblockaden und Demonstrationen unternommen oder organisiert. Bei den westdeutschen Kreisverbänden besteht jedoch kein Zusammenhang zwischen der Organisationsstruktur und den Beteiligungsformen. Die innerparteilichen Aktivitäten haben einen höheren Erklärungswert für die Beteiligungsformen der westdeutschen Kommunalsektionen. Der Einfluß der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und der Anzahl der Arbeitsgruppen auf die Beteiligungsformen wurden bivariat gemessen, wobei die Ergebnisse zusammengefaßt folgendermaßen lauten:

	Häufigkeit der Vorstandssitzungen	Anzahl der Arbeitsgruppe
Demonstrationen zwischen 1994 und 1996		.27 ***
Anzahl der Demonstrationen zwischen 1994 und 1996	.26 ***	
Verkehrsblockaden zwischen 1994 und 1996	.22 **	

⁷⁰ 9 Kommunalsektionen haben keine Vorstandssitzung, 2 Kommunalsektionen haben nicht auf die Befragung geantwortet.

Die Zusammenhänge zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen und den Demonstrationen sowie zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzung und der Anzahl der Demonstrationen sind stärker als der Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und den Verkehrsblockaden zwischen 1994 und 1996. Auch unter Berücksichtigung der Mitgliederzahlen besteht ein Zusammenhang zwischen den Demonstrationen und der Anzahl der Arbeitsgruppen, zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und der Anzahl der Demonstrationen sowie zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und den Verkehrsblockaden zwischen 1994 und 1996, nur etwas schwächer (je $r=.26$, $.21$ und $.20$).

Die Anzahl der Arbeitsgruppen und die Häufigkeit der Vorstandssitzungen sind einerseits von der Organisationsstruktur beeinflusst und wirken andererseits auf die Beteiligungsformen. Die Häufigkeit der Vorstandssitzungen und die Anzahl der Arbeitsgruppen wurden von den Mitgliederzahlen stark beeinflusst ($r=.51$ $P \leq .000$, $r=.46$ $P = .000$). Zwischen den Demonstrationen ,der Anzahl der Demonstrationen sowie den Verkehrsblockaden und den Mitgliederzahlen besteht aber kein Zusammenhang. Die Beziehungen zwischen den fünf Variablen sind die folgenden:

Schaubild 5.2: Der Zusammenhang zwischen Mitgliederzahlen, Anzahl der Arbeitsgruppen und Demonstrationen sowie zwischen Mitgliederzahlen, Häufigkeit der Vorstandssitzungen, Anzahl der Demonstrationen und Verkehrsblockaden

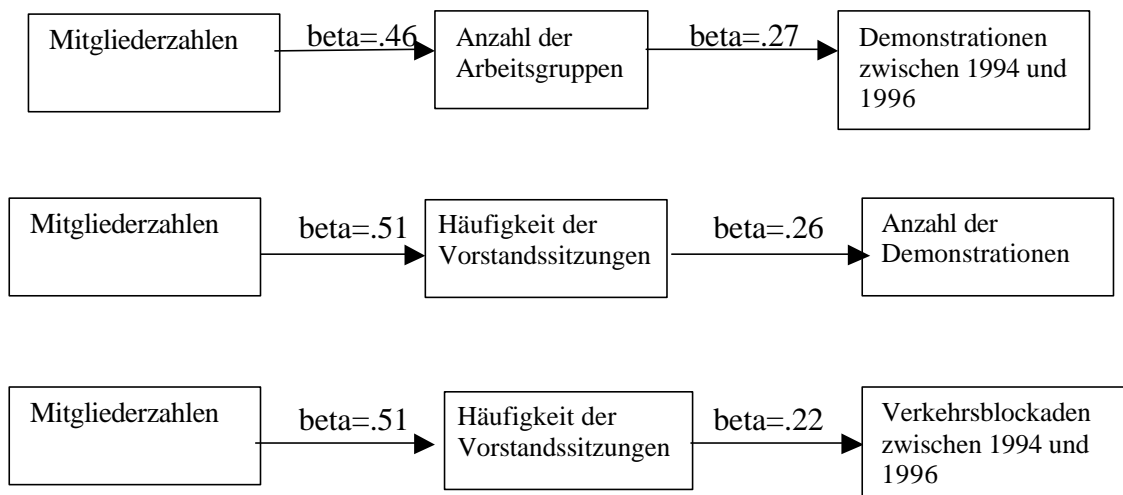


Schaubild 5.2 zeigt, daß die Häufigkeit der Vorstandssitzungen und Anzahl der Arbeitsgruppen von den Mitgliederzahlen stark beeinflusst ist. Dann wirken sich die beiden innerparteilichen Aktivitäten auf die Beteiligungsformen aus, nämlich auf die Demonstrationen und die Verkehrsblockaden. Diese Zusammenhänge zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen und den Demonstrationen sowie zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und der Anzahl der

Demonstrationen deuten auf ein spezifisches Merkmal der westdeutschen Kreisverbände hin. Wie in Kap. 4.3.3 dargelegt, spiegelt die Anzahl der Arbeitsgruppen die Stärke der Organisationsstruktur der Kreisverbände in Westdeutschland. Je mehr Arbeitsgruppen die Kreisverbände haben, desto größer ist ihre Fähigkeit Demonstrationen zu organisieren. Dies kann aber nur die Fähigkeit der Kreisverbände erklären. Für die Anzahl der Demonstrationen zwischen 1994 und 1996 ist nur die Häufigkeit der Vorstandssitzungen relevant. Die Ursache der Korrelation liegt darin: um Demonstrationen zu organisieren, braucht ein Kreisverband Vorstandssitzungen als Basis der Handlungsfähigkeit.

Für der Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und den Verkehrsblockaden ist andere Situation maßgeblich. In Westdeutschland haben zwischen 1994 und 1996 nur 24 Kreisverbände Verkehrsblockaden organisiert. Davon haben 13 Kreisverbände einmal und 8 Kreisverbände zweimal Verkehrsblockaden organisiert. Die Unterschiede zwischen den Kreisverbänden, die zwischen 1994 und 1996 die Verkehrsblockaden organisiert haben, sind sehr gering. Es besteht auch kein Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und der Anzahl der Verkehrsblockaden. Deshalb kann die Häufigkeit der Vorstandssitzungen nur erklären, ob die westdeutschen Kreisverbände zwischen 1994 und 1996 überhaupt Verkehrsblockaden organisiert haben.

Die Verkehrsblockade ist heute für die Grünen eine sehr unkonventionelle Beteiligungsform. Um diese Beteiligungsform durchzuführen, braucht ein Kreisverband der Grünen im Vorfeld eine wesentlich ausführlichere Diskussion als bei einer Demonstration. Dies erklärt möglicherweise den Einfluß der Häufigkeit der Vorstandssitzungen auf die Verkehrsblockaden.

5.4.5 Vergleichende Zwischenbilanz

Die Beteiligungsformen der Kommunalsektionen in den jeweiligen Ländern wurden nur von der Organisationsstruktur und der innerparteilichen Aktivitäten beeinflusst. Ferner wurden nur für die Demonstrationen, Informationsveranstaltungen, Verkehrsblockaden und Bürgerentscheide erklärungsfähige Variablen in der Organisationsstruktur und in den innerparteilichen Aktivitäten gefunden. Für die Demonstrationen haben die Variablen Mitgliederzahlen und Häufigkeit der Vorstandssitzungen den höchsten Erklärungswert. In Österreich haben die Mitgliederzahlen starken Einfluß auf die Demonstrationen ausgeübt. In Westdeutschland wurden die Demonstrationen direkt von der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und indirekt von den Mitgliederzahlen beeinflusst. Im Vergleich zu den anderen Ländern sind die Zusammenhänge bei den ostdeutschen Kreisverbänden ganz andere. In den ostdeutschen Kreisver-

bänden wurde nur die Häufigkeit der Demonstrationen von den Parteiabgaben der Mandats-trägerInnen beeinflußt.

Für Verkehrsblockaden, Bürgerentscheide und Informationsveranstaltungen wurden in den einzelnen Ländern die erklärenden Variablen gefunden. In Westdeutschland wurden die Verkehrsblockaden von der Häufigkeit der Vorstandssitzungen beeinflußt. In Österreich ist die Anzahl der Bürgerentscheide mit wachsenden Mitgliederzahlen gestiegen. In der Schweiz wurde die Häufigkeit der Informationsveranstaltungen von der Häufigkeit der Mitgliederversammlungen beeinflußt. Für die anderen Beteiligungsformen, wie öffentliche Stellungnahmen in den Medien, Boykotte, Unterschriftensammlungen, Besetzungen und Bürgerinitiativen, wurden keine erklärungs-fähige Variablen gefunden.

Warum wurde von den vielen Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen nur für die Demonstrationen in den jeweiligen Ländern erklärungs-fähige Variable gefunden? Vergleicht man die Häufigkeit der Beteiligungsformen, so sind Besetzungen, Verkehrsblockaden und Boykotte nur sehr selten von Kommunalsektionen der Grünen unternommen worden. Nur gelegentlich wurden von ihnen Demonstrationen unternommen. Dagegen wurden öffentliche Stellungnahmen in den Medien, Informationsveranstaltungen, Unterschriftensammlungen, Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerinitiativen relativ oft von ihnen durchgeführt (vgl. Schaubild 4.11). Das bedeutet, daß öffentliche Stellungnahmen in den Medien, Informationsveranstaltungen, Unterschriftensammlungen, Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerinitiativen für die Kommunalsektionen der Grünen sehr übliche Beteiligungsformen sind. Die meisten Kommunalsektionen der Grünen haben mehr oder weniger diese Beteiligungsformen gewählt. Die Unterschiede dieser Beteiligungsformen zwischen den großen und kleine Kommunalsektionen sowie zwischen aktiven und nicht aktiven Kommunalsektionen sind nicht sehr groß.

Besetzungen, Verkehrsblockaden, Boykotte und Demonstrationen sind für die Grünen relativ unübliche Beteiligungsformen. Besetzungen, Boykotte und Verkehrsblockaden wurden besonders selten von den Kommunalsektionen der Grünen durchgeführt (vgl. Schaubild 4.11 und 4.12). Die meisten Kommunalsektionen der Grünen haben diesen Beteiligungsformen niemals unternommen oder organisiert. Die Unterschiede dieser Beteiligungsformen zwischen den großen und kleine Kommunalsektionen sowie zwischen aktiven und nicht aktiven Kommunalsektionen sind sehr gering. Deshalb ist es unmöglich, erklärungs-fähige Variablen für diese Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen zu finden. Im Vergleich mit diesen Beteiligungsformen sind Demonstrationen schon verhältnismäßig häufig von Kommunalsektionen der Grünen unternommen worden. Von den 305 befragten Kommunalsektionen

haben 132 (43,3%) Kommunalsektionen zwischen 1994 und 1996 Demonstrationen organisiert. Die meisten von ihnen sind große Kommunalsektionen oder aktive Kommunalsektionen.

Die erklärungsfähigen Variablen für die Beteiligungsformen spiegeln die Besonderheit der Kommunalsektionen in den jeweiligen Ländern. In Österreich sind die meisten Kommunalsektionen sehr klein. Nur einige Kommunalsektionen haben über 50 Mitglieder. Ihre Organisationsstruktur ist sehr schwach (vgl. 4.2.2). Deshalb spielt die Organisationsstruktur eine Hauptrolle für die Erklärung der Beteiligungsformen der Kommunalsektionen. In Westdeutschland sind die meisten Kreisverbände relativ groß und ihre Organisationsstruktur ist relativ gut entwickelt. Für die Erklärung ihrer Beteiligungsformen spielt die Organisationsstruktur nur eine geringe Rolle. Die innerparteilichen Aktivitäten des Kreisverbandes sind die wichtigsten Erklärungsvariablen für ihre Beteiligungsformen. Die schweizerischen Kommunalsektionen sind durchschnittlich kleiner als die westdeutschen Kommunalsektionen, aber größer als die ostdeutschen und österreichischen Kommunalsektionen. Ihre Organisationsstruktur ist etwas schwächer als die der westdeutschen Kommunalsektionen und stärker als die der österreichischen Kommunalsektionen. Die innerparteilichen Aktivitäten der Kommunalsektionen sind auch die wichtigsten Erklärungsvariablen für ihre Beteiligungsformen. Im Vergleich zu den Kommunalsektionen in den anderen Ländern sind die ostdeutschen Kreisverbände am spätesten gegründet worden und haben die geringste Mitgliederdichte in den Städten (vgl. Tab. 4.3). Sie haben jedoch besser entwickelte Parteiorgane (Mitgliederversammlung und Parteivorstand) als die österreichischen und schweizerischen Kommunalsektionen. Ihre Beteiligungsformen wurden nicht von der Organisationsstruktur und den innerparteilichen Aktivitäten beeinflusst. In Ostdeutschland wurde nur eine Erklärungsvariable für die Demonstrationen gefunden, nämlich die Parteiabgaben von MandatsträgerInnen.

6 Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

Im dem Kapitel 5 wurde gezeigt, welche Variablen die Beteiligungsformen der Kommunal-sektionen grüner Parteien innerhalb der einzelnen Länder erklären. Die Variablen beziehen sich auf die Geschichte, die Organisationsstruktur und die innerparteilichen Aktivitäten der Kommunal-sektionen der Grünen Parteien. Diese konnten jedoch nicht alle Gründe über die unterschiedlichen Beteiligungsformen der Kommunal-sektionen der Grünen Parteien erklären. Diese nicht erklärten Gründe sind zum großen Teil von den politischen und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen direkt oder indirekt beeinflusst. Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen können auf die Organisationsstruktur, die Entstehung und die Entwicklung der Grünen Parteien große Wirkungen ausüben. Im diesem Kapitel werden die Wirkungen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Organisationsstruktur, innerparteilichen Aktivitäten und die Beteiligungsformen der Kommunal-sektionen der Grünen Parteien untersucht. Ferner sollen die Auswirkungen der Parteibildung von Bundesgrünen auf die Beteiligungsformen der Kommunal-sektionen der Grünen Parteien auch hier herausgefunden werden.

6.1 Politisches System

Der Einfluß des politischen Systems auf die Beteiligungsformen der Grünen ist bislang nicht systematisch untersucht worden. Die Effekte des politischen Systems auf die Entstehung und Entwicklung der Grünen Parteien wurden vielfach erforscht. Wie in Kap. 1 dargelegt, sind die Strukturen des politischen Systems wichtige erklärende Faktoren für die Entfaltung und die Wahlergebnisse der Grünen Parteien. Die von Müller-Rommel 1993 erhobenen Daten wiesen folgende Ergebnisse auf: Die Auswirkungen der unterschiedlichen Strukturen westeuropäischer politischer Systeme auf die Wahlergebnisse der Grünen sind sehr vielfältig. Die vier Faktoren, nämlich Wahlsystem, Föderalismus, Referendumsdemokratie und bürgerlich-dominante Regierungszusammensetzung erklären die Wahlergebnisse der Grünen Parteien besonders stark. Davon wurde das Verhältniswahlsystem als stärkster Erklärungsfaktor für die Wahlergebnisse der Grünen identifiziert (Müller-Rommel 1993: 183). Ob diese Faktoren auch auf die Beteiligungsformen der Kommunal-sektionen der Grünen Parteien wirken, ist fraglich. Sicherlich kann man aber feststellen, daß die direkte Demokratie sich auf die Beteiligungsformen der grünen Kommunal-sektionen bei Bürgerentscheiden oder -begehren auswirkt. Der Föderalismus ist bei der Forschung eine Konstante, denn alle drei Länder sind föderale Staa-

ten. Die Wahlsysteme für Parlamentswahlen und Landtags- oder kantonale Parlamentswahlen in den drei Ländern können prinzipiell als Verhältniswahlsystem bezeichnet werden.

Außer den obengenannten Faktoren gibt es noch einige Strukturen innerhalb des politischen Systems, die auf die Beteiligungsformen und Besonderheiten der grünen Kommunalsektionen wirken könnten, nämlich die Stellung der Partei und die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger. Die Stellung der Partei und die staatliche Parteienfinanzierung ist in den drei Ländern unterschiedlich. Ob die Unterschiede auf die Beteiligungsformen und Besonderheiten der grünen Kommunalsektionen wirken, soll im folgenden ermittelt werden. Auf kommunaler Ebene sind die wichtigsten Beteiligungsmöglichkeiten Kommunalwahlen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Im folgenden wird geprüft, welche Elemente des politischen Systems die Beteiligungsformen der Grünen auf Kommunalebene beeinflussen.

6.1.1 Wahlhürde

Grundsätzlich ist das Wahlsystem für die Parlamentswahl in den drei Ländern als Verhältniswahl zu bezeichnen. Das Wahlsystem in der BRD wird als personalisierte Verhältniswahl, als Verhältniswahl mit vorgeschalteter Mehrheitswahl oder als Verhältniswahl auf Mehrheitsbasis bezeichnet (Woyke 1998: 65). In Österreich legt das Bundes-Verfassungsgesetz die Regeln für die Nationalratswahl fest (Art. 26 B-VG). Ein 1992 beschlossenes Wahlrecht konkretisiert für den Nationalrat diesen Grundsatz mit einem persönlichkeitsfördernden Wahlrecht (Pelinka 1997b: 494). In der Schweiz ist bei den Nationalratswahlen Kumulieren und Panaschieren möglich (Linder 1997: 451). Die gesetzlich regulierten Sperrklauseln für die Parlamentswahl in den drei Ländern sind: in BRD drei Direktmandate oder 5%, in Österreich ein Direktmandat oder 4% und in der Schweiz keine Sperrklausel.

Die von Müller-Rommel 1993 erhobenen Daten zeigen: Je ausgeprägter das "reine" Verhältniswahlsystem ohne gesetzlich regulierte Sperrklausel, desto niedriger fallen die Wahlergebnisse für die Grünen Parteien aus (Müller-Rommel 1993: 134). Die Wahlhürden bieten den verschiedenen grünen Listen oder Gruppen einen Anlaß zusammenzuarbeiten, um die Sperrklausel zu überspringen⁷¹ (Brand 1985: 324, Frankland 1989: 64). Die Entwicklungen der Grünen auf Bundesebene in den drei Ländern bestätigen diese These auch. Wie in Kap. 3 dar-

⁷¹ Karl Werner Brand behauptete: "Je leichter der Zugang zur parlamentarischen Ebene (Verhältniswahlrecht), desto eher wird die Möglichkeit einer autonomen Parteigründung in Auge gefaßt, sofern sich keine der bestehenden, einflußreichen Parteien als Adressat und als Sprachrohr der neuen Anliegen anbietet; desto größer ist allerdings auch die Gefahr der Zersplitterung in unterschiedliche parteipolitische Flügel. Je höher umgekehrt die Hürden einer eigenständigen parlamentarischen Repräsentanz (Mehrheitswahlrecht, hohe Sperrklauseln), desto eher sehen sich die neuen sozialen Bewegungen auf die bestehenden Parteien oder auf das außer- und

gelegt, waren die Grünen in der BRD am frühesten vereinigt. Hier haben sich viele verschiedene Listen und Gruppen gesammelt. Obwohl die ÖDP im Oktober 1981 als Splitterpartei der Grünen gegründet wurde, konnte sie sich aber nie als Konkurrenz zu den Grünen behaupten. Die österreichischen Grünen Parteien arbeiteten zuerst bei der Nationalratswahl 1986 zusammen. Nach der Nationalratswahl blieb die VGÖ außerhalb der neugebildeten Grünen Partei "Grüne Alternative" und kandidierte sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene gegen sie. Bei den Nationalratswahlen 1990 erhielt die VGÖ noch 1,96% der Stimmen. Bei der Nationalratswahl 1994 erhielt die VGÖ nur 0,12% der Stimmen. In der Schweiz kandidieren außer der GPS immer noch andere links-alternative Parteien bei den Nationalratswahlen. Die links-alternativen Parteien erhielten durchschnittlich 1,9% der Stimmen bei den Nationalratswahlen zwischen 1983 und 1995 (vgl. Kap. 3 und Tab. 6.1).

Die Wahlhürde hat sich deshalb die Entstehung und Konsolidierung der Grünen Parteien auf Bundesebene in den drei Ländern ausgewirkt. Die Entstehung und Konsolidierung der Bundesgrünen hat die Gründung ihrer Kommunalsektionen weiter beeinflusst. Dies soll in Abschnitt 6.4.2 analysiert werden.

Tab. 6.1: Durchschnittliche Wahlergebnisse der Grünen Parteien und Wahlhürde in drei Ländern

	Beteiligung an Nationalwahlen zwischen 1980-1995 (N)	Durchschnittlich Wahlergebnisse bei den Parlamentswahlen zwischen 1980-95 (in Prozent)	Sperrklausel auf Nationalwahlen
BRD - Bündnis 90/Die Grünen	5	5,3	5% oder ein Direktmandat
Österreich - Ohne VGÖ - Mit VGÖ	5	4,6 5,4	4% oder ein Grundmandat
Schweiz - GPS - alle grünen und alternativen Parteien	4	4,7 6,6	Keine

Quelle: Eigene Berechnung nach statistischen Jahrbüchern der jeweiligen Länder.

Auf Landesebene wirkt sich die Wahlhürde fast nie auf die Entwicklung und Entstehung der grünen Parteien aus. In Deutschland und Österreich haben alle Bundesländer eine Wahlhürde für die Landtagswahlen.⁷² In der Schweiz kennen nur einige Kantone die Sperrklausel für die

vorparlamentarische Aktionsfeld verwiesen (Großbritannien, USA; mit Einschränkungen auch Frankreich)" (Brand 1985: 324).

⁷² Die Sperrklausel für Landtagswahlen in den jeweiligen deutschen Bundesländern ist 5%. In Berlin, Brandenburg und in Schleswig-Holstein werden Stimmenanteile unter fünf Prozent dann berücksichtigt, wenn

kantonalen Parlamentswahlen (Linder 1997: 469). Die Unterschiede sind nicht so groß. Es besteht deshalb auch kein Zusammenhang zwischen Wahlhürde und den Wahlergebnissen der Grünen Parteien bei den Landtags- oder Kantonswahlen.

6.1.2 Direkte Demokratie

Auf nationaler Ebene kennen Österreich und die Schweiz sowohl das Verfassungsreferendum als auch das Gesetzesplebiszit. In Deutschland dagegen kennt das Grundgesetz nur einen Territorial-Volksentscheid nach Art. 29 GG zur Neugliederung des Bundesgebietes. Andere Plebiszite sind nach herrschender Auffassung auf Bundesebene nicht vorgesehen. Auf Landesebene und Kommunalebene gilt die direkte Demokratie in der BRD, Österreich und der Schweiz flächendeckend, allerdings sind die Formen und Verfahren sehr unterschiedlich.

Die direkte Demokratie ist in der Schweiz durchgängig institutionalisiert. Sie existiert in teilweise unterschiedlichen Formen auf der Bundes-, der kantonalen und der Gemeindeebene. Auf Bundesebene unterscheiden sie zwischen

- dem obligatorischen Referendum: Der obligatorischen Nachentscheidung durch Volk und Stände (Kantone) unterliegen alle Änderungen der Verfassung sowie die Genehmigung von Staatsverträgen.
- dem fakultativen Referendum: Gesetze, allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse sowie völkerrechtliche Verträge, welche unbefristet und unkündbar sind, den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen oder eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbeiführen, sind vom Parlament mit einer Referendums Klausel zu versehen.
- der Volksinitiative: Beim Bund können 100.000 Bürger die Aufhebung, Änderung oder Neuschaffung eines Verfassungsartikels in Form einer allgemeinen Anregung oder eines konkret ausformulierten Begehrens verlangen (Linder 1997: 453-4).

Zwischen 1971 und 1990 hat das Parlament auf Bundesebene 560 dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehende Vorlagen verabschiedet. In 58 Fällen handelte es sich dabei um Verfassungsänderungen, die dem obligatorischen Referendum unterstehen. 43 dieser Vorlagen wurden in der Volksabstimmung angenommen. 502 Vorlagen waren dem fakultativen Referendum unterstellt, von dem allerdings nur in 30 Fällen tatsächlich Gebrauch

die betreffende Partei ein Direktmandat errungen hat (Woyke 1998: 119). In Österreich hat jeder Bundesland die Sperrklausel auch für die Landtagswahlen. Die Sperrklausel für die Landtagswahlen in allen Bundesländern in Österreich ist Grundmandat , 4% oder 5%-Klausel.

gemacht worden ist. 27 der 30 Vorlagen blieben in der Abstimmung siegreich. In dem Zeitraum gab es insgesamt 87 Initiativen auf Bundesebene. Die wurden nur selten in der Volksabstimmung angenommen (vgl. Tab. 6.2). Im Vergleich mit anderen Ländern sind die Zahl der Urnengänge (ohne Wahlen) auf nationaler Ebene sehr hoch. Von 1970 bis 1990 hat die Schweiz insgesamt 63 Urnengänge. Im gleich Zeitraum hatte Österreich nur 1 und die anderen westeuropäischen Länder wie Frankreich, Italien, Dänemark, Irland hatten jeweils nicht mehr als 10 Urnengänge (Möckli 1991: 38).

Von 1975 bis 1989 entfielen rund zwei Drittel der Initiativen auf nur drei Themenbereiche: Umweltschutz/Kernenergie, Sozialpolitik im weiteren Sinne (vor allem Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungspolitik) sowie Aspekte politischer Institutionen (Stimmrechtsalter, Regierungsorganisation etc.). Bei den fakultativen Referenden dominierten ebenfalls Umweltschutz/Kernenergie, Sozialpolitik sowie Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die Referenden in dem Bereich Umweltschutz/Kernenergie wurden mehrheitlich von Organisationen der Umweltschutz-/Antikernkraftbewegung lanciert (Kriesi 1991: 50-1).

Auf kantonale Ebene ist das direktdemokratische Instrumentarium viel differenzierter als auf Bundesebene (Möckli 1994: 107). Auf der Gemeindeebene sind die vielfältigen Mitwirkungsrechte nach den unterschiedlichen Kommunalverfassungen in den Kantonen zu unterscheiden (Knemeyer 1997b: 59). In der Schweiz finden über 30 Abstimmungen pro Jahr auf der Bundes-, der kantonalen und der Gemeindeebene statt. Obwohl die Beteiligung bei den Abstimmungen sehr niedrig (durchschnittlich 40%) ist, bekommen die Entscheidungen der Bürger noch relativ hohe Legitimität und die Bürger können in allen Themenbereichen der Politik mitbestimmen. Diese Themenbereiche beziehen sich auf die Sanierung des Rathauses, kantonale Autobahnen, Bundessteuern, Obligation der Autofahrer zur Benutzung des Sicherheitsgurts oder Beitritt zur UNO (Linder 1991: 411).

Die Initiative und das Referendum können wahltaktisch eingesetzt werden. Insbesondere Klein- oder Einthemenparteien streben den Zugang zum politischen Markt, den Wahlerfolg oder das Überleben durch Volksinitiativen zur Wahlzeit an. Diese Beobachtung lässt sich etwa bei den Überfremdungsparteien seit den 60er Jahren oder an der Parteibildung der Grünen in den 80er Jahren machen (Linder 1997: 456). Dies erklärt teilweise, warum die grünen Kommunalsektionen in der Schweiz mehr Bürgerbegehren und –entscheide als in anderen Ländern organisiert haben.

Tab. 6.2: Instrumente der direkten Demokratie in der Schweiz (1971-1990)

	Obligatorisches Referendum			Fakultatives Referendum				Initiative				
	Gesamtzahl	Ange- nommen	Abge- lehnt	Dem fak. Ref. Unterstellte Vorlagen	Gesamt- zahl	Ange- nommen	Abge- lehnt	Gesamt- zahl	Zurück- gezogen	zur Ab- stimmung gebracht	ange- nommen	abge- lehnt
1971- 1980	40	30	10	256	18	11	7	47	14	33	1	32
1981- 1990	18	13	5	246	12	6	6	40	8	17	2	15
Insgesamt	58	43	15	502	30	17	13	87	22	50	3	47

Quelle: Kriesi 1991: 48

Österreich kennt das Verfassungsreferendum sowie das Plebiszit für Gesetze. Das Verfassungsreferendum ist gemäß Bundesverfassungsgesetz (BVG), Artikel 42 bis 44, nur bei Totalrevisionen obligatorisch, bei Partialrevisionen kann es durch ein Drittel der Mitglieder des Nationalrates bzw. des Bundesrates eingeleitet werden. Das Gesetzesplebiszit ist ebenfalls Parlamentsreferendum. Nach Art. 43 BVG kann eine Vorlage durch Beschluß des Nationalrates oder auf Verlangen der Mehrheit seiner Mitglieder der Volksabstimmung unterstellt werden. Außerdem können gemäß Art. 41, 2 BVG und dem Volksbegehrensgesetz von 1973 mindestens 10000 Stimmberechtigte, mindestens vier Mitglieder des Nationalrates oder mindestens je vier Mitglieder der Landtage dreier Bundesländer ein Volksbegehren einleiten (Möckli 1991: 36-7). Von 1964 bis 1997 ist es auf Bundesebene in Österreich nur zu 23 Volksbegehren gekommen, die jedoch alle nicht zur einer Abstimmung führten. Davon haben 19 Volksbegehren zwischen 1980 und 1997 stattgefunden. In Österreich haben auf Bundesebene bislang zwei Volksabstimmungen stattgefunden. Es handelt sich um die am 5. November 1978 durchgeführte Volksabstimmung über ein Bundesgesetz zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf), sowie die am 12. Juni 1994 abgehaltene Volksabstimmung betreffend den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.⁷³

Die Volksabstimmung und andere Instrumente der direkten Demokratie (Volksbegehren, bzw., Volksbefragung - eine nicht bindende Befragung der Wähler) sind nicht nur auf der Ebene des Bundes verankert, sondern auch auf der Ebene der Länder und Gemeinden. Die Verfassungen der Bundesländer haben in den letzten 20 Jahren verstärkt solche Elemente der direkten Demokratie übernommen - Ausdruck einer allgemeinen Tendenz, die plebiszitäre

⁷³ Bundesministerium für Inneres Österreich, "Überblick und historischer Rückblick", in "Volksabstimmung und Volksbefragung", März 1998, http://www.bmi.gv.at/_vti_bin/shtml.exe/Wahlen/Wahlen-menu.html

Komponente des politischen Systems zu stärken (Pelinka 1997b: 491). Mittlerweile haben nunmehr alle Bundesländer das Instrument der Volksabstimmung in ihren Landesverfassungen verankert. Mit Ausnahme Salzburgs sehen alle Landesverfassungen die Möglichkeit des Volksbegehrens im Bereich der Gesetzgebung vor, wobei die Quoten zwischen 2% und 5% liegen, um die Behandlung durch den Landtag zu erzwingen. Im Burgenland, in Niederösterreich, Oberösterreich, der Steiermark und Vorarlberg ist auch ein Volksbegehren für den Bereich der Verwaltung verankert, mit Ausnahme Vorarlbergs sind aber im Vergleich zur Gesetzgebung wesentlich höhere Quoten auffällig. Das Instrument der Volksbefragung ist öfter im Bereich der Verwaltung verankert. In Oberösterreich, der Steiermark und Tirol kann auch die Landesregierung eine Volksbefragung für den Bereich Gesetzgebung, umgekehrt in Oberösterreich, Steiermark, Tirol und Vorarlberg der Landtag eine Befragung für den Bereich der Verwaltung initiieren. Niederösterreich, Oberösterreich und Wien kennen keine Volksbefragung (Marko & Poier 1997: 827-9). Zur Empirie der direkten Demokratie auf Landesebene in Österreich haben Marko Joseph Marko und Klaus Poier drei Merkmale zusammengefaßt: Zuerst wird die "Normalität" des politischen Prozesses nach wie vor von den "Repräsentativorganen", d.h. den Eliten von Parteien, Verbänden und Bürokratie, beherrscht. Zweites Merkmal ist die parteipolitische Überformung aller Instrumente in der bisherigen Praxis, insofern wiederum die politischen Parteien selbst als Landtagsmehrheit oder Regierung die Initiative zur Inanspruchnahme dieser Instrumente ergreifen. Daneben haben die Instrumente der direkten Demokratie auch eine Oppositionsfunktion. Sie dienen der Minderheit zur Fortsetzung der Politik außerhalb der Repräsentativorgane, insbesondere wenn schon die institutionelle Ausgestaltung dieser Instrumente - als Recht einer Landtagsminderheit - darauf angelegt ist. Schließlich resümiert Marko, daß die politischen Systeme der Bundesländer eindeutig parlamentarische Regierungssysteme ist, in denen 99% der Politik über die repräsentativen Institutionen und daher im Elitendreieck von Partei-, Verbändespitzen und Bürokratie ablaufen (Marko & Poier 1997: 830-1).

Die Gemeindeordnungen und Stadtrechte wurde seit 31.12.1965 wiederholt durch die jeweiligen Landtag abgeändert, wobei die Neuregelungen einer stärkeren Bürgerbeteiligung sowie einer vermehrten Mitsprache und Kontrolle durch die Minderheiten in der Gemeindevertretung im Vordergrund standen. Eine sehr umfassende Regelung der Formen der Bürgerbeteiligung (Volksbefragung, Volksbegehren, Volksabstimmung, Beschwerde- und Antragsrechte sowie Informationspflichten) enthält z.B. das "Steiermärkische Volksrechtegesetz" (Neuhofer 1997: 867). Die Volksabstimmung in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde ist bis jetzt nur in Kärnten, der Steiermark, Vorarlberg und im Burgenland sowie in

der Wiener Stadtverfassung vorgesehen, wobei die Regelungen sehr unterschiedlich sind (Neuhofer 1994: 38; Burgenländische Gemeindeordnung LGBl. Nr. 25/1997).

Vor 1990 kennen die meisten alten Bundesländer in Deutschland schon lange den Volksentscheid und/oder das Volksbegehren.⁷⁴ Das Instrument wurde aber in der Praxis selten angewendet. z.B. Abgesehen von der Annahme der Landesverfassung per Volksentscheid, gab es in Nordrhein-Westfalen bisher sechs Volksbegehren, von denen es aber nur in zwei Fällen zur Einleitung eines Volksentscheides kam (Biegler, Frey und Kleinfeld 1997: 409). In Bremen gab es bisher nur zwei Volksentscheide (Reinhold Roth 1997: 222). In der Verfassungspraxis Rheinland-Pfalz spielten die Einrichtungen der direkten Demokratie bislang keine Rolle (Gabriel, Jann und Deinert 1997: 447). Nur in Bayern sind die direktdemokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten durch Volksbegehren und Volksentscheid auf Landesebene vergleichsweise stark ausgeprägt (Ismayr und Kral 1997: 102). In Bayern wurden bis 1992 insgesamt sechs Volksentscheide durchgeführt, davon drei obligatorische Verfassungsreferenden und drei Volksgesetzgebungen (Jung 1993: 8-10). Seit 1990 traten sieben neue Landesverfassungen in Kraft - in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und den fünf neuen Bundesländern - und alle rezipierten die Volksgesetzgebung; Drei dieser Verfassungen - in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen - wurden übrigens selbst durch ein Referendum bestätigt. Hinzu kommen die verfassungspolitische Reformentscheidung in Hamburg, das bisher strikt repräsentative System plebiszitär zu öffnen, und die Verfassungsrevision in Berlin, in deren Rahmen die 1974 angeblich wegen des Berlin-Status abgeschaffte Volksgesetzgebung wieder aufgenommen wurde. Aufgrund dieser Entwicklung gilt die direkte Demokratie in Deutschland auf Landesebene überall (Jung 1995: 658).

Baden-Württemberg kennt die Bürgerentscheide und -begehren schon seit 1956. Dies wurden als Experiment eingeführt und sind im § 21 GO-BW vom 21. Juli 1955 geregelt, der am 1. April 1956 in Kraft trat. Damit wurden das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid erstmals im Nachkriegsdeutschland in einer Kommunalverfassung verankert (Knemeyer 1997b: 104). Nachdem Baden-Württemberg über dreißig Jahre lang die Normierung von Bürgerbegehren und -entscheiden als einziges Bundesland kannte, kam es in den 90er Jahren zu zahlreichen entsprechenden Reformen. Die Reformwelle begann in Schleswig-Holstein am 2. 4. 1990 mit einer Novelle zur Gemeindeordnung und Kreisordnung. Es folgt die DDR-Kommunalverfassung vom 17. 5. 1990. Bis 1997 konnten die Bürgerentscheide und -

⁷⁴ Dies sind Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

begehren auf kommunaler Ebene in allen Bundesländern eingeführt werden⁷⁵ (Knemeyer 1997a: 15).

Zusammenfassung:

Im Vergleich mit Österreich und der Schweiz fand die Verbreitung der direkten Demokratie auf Kommunalebene in ganz Deutschland am spätesten statt. Auf Landesebene wird von der direkten Demokratie in Deutschland und Österreich weniger Gebrauch gemacht als in der Schweiz. Auf Bundesebene ist der Unterschied zwischen den drei Ländern sehr deutlich: Die Schweizer wandten am häufigsten direktdemokratische Instrumente an, während die Österreicher diese vergleichsweise selten genutzt haben. Die Deutschen haben außer in Territorial-Fragen keine Möglichkeit, den Volksentscheid anzuwenden. Insgesamt kann die Reihenfolge hinsichtlich der Stärke der direkten Demokratie in den drei Ländern wie folgt beurteilt werden: zuerst die Schweiz, dann Österreich und als letztes Deutschland. Dies erklärt am deutlichsten, warum über 90% der schweizerischen grünen Kommunalsektionen und dagegen nur je 43,7% der westdeutschen und 38% der ostdeutschen grünen Kommunalsektionen sich zwischen 1994 und 1996 mit Bürgerentscheiden oder -begehren befaßt haben. Die österreichischen grünen Kommunalsektionen liegen dazwischen: 66,7% von ihnen haben in dem Zeitraum Bürgerentscheide oder -begehren unternommen (vgl. 4.4.3).

6.1.3 Parteiensystem

6.1.3.1 Wirkung der Rechtsstellung der Partei auf die Organisationsstruktur der Grünen

Wie in Kap. 4.2.2 beschrieben, sind die Organisationsstruktur der grünen Kommunalsektionen in drei Ländern sehr unterschiedlich. Fast alle deutsche grünen Kommunalsektionen haben Mitgliederversammlungen und einen Parteivorstand genau wie die meisten schweizerischen grünen Kommunalsektionen. Dagegen haben nur 60% der österreichischen grünen Kommunalsektionen Mitgliederversammlungen und die meisten haben keinen Parteivorstand. Diese Unterschiede sind einerseits von der Entwicklung der grünen Parteien auf Bundes- und Landesebene (Kantonalebene) beeinflusst, andererseits von der Rechtsstellung der Parteien in den drei Ländern bestimmt. In dem folgenden Abschnitt wird die Wirkung der Rechtsstellung von Parteien auf die Organisationsstruktur der grünen Kommunalsektionen untersucht.

⁷⁵ 1993: Hessen, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg; 1994: Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen; 1995: Bayern; 1996: Niedersachsen; 1997: Saarland (Knemeyer 1997a: 15)

Die verfassungsrechtliche Stellung der Parteien in der BRD ist sehr stabil, während die Parteien in der Schweiz verfassungsrechtlich vernachlässigt werden. In der BRD stellt die bedeutsamste Säule des Parteienrechts Art. 21 GG dar. Eine weitere wichtige Rechtsquelle des Parteienrechts ist das Parteiengesetz. Das Parteiengesetz konkretisiert die Aufgaben der Parteien und ihre Stellung im Verfassungsgefüge. Es bestimmt auch die innere Ordnung der Parteien. Nach dem Parteiengesetz sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand notwendige Organe der Partei und der Gebietsverbände (§8 Abs. 1 Parteiengesetz). Die Mitglieder- oder Vertreterversammlung ist das oberste Organ des jeweiligen Gebietsverbandes (§9 Abs. 1 Parteiengesetz). Die Partei muß eine schriftliche Satzung und ein schriftliches Programm haben (§ 6 Abs. 1 Parteiengesetz). In der österreichischen Verfassung werden drei unterschiedliche Parteibegriffe erwähnt: Wahlpartei, Partei im Parlament, politische Partei. 1975 wurde die Parteiendemokratie in der österreichischen Verfassung mit dem Parteiengesetz verankert (Müller 1997: 215). In dem Parteiengesetz setzt sich ein Paragraph mit den Parteien grundsätzlich auseinander und 14 Paragraphen regeln die Einzelheiten der öffentlichen Parteienfinanzierung. Die Parteiorgane, die Parteigliederung und die innerparteiliche Demokratie sind im Parteiengesetz nicht erwähnt. In der Schweiz gibt es keinen verfassungsrechtlichen Parteienartikel und kein Parteiengesetz. Die Parteien der Schweiz sind in Vereinsform organisiert, und zwar analog zum föderalistischen System auf Orts-, Kantons- und Bundesebene mit jeweils eigenen Organisationen und Organen. Für die Belange ihrer jeweiligen Ebene besitzen die Orts- und Kantonalparteien volle Autonomie. Entsprechend dem Vereinsrecht bestimmt die Mitgliederversammlung oder wählen deren Delegierte die Parteiorgane und die Kandidaten für die wichtigsten politischen Ämter (Linder 1997: 451).

Die oben dargestellten Unterschiede der Rechtsstellung der Parteien erklärt die Differenz in der Organisationsstruktur der grünen Kommunalsektionen zwischen den drei Ländern. Nach dem Parteiengesetz müssen die deutschen grünen Kommunalsektionen eine Mitgliederversammlung und einen Vorstand haben. Dies erklärt, warum alle deutschen grünen Kreisverbände eine Mitgliederversammlung und fast alle Kreisverbände einen Vorstand haben. Im Gegensatz zu den deutschen grünen Kommunalsektionen haben nur 26,7% der österreichischen grünen Kommunalsektionen einen Parteivorstand und 60% eine Mitgliederversammlung. Die Ursache liegt darin, daß in Österreich keine gesetzliche Regelung für die Organisation der Parteien existiert. Wenn man die österreichischen grünen Kommunalsektionen mit ostdeutschen grünen Kommunalsektionen vergleicht, ist es noch deutlicher. Die österreichischen und ostdeutschen grünen Kommunalsektionen sind sehr klein. 93,2% der österreichischen Kommunalsektionen und 86,3% der ostdeutschen Kreisverbände haben weniger als 50

Mitglieder. Aber alle ostdeutschen grünen Kreisverbände haben eine Mitgliederversammlung und 96,2% haben einen Parteivorstand. Das deutsche Parteiengesetz erklärt diesen Unterschied.

Da es in der Schweiz kein besonderes Recht für die Parteien gibt, sind sie nach dem schweizerischen Zivilgesetzbuch in Vereinsform organisiert. Das schweizerische Zivilgesetzbuch regelt die Gründung und die Organisation der Vereine. Nach dem Schweizerischen Zivilgesetzbuch ist die Versammlung der Mitglieder das oberste Organ des Vereins (Art. 64 Abs. 1 ZGB). Der Vorstand hat das Recht und die Pflicht, nach den Befugnissen, die die Statuten ihm einräumen, die Angelegenheiten des Vereins zu besorgen und den Verein zu vertreten (Art. 69 ZGB). Diese Regelung erklärt, warum 85% der schweizerischen grünen Kommunal-sektionen eine Mitgliederversammlung und 77,5% von ihnen einen Vorstand haben.

6.1.3.2 Wirkung der staatlichen Parteienfinanzierung auf die Finanzierung der grünen Kommunal-sektionen

1955 war Deutschland der erste europäische Staat, der ein System der direkten staatlichen Parteienfinanzierung einführte. In Österreich wurde die staatliche Parteienfinanzierung 1975 eingeführt (Drysch 1998: 96). Mit Ausnahme vergleichsweise geringer Fraktionszuschüsse bekommen die Parteien in der Schweiz kein Geld vom Staat (Neidhart 1988: 182). Die Finanzierung der Grünen Parteien und ihrer Kommunal-sektionen wird sicherlich von der unterschiedlichen staatlichen Parteifinanzierung innerhalb der drei Länder beeinflusst.

In Österreich begann die Finanzierung politischer Parteien durch den Staat Anfang der 60er Jahre und wurde seither zu einem umfassenden System ausgebaut (Müller 1997: 221). Bis 1995 enthält die staatliche Parteienfinanzierung schon viele Bestandteile. Für Parlamentsklubs gibt es acht verschiedene staatliche Zuwendungen. Für Politische Akademien (Bildungsinstitute der Parteien) gibt es zwei Sorten der Förderung. Zur Parteienorganisation kann jede mit mindestens fünf Abgeordneten im Nationalrat vertretene Partei drei Mio. Schilling erhalten. In Nationalratswahljahren haben alle jene Parteien Anspruch auf Zuwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, die mehr als ein Prozent der Stimmen erhalten. Außerdem erhält in Nationalratswahljahren jede nach der Wahl im Parlament vertretene Partei eine Wahlwerbungsunterstützung (Müller 1997: 222). Die Parteien in Österreich werden nicht nur auf der Bundesebene vom Staat unterstützt. Auch auf der Landesebene werden sie auf vielfache Weise vom Staat subventioniert. (Drysch 1998: 106). Der Schwerpunkt der staatlichen Parteienförderung in Österreich liegt auf Länderebene. Allein die Zuwendungen, die die Parteien in Niederöster-

reich und in Wien erhalten, sind wesentlich höher als die Zahlungen, die auf der Bundesebene nach dem Parteiengesetz bis 1992 an die Parteien gewährt worden sind (Drysch 1998: 117).

Die Einführung der staatlichen Parteienfinanzierung in Deutschland erfolgte, im Gegensatz zu Österreich, wo zunächst die Bundesländer die Vorreiterrolle spielte, auf der Bundesebene. Die Bundesländer zogen aber schnell nach und koppelten ihre staatliche Parteienfinanzierung weitgehend an die des Bundes (Drysch 1998: 122). Nach der von 1966 bis 1992 geltenden Verfassungsinterpretation durften die deutschen Parteien öffentliche Mittel nur für Wahlkämpfe verwenden. Das Verfassungsgerichtsurteil vom 9. April 1992 hat den Weg für eine zukunftsorientierte Mischfinanzierung der Parteitätigkeit aus privaten und aus öffentlichen Mitteln freigemacht. Die Parteiengesetznovelle vom 8. Januar 1994 setzt dieses Urteil um (Naßmacher 1997: 169). Das jährliche Finanzvolumen der deutschen Parteien lag im Durchschnitt der Jahre 1991-1994, einschließlich des "Superwahljahres" 1994, bei etwa 750 Mio. DM (Naßmacher 1997: 158).

In der Schweiz gibt es keine staatliche Parteienfinanzierung auf Bundesebene. Die Lage der staatlichen Parteienfinanzierung auf der Kantonsebene ist mit der auf der Bundesebene vergleichbar. So wurden die Kantone lediglich vom Bund verpflichtet, die Kosten für die Herstellung und für den Versand von Wahlzetteln bei den Nationalratswahlen zu übernehmen. Eine Ausnahme von den restriktiven Regelungen gestatten nur die Kantone Genf und Freiburg (Drysch 1998: 121). Diese Kantone liegen in der welschen Schweiz und sind vor der Forschung nicht betroffen.

Die von Thomas Drysch erhobenen Daten zeigen, daß die staatlichen Leistungen an die Parteien, bezogen auf die Wahlberechtigten, in Österreich, nicht nur die in der Schweiz, sondern auch die in Deutschland erheblich übertreffen. Insgesamt kann man feststellen, daß Österreich relativ gesehen "mehr" an staatlicher Parteienfinanzierung gewährt als Deutschland (Drysch 1998: 231-232).

Die unterschiedliche staatliche Parteienfinanzierung der drei Länder erklärt, warum die österreichischen grünen Kommunalsektionen mehr Einnahmen aus Subventionen des Landesverbandes bekommen hatten. Hingegen wurde den schweizerischen grünen Kommunalsektionen sehr viel weniger Geld von den Kantonsparteien gewährt. Die Subventionen der Landesverbände spiegeln sicherlich die staatliche Zuwendungen an die Landesverbände. Wenn die Landesverbände mehr öffentliche Mittel bekommen, subventionieren sie natürlich die Untergliederungen mit mehr Geld. Wie in Kap. 4.2.3 beschrieben, bekommen die schweizerischen grünen Kommunalsektionen durchschnittlich nur etwa 2 Prozent der Einnahmen aus Subventionen der Kantonsparteien. Im Gegensatz zur den schweizerischen Kommunalsektionen

werden die Mittel der österreichischen grünen Kommunalsektionen durchschnittlich zu 28,38% aus Subventionen des Landesverbandes aufgebracht. Außerdem bekommen die österreichischen grünen Kommunalsektionen durchschnittlich 20,49% der Einnahmen aus der Parteienförderung der Gemeinde, der Parteienfinanzierung der Stadt, der Sitzungsgeldern von Gemeindevertretungen und Fraktionsgeld. Die West- und ostdeutschen grünen Kommunalsektionen haben je 13% und 15,6% ihrer Einnahmen aus Subventionen der Landesverbände.

6.1.3.3 Rolle der Grünen Parteien im Parteiensystem

Wie in Kap. 4.5 dargelegt, arbeiten die grünen Kommunalsektionen in Österreich weniger mit anderen Parteien oder Gruppen zusammen als in den anderen Ländern. In den wenigen österreichischen grünen Kommunalsektionen haben die meisten bei allen Beteiligungsformen mehr mit der ÖVP zusammengearbeitet als mit der SPÖ. Die meisten west-, ostdeutschen und schweizerischen grünen Kommunalsektionen haben mehr mit sozialdemokratischen oder linken Parteien zusammengearbeitet. Die enge Beziehung zwischen den Grünen und der SPD kann man von der ideologischen Orientierung her verstehen, weil die ideologischen Positionen der grünen Parteien auf Bundesebene in den drei Ländern ähnlich sind. Die Wählerschaft oder Anhänger der grünen Parteien in den drei Ländern sind meisten als "links" oder "Mitte-links" selbst definiert (Pelinka 1997a, Schattauer & Schandl 1996: 468-470, Jagodzinski & Kühnel 1997: 224, Finger & Sciarini 1991: 108-109, Müller-Rommel & Poguntke 1992: 355, Raschke 1993: 49). Die kleinen Unterschiede zwischen den grünen Kommunalsektionen in Österreich und denen der anderen Länder reflektieren möglicherweise die Rolle der grünen Parteien im Parteiensystem des jeweiligen Landes.

Die Parteiensysteme auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene der drei Länder ist sehr unterschiedlich. Das Parteiensystem in der Schweiz ist besonders fragmentiert. Auf Bundesebene repräsentieren die schweizerischen Parteien alle ideologischen Spektren (Kerr 1987: 114). Bei den Nationalratswahlen 1991 und 1995 traten je 18 und 15 Parteien in der Nationalrat ein. Die Regierungsparteien sind FdP, CVP, SPS und SVP. Die Summe ihres Stimmenanteils bei den Nationalratswahlen 1995 war 73,7% (Linder 1997: 464). Bei der Zusammensetzung der Regierung und ziemlich stabiles Wahlergebnisse können die kleinen Parteien nur eine geringe Rolle in dem Politikprozeß auf Bundesebene spielen. Sie haben auch nur eine geringe Chance durch die Wahlen zur einer Regierungsbeteiligung zu kommen (Church 1995: 155). Bei den Nationalratswahlen 1995 verbanden die GPS, die in 16 Kantonen antraten, ihre Listen ohne Ausnahme mit der SPS (Schweizerische Politik 1996: 362).

Die Anzahl der Parteien auf kantonaler Ebene ist ähnlich hoch wie auf Bundesebene. Tabelle 6.3 zeigt die Anzahl der Parteien, die zwischen 1993 und 1996 in kantonale Parlamente eingetreten sind. In den meisten deutschsprachigen Kantonen traten mehr als sechs Parteien in das kantonale Parlament ein. In einigen Kantonen konnte sich die GPS sogar an der Regierung beteiligen. Die GPS hat in Zürich (seit 1995), Waadt (seit 1994) und hatte in Bern (1986-1990) je ein Sitz im Regierungsrat besetzt. In den meisten Kantonen ist die GPS in der Opposition.

Auf Kommunalebene ist dies der Gemeindegröße entsprechend sehr unterschiedlich. Die von Hans Geser erhobenen Daten zeigen, daß in den meisten Gemeinden mit über 5000 Einwohnern mehr als fünf Parteien bestehen. Dagegen besteht in den meisten kleinen Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern überhaupt keine Lokalpartei (Geser 1994: 13). In allen Gemeinden dominieren die drei bürgerlichen Bundesratsparteien (FDP,CVP und SVP), welche zusammen rund 70% der Präsidien, 60% der Exekutivsitze und 45% der Legislativsitze halten. Die GPS hat nur 0,2% der Exekutivsitze (Ladner 1994: 255). Die meisten Kommunalsektionen der GPS sind auf kommunaler Ebene in der Opposition. Sie arbeiten meisten mit der SP im Gemeindeparlament zusammen. Von 39 befragten Kommunalsektionen der GPS arbeiten 15 Fraktionen mit der SP, 2 mit der SP und der LdU, 3 mit der SP und anderen Parteien, 5 mit alternativen Gruppen und 14 mit überhaupt keinen Parteien zusammen.

Tab: 6.3 Die Anzahl der Parteien in kantonalen Parlamenten der Schweiz

Kanton	1993-6
Aargau	11
Baselland	7
Baselstadt	18
Bern	13
Glarus	6
Graubünden	6
Luzern	6
Schaffhausen	9
Schwyz	6
Solothurn	5
St. Gallen	8
Thurgau	7
Uri	3
Zug	7
Zürich	10

Das österreichische Parteiensystem war bis in die 80er Jahre das Muster eines Zweieinhalb-Parteiensystems. Die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP und eine relativ kleine, dritte Partei - die FPÖ - waren faktisch ohne Konkurrenz vierter oder fünfter Parteien. Ende der 80er Jahre

veränderte jedoch eine neue politische Beweglichkeit das Parteiensystem in signifikanter Weise.

- Das Aufkommen der Grünen als vierte Partei: Die Nationalratswahl 1986 brachte die Grünen ins Parlament, und deren Position hat sich seither stabilisiert.
- Die teilweise Neupositionierung der FPÖ seit 1986 als "rechtspopulistische" Partei führte zu einem Aufschwung der Freiheitlichen auf Kosten beider Großparteien.
- Die Abspaltung des Liberalen Forums von der FPÖ, als Protest gegen diese Tendenz der Freiheitlichen, führte zur Etablierung der Liberalen als fünfte Partei im Nationalrat (Pelinka 1997: 493).

Seit Entstehung der Grünen ist die SPÖ immer auch Regierungspartei. Von 1983 bis 1987 arbeiteten SPÖ und FPÖ zusammen. Seit 1987 besteht eine große Koalition (SPÖ und ÖVP). Bei den Nationalratswahl 1995 erhielt die FPÖ 21,9% der Stimmen, etwa weniger als die ÖVP (28,3%). Die SPÖ blieb noch stärkste Partei (38,1%). In dieser Parteienlandschaft haben die Grünen relativ geringe Chancen, potentieller Koalitionspartner zu werden. Sie sind als Kleinpartei einzustufen. Verhältnismäßig gewichtiger hingegen, weil massenmedial verstärkt, war ihre bisherige Rolle als Kontrolleure, als Anreger von öffentlich zu diskutierenden Themen, als "Problemformulierer und -entdecker" (Dachs 1997: 313).

Auf Landesebene ist die Entwicklung des Parteiensystems ähnlich wie auf Bundesebene. Die Anzahl der Parteien in jedem Landtag schwankte zwischen 1993 und 1996 zwischen 3 bis 5 (vgl. Tabelle 6.4). Die Summe der Stimmenanteile der zwei großen Parteien (SPÖ und ÖVP) ist bei Landtagswahlen in jedem Bundesland seit den 80er Jahren immer geringer geworden (Dachs 1997b: 884-886). Wegen des Prinzips der "Proporzregierung"⁷⁶ haben die Grünen ein Sitz in der Tiroler Landesregierung (1994-1999). Außer in Tirol blieben die Grünen eine Oppositionspartei. Die Regierungsparteien sind in den meisten Bundesländern ÖVP, SPÖ und FPÖ (Fallend 1997: 28).

In den Gemeinderäten Österreichs ist die Verteilung der Ratsmandate auf die Parteien/Listen wie folgt: ÖVP 48,08%, SPÖ 32,49%, FPÖ 9,94%, Grüne 0,35%, Heimat- und Namensliste 0,59%, KPÖ 0,06% und Sonstige 8,5%⁷⁷. Obwohl die Anzahl der Mandate der Grünen unter-

⁷⁶ In sieben von neuen Ländern (Ausnahmen: Wien und Vorarlberg) bestimmten die Landesverfassungen auch insofern die Zusammensetzung der Landesregierungen, als die verhältnismäßige Stärke der im Landtag vertretenen Parteien zu einer proportionalen Vertretung in der Landesregierung umgesetzt wird. Dies führt dazu, daß in vielen Bundesländern alle im Landtag vertretenen Parteien auch in der Regierung vertreten sind - es also keine parlamentarische Opposition gibt (Pelinka 1997b: 502-503).

⁷⁷ Die Daten sind nach der Berechnung von Hans Neuhofer (Neuhofer 1997: 873) zu kalkulieren. Diese Berechnung enthält keine Daten von Tirol und der Stadt Salzburg. Der Zeitraum ist zwischen 1991 und 1995.

schätzt wurde,⁷⁸ kann man doch feststellen, daß die österreichischen Grünen auf kommunaler Ebenen sehr schwach sind. Sie sind aber in den Städten relativ stark (vgl. Tab. 6.11). In fast allen Gemeinderäten der größeren Städte sind Grüne mit parlamentarischem Alltag konfrontiert (Pelinka 1997a). Fast die Hälfte der Fraktionen der Grünen arbeiten nicht mit anderen Parteien zusammen. Von 43 befragten Kommunalsektionen, arbeiten 5 ihre Fraktionen mit allen Parteien, 2 mit der SPÖ und der ÖVP, 2 mit allen drei traditionellen Parteien (SPÖ, ÖVP und FPÖ), 7 je nach Thema mit verschiedenen Parteien zusammen.

Tab: 6.4: Die Anzahl der Parteien in Landtagen Österreichs

Bundesland	Wahl	Anzahl der Parteien	Parteien
Burgenland	1996	3	SPÖ, ÖVP, FPÖ
Kärnten	1994	3	SPÖ, ÖVP, FPÖ
Niederösterreich	1993	4	SPÖ, ÖVP, FPÖ, LIF
Oberösterreich	1997	4	SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne
Salzburg	1994	4	SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne
Steiermark	1995	5	SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, LIF
Tirol	1994	4	SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne
Vorarlberg	1994	4	SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne
Wien	1996	5	SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, LIF

Quelle: 1991-1996 : Dachs 1997: 883, 1997: Homepage von Landesregierung Oberösterreich, "Wahlergebnisse Oberösterreich" <http://www.ooe.gv.at/wahl97>

Die Entwicklung des Parteiensystems im Westdeutschland bis zum Jahre 1990 läßt sich in drei Hauptphasen unterteilen: die Hegemonie der Union von 1949 bis 1969, die Hegemonie der SPD von 1969 bis 1982, die Hegemonie der Union von 1982 bis 1990 . Die FDP war in allen Phasen an der Regierung beteiligt, in der ersten allerdings mit Unterbrechungen (1956-1961 und 1966-1969) (Jesse 1997: 70). Zwischen 1961 und 1983 existierten nur drei Parteien in dem Bundestag, nämlich CDU/CSU, SPD und FDP. Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 hat sich das westdeutsche Parteiensystem hin zu einem Zwei-Parteiengruppensystem entwickelt, bei dem sich Unionsparteien und FDP einerseits sowie SPD und GRÜNE andererseits als alternative Regierungskoalitionen gegenüberstehen (Rudzio 1996: 141). Nach der Wiedervereinigung 1990 stieg die Anzahl der Parteien in Bundestag von 4 auf 5. Der Einzug der PDS in den Bundestag hat zudem auf der zentralstaatlichen Ebene die Folge, daß

⁷⁸ Vergleich man diese Daten mit den Zahlenangaben aus dem "Statistischen Jahrbuch österreichischer Städte", so sind die Anzahl der Mandate der Grünen in den Gemeinderäten bei der Berechnungen von Neuhofer vergleichsweise zu gering. z.B. gab es 1995 in Niederösterreich keine Mandate der Grünen in den Gemeinderäten bei Neuhofer's Berechnungen. Nach dem "Statistischen Jahrbuch österreichischer Städte 1996" erreichten die Grünen über 90 Mandate in den Gemeinderäten von 60 Städten und Gemeinden. Die Ursache ist, daß die Kommunalsektionen der Grünen und lokale grüne Gruppen bei den amtlichen Statistiken schwer zu unterscheiden sind.

dort auch wieder eine koalitionsuntaugliche Partei operiert (Rudzio 1996: 143). Nach der Bundestagswahl 1998 sind Bündnis 90/Die Grünen eine Regierungspartei geworden.

Auf westdeutscher Länderebene ist das Parteiensystem ähnlich wie auf Bundesebene. Die Anzahl der Parteien ist wie in Tab. 6.5 gezeigt. Außer in Schleswig-Holstein, Bremen und Baden-Württemberg⁷⁹ existieren nur CDU, SPD, CSU, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P in den Landtagen. In den 80er Jahren sind die Grünen in Hessen (1985-87) und Berlin (1989) mit der SPD Koalition eingegangen. In den 90er Jahren entstanden zahlreiche Koalitionen mit Grüner Beteiligung: in Bremen mit SPD und F.D.P (1991-1995), in Niedersachsen mit SPD (1990-1994), in Hessen mit SPD (1991-1999), in Schleswig-Holstein mit SPD (1996-), in Hamburg mit SPD (1997-) und in Nordrhein-Westfalen mit SPD (1995-).

Tab. 6.5: Die Anzahl der Parteien und Regierungskoalition in Landtagen von Westdeutschland

Bundesland	1994-7	Parteien	1997 Regierungskoalition
Baden-Württemberg	5	CDU, SPD, FDP, GRÜNE, Republikaner	CDU/FDP
Bayern	3	CSU, SPD, GRÜNE	CSU
Berlin	4	CDU, SPD, PDS, GRÜNE	CDU/SPD
Bremen	4	CDU, SPD, GRÜNE, AfB	SPD/CDU
Hamburg	3	CDU, SPD, GAL	SPD/GAL
Hessen	4	CDU, SPD, FDP, GRÜNE	SPD/GRÜNE
Niedersachsen	3	CDU, SPD, GRÜNE	SPD
Nordrhein-Westfalen	3	CDU, SPD, GRÜNE	SPD/GRÜNE
Rheinland-Pfalz	4	CDU, SPD, FDP, GRÜNE	SPD/FDP
Saarland	3	CDU, SPD, GRÜNE	SPD
Schleswig-Holstein	5	CDU, SPD, FDP, GRÜNE, SWW	SPD/GRÜNE

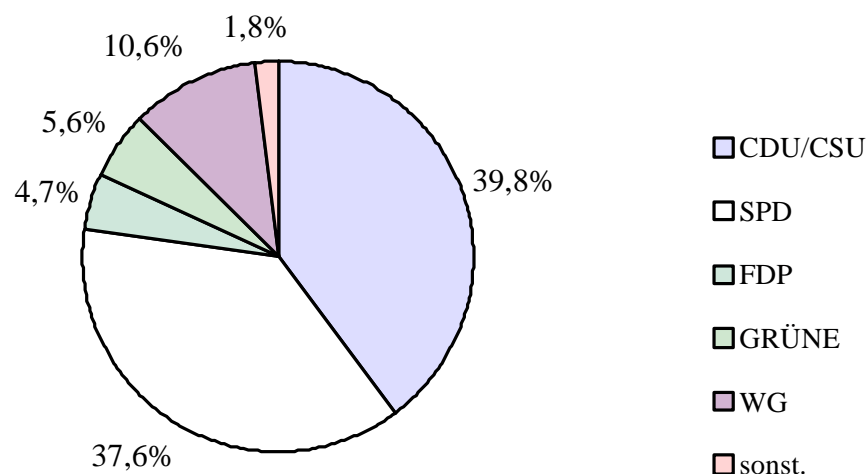
Auf kommunaler Ebenen betreten, außer den vier Bundesparteien, auch die Wählergruppen die politische Bühne. Die auf dem Städtetag 1993 ermittelten Mandatsverteilungen⁸⁰ zeigen, daß die Wählergruppen in den alten Bundesländern insgesamt 4641 Mandate in den Gemeinden hatten. Die CDU/CSU und die SPD blieben noch die stärksten Parteien. Die Grünen hatten 5,56% der Mandate in den Gemeinden. Die Grünen haben in den meisten Ge-

⁷⁹ Dies sind der Südschleswigsche Wählerverband (SWW) in Schleswig-Holstein, Arbeit für Bremen (AfB) in Bremen und die Republikaner in Baden-Württemberg.

⁸⁰ Die Daten wurden nur für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ermittelt.

meinderäten mit der SPD zusammengearbeitet.⁸¹ Im Gegensatz zu anderen kleinen Fraktionen in den kommunalen Räten, etwa der FDP und der Wählergemeinschaften, haben die Grünen nur sehr eingeschränkte Optionen für die Partnerwahl (Zeuner & Wischermann 1994: 55-58). Nur in den einigen Kommunen, meisten in Nordrhein-Westfalen, arbeiten die Grünen und mit der CDU zusammen (Hoffmann 1997: 29).

Schaubild 6.1: Mandatsverteilung in den Kommunen mit über 10 000 Ew.



Quelle: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 1993, S. 26-27

In Ostdeutschland ist die PDS die drittstärkste Partei nach CDU und SPD. Bei den Landtagswahlen 1994 konnten Bündnis 90/Die Grünen nur in den Landtag von Sachsen-Anhalt einziehen. Nach der Wahl bildete sich eine Minderheitsregierung aus SPD und Bündnis90/Die Grünen, die ihre parlamentarische Mehrheit auf Stimmen aus der PDS-Fraktion stützte. Dieses "Magdeburger Modell", eines mit Duldung der PDS regierenden rot-grünen Bündnisses, hat bundesweit Beachtung gefunden (Boll & Holtmann 1997: 516). Nach 1998 konnten Bündnis 90/Die Grünen in keinen Landtag der fünf neuen Bundesländer einziehen. Auf kommunaler Ebene sind sie immer schwächer geworden. Ihre Fraktionen arbeiten meistens mit der SPD

⁸¹ Von 165 befragten westdeutschen Kreisverbände der Grünen arbeiten über 40 Fraktionen mit SPD, über 20 mit SPD und anderen Parteien, 8 mit ÖDP, 3 mit FDP, 13 je nach Thema, 62 mit keinen Parteien, 4 mit anderen Parteien oder Gruppen zusammen.

und Gruppen der Bürgerbewegung zusammen. Einige Fraktion kooperieren auch mit der PDS.⁸²

Wie oben kurz dargestellt wurde, wird die Wahl der Koalitionspartner der Grünen auf Bundes- und Landesebene von dem Parteiensystem der jeweiligen Länder beeinflusst. In Westdeutschland haben die Grünen unter dem Zwei-Parteigruppensystem relativ konstituierliche Koalitionspartner, nämlich die SPD. Nach der Wiedervereinigung änderte die PDS an dieser Situation auch nicht viel. In der Schweiz hat die GPS innerhalb des fragmentierten Parteiensystems auf Bundesebene und kantonaler Ebene unter relativ vielen Parteien einen potentiellen Partner auszuwählen. In Österreich haben die Grünen eine vergleichsweise geringe Auswahl. Obwohl die Grünen und die SPÖ zum linken Lager gehören, arbeiten die Grünen wenig mit der SPÖ zusammen. Die Ursache liegt darin, daß die SPÖ seit langem die Regierungspartei ist. Die Ergebnisse der erhobenen Daten zeigen auch, daß das Verhältnis zwischen den Kreisverbänden der Grünen und anderen Parteien diese Tendenz bestätigen (vgl. 4.5.1).

6.1.4 Politische Partizipation

Wie in Kapitel 4 beschrieben, haben die grünen Kommunalsektionen in West- und Ostdeutschland öfter als in Österreich und der Schweiz Demonstrationen und Verkehrsblockaden initiiert. Die schweizerischen Kommunalsektionen haben vorwiegend Unterschriftensammlungen durchgeführt. Die westdeutschen Kreisverbände haben mehr Informationsveranstaltungen und Bürgerinitiativen unternommen. Diese unterschiedlichen Beteiligungsformen der Grünen in den drei Ländern werden von der politischen Partizipation und dem politischen Verhalten der Bürger in den drei Ländern bestimmt. Die unterschiedliche politische Partizipation der Bürger kann möglicherweise die Besonderheiten der Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern erklären.

Außer bei der Wahlbeteiligung besteht bei der Beteiligung an traditionellen Formen politischer Partizipation zwischen den drei Ländern keine große Differenz. Die von Plasser und Ulram vorgestellten, die politische Partizipation in den Jahren 1974 und 1989 in den drei

⁸² Von 50 befragten ostdeutschen Kreisverbänden der Grünen arbeiten 7 Fraktionen mit SPD, 4 mit SPD und PDS, 3 mit NF, 3 mit Bürgerbewegungen, 6 mit allen Parteien, 7 je nach Thema, 14 mit keinen und 6 mit anderen Parteien oder Gruppen zusammen.

Ländern vergleichenden Daten zeigen, daß bei den folgenden traditionellen politischen Partizipationsformen nur ein geringer Unterschied besteht. Diese Partizipationsformen sind:

- Eine politische Versammlung besuchen
- Mit anderen Bürgern zusammenarbeiten, um Probleme in der Gemeinde zu lösen
- Versuche, Freunde zu veranlassen, eine bestimmte Partei zu wählen
- Mit Politikern sprechen oder sonst mit ihnen Kontakt aufnehmen, um politische Dinge zu erörtern
- Zeit für den Wahlkampf einer Partei oder eines Kandidaten aufwenden (Plasser & Ulram 1991: 20-21).

Für die Jahre seit dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik Deutschland liegen kaum Daten vor. Im unmittelbaren Umfeld der Vereinigung scheinen die Ostdeutschen zumindest nicht weniger aktionsbereit oder aktiv gewesen zu sein als die Westdeutschen. Die KSPW-Studie "Politische Resonanz" (1995) zeigt, daß bei den wahl- und parteibezogenen Aktivitäten, wie Versammlung, Gemeindeaktivität, Politikerkontakt und Wahlkampf, 1995 keine nennenswerten und systematisch interpretierbaren Ost-West-Unterschiede festzustellen waren (Gabriel 1999: 456-7).

Im Gegensatz zu den obengenannten Partizipationsformen, ist die Beteiligung an unkonventionellen Partizipationsformen zwischen den drei Ländern sehr unterschiedlich. Tab. 6.6 zeigt, daß die Bereitschaft der Österreicher am geringsten ist, an unkonventionellen Partizipationen teilzunehmen. Die Bürger der BRD (Westdeutschland) zeigen bei allen unkonventionellen Partizipationen mehr Teilnahmebereitschaft als die Österreicher und die Schweizer. Dieser Unterschied entspricht den Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern. Nur bei den Unterschriftensammlungen stimmen die grünen Kommunalsektionen und alle Bürger in Westdeutschland mit der Schweiz nicht überein. Den Befragungsdaten zufolge haben die grünen Kommunalsektionen in der Schweiz mehr Unterschriftensammlungen organisiert als die in Westdeutschland (vgl. Schaubild 4.12). Diese Differenz ist möglicherweise nur vom Untersuchungszeitraum beeinflusst. Anhand der Daten von "European Values Survey 1989" haben 62% der Schweizer Bürger die Unterschriftensammlungen teilgenommen. Die gleichen Datenquellen von 1990 zeigen aber, daß nur 55% der Westdeutschen an Unterschriftensammlungen teilgenommen haben (Armingeon & Freitag 1997: 122-3).

Tab. 6.6: Beteiligung an informellen bzw. protestorientierten Aktivitäten im Vergleich (in %)

	Österreich 1989	Schweiz 1988	BRD 1989
Unterschriftensammlungen	36	42	48
In einer Bürgerinitiative mitarbeiten	31	38	41
Bestimmte Firmen oder Konsumartikel boykottieren	32	37	41
An einer Demonstration teilnehmen	18	21	32
Den Verkehr aufhalten	4	-	7
Besetzung	1	-	3

Quelle: Politischer Kulturvergleich 1989 zitiert nach: Plasser & Ulram 1991: 24

Die unkonventionelle Beteiligungsformen von Bürgern in West- und Ostdeutschland sind wie in Tab. 6.7 gezeigt. Die Bereitschaft zur Beteiligung an Demonstrationen ist in Ostdeutschland größer als in den alten Bundesländern. Etwas anders stellt sich die Sachlage bei der Beteiligung an Unterschriftensammlungen dar, die in Westdeutschland bereits 1991 und 1992 weiter verbreitet war als in Ostdeutschland. Außerdem war auch die Bereitschaft zur Beteiligung an Boykottaktionen in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland. Bei den Bürgerinitiativen und Besetzungen war die Differenz zwischen den Verhaltensdispositionen der West- und Ostdeutschen sehr gering.

Bei den Unterschriftensammlungen, Boykotten, Bürgerinitiativen und Besetzungen waren die Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen grünen Kreisverbänden ähnlich wie das oben erwähnte Ergebnis. Die Bereitschaft zu Demonstrationen war in den ostdeutschen Kreisverbänden der Grünen jedoch kleiner als in den westdeutschen Kreisverbänden (vgl. Schaubild 4.12). Diese Differenz reflektiert vermutlich die schwache Organisation der ostdeutschen Kreisverbände der Grünen.

Tab. 6.7: Unkonventionellen Partizipationsformen in West- und Ostdeutschland (in %)

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1991	1992	1995	1991	1992	1995
Unterschriftensammlungen	46	44	24	39	32	15
Genehmigte Demonstration	15	14	17	25	20	21
Boykotte	6	7		2	2	
Besetzung		1			1	
Bürgerinitiativen	17	16	11	16	15	13

Quellen: Gabriel 1999: 458-463, Tab.7,8,9

Obwohl die Grünen Parteien mehr unkonventionelle Beteiligungsformen als andere traditionelle Parteien im eigenen Land organisiert haben, sind ihre Beteiligungsformen mehr oder weniger von den Partizipationsformen der Bürger in jedem Land bestimmt. Die unkonventio-

nellen Partizipationen von Bürgern der drei Länder ist sehr unterschiedlich. Die Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen der drei Länder entsprechen meistens auch dieser Differenz (vgl. Kap. 4).

6.2 Sozialstruktur

Die westeuropäischen Grünen werden vor allem von der städtischen Bevölkerung, von jungen und hochgebildeten Bürgern, von der neuen Mittelschicht und von der postmaterialistischen Bevölkerung gewählt (Poguntke 1989: 187). Die sozioökonomischen Systeme wurden deshalb als ein wichtiger Faktor zur Erklärung der Wahlergebnisse der Grünen angesehen. Die Forschungsergebnisse von Müller-Rommel erklären nur in etwa den Einfluß des sozioökonomischen Systems auf die Wahlergebnisse der Grünen. Unter den Variablen (Städtische Bevölkerung, Bevölkerungsdichte, Erwerbsstrukturen, Inflationsrate, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum und Steueraufkommen) hat die Bevölkerungsdichte in den einzelnen westeuropäischen Ländern für die Wahlergebnisse der Grünen die stärksten Erklärungseffekte (Müller-Rommel 1993: 113-114). Die anderen Variablen haben dafür keine oder nur geringe Erklärungseffekte.⁸³ Hat sich die Bevölkerungsdichte in den einzelnen Gemeinden, Bezirken oder Kreisen auch auf die Beteiligungsformen und Eigenarten der Kommunalsektionen der Grünen in den drei Ländern ausgewirkt? Das soll im folgenden ermittelt werden.

6.2.1 Bevölkerungsdichte in den einzelnen Kommunen

Die Bevölkerungsdichte in Westdeutschland ist am höchsten (272 Einwohner pro qkm). Hingegen ist die Bevölkerungsdichte in Österreich am niedrigsten (96 Einwohner pro qkm). In der Schweiz und Ostdeutschland liegt sie dazwischen, je 172 und 131 Einwohner pro qkm. Dieser Unterschied ist jedoch für die Erklärung der Beteiligungsformen und der Besonderheiten der grünen Kommunalsektionen nicht nutzbar.

Die folgende Tabelle zeigt den Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsdichte in einzelnen Kommunen und den Beteiligungsformen sowie der Organisation der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern. In Österreich besteht kein Zusammenhang. In der Schweiz korreliert die Bevölkerungsdichte sehr hoch mit den Mitgliederzahlen der grünen Kommunalsektionen. Ferner ist ein Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsdichte und dem Vorhandensein von Vorstandssitzungen der grünen Kommunalsektionen erkennbar. In Westdeutsch-

⁸³ Die anderen Variablen haben in den Kommunen nur geringe Bedeutung.

land bestehen auch solche Zusammenhänge. Diese Ergebnisse weisen nur darauf hin, daß die Organisation der grünen Kommunalsektionen in Städten größer oder stärker ist als in Landkreisen und Gemeinden. Dies wird im folgenden Abschnitt weiter analysiert.

In Ostdeutschland besteht ein bemerkenswerter Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsdichte und den Unterschriftensammlungen. Die Kreisverbände der Grünen in ostdeutschen Kreisen mit hoher Bevölkerungsdichte haben selten Unterschriftensammlungen zwischen 1994 und 1996 organisiert. Diese negative Korrelation ist aber nur von Bezirksgruppen der Grünen in Ostberlin beeinflusst. Von den acht befragten Bezirksgruppen der Grünen in Ostberlin hat nur eine Bezirksgruppe Unterschriftensammlungen zwischen 1994 und 1996 organisiert. Außerdem ist die Bevölkerungsdichte in diesen Bezirken besonders hoch. Wenn man die grünen Bezirksgruppen Ostberlin von den ostdeutschen Kreisverbänden der Grünen ausschließt, besteht dieser Zusammenhang nicht mehr.

Tab. 6.8: Die Korrelation zwischen der Bevölkerungsdichte in einzelnen Kommunen und den Beteiligungsformen sowie der Organisation der grünen Kommunalsektionen

	Schweiz	Ostdeutschland	Westdeutschland
Mitgliederzahlen	+.61 *** (N=28)		.38 *** (N=156)
Vorhandensein von Vorstandssitzungen	+.66 ** (N=18)		.51 *** (N=150)
Unterschriften-sammlungen		-.42 ** (49)	

6.2.2 Gemeindegröße und Gemeindetyp

Wie bereits erwähnt, werden die grünen Parteien vor allem von der städtischen Bevölkerung gewählt. Die Tabellen 6.9 bis 6.12 weisen darauf hin, daß die grünen Parteien in großen Städten oder Gemeinden mehrere Ratsmitglieder haben. In Westdeutschland stellen die Grünen in den Gemeinden mit Einwohnerzahlen zwischen 10 000 und 20 000 nicht mehr als 5% der Ratsmitglieder. Hingegen stellen die Grünen über 7% der Ratsmitglieder in den großen Gemeinden mit mehr als 200 000 Einwohnern. In Ostdeutschland ist dieser Unterschied noch größer. Die Grünen haben nur 2,72% der Ratsmitglieder in den Gemeinden mit Einwohnerzahlen zwischen 10 000 und 20 000. In den großen Städten mit über 200 000 Einwohnern stellen die Grünen über 7% der Ratsmitglieder (vgl. Tab. 6.10).

Tab. 6.9: Die Sitze der Grünen in Gemeinderäten in Westdeutschland (einschl. Berlin)
nach Gemeindegröße

Gemeindegröße	Ratsmitglieder Insgesamt	Die Sitze von Bündnis 90/Die Grünen	
		N	in %
1 000 000 und mehr	442	39	8,82%
500 000-1 000 000	720	62	8,61%
200 000- 500 000	1193	88	7,38%
100 000- 200 000	2170	190	8,76%
50 000- 100 000	4289	289	6,74%
20 000- 50 000	14219	825	5,80%
10 000- 20 000	20787	944	4,54%

Quelle: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 80. Jahrgang 1993, S. 26-27

Tab. 6.10: Die Sitze der Grünen in Gemeinderat in Ostdeutschland nach Gemeindegröße

Gemeindegröße	Ratsmitglieder Insgesamt	Die Sitze von Bündnis 90/Die Grünen	
		N	in %
500 000 und mehr	128	16	12,50%
200 000- 500 000	794	58	7,30%
100 000- 200 000	613	25	4,08%
50 000- 100 000	901	51	5,66%
20 000- 50 000	3547	142	4,00%
10 000- 20 000	3122	85	2,72%

Quelle: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 80. Jahrgang 1993, S. 26-27

In Österreich existieren viele Bürgerlisten oder grüne Listen auf kommunaler Ebene. Diese sind keine Kommunalsektionen der Grünen. Den Daten aus dem "Statistischen Jahrbuch österreichischer Städte" zufolge wurden alle diese Bürgerlisten nicht als grüne Gruppen gezählt. Im Gegenteil haben sie die grünen Listen als grünen Gruppen berechnet. Diese grünen Listen sind aber nur sehr wenige. In der Tabelle 6.11 wurde die Bürgerliste, die sicher als Kommunalsektion der Grünen feststeht, als grüne Gruppe berechnet. Es gibt noch einige Bürgerlisten, bei denen man nicht feststellen kann, ob sie Kommunalsektionen der Grünen sind. Dies hat nur eine geringere Wirkung auf die Berechnung. Diese Daten können allerdings als eine deutliche Tendenz gesehen werden. In Österreich haben die Grünen Gruppen in den großen Städten relativ mehr Mandate in den Gemeinderäten. In kleinen Städten oder Gemeinden mit Einwohnerzahlen zwischen 5000 und 10000 stellen die Grünen Gruppen nur 3,08% der Ratsmitglieder (siehe Tab. 6.11). Der Prozentsatz ist sicherlich höher als bei den grünen Gruppen in allen Gemeinderäten Österreichs. Nach der Berechnung von Hans Neuhofer hatten die Grünen nur 0,35% der Ratsmitglieder in allen Gemeinden Österreichs⁸⁴ (Neuhofer

⁸⁴ In dem Zeitraum von 1991 bis 1995 hatten Grüne Wahlparteien insgesamt 129 Ratsmitglieder bei 37168 Ratsmitgliedern in allen Gemeinden von acht Bundesländern (ohne Tirol und Stadt Salzburg) (Neuhofer 1997: 873).

1997: 873). Obwohl die Zahl einige Kommunalsektionen der Grünen nicht einschließt, kann man eine Tendenz erkennen.

Tab. 6.11: Die Sitze der Grünen Gruppen in Gemeinderat in Österreich nach Gemeindegröße

Gemeindegröße (nur Städte und Marktgemeinde)	Ratsmitglieder Insgesamt	Die Sitze der Grüne Gruppen*	
		N	in %
50 000 und mehr	465	34	7,31%
10 000 - 50 000	2000	104	5,20%
5 000 - 10 000	3575	110	3,08%

* Die Bürgerliste, die eine Untergliederung der Grünen ist, wurde hier als grüne Gruppe kalkuliert. Bei einigen Bürgerlisten kann nicht festgestellt werden, ob sie grünen Kommunalsektionen sind oder nicht.

Quelle: Eigene Berechnung nach Daten aus dem "Statistischen Jahrbuch österreichischer Städte 1996", Hrsg. vom Österr. Städtebund, Wien, 1997, S. 40-1, 92-95"

In der Schweiz haben die Kommunalsektionen der GPS in den meisten großen Städten mehrere Mandate im Stadtparlament. In den kleinen Städten, mit unter 10000 Einwohnern, haben die Kommunalsektionen der GPS nur 0.9% der Mandate im Stadtparlament (siehe Tab. 6.12). Die lokalen grünen Gruppen wurden in den Daten der "Statistik der Schweizer Städte" nicht eingeschlossen.

Tab. 6.12: Die Sitze der GPS in Schweizer städtischen Volksvertretungen nach Gemeindegröße

Gemeindegröße in Einwohner (nur Städte)	Ratsmitglieder insgesamt	Die Sitze der GPS	
		N	in %
100 000 und mehr	515	35	6,80
50 000 - 100 000	223	15	6,73
20 000 - 50 000	953	67	7,03
15 000 - 20 000	1151	52	4,52
10 000 - 15 000	1243	38	3,06
Unter 10 000	557	7	1,26

Quelle: Eigene Berechnung nach Daten aus "Statistik der Schweizer Städte : statistisches Jahrbuch des Schweiz", Hrsg.: Schweizerischer Städteverband, Bern, 1995, S. 76-79

Die oben gezeigten Daten weisen darauf hin, daß sich die grünen Parteien in großen und mittleren Städten besser entwickelt haben. Die befragten Kreisverbände der Grünen in BRD bestätigten auch diese Tendenz. Tabelle 6.13 zeigt die durchschnittlichen Mitgliederzahlen der Grünen pro tausend Einwohner in Stadt- und Landkreisen. In Westdeutschland ist der Unterschied der durchschnittlichen Mitgliederzahlen pro tausend Einwohner zwischen Stadtkreisen und Landkreisen sehr groß. Hingegen gibt es in Ostdeutschland nur geringe Unterschiede zwischen Stadt- und Landkreisen. Allerdings kann man feststellen, daß die Grünen in den Stadtkreisen eine stärkere Organisation als in den Landkreisen besitzen. In der Schweiz und Österreich existiert keine solche Tendenz, weil die untersuchten grünen Kommunalsek-

tionen in beiden Ländern nicht nur Bezirksverbände, die den Kreisverbänden in der BRD entsprechen, sondern auch Ortsgruppen enthalten.

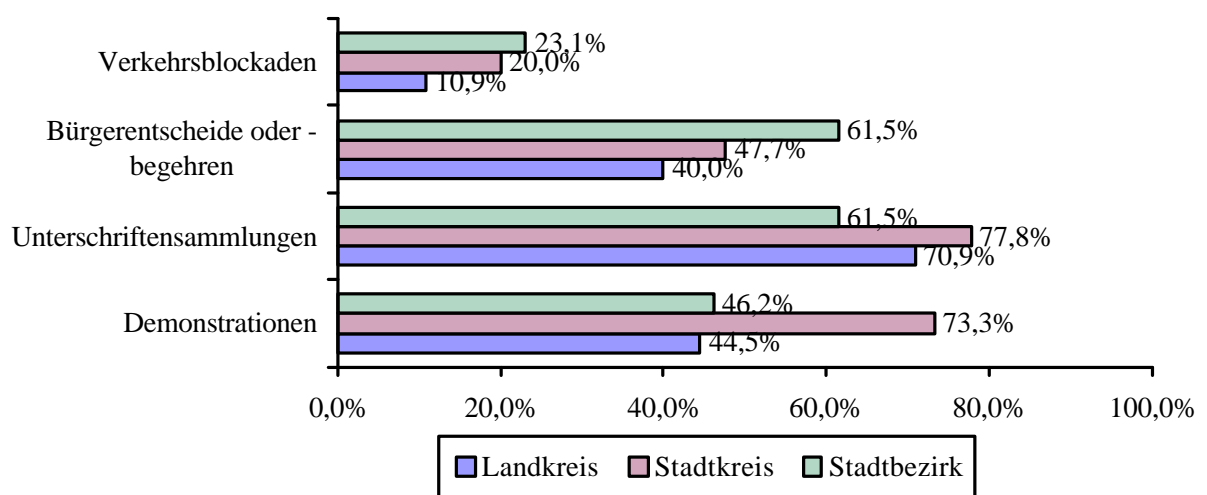
Tab. 6.13: Die durchschnittlichen Mitgliederzahlen der Grünen pro tausend Einwohner nach Stadt- und Landkreis

	Westdeutschland	Ostdeutschland
Stadtkreise	0,88	0,36
Landkreise	0,62	0,31

Quelle: Eigene Berechnung nach Daten aus dem Statistischen Jahrbuch der BRD 1997 und der Befragung.

Bei den Beteiligungsformen der grünen Kommunalsektionen bestehen auch einige Unterschiede zwischen den Stadtkreisen und Landkreisen in Westdeutschland. Schaubild 6.2 zeigt diesen Unterschied. Über 70% der Kreisverbände der Grünen in den Stadtkreisen haben zwischen 1994 und 1996 Demonstrationen organisiert. Hingegen haben nur 44,5% der Kreisverbände der Grünen in den Landkreisen zwischen 1994 und 1996 Demonstrationen organisiert. Bei den Bürgerentscheiden, -begehren, Unterschriftensammlungen und Verkehrsblockaden ist der Unterschied zwischen den Kreisverbänden der Stadtkreise und der Landkreise nicht so groß. Bemerkenswert ist, daß nur 46,2% der Kreisverbände der Stadtbezirke⁸⁵ Demonstrationen organisiert haben. Dies ist weniger als bei den Kreisverbänden der Stadtkreise und fast gleich wie bei den Kreisverbänden der Landkreise.

Schaubild 6.2: Die Beteiligungsformen der grünen Kreisverbänden in Westdeutschland nach Stadtkreisen, -bezirken und Landkreisen



⁸⁵ Diese Kreisverbände entsprechen Kreisverbänden in Landkreis oder Stadtkreis. Ihr räumlicher Geltungsbereich ist aber sehr unterschiedlich. In Berlin und Hamburg entspricht ihr Geltungsbereich den Bezirken. In München und Bremen erstreckt sich ihr Geltungsbereich über einige Stadtteile.

Diese Unterschiede kann man auf die Organisationsstruktur der grünen Kommunalsektionen zurückführen. Wie in Kap. 5.4.4 analysiert, haben die Anzahl der Arbeitsgruppen einen Erklärungseffekt für die Durchführung der Demonstrationen und die Häufigkeit der Vorstandssitzungen einen Erklärungseffekt für die Anzahl der Demonstrationen. Diese beiden Variablen wurden von den Mitgliederzahlen stark beeinflusst (vgl. Schaubild 5.2). Diese Organisationsstrukturen sind bei Stadtkreisen und Landkreisen sehr unterschiedlich. Tabelle 6.14 zeigt, daß die durchschnittlichen Mitgliederzahlen, die Häufigkeit der Vorstandssitzungen und die Anzahl der Arbeitsgruppen der Kreisverbände in den Stadtkreisen höher ist als in den Landkreisen. Dies erklärt, warum viel mehr Kreisverbände in den Stadtkreisen Demonstrationen organisiert haben als in den Landkreisen und in den Stadtbezirken.

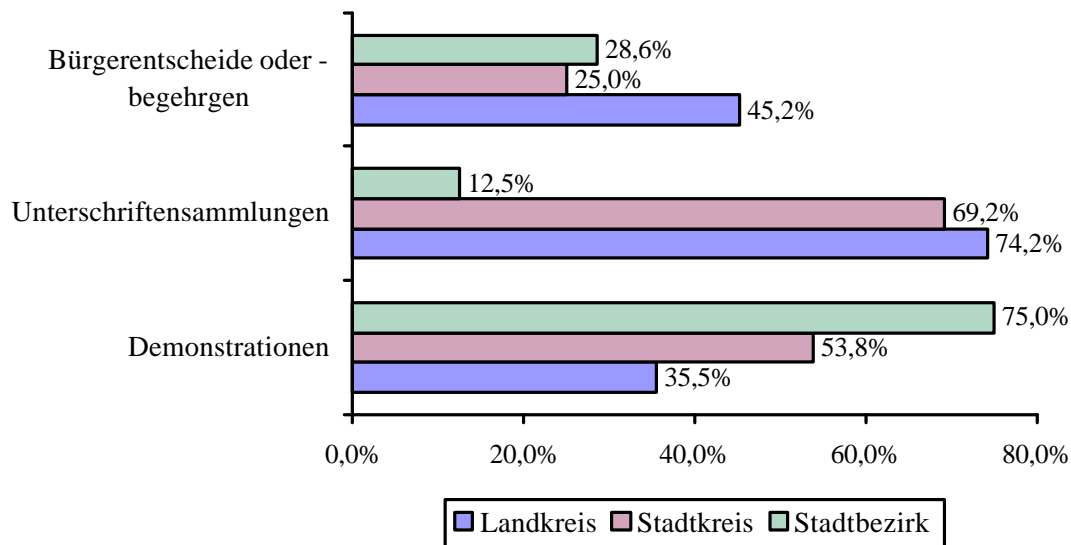
Tab. 6.14: Die durchschnittliche Anzahl der Vorstandssitzungen, Arbeitsgruppen und Mitglieder der grünen Kreisverbände in Westdeutschland nach Stadtkreisen, -bezirken und Landkreisen

Kreisverbände in	Durchschnittliche Anzahl der Vorstandssitzung pro Jahr	Durchschnittliche Anzahl der Arbeitsgruppen	Durchschnittliche Mitgliederzahlen
Landkreis	11,96	1,35	96,37
Stadtbezirke	19,67	1,86	106,86
Stadtkreis	25,58	3,59	146,71

In Ostdeutschland sind die Unterschiede der Beteiligungsformen zwischen den Kreisverbänden in Stadtkreisen und Landkreisen sehr groß. Schaubild 6.3 zeigt, daß 53,8% der Kreisverbände in Stadtkreisen in den Jahren 1994-6 Demonstrationen organisiert haben. Dagegen haben nur 35,5% der Kreisverbände in Landkreisen Demonstrationen in den Jahren 1994-6 organisiert. Bei den Bürgerentscheiden oder -begehren ist dies umgekehrt. Über 40% der Kreisverbände der Landkreise haben Bürgerentscheide oder -begehren organisiert. Hingegen haben nur 25% der Kreisverbände der Stadtkreise Bürgerentscheide oder -begehren organisiert. In Ostdeutschland wurden die Durchführung der Demonstrationen und Bürgerentscheide oder -begehren nicht von der Organisationsstruktur der Kreisverbände beeinflusst (vgl. Kap. 5.4.3).

Die Kreisverbände in Stadtbezirken haben wenig Unterschriftensammlungen und Bürgerentscheide oder -begehren organisiert. Dagegen haben über 70% der Kreisverbände der Stadtbezirken Demonstrationen organisiert. Alle ostdeutschen Kreisverbände der Stadtbezirke liegen in Ostberlin. Diese Besonderheiten der Beteiligungsformen bei den Kreisverbänden der Stadtbezirke reflektieren möglicherweise nur die besondere Situation in Ostberlin.

Schaubild 6.3: Die Beteiligungsformen der grünen Kreisverbänden in Ostdeutschland nach Stadtkreisen, -bezirken und Landkreisen

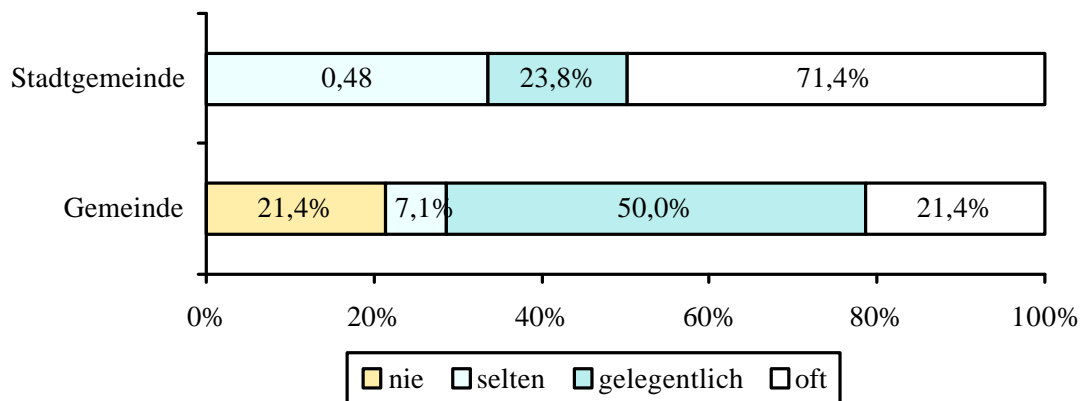


Wie in Kap. 3.2.2.2 bereits dargelegt, sind die Ortsgruppen die hauptsächliche Untergliederung der Landesorganisationen und relativ autonom. Von den befragten kommunalen Gruppen der Grünen gibt es nur fünf Bezirksgruppen, die den Kreisverbänden der BRD entsprechen. Deshalb werden hier nur die Ortsgruppen zwischen Stadtgemeinden⁸⁶ und Gemeinden verglichen. Die Analyse der Statistiken ergibt bei den Beteiligungsformen, die österreichische grüne Ortsgruppen zwischen 1994 und 1996 organisiert haben, keine beträchtlichen Unterschiede zwischen Stadtgemeinden und Gemeinden. Der einzige Unterschied zwischen Stadtgemeinden und Gemeinden liegt bei der Häufigkeit der öffentlichen Stellungnahmen in den Medien. Schaubild 6.4 zeigt, daß über 70% der Ortsgruppen in Stadtgemeinden oft öffentliche Stellungnahmen in den Medien abgegeben haben. Hingegen haben nur 21,4% der Ortsgruppen in den Gemeinden diese Beteiligungsformen praktiziert.

Von den in der Schweiz befragten grünen Kommalsektionen sind 21 Ortsgruppen und 19 Bezirksgruppen. Unter den 19 Bezirksgruppen liegen nur zwei in der Stadt und anderen in politischen Bezirken. Eine Unterscheidung zwischen beiden Arten der Bezirksgruppen ist nicht sinnvoll. Von den 21 Ortsgruppen liegen 8 in den Städten und 13 in Gemeinden. Zwischen Stadt und Gemeinde bestehen keine großen Unterschiede bezüglich der Beteiligungsformen.

⁸⁶ Stadtgemeinde enthält Stadtgemeinde und Marktgemeinde.

Schaubild 6.4: Die Häufigkeit der öffentlichen Stellungnahmen in den Medien von grünen Ortsgruppen in Österreich nach Gemeinden und Stadtgemeinden



6.3 Neue Soziale Bewegungen

Die Grünen Parteien in Westeuropa sind weitgehend aus dem Mobilisierungspotential der außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen entstanden. Initiatoren und Träger des grünen Protests waren in fast allen Ländern die verschiedenen neuen sozialen Bewegungen (Müller-Rommel 1993: 146). Die Grünen in Westdeutschland verstanden sich als Standbein der sozialen Bewegungen oder außerparlamentarischen Kräfte.⁸⁷ Die österreichischen Grünen verstehen sich als Sammlung und Einigung der Bewegungen für Demokratie und Umwelt in Österreich (Die Satzung der Grünen Österreich 1995). Die Grüne Partei der Schweiz ist eine Föderation von Gruppierungen, Bewegungen und politischen Parteien (Die Satzung der GPS 1995). Dieses Selbstverständnis reflektiert die wichtige Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen in der Gründungsphase der Grünen Parteien. Die Entfaltung und Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen in den drei Ländern waren teilweise ähnlich und teilweise sehr unterschiedlich. Ob sich diese Unterschiede auf die grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern ausgewirkt haben, soll in dem folgenden Abschnitt ermittelt werden.

Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahren begann der Aufschwung der neuen sozialen Bewegungen in Westdeutschland und der Schweiz. (Brand/Büscher/Rucht 1986: 85,

⁸⁷ Die Präambel des Bundesprogramm der Grünen lautet: "Wir sind die Alternative zu den herkömmlichen Parteien. ... Wir fühlen uns verbunden mit all denen, die in der neuen demokratischen Bewegung mitarbeiten: den Lebens-, Natur- und Umweltschutzverbänden, den Bürgerinitiativen, der Arbeiterbewegung, christlichen

Kriesi 1986: 339). Der Höhepunkt der neuen sozialen Bewegungen in Westdeutschland war zwischen 1980 und 1986. In der Schweiz liegt der Gipfel der Mobilisierung der neuen sozialen Bewegungen zwischen 1980 und 1981 (Kriesi 1992: 237-8). In Österreich hingegen traten neue soziale Bewegungen, verglichen mit der Situation in einer Reihe anderer westlicher Industriestaaten, relativ spät auf. Die Höhepunkte der neuen sozialen Bewegungen in Österreich waren die "Zwentendorf-Bewegung"(1976/77) und die "Hainburg-Bewegung"(1983/84) (Gottweis 1992: 322). In Ostdeutschland gab es keine vergleichbaren neuen sozialen Bewegungen. Die Anfänge der Bürgerbewegungen und der sich später ausdifferenzierenden themenorientierten Einzelbewegungen lagen in den 70er Jahren. Während und nach der "Wende" kam es zu einer sprunghaften Erweiterung der Zahl und Größe der Gruppen, die nun als Bewegungen anzusprechen sind. Als wichtigste kristallisierten sich heraus: Neues Forum, Initiative für Frieden und Menschenrechte, Grüne Partei und Grüne Liga, Demokratie Jetzt, Unabhängiger Frauenverband, Vereinigte Linke. Die Bürgergruppen hatten bis zur "Wende" im Herbst 1989 keine unmittelbaren Effekte auf einzelne Politikfelder oder gar die Gesamtstruktur des politisch-institutionellen Gefüges. Ihre eigentliche Bedeutung lag in ihrer bloßen Existenz und Beharrungskraft als sichtbares Zeichen des Widerstands gegen staatliche Bevormundung und Willkür (Rucht 1997: 381-382). Diese unterschiedlichen Entwicklungen der neuen sozialen Bewegungen haben sicherlich auf die Geschichte und die Organisationsstruktur der grünen Parteien gewirkt.

Die westdeutschen Grünen profitierten vor allem in den ersten Jahren nach ihrer Gründung von dem enormen Rückenwind verschiedener neuer sozialen Bewegungen und konnten dabei organisatorische Defizite durch Mobilisierungsleistungen dieser "befreundeten" Protestbewegungen ausgleichen. Vergleichbares gilt nicht für die Bündnisgrünen in den fünf neuen Ländern. Obgleich sie teilweise ihre Wurzeln in der Massenprotestbewegung der Wendezeit haben, konnte diese schon bei den kurz nach der Wende stattfindenden Volkskammerwahlen keine nennenswerte Mobilisierungsleistung für die verschiedenen zu den Wahlen angetretenen Gruppierungen der Bürgerbewegungen mehr erbringen (Poguntke 1996: 100). Dies erklärt die schwache Organisation der ostdeutschen Kommunalsektionen. Obwohl die meisten ostdeutschen grünen Kreisverbände die formelle Organisationsstruktur (Mitgliederversammlung, Vorstand und Satzung) haben, ist ihre Mitgliederdichte in Städten im Vergleich zu den grünen Kommunalsektionen in anderen Ländern am geringsten (vgl. Tab.4.3).

Initiativen, der Friedens- und Menschenrechts-, der Frauen- und 3.-Welt-Bewegung. Wir verstehen uns als Teil der grünen Bewegung in aller Welt."(Die Grünen 1980)

Im Vergleich zu den westdeutschen und schweizerischen grünen Parteien auf Landesebene (Kantonebene) sind die österreichischen grünen Partei auf Landesebene generell später entstanden (vgl. Kap. 3). Die verspätet auftretenden neuen sozialen Bewegungen ist eine wichtige Ursache. Die zwei Höhepunkte der neuen sozialen Bewegungen, die Zwentendorf- und die Hainburg-Bewegung, haben die Parteibildung der Grünen sehr stark beeinflusst. Nach der Zwentendorf-Bewegung entstanden die zwei eigenständigen bundesweit agierenden grünen Parteien, ALÖ und VGÖ. Das Auftreten der Hainburg-Bewegung hatte eine Konsolidierung der verschiedenen grünen Parteien zur Folge. Dieser Prozeß der Parteibildung und Konsolidierung der Grünen hat sich bestimmt auf die grünen Kommunalsektionen ausgewirkt. Dies soll im nächsten Abschnitt analysiert werden.

In der Schweiz war eine wichtige Wirkung der neuen sozialen Bewegungen nicht die Entstehung von einer oder zwei grünen Parteien, sondern die Verwandlung vieler bestehender Parteien in grüne oder alternative Parteien. Alte Trotzlisten und Mitglieder der früheren Revolutionären Marxistischen Liga (RML), die sich in der sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) zusammengefunden hatten, wechselten zum Teil nochmals den Namen, um in verschiedenen "Grünen Alternativen" aufzugehen. Die alten Leninisten der progressiven Organisationen (POCH) der Deutschschweiz begannen vorsichtig, von den traditionellen Hauptthemen wie Klassenkampf, Diktatur des Proletariats und historischem Materialismus abzurücken. Sie hatten sich in vielen Kantonen zu "Grünen Bündnissen" verwandelt und waren kaum mehr wieder zuerkennen (Rebeaud 1987: 21). Diese Entwicklung hat die Parteibildung der grünen Partei auf Bundesebene stark beeinflusst. Etwas über die Wirkung der neuen sozialen Bewegungen auf die lokalen grünen oder grünen Kommunalsektionen der GPS zu sagen ist wegen des Mangels an Daten sehr schwierig.

Die Politikbereiche der grünen Parteien wurden mehr oder weniger von den verschiedenen neuen sozialen Bewegungen beeinflusst. Die Ökologiebewegung, Antiatomkraftbewegung, Friedensbewegung, Frauenbewegung und Alternativbewegung zählen zu den wichtigsten der neuen sozialen Bewegungen. In den drei Ländern war die Stärke der einzelnen Bewegungen nicht gleich. Ob sich diese Differenzen auf die Politikbereiche der grünen Kommunalsektionen ausgewirkt hat, soll im folgenden ermittelt werden.

Die Untersuchung von Ruud Koopmans über die neuen sozialen Bewegungen der 80er Jahre in sechs westeuropäischen Ländern zeigten, daß Westdeutschland stärkere Friedensbewegun-

gen als die Schweiz hatte, sowohl nach der durchschnittlichen Teilnehmerzahl⁸⁸ als auch nach der Häufigkeit der Aktionen. Bei den Ökologiebewegungen bestanden keine großen Unterschiede zwischen Westdeutschland und der Schweiz (Koopmans 1996: 38-9). Die Friedensbewegung in der neutralen Schweiz hat nie die Stärke der Friedensbewegungen in den NATO-Ländern erreicht. Die Frauenbewegung ist gemessen an anderen europäischen Vorbildern noch unterentwickelt. Die Anti-AKW-Bewegung im besonderen und der Protest, der sich an Umweltfragen allgemein entzündet, ist in der Schweiz aber sehr stark. Das Umweltbewußtsein ist in diesem Land, in welchem die Bürger schon immer für ihre Reinlichkeit und Ordnung bekannt waren, sehr hoch entwickelt. Es gibt in der Schweiz auch ein starkes Engagement für die Dritte Welt. Hohe Wellen hat in der Schweiz schließlich die zweite Generation der neuen sozialen Bewegungen, der Jugendprotest zu Beginn der achtziger Jahre geschlagen. Zusammen mit Berlin und Amsterdam gehörte Zürich zu den Zentren dieses fundamentaloppositionellen Protestes (Kriesi 1986: 344).

Im Vergleich zu anderen EG-Ländern hatten die Ökologie- und Friedensbewegung in Westdeutschland zwischen 1982 und 1986 eine relativ starke Unterstützung. Die Unterstützung der Antiatomkraftbewegung in Westdeutschland war auch nicht schwach (Watts 1987: 51-4). Außerdem waren die Frauenbewegung und die Alternativbewegung in den 70er und 80er Jahren sehr stark. Die Themen der neuen sozialen Bewegungen und ihre politischen Aktionsformen haben sich einen festen Platz in der politischen Kultur der Bundesrepublik erobert (Roth 1994: 30). Eine nachhaltige Rolle für die Situation der neuen sozialen Bewegungen spielen der beispiellose Aufstieg und die Konsolidierung der Partei der GRÜNEN. Diese Partei trug dazu bei, Protestthemen in die Parlamente und die publizistische Öffentlichkeit zu tragen (Brand/Büsser/Rucht 1986: 245).

Ähnlich wie in den meisten westeuropäischen Ländern seit den 70er und 80er Jahren bildete sich in Österreich während dieser beiden Jahrzehnte eine breite und vielfältige Szene sozialer Bewegungen heraus, die im wesentlichen die Bürgerinitiative- und Ökologiebewegung, neue Frauenbewegung, Alternativbewegung, Jugendbewegung und neue Friedensbewegung umfaßte (Gottweis 1992: 309). In den 70er Jahren führte die Anti-AKW-Bewegung (Zwentendorf) die größten Protestaktionen durch. Sie umfaßte am Höhepunkt ihrer Aktivitäten Schätzungen zufolge rund 500000 Personen. Die Volksabstimmung wurde zu einem historischen Datum der österreichischen Anti-AKW-Bewegung: am 5. November 1978 stimmten 50,5%

⁸⁸ Von 1980 bis 1989 gab es 110000 Teilnehmer pro Million Einwohner in Westdeutschland und 24000 Teilnehmer pro Million Einwohner in der Schweiz. Zu dieser Zeit betrug der Anteil der Friedensbewegung an allen sozialen Bewegungen in Westdeutschland 22% und nur 7% in der Schweiz (Koopmans 1996: 338-9).

der Stimmberechtigten gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf. Nach Zwentendorf setzte der Zerfall der Bewegung ein. Viele der Aktivisten wandten sich neuen Themen in anderen Bewegungen oder aktueller erscheinenden ökologischen Problemen zu (Gottweis 1992: 314-320).

Obwohl es in Ostdeutschland in den 80er Jahren auch eine Umweltbewegung, eine Friedensbewegung und Frauenbewegung gab, waren ihre Aktionsformen und ihre Größe mit westeuropäischen Ländern nicht vergleichbar. Bemerkenswert war, daß die Anti-AKW-Bewegung in Ostdeutschland im Vergleich zu anderen Bewegungen überhaupt keine Rolle gespielt hat (Roth 1998: 20). Außerdem war die Frauenbewegung in Ostdeutschland auch schwächer als die Umweltbewegung oder die Friedensbewegung. Die wichtigste Gruppe der Frauenbewegung - der Unabhängige Frauenverband (UFV)- wurde am 17. Februar 1990 in Berlin von verschiedenen Frauengruppen gegründet (Hampele 1991: 232-238). Nach drei Jahren war ihre Mitgliederzahl von ca. 3000 auf 700 Verteileradressen reduziert. Sie hat nach ihrem Gründungsprogramm (Februar 1990) kein Programm mehr verabschiedet. 1994 zog keine dezidierte UFV-Kandidatin mehr in ein Landes- oder das Bundesparlament ein. Der UFV ist in vielerlei Hinsicht ein Überbleibsel der Chancenstruktur der "Wende" und zehrt von Ressourcen, die im Zuge der Einigungspolitik erreichbar waren (Hampel 1996: 167-169). Eine wichtige Ursache der Schwäche der Frauenbewegung in Ostdeutschland liegt darin, daß die Frauen in der Ostdeutschland mehr Gleichstellung hatte als in Westdeutschland.⁸⁹ Dies erklärt, warum die Frauenpolitik von ostdeutschen grünen Kreisverbänden sehr wenig thematisiert wurde (vgl. Kap.4.6). Ferner ist in der Beziehung zwischen Frauenbewegung und Grünen in Ostdeutschland ein wichtiger Grund zu sehen. Die UFV war nicht wie die Bürgerbewegungen "Neues Forum" (NF), "Demokratie Jetzt" (DJ) und "Initiative Frieden und Menschenrechte" (IFM) zu einer Partei "Bündnis 90" zusammengeschlossen. Sie hatte eigene Listen bei den verschiedenen Wahlen.

Im Vergleich zur ostdeutschen Frauenbewegung war die westdeutsche Frauenbewegung aber nicht als Wahlliste oder Partei organisiert. In Westdeutschland kamen Teile der autonom-feministischen Frauenbewegung 1979/80 über das "bunt-alternative" Spektrum großstädtischer Szenen zu den Grünen. Sie waren als eine wichtige Strömung innerhalb der Grünen (Raschke 1993: 79-87). Jedoch ist ihr Einfluß auf die Grünen nach 1987 immer schwächer geworden (Raschke 1993: 416-434).

⁸⁹ Die Untersuchungsergebnisse von Rainer Geißler zeigen, daß die Frauen in der DDR bezüglich Bildung, Arbeit, Politik und Familie weniger Ungleichheiten als in der Bundesrepublik ausgesetzt waren (Geißler 1996: 275-305).

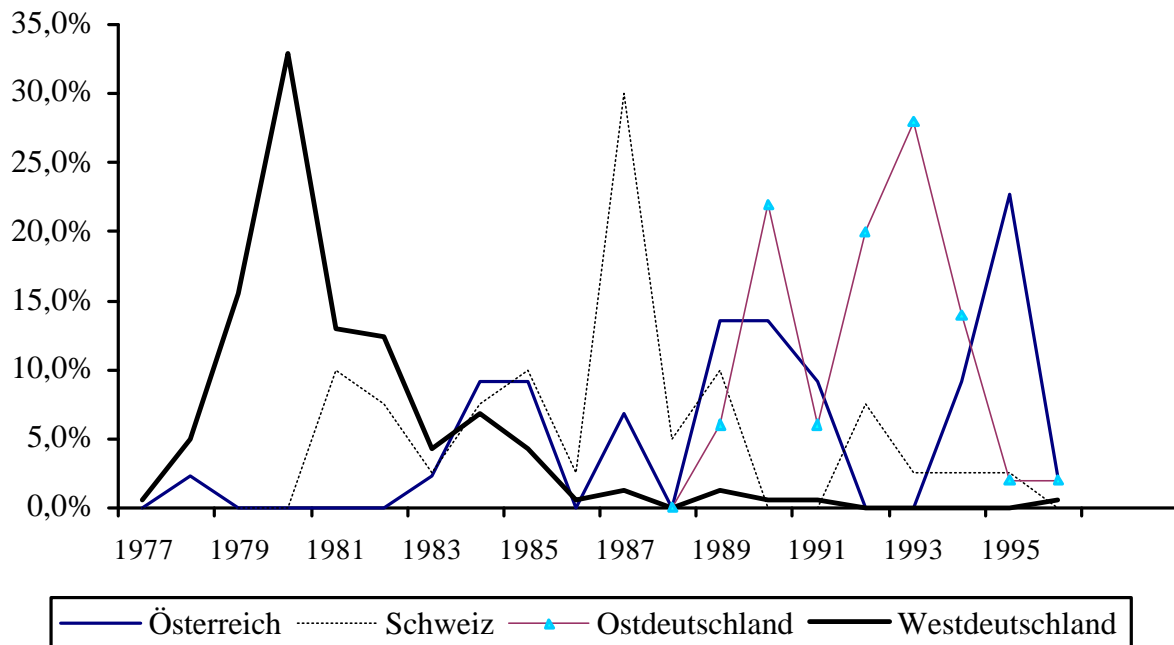
6.4 Parteibildung der Bundesgrünen

Wie in Kap. 3 beschrieben, war die westdeutsche Bundespartei der Grünen schon im Jahr 1980 gegründet worden. Die GPS wurde im Jahr 1983 gegründet und ist nur ein Dachverband der Kantonalparteien der Grünen. Bis Ende der 80er Jahren konnte die GPS noch nicht alle grünen oder alternativen Kantonalparteien vereinigen. In Österreich entstanden seit 1982 zwei Bundesparteien der Grünen. Bis 1987 hatte sich die Grüne Partei konsolidiert. Die ostdeutsche Grüne Partei ist im Mai 1989 gegründet worden. Das Bündnis 90 wurde am 6. Februar 1990 von den Bürgerbewegungen NF, DJ und IFM gegründet. 1993 schließen sich die westdeutschen Grünen und das Bündnis 90 zu einer neuen Partei "Bündnis 90/Die Grünen " zusammen. Hat sich die unterschiedliche Entwicklung der grünen Bundespartei in den drei Ländern auf ihre Kommunalsektionen ausgewirkt? Das soll im folgenden ermittelt werden.

Wie in Kap. 4.1 dargestellt, reflektierten die Gründungszeit der grünen Kommunalsektionen die Entwicklung der Bundesgrünen. 67,1% der westdeutschen Kreisverbände sind vor 1981 entstanden. In Österreich sind 77,2% der Kommunalsektionen nach 1987 gegründet worden und in der Schweiz sind 60,9% der Kommunalsektionen nach 1987 entstanden. Die ostdeutschen Kommunalsektionen wurden am spätesten gegründet. 60% der Kreisverbände in Ostdeutschland sind nach 1992 gegründet worden (siehe Schaubild 4.1). Diese Entwicklungstendenz der grünen Kommunalsektionen stimmten mit der Parteibildung und Konsolidierung der Bundesgrünen in den drei Ländern überein. Diese Zusammenhängen sollen nun detailliert analysiert und verglichen werden.

Schaubild 6.5 zeigt die Tendenz der Gründungszeit von grünen Kommunalsektionen zwischen in den drei Ländern. Die Blütezeit der Entstehung von grünen Kreisverbänden in Westdeutschland lag zwischen von 1979 und 1982. In dem Zeitraum entstanden 73,8% der Kreisverbände der Grünen in Westdeutschland. Die meisten (85%) schweizerischen grünen Kommunalsektionen wurden zwischen 1981 und 1989 gegründet. In Ostdeutschland entstanden 90% der Kreisverbände zwischen 1990 und 1994. Die österreichischen grünen Kommunalsektionen hatten drei Blütezeiten, nämlich 1983-1985, 1989-1991 und 1994-1995. Diese unterschiedliche Entfaltung des Aufbaus von grünen Kommunalsektionen reflektiert nicht nur die Gründungszeit der Bundesgrünen, sondern auch ihre Wachstum und ihre Konsolidierung.

Schaubild 6.5 : Gründungsjahr der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern



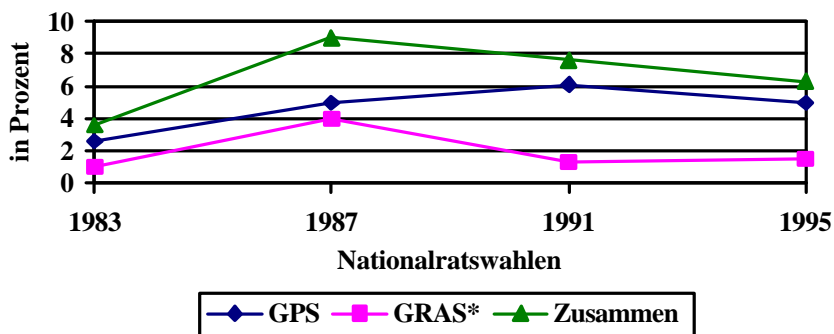
In Westdeutschland ist die Tendenz sehr deutlich. Kurz vor und nach der Gründung der Bundespartei (1980) entstanden fast alle Kommunalsektionen. Die Wechselwirkung zwischen Entstehung der Kommunalsektionen und Bundesgrünen ist sehr deutlich. Die gut entwickelte lokale Struktur der Grünen bot die Möglichkeit, die Bundespartei der Grünen relativ früh zu gründen. Die Gründung der Bundespartei ermöglichte den Aufbau der grünen Kommunalsektionen. Die Wahlkampfkostenerstattung erschloß der Bundespartei ziemlich viele Ressourcen, um ihre Untergliederungen zu unterstützen und zu stärken. Außerdem hatten die Grünen keine starke Konkurrenz auf Bundesebene. Dies hat möglicherweise auch eine positive Wirkung auf den Aufbau der Kommunalsektionen. Die verschiedenen lokalen Grünen konnten sich relativ früh konsolidieren.

In der Schweiz wurden 85% der Kommunalsektionen zwischen 1981 und 1989 gegründet. Der Höhepunkt der Gründung von Kommunalsektionen war im Jahr 1987. Das war bereits vier Jahre nach der Gründung der GPS. Im Vergleich zu den westdeutschen Grünen verlief diese Entwicklung relativ langsam. Es scheint kein wesentlicher Zusammenhang zwischen der Parteibildung der GPS und der Gründung der grünen Kommunalsektionen zu bestehen. Nach der Entstehung der GPS im Jahr 1983 folgte ein nur schrittweises Wachstum der Kommunalsektionen. Diese Entwicklungstendenz wurde von zwei Elementen beeinflusst. Erstens stellte die Bundespartei der Grünen in der Schweiz ihren Kommunalsektionen keine finanziellen oder organisatorischen Beihilfen zur Verfügung. Wie bereits erwähnt, haben die

Parteien in der Schweiz keine Wahlkampfkostenerstattung oder staatliche Finanzierung erhalten. Außerdem ist die GPS nur ein Dachverband der Kantonalparteien. Die organisatorische Unterstützung der Kommunalsektionen wurde von ihren Kantonalparteien geleistet. Deshalb hatte die Gründung der Bundespartei der Grünen nicht sofort den Aufbau von Kommunalsektionen zur Folge.

Zweitens entstanden in der Schweiz gleichzeitig zwei grünen Parteien auf Bundesebene. Die Konkurrenz zwischen beiden gleich starken grünen oder alternativen Lagern könnte die Fusion der verschiedenen lokalen grünen oder alternativen Gruppen verzögert haben. Später erhielten die Kommunalsektionen der Grünen wegen der Konkurrenz innerhalb der beiden Lager in den meisten Kantonen sogar eine breitere Basis. Wie in Kap. 3.1.1.3 bereits erwähnt, dominierten die SGA im Kanton Zug und die POCH/GB in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Land, Luzern und Aargau bei den grünen-alternativen Lagern. In den anderen Kantonen war die GPS stärker als die anderen grünen-alternativen Lagern. Der Höhepunkt der Konkurrenz zwischen GPS, POCH/GBS und SGA war bei der Nationalratswahl 1987. Alle grünen Parteien zusammen erhielten 9% der Stimmen bei der Wahl (vgl. Schaubild 6.6). In der gleichen Zeit entstanden oder reorganisierten sich auch viele Kommunalsektionen der Grünen (vgl. Schaubild 6.5). Die Konkurrenz der grünen Parteien in dem Zeitraum hat die grünen Anhänger in der Schweiz nur besser mobilisiert aber nicht verzehrt. So hat die Konkurrenz der grünen Parteien auf Bundesebene die Erweiterung der Kommunalsektionen der Grünen nur kurzzeitig gehemmt. Letztendlich kam ihre positive Wirkung auf die Gründung der Kommunalsektionen zum Tragen.

Schaubild 6.6: Die Wahlergebnisse der Grünen Parteien bei den Nationalratswahlen in der Schweiz



*1983: GRAS, 1987: POCH/GBS und SGA, 1991: DACH, 1995: FGA

Die Gründung der österreichischen grünen Kommunalsektionen verteilt sich auf drei Zeiträume. Die erste Phase (1983-85) war nach der Gründung der beiden grünen Parteien (ALÖ und VGÖ) auf Bundesebene. Die zweite Phase (1989-1991) war nach der Konsolidierung der Bundespartei der Grünen. Die dritte Phase war zwischen 1994-95. Die Konkurrenz zwischen zwei grünen Parteien vor 1986 hatte negative Auswirkung auf den Aufbau der Kommunalsektionen. Die beiden Parteien konkurrierten miteinander nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene (vgl. Kap. 3.2). In dem Zeitraum (1982-1986) entstanden nur 20,5% der Kommunalsektionen.

Nach der Hainburg-Bewegung begann die Konsolidierung der Grünen. Mitte Februar 1987 fand in Klagenfurt der erste Bundeskongreß der Grünen Alternative statt. Die Organisationsstruktur der Grünen wurde auch in dieser Zeit zuerst gefestigt (vgl. Kap. 3.2). Die VGÖ schloß sich zu dieser Zeit nicht mit der Grünen Alternative zusammen. Sie kandidierte auf Bundesebene sowie auf Landesebene gegen die Grüne Alternative. Allerdings bedrohten sie die Grüne Alternative nur sehr geringfügig. Die Konstituierung der meisten Landesorganisation begann kurz vor oder nach dieser Zeit. Die zweite Phase der Gründung der Kommunalsektionen reflektiert die Konstituierung der Landesorganisation.

Die dritte Phase der Gründung der Kommunalsektionen fand zwischen 1994-95 statt. Dies ist vielleicht nur die Fortsetzung der zweiten Phase. Während die Bundespartei der Grünen in Österreich sich schon stabilisiert hatte, waren einige Landesorganisation der Grünen noch sehr schwach. Die meisten Landesparteien der Grünen in Österreich entwickelten sich sehr langsam. In den 80er Jahren hatte noch über Hälfte der Landesparteien der Grünen keine Mandate in einem Landtag (siehe Tab. 6.15). Die schwach entwickelte Landesorganisation der Grünen hat den Aufbau der Kommunalsektionen oder die Integration von anderen grünen Gruppen oder Bürgerlisten verzögert. Wie Kap. 3.2.2.2 darlegt, existierten viele grüne Gruppen und Bürgerlisten auf Kommunalebene. Sie waren zwar keine Untergliederungen der Landesorganisation der Grünen, sie arbeiten jedoch mit den Grünen zusammen.

Tab. 6.15: Die Zeit des Einzuges der Grünen in einen Landtag

	Einzug in den Landtag
Burgenland	-
Kärnten	-
Niederösterreich	1998
Oberösterreich	1997
Salzburg	1987
Steiermark	1986
Tirol	1989
Vorarlberg	1984
Wien	1991

Im Vergleich zu anderen Ländern wurden die ostdeutschen Kommunalsektionen am spätesten gegründet. Die meisten Kreisverbände der Grünen entstanden oder reorganisierten sich zwischen 1990 und 1994. Sie waren deutlich von der Gründung der Grünen Partei im Jahr 1989 und von Bündnis 90 im Jahr 1990, sowie der Fusion von Grünen und Bündnis 90 im Jahr 1993 beeinflusst. Nach der Gründung und Konsolidierung der Bundesparteien wurden auch meisten Kreisverbände unverzüglich gegründet oder reorganisiert.

7. Schlußfolgerung

Der Vergleich der Beteiligungsformen der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene in Deutschland, in der Schweiz und in Österreich zwischen 1994 und 1996 hat ergeben, daß erhebliche Unterschiede zwischen den drei Ländern verzeichnet werden können. Die jeweiligen Grünen Parteien auf kommunaler Ebene unterschieden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Geschichte, ihrer Organisationsstruktur und ihrer innerparteilichen Aktivitäten, sondern auch hinsichtlich ihrer Beteiligungsformen und Politikbereiche. Zudem zeigen die Untersuchungsergebnisse, daß die unterschiedliche Geschichte, Organisationsstruktur und innerparteiliche Aktivitäten der Kommunalsektionen der Grünen in den drei Ländern ein Resultat der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind. Die unterschiedlichen Beteiligungsformen wurden einerseits von der Organisationsstruktur und den innerparteilichen Aktivitäten beeinflusst, andererseits von den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Im allgemeinen haben die meisten Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den drei Ländern keine Boykotte, Besetzungen oder Verkehrsblockaden durchgeführt. Dagegen haben sich die meisten von ihnen mit Hilfe von Informationsveranstaltungen, öffentlichen Stellungnahmen in den Medien, Bürgerinitiativen und Unterschriftensammlungen geäußert. Die größten Unterschiede bei den Beteiligungsformen zwischen den drei Ländern gab es bei Demonstrationen, Bürgerentscheiden und -begehren. Weniger große Unterschiede zwischen den drei Ländern finden sich bei Verkehrsblockaden, Boykotten und Informationsveranstaltungen.

Die Kommunalsektionen der Grünen in Westdeutschland sind nicht nur sehr früh entstanden, sondern haben sich auch sehr schnell konstituiert. Im Vergleich mit anderen Grünen Parteien auf Kommunalebene haben sie eine besser entwickelte Organisationsstruktur, aber keine stärkere innerparteiliche Partizipation. Sie nutzten auch mehr unkonventionelle Beteiligungsformen, wie Demonstrationen und Verkehrsblockaden, als die österreichischen und schweizerischen Grünen Parteien auf kommunaler Ebene. Dagegen haben sie relativ weniger Bürgerentscheide und -begehren organisiert. Für diese Besonderheiten der Beteiligungsformen westdeutscher Kommunalsektionen der Grünen haben die Häufigkeit der Vorstandssitzungen und die Anzahl der Arbeitsgruppen einen starken Erklärungseffekt. Zudem wurden sie auch indirekt von den Mitgliederzahlen beeinflusst. Außerdem haben die relative Irrelevanz direkter demokratischer Elemente im politischen System, die verzögerte Einführung direkter demokratischer Instrumente auf kommunaler Ebene in den meisten alten Bundesländern, die Wahl-

hürde, der Gemeindetyp und die Parteibildung der Bundesgrünen eine große Wirkung auf die Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen in Westdeutschland ausgeübt.

Die österreichischen Kommunalsektionen der Grünen wurden erst relativ später gegründet, wobei sie stark von der spezifischen Konstellation der Grünen auf Bundesebene beeinflusst wurden. Die österreichischen Kommunalsektionen der Grünen hatten zudem nur eine sehr schwache bzw. lockere Organisationsstruktur. Um diesen Mängeln in der Organisationsstruktur entgegenzuwirken, sorgten die österreichischen Kommunalsektionen der Grünen mit Informationsblättern oder Rundbriefen als ihren Instrumenten für die innerparteiliche Kommunikation und Mobilisierung. Die meisten Kommunalsektionen der Grünen in Österreich sahen einen ihrer Handlungsschwerpunkte in der Pressearbeit und in öffentlichen Stellungnahmen in den Medien. Dagegen unternahmen sie nur sehr selten Besetzungen, Demonstrationen und Verkehrsblockaden. Dies kann von ihrer schwachen Organisationsstruktur her erklärt werden. Die österreichischen Kommunalsektionen der Grünen hatten nur eine relativ geringe Mobilisierungskraft, um Demonstrationen zu organisieren.

Die meisten Kommunalsektionen der Grünen Partei der Schweiz (GPS) bekommen nur sehr wenige Subventionen von ihren kantonalen Parteien und stehen auch in geringerem Konflikt mit ihnen. Dies ist auf die lockere und dezentralisierte Organisationsstruktur der GPS zurückzuführen. Es gab relativ weniger innerparteiliche Aktivitäten bei den Kommunalsektionen der GPS als bei den anderen Grünen Parteien. Die schweizerischen Kommunalsektionen engagierten sich vorwiegend durch Bürgerentscheide oder -begehren sowie mit Hilfe von Unterschriftensammlungen. Sie unternahmen selten Demonstrationen, Besetzungen und Verkehrsblockaden. Zudem veranstalteten sie im Vergleich mit den anderen Ländern nur wenige Informationsveranstaltungen. Die direkte Demokratie in der Schweiz erklärt, warum die meisten Kommunalsektionen der GPS vorwiegend Bürgerentscheide und -begehren organisierten.

In Ostdeutschland unterschieden sich die Bedingungen für Entstehung und Entwicklung der Grünen Partei wesentlich von denen westeuropäischer Grüner Parteien. Die Untersuchungsergebnisse haben gezeigt, daß die Kreisverbände der Grünen in Ostdeutschland relativ schwach waren. Sie hatten die geringste Mitgliederdichte in den Städten und erzielten dort auch die niedrigsten Wahlergebnisse. Obwohl die Kreisverbände der Grünen in Ostdeutschland generell schwach waren, hatten sie relativ viele Demonstrationen initiiert. Dies kann auf das Gesamtbild der politischen Partizipation der ostdeutschen Bürger zurückgeführt werden. Die relative Irrelevanz der direkten Demokratie in Deutschland und die verzögerte Einführung der direkten demokratischen Instrumente auf kommunaler Ebene in den neuen Bundesländern

erklärt, daß nur relativ wenige ostdeutsche Kreisverbände der Grünen Bürgerentscheide oder -begehren organisiert haben.

Zwischen den Beteiligungsformen der Kommunalsektionen innerhalb der jeweiligen Länder und den Variablen von Organisationsstruktur und innerparteilicher Aktivität besteht nur ein geringer Zusammenhang. Nur die Daten bei Demonstrationen, Informationsveranstaltungen, Verkehrsblockaden und Bürgerentscheiden können durch die Organisationsstruktur und die innerparteilichen Aktivitäten der Kommunalsektionen erklärt werden. Zur Erklärung der Unterschiede zwischen den Kommunalsektionen innerhalb der Länder bei anderen Beteiligungsformen, wie öffentliche Stellungnahmen in den Medien, Boykotte, Unterschriftensammlun-

-

drei Ländern verzögert oder beschleunigt. Diese unterschiedliche Entwicklung der Bundesparteien der Grünen übten einen starken Einfluß auf die Gründung ihrer Kommunalsektionen aus. Die Wirkung der Rechtsstellung der Partei auf die Organisationsstruktur der Kommunalsektionen der Grünen wurde in Kapitel 6 dargelegt. Zudem haben die Bevölkerungsdichte und der Gemeindetyp die Beteiligungsformen und die Organisationsstruktur der Kommunalsektionen der Grünen beeinflusst. Die Organisation der städtischen Kommunalsektionen war relativ stärker als in Landkreisen oder Gemeinden. Dies hat ihre Beteiligungsformen weiter beeinflusst. Die unterschiedliche staatliche Parteifinanzierung in den drei Ländern übte eine starke Wirkung auf die Quelle der Einnahmen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien aus. Das Verhältnis der Kommunalsektionen der Grünen Parteien zu denen anderer Parteien wurde stark von der Rolle der Grünen Parteien im Parteiensystem beeinflusst.

Die oben zusammengefaßten Ergebnisse deuten darauf hin, daß die Grünen Parteien auf kommunaler Ebene stark von den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst wurden. Die meisten Unterschiede bei den Beteiligungsformen aller Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den einzelnen Ländern können nur durch die jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in diesen Ländern sowie durch die Geschichte ihrer jeweiligen Bundespartei erklärt werden. Für die unterschiedlichen Beteiligungsformen der Kommunalsektionen der Grünen Parteien innerhalb der jeweiligen Länder haben die Organisationsstruktur und die innerparteilichen Aktivitäten einen starken Erklärungseffekt.

Aus theoretischer Sicht wurde in der vorliegenden Studie nachgewiesen, daß der von Müller-Rommel entwickelte Erklärungsansatz zu Wahlergebnissen und Wahlerfolgen der Grünen Parteien im Prinzip auch für die Erklärung ihrer Beteiligungsformen gilt. Außerdem läßt sich der Erklärungsansatz auch auf die Erklärung der Beteiligungsformen der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene anwenden, obwohl er ursprünglich für den internationalen Vergleich konzipiert war. Eine Begrenzung der Gültigkeit bleibt jedoch bei der theoretischen Anwendung im Hinblick auf die Erklärung der Beteiligungsformen der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene erhalten. Fast alle der von Müller-Rommel entwickelten Strukturvariablen konnten nur in die hier verwendete Untersuchungsmethode integriert werden, wenn alle Kommunalsektionen der Grünen Parteien in den jeweiligen Ländern als einheitliche Forschungsobjekte genommen wurden. Die Ursache liegt darin, daß für die meisten Variablen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, wie Erwerbsstrukturen, ökonomische Entwicklung, soziale Konfliktlinien, neue soziale Bewegungen, politische Werte, Einstellung der Bevölkerung usw., keine genügenden Daten auf kommunaler Ebene vorhanden

sind. Meist sind bei diesen Variablen nur auf Bundes- und Landesebene bzw. kantonaler Ebene vollständige Datensätze vorhanden. Solange diese Daten auf kommunaler Ebene nicht umfassend zur Verfügung gestellt werden können, muß diese Begrenzung als eine Schwierigkeit der Forschung über die Grünen Parteien auf kommunaler Ebene angesehen werden.

Obwohl sich diese Untersuchungsergebnisse auf nur drei Länder beziehen, könnten sie als ein erster Schritt gelten hin zu einer umfassenden komparativen Untersuchung über Grüne Parteien auf kommunaler Ebene in Westeuropa. Für die weitere Entwicklung ist zu hoffen, daß in allen westeuropäischen Ländern komparative Untersuchungen über die Grünen Parteien auf kommunaler Ebene durchgeführt werden.

Anhang 1: Fragebogen

Vollständiger Name Ihres Kreisverbandes oder Ihrer Bezirksorganisation, Bezirks-, Regional-, Ortsgruppe

Landkreis, Bezirk, Gemeinde, Stadt: _____ Bundesland, Kanton: _____

A. Fragen zur Geschichte und Organisation

1. Auf welche Weise ist Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) in der gegenwärtigen Form entstanden?

- durch

Neugründung.....

- durch Zusammenschluß ursprünglich selbständiger Parteien (Wahllisten, Gruppen)..

- durch Abspaltung aus einer bereits bestehenden Partei (Wahlliste, Gruppe).....

- durch Reorganisation einer bereits bestehenden Partei (Wahlliste, Gruppe).....

-

andere.....

—

- weiß

nicht.....

2. Vor wie vielen Jahren wurde Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) in der gegenwärtigen Form gegründet?

Vor _____ Jahren weiß nicht _____

3. Wieviel Mitglieder gehören Ihrem Kreisverband oder Ihrer Ortsgruppe(Bezirksorganisation) an?.....

4. Gibt es in Ihrem Kreisverband oder Ihrer Ortsgruppe(Bezirksorganisation) eine Mitgliederversammlung (Vollversammlung)? ☐ nein ☐ ja

Wenn ja: 4a) Wie oft tagt die Mitgliederversammlung(Vollversammlung)in der Regel pro Jahr?
_____mal pro Jahr

4b) Wer kann an der Mitgliederversammlung(Vollversammlung) teilnehmen und abstimmen? ☐ Alle Mitglieder ☐ Delegierte von Ortsverbände ☐ andere _____

4c) Wieviel Personen nehmen im Durchschnitt an diesen Versammlungen teil?
_____ Personen

4d) Wie oft hat die Mitgliederversammlung 1996 getagt? insgesamt _____mal

5. Gibt es in Ihrem Kreisverband oder Ihrer Ortsgruppe(Bezirksorganisation) einen Vorstand?

☐ nein ☐ ja

Wenn ja: 5a) Wieviel Mitglieder(inkl. Sprecher/in oder Präsident/in) umfaßt

dieses Gremium momentan? Anzahl Frauen _____ Männer _____

5b) Wie oft pro Jahr tagt der Ortsvorstand(Bezirksvorstand)? _____mal pro Jahr

6. Finden in Ihrem Kreisverband oder Ihrer Ortsgruppe(Bezirksorganisation) auch erweiterte

Vorstandssitzungen statt? ☐ nein ☐ ja

Wenn ja: Wie oft pro Jahr finden erweiterte Vorstandssitzungen statt?.....mal pro Jahr

Wer wird regelmäßig zu erweiterten Vorstandssitzungen eingeladen?

- ☐ die Mandatsträger(innen) der Ortsgruppe(Bezirksorganisation)
☐ interessierte Mitglieder der Ortsgruppe(Bezirksorganisation)
☐ andere_____

7. Gibt es in Ihrem Kreisverband oder Ihrer Regionalgruppe(Bezirksorganisation) noch

Untergliederungen wie Ortsgruppe? ☐ nein ☐ ja

Wenn ja : Wieviel Ortsgruppe hat Ihr Kreisverband oder Ihre Regionalgruppe(Bezirksorganisation)._____

8. Wieviel Arbeits- oder Projektgruppen gibt es momentan innerhalb Ihres Kreisverbands oder Ihrer Ortsgruppe(Bezirksorganisation) ?A.-/P.-Gruppen

Die sind:

9. Wieviel Personen Ihres Kreisverband oder Ihrer Ortsgruppe(Bezirksorganisation) haben ein öffentliches Mandat im Gemeinderat, Gemeindevorstand, und in der Gemeindeexekutive)?

insgesamt Anzahl von wieviel Sitzen

- im Kreistag (Bezirksrat).....
- im Gemeinderat(Stadtrat).....
- im Gemeindevorstand (in der Gemeindeexekutive).....
- Bürgermeister.....
- Oberbürgermeister.....
- in anderen Behörden und Kommissionen.....

10. Gab es im letzten Jahr zwischen Ihrem Kreisverband oder Ihrer Ortsgruppe(Bezirksorganisation) und Landesverband (Kantonalpartei) Konflikte und was waren die

Auswirkungen?.....☐ nein ☐ ja

Die waren:

11. Aus welchen Quellen finanziert sich Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation)?

- obligatorische Mitgliederbeiträge..... %
- freiwillige Mitgliederbeiträge..... %
- Spenden von Nichtmitgliedern..... %
- Parteiabgaben von Mandatsträger(innen)..... %
- Subventionen des Landesverbandes..... %
- anderes..... %

12. Gibt es in Ihrem Kreisverband oder Ihrer Ortsgruppe(Bezirksorganisation) eine Satzung?.

..☐ nein ☐ ja

Wenn ja: Könnten Sie mir Ihre Satzung übersenden?

13. Gibt es auf Kommunalebene (Kreis, Bezirk, Gemeinde, Stadt) ein parteieigenes Informationsblatt (Rundbrief)? ☐ nein ☐ ja

Wenn ja: Seit wann gibt es dieses Blatt?.....seit Monat/Jahr ____/____

Wie oft erscheint es pro Jahr?.....Anzahl _____

B. Fragen zu Beteiligungsformen

14. Hat sich Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe (Bezirksorganisation) am letzten Wahlgang für die Bürgermeister, Oberbürgermeister mit eigenen Kandidat(inn)en beteiligt?

☐ nein ☐ ja

Wenn ja: In welchen Gemeinden(Städten) _____

15. Wer hat das Programm Ihrer Partei zur letzten Kommunalwahl in der Hauptsache erarbeitet?

☐ die Fraktion

☐ die Partei

☐ beide gemeinsam

sonstige, nämlich _____

gibt kein ausformuliertes Programm _____

16. Mit welcher Partei arbeitet Ihre Fraktion im Kreistag(Stadtrat, Bezirksrat, Gemeinderat) zusammen?

17. Auf welchen Parteiaktivitäten lagen im letzten Jahr die Schwerpunkte?(max. 4 Ankreuzungen)

☐ Wahlkampf

☐ Programmarbeit

☐ Pressearbeit

☐ interne Organisation

☐ Arbeit mit den Mandatsträgern

☐ Informationsveranstaltungen

☐ Kulturelle Veranstaltungen

☐ Demonstrationen

☐ Beteiligung an Streiks und Blockaden ☐ Beteiligung an Boykotten

☐ Sonstiges: _____

18. Hat sich Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1994-96 mit Bürger-, Volksbegehren und Bürger-, Volksentscheid (Volksabstimmung) befaßt? ☐ nein ☐ ja

Wenn ja: Wie oft hat sich Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1994-96 mit folgenden Initiativen befaßt?

Bürger-, Volksbegehren _____

Bürger-, Volksentscheid _____

Welcher Politikbereich:

19. Wie häufig hat Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) folgende Aktivitäten in 1996 unternommen ?

häufig gelegentlich selten nie weiß

nicht

- Öffentliche Stellungnahmen in den Medien.. _____

- Informationsveranstaltungen..... _____

- Demonstrationen..... _____

- Verkehrsblockaden..... _____

- Besetzungen..... _____

- Unterschriftensammlungen..... _____

- Boykotte..... _____

- Bürgerinitiativen..... _____

20. Hat Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1994-96 Demonstrationen organisiert? ☐ nein ☐ ja

Wenn ja: Wie oft hat Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1994-96 Demonstrationen organisiert?..... _____mal

Welcher Politikbereich:

	Anzahl		Anzahl
Verkehr	_____	Energieversorgung (Anti AKW)	_____
Stadtplanung	_____	Wohnungspolitik	_____
Frauenpolitik	_____	Ausländerpolitik	_____
Wirtschaft und Arbeit	_____	Schule und Bildung	_____
Armut und Sozialhilfe	_____	Kinder	_____
Gesundheit	_____	Friedenspolitik	_____
Dritte Welt	_____	Jugendliche	_____
Alte Menschen	_____	Behinderte	_____
Lesben und Schwule	_____	Kulturpolitik	_____
Müll	_____	Wasser	_____
Luftverschmutzung	_____	Natur- und Landschaftsschutz	_____
Tierschutz	_____	Medien	_____
Menschenrechte	_____	Lokale Demokratie/Bürgerbeteiligung	_____
Sonstige	_____		

21. Hat Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1994-96 Verkehrsblockaden organisiert? ☐ nein ☐ ja

Wenn ja: Wie oft hat Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1994-96 Verkehrsblockaden organisiert?..... _____mal

Welcher Politikbereich:

	Anzahl		Anzahl
Verkehr	_____	Energieversorgung(Anti AKW)	_____
Stadtplanung	_____	Wohnungspolitik	_____
Frauenpolitik	_____	Ausländerpolitik	_____
Wirtschaft und Arbeit	_____	Schule und Bildung	_____
Armut und Sozialhilfe	_____	Kinder	_____
Gesundheit	_____	Friedenspolitik	_____
Dritte Welt	_____	Jugendliche	_____
Alte Menschen	_____	Behinderte	_____
Lesben und Schwule	_____	Kulturpolitik	_____
Müll	_____	Wasser	_____
Luftverschmutzung	_____	Natur- und Landschaftsschutz	_____

Tierschutz _____
 Menschenrechte _____
 Sonstige _____

Medien _____
 Lokale Demokratie/Bürgerbeteiligung _____

22. Hat Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1994-96 Besetzungen organisiert?

☐ nein ☐ ja

Wenn ja: Wie oft hat Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1994-96 Besetzungen organisiert?.....

Welcher Politikbereich:

Anzahl
 Verkehr _____
 Stadtplanung _____
 Frauenpolitik _____
 Wirtschaft und Arbeit _____
 Armut und Sozialhilfe _____
 Gesundheit _____
 Dritte Welt _____
 Alte Menschen _____
 Lesben und Schwule _____
 Müll _____
 Luftverschmutzung _____
 Tierschutz _____
 Menschenrechte _____
 Sonstige _____

Anzahl
 Energieversorgung(Anti AKW) _____
 Wohnungspolitik _____
 Ausländerpolitik _____
 Schule und Bildung _____
 Kinder _____
 Friedenspolitik _____
 Jugendliche _____
 Behinderte _____
 Kulturpolitik _____
 Wasser _____
 Natur- und Landschaftsschutz _____
 Medien _____
 Lokale Demokratie/Bürgerbeteiligung _____

23. Hat Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1994-96 Unterschriftensammlungen

organisiert?. ☐ nein ☐ ja

Wenn ja: Wie oft hat Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1994-96

Unterschriftensammlungen organisiert?.....mal

Welcher Politikbereich:

Anzahl
 Verkehr _____
 Stadtplanung _____
 Frauenpolitik _____
 Wirtschaft und Arbeit _____
 Armut und Sozialhilfe _____
 Gesundheit _____
 Dritte Welt _____
 Alte Menschen _____
 Lesben und Schwule _____
 Müll _____
 Luftverschmutzung _____
 Tierschutz _____
 Menschenrechte _____
 Sonstige _____

Anzahl
 Energieversorgung(Anti AKW) _____
 Wohnungspolitik _____
 Ausländerpolitik _____
 Schule und Bildung _____
 Kinder _____
 Friedenspolitik _____
 Jugendliche _____
 Behinderte _____
 Kulturpolitik _____
 Wasser _____
 Natur- und Landschaftsschutz _____
 Medien _____
 Lokale Demokratie/Bürgerbeteiligung _____

24. Hat Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1990-93 mit anderen Gruppen oder Parteien zusammengearbeitet?

nein ja mit welchen Gruppen

(Parteien)

- Kommunale Wahlkampf.....
 - Bürger-, Volksbegehren.....
 - Bürger-, Volksentscheid(Volksabstimmung).
 - Öffentliche Stellungnahmen in den Medien..

- Informationsveranstaltungen.....
- Demonstrationen.....
- Verkehrsblockaden.....
- Besetzungen.....
- Unterschriftensammlungen.....
- Boykotte.....
- Bürgerinitiativen.....

25. Hat Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) 1994-96 mit anderen Gruppen oder Parteien zusammengearbeitet?

	nein	ja	mit welchen Gruppen
(Parteien)			
- Kommunale Wahlkampf.....			
- Bürger-, Volksbegehren.....			
- Bürger-, Volksentscheid(Volksabstimmung)...			
- Öffentliche Stellungnahmen in den Medien.....			
- Informationsveranstaltungen.....			
- Demonstrationen.....			
- Verkehrsblockaden.....			
- Besetzungen.....			
- Unterschriftensammlungen.....			
- Boykotte.....			
- Bürgerinitiativen.....			

26. Wie intensiv hat sich Ihr Kreisverband oder Ihre Ortsgruppe(Bezirksorganisation) in den letzten 5 Jahren mit folgenden Politikbereichen befaßt?

	sehr intensiv				nicht intensiv	
Verkehr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Energieversorgung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stadtplanung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wohnungspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Frauenpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausländerpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschaft und Arbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schule und Bildung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Armut und Sozialhilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kinder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesundheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Friedenspolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Dritte Welt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jugendliche	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Alte Menschen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Behinderte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lesben und Schwule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kulturpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Müll	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wasser	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Luftverschmutzung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Natur- und Landschaftsschutz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Tierschutz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Medien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Menschenrechte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lokale Demokratie/Bürgerbeteiligung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstige _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anhang 2: Durchschnittliche Intensität der Beschäftigung grüner Kommunalsektionen mit verschiedenen Politikfeldern, unterteilt nach den drei Ländern.

	Österreich	Schweiz	Ostdeutschland	Westdeutschland
1	Verkehr	Verkehr	Verkehr	Verkehr
2	Lokale Demokratie/ Bürgerbeteiligung	Luftverschmutzung	Müll	Müll
3	Natur- und Landschaftsschutz	Natur- und Landschaftsschutz	Natur- und Landschaftsschutz	Energieversorgung
4	Stadtplanung	Müll	Stadtplanung	Natur- und Landschaftsschutz
5	Müll	Energieversorgung	Wasser	Lokale Demokratie/Bürgerbet eiligung
6	Wasser	Lokale Demokratie/Bürgerb eteiligung	Lokale Demokratie/Bürgerbet eiligung	Ausländerpolitik
7	Energieversorgung	Stadtplanung	Wirtschaft und Arbeit	Stadtplanung
8	Jugendliche	Wasser	Schule und Bildung	Frauenpolitik
9	Luftverschmutzung	Frauenpolitik	Kulturpolitik	Wasser
10	Kinder	Schule und Bildung	Energieversorgung	Luftverschmutzung
11	Medien	Wirtschaft und Arbeit	Ausländerpolitik	Wirtschaft und Arbeit
12	Frauenpolitik	Ausländerpolitik	Luftverschmutzung	Jugendliche
13	Wirtschaft und Arbeit	Armut und Sozialhilfe	Jugendliche	Armut und Sozialhilfe
14	Kulturpolitik	Kulturpolitik	Wohnungspolitik	Schule und Bildung
15	Gesundheit	Jugendliche	Kinder	Friedenspolitik
16	Ausländerpolitik	Gesundheit	Friedenspolitik	Menschenrechte
17	Armut und Sozialhilfe	Kinder	Armut und Sozialhilfe	Kinder
18	Menschenrechte	Alte Menschen	Frauenpolitik	Wohnungspolitik
19	Tierschutz	Medien	Medien	Kulturpolitik
20	Schule und Bildung	Friedenspolitik	Menschenrechte	Gesundheit
21	Alte Menschen	Wohnungspolitik	Behinderte	Dritte Welt
22	Friedenspolitik	Dritte Welt	Gesundheit	Behinderte
23	Wohnungspolitik	Tierschutz	Dritte Welt	Alte Menschen
24	Dritte Welt	Menschenrechte	Alte Menschen	Tierschutz
25	Behinderte	Behinderte	Tierschutz	Medien

Abkürzungsverzeichnis

AfB	Arbeit für Bremen
AL	Alternative Liste
ALG	Alternative Liste Graz
ALNÖ	Alternative Liste Niederösterreich
ALÖ	Alternativen Liste Österreich
ALW	Alternativen Liste Wien
AUD	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher
BBU	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
BGL	Bremer Grüne Liste
BL	Bürgerliste
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz
BUU	Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschland
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei
DACH	Die Andere Schweiz
DJ	Demokratie Jetzt
EVP	Evangelische Volkspartei
FDP	Freie Demokratische Partei
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FPS	Freiheitspartei der Schweiz
GABL	Grüne-Alternative Bürgerliste Salzburg
GAL	Grün-Alternative Liste
GAL-NÖ	Die Grünalternativen Niederösterreich
GAL-T	Grün-Alternative Liste Tirol
GAZ	Grüne Aktion Zukunft
GBS	Grüne Bündnis der Schweiz
GLH	Grünen Liste Hessen
GLNF	Grüne Liste Nordfriesland
GLSH	Grüne Liste Schleswig-Holstein
GLU	Grüne Liste Umweltschutz

GLUW	Grüne Liste unabhängiger Wähler
GLW	Grünen Liste - Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie
GNU	Gesellschaft für Natur und Umwelt
GPZ	Grüne Partei des Kantons Zürich
GPS	Grüne - Grüne Partei der Schweiz
GRAS	Grünen Alternative Schweiz
GRÜNE	Bündnis 90/Die Grünen
IFM	Initiative Frieden und Menschenrechte
K-Gruppen	Kommunistische Gruppen
KB	Kommunistischer Bund
KEL	Kärntner Einheitsliste
kfi	kritische forum ibach
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LAT	Liste für ein anderes Tirol
LdU	Landesring der Unabhängigen
LIF	Liberales Forum
LPS	Liberales Partei
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NF	Neues Forum
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PDA	Partei der Arbeit
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
POCH	Progressiven Organisationen
SPV	Sonstige Politische Vereinigung
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SD	Schweizer Demokraten
SGA	Sozialistisch-Grüne Alternative
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei
SWW	Südschleswigsche Wählerverband
UFV	Unabhängiger Frauenverband

USP	Umweltschutzpartei
VCS	Verkehrsclub der Schweiz
VGÖ	Vereinten Grünen Österreichs
WBU	Wahlgemeinschaft für Bürgerinitiativen und Umweltschutz
WGA	Wählergemeinschaft "Atomkraft, nein danke"
WSL	Weltbund zum Schutz des Lebens
WWF	World Wildlife Fund

Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder

Tab. 2.1: Überblick über die Unterschiede des politischen Systems zwischen den drei Ländern	14
Tab. 2.2: Gemeinden nach den drei Ländern und Gemeindegrößenklassen	15
Tab. 2.3: Rücklaufquote der Fragebogen	16
Tab. 2.4: Die Operationalisierung der Variablen von Beteiligungsformen	18
Tab. 2.5: Variable in den Strukturen der Kommunalsektionen	18
Tab. 2.6: Variablen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen	19
Tab. 3.1: Wahlergebnisse des Bündnis 90 in Ostdeutschland.....	44
Tab. 3.2: Mitgliederentwicklung der Bürgerrechtsorganisationen	45
Tab. 3.3: Wahlergebnisse (Zweitstimmen) der Grünen in den Landtagswahlen (LTW) und Bundestagswahlen (BTW) zwischen 1991 und 1998.....	48
Tab. 3.4: Mitgliederzahlen von Bündnis 90/Die Grünen.....	51
Tab. 3.5 Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen	53
Tab. 3.6: Grün-Alternative Wahlbeteiligungen zwischen 1983 und 1986 (in Prozent).....	64
Tab. 3.7: Wahlergebnisse der Grünen bei den Nationalratswahlen zwischen 1983 und 1995.....	66
Tab. 3.8: Wahlergebnisse der Grünen bei den Landtagswahlen (1987-1998).....	68
Tab. 3.9: Anzahl der Mitglieder der Grünen in den Bundesländern Österreichs.....	70
Tab. 3.10: Bezirks- und Ortsgruppen der Grünen und politische Bezirke und Gemeinden in Österreich.....	72
Tab. 3.11 Die Strukturreform der Grünen Alternative.....	75
Tab. 3.12: Wahlergebnisse der Grünen bei den Nationalratswahlen in der Schweiz (1979-1987), nach Kantonen.....	79
Tab. 3.13: Kantonalparteien der GPS zwischen 1983 und 1986.....	80
Tab. 3.14 : Die Wahlergebnisse der Grünen bei den Kantonalwahlen in der Schweiz (Stimmenanteil und Sitze im Kantonsparlament).....	82
Tab. 3.15: Wahlergebnisse der GPS und der links-alternativen Grünen bei den Nationalratswahlen in der Schweiz (1991 und 1995), nach Kantonen.....	84
Tab. 3.16: Mitglieder und Beobachter der GPS (1991 und 1998).....	86
Tab. 3.17: Mitgliederzahlen der Kantonalparteien der GPS.....	87
Tab. 3.18: Anzahl der Kommunalsektionen der Kantonalparteien sowie Anzahl der	

Gemeinden und Bezirke in der Schweiz.....	88
Tab. 4.1: Entstehungsweise der Kommunalsektionen in den drei Ländern	93
Tab. 4.2 : Größenklassen grüner Kommunalsektionen in den drei Ländern	95
Tab. 4.3 : Die Dichte der Mitglieder in Städten in den drei Ländern	96
Tab. 4.4: Durchschnittliche Größe des Parteivorstands von grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern.....	100
Tab. 4.5: Durchschnittliche Prozent der Geldquellen der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern.....	101
Tab 4.6: Durchschnittliche Anzahl der Mitgliederversammlungen von grünen Kommunalsektionen pro Jahr in den drei Ländern.....	104
Tab. 4.7: Prozentuales Verhältnis der Teilnehmer an Mitgliederversammlungen zu der Gesamtheit der Mitglieder.....	105
Tab. 4.8: Prozentsatz der Anwesenheit bei den Mitgliederversammlungen in den drei Ländern.....	106
Tab 4.9: Durchschnittlicher Frauenanteil im Parteivorstand der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern.....	108
Tab. 4.10: Häufigkeit der Demonstrationen 1996 in den drei Ländern.....	116
Tab. 4.11: Häufigkeit der Informationsveranstaltungen 1996 in den drei Ländern.....	116
Tab. 4.12: Häufigkeit der Boykotte 1996 in den drei Ländern.....	116
Tab. 4.13: Durchschnittliche Anzahl der Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996 in den drei Ländern.....	118
Tab. 4.14: Operationalisierung der konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsformen.....	119
Tab. 4.15: Durchschnittliche Punkte der Operationalisierung der konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsformen in den drei Ländern.....	120
Tab. 4.16: Faktorenmuster mit den Schwerpunkten der Parteiaktivitäten und 3 Faktoren.....	120
Tab. 4.17: Faktorenmuster mit der Häufigkeit der Parteiaktivitäten und 2 Faktoren.....	121
Tab. 4.18: Durchschnittliche Faktorwerte der Kommunalsektionen in drei Ländern.....	122
Tab. 4.19: Faktorenmuster mit der Durchführung der Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996 und 2 Faktoren.....	123
Tab. 4.20: Durchschnittliche Faktorwerte der Kommunalsektionen in den drei Ländern.....	123
Tab. 4.21: Zusammenarbeit mit anderen Parteien oder Gruppen bei konventionellen Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996 in den drei Ländern.....	127
Tab. 4.22: Zusammenarbeit von grünen Kommunalsektionen mit anderen Parteien oder	

Gruppen in den drei Ländern und Beteiligungsformen in Prozent.....	129
Tab. 4.23: Zusammenarbeit mit anderen Parteien oder Gruppen bei unkonventionellen Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996	129
Tab. 4.24: Zehn wichtige Politikbereiche der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern.....	131
Tab. 4.25: Zehn selten bearbeitete Politikbereiche der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern.....	132
Tab. 5.1: Zusammenhang zwischen Gründungszeit und Beteiligungsformen.....	135
Tab. 5.2: Zusammenhang zwischen Mitgliederzahlen und Beteiligungsformen.....	137
Tab. 5.3: Zusammenhang zwischen Parteiorganisation und Beteiligungsformen.....	138
Tab. 5.4: Zusammenhang zwischen den Finanzquellen und Beteiligungsformen.....	141
Tab. 5.5: Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Mitgliederversammlungen und den Beteiligungsformen.....	142
Tab. 5.6: Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Vorstandssitzungen und den Beteiligungsformen.....	143
Tab. 5.7: Zusammenhang zwischen der Anzahl der Arbeitsgruppen bzw. dem Vorhandensein von Informationsblättern einerseits und den Beteiligungsformen andererseits	144
Tab. 5.8: Die Korrelations-Koeffizienten zwischen Beteiligungsformen und Organisations struktur sowie innerparteilichen Aktivitäten in Österreich.....	145
Tab. 5.9: Die Korrelations-Koeffizienten zwischen Beteiligungsformen und innerparteilichen Aktivitäten in der Schweiz.....	147
Tab. 6.1: Durchschnittliche Wahlergebnisse der Grünen Parteien und Wahlhürde in drei Ländern.....	156
Tab. 6.2: Instrumente der direkten Demokratie in der Schweiz (1971-1990)	159
Tab. 6.3 Die Anzahl der Parteien in kantonalen Parlamenten der Schweiz	167
Tab. 6.4: Die Anzahl der Parteien in Landtagen von Österreich.....	169
Tab. 6.5: Die Anzahl der Parteien und Regierungskoalition in Landtagen von Westdeutschland	170
Tab. 6.6: Beteiligung an informellen bzw. protestorientierten Aktivitäten im Vergleich.....	174
Tab. 6.7: Unkonventionellen Partizipationsformen in West- und Ostdeutschland	174
Tab. 6.8: Die Korrelation zwischen der Bevölkerungsdichte in einzelnen Kommunen und den Beteiligungsformen sowie der Organisation der grünen Kommunalsektionen.....	176
Tab. 6.9: Die Sitze der Grünen in Gemeinderäten in Westdeutschland (einschl. Berlin) nach Gemeindegröße	177

Tab. 6.10: Die Sitze der Grünen in Gemeinderat in Ostdeutschland nach Gemeindegröße ..	177
Tab. 6.11: Die Sitze der Grünen Gruppen in Gemeinderat in Österreich nach Gemeindegröße.....	178
Tab. 6.12: Die Sitze der GPS in Schweizer städtischen Volksvertretungen nach Gemeindegröße	178
Tab. 6.13: Die durchschnittlichen Mitgliederzahlen der Grünen pro tausend Einwohner nach Stadt- und Landkreis	179
Tab. 6.14: Die durchschnittliche Anzahl der Vorstandssitzungen, Arbeitsgruppen und Mitglieder der grünen Kreisverbände in Westdeutschland nach Stadtkreisen, - bezirken und Landkreisen	180
Tab. 6.15: Die Zeit des Einzuges der Grünen in einen Landtag	190
Schaubild 2.1: Das Erklärungsmodell der Untersuchung.....	17
Schaubild 4.1: Gründungsjahr der Kommunalsektionen in den drei Ländern.....	94
Schaubild 4.2: Größenstruktur der westdeutschen grünen Kreisverbände nach Bundesländern.....	97
Schaubild 4.3: Prozentsatz von Kommunalsektionen mit Mitgliederversammlung, Vorstand und Satzung in den drei Ländern.....	98
Schaubild 4.4: Prozentsatz von österreichischen grünen Kommunalsektionen mit Vorstand und Satzung: nach Größenklassen der Kommunalsektionen.....	99
Schaubild 4.5: Prozentsatz der grünen Kommunalsektionen mit Konflikten zwischen Kommunalsektionen und Landesverband (Kantonalpartei)	103
Schaubild 4.6: Prozentsatz der Häufigkeit der Mitgliederversammlungen grüner Kommunalsektionen in den drei Ländern.....	104
Schaubild 4.7: Häufigkeit der Vorstandssitzung pro Jahr in den drei Ländern.....	107
Schaubild 4.8: Prozentsatz der grünen Kommunalsektionen mit und ohne Arbeitsgruppen nach der Größe der Kommunalsektionen.....	109
Schaubild 4.9: Prozentsatz der grünen Kommunalsektionen mit und ohne Informationsblatt in den drei Ländern.....	110
Schaubild 4.10: Die Schwerpunkte der Parteiaktivitäten 1996 in allen drei Ländern.....	112
Schaubild 4.11: Prozentsatz der Schwerpunkte der Parteiaktivitäten 1996 in den drei Ländern.....	113
Schaubild 4.12: Häufigkeit der Parteiaktivitäten 1996 in allen drei Ländern.....	115

Schaubild 4.13: Parteiaktivitäten zwischen 1994 und 1996 in den drei Ländern.....	117
Schaubild 4.14: Zusammenarbeit mit anderen Parteien oder Gruppen bei konventionellen Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996 in den drei Ländern	125
Schaubild 4.15: Zusammenarbeit mit anderen Parteien oder Gruppen bei unkonventionellen Beteiligungsformen zwischen 1994 und 1996 in den drei Ländern.....	128
Schaubild 5.1: Die Organisationsstruktur und Demonstrationen bei den österreichischen Kommunalsektionen.....	147
Schaubild 5.2: Der Zusammenhang zwischen Mitgliederzahlen, Anzahl der Arbeitsgruppen und Demonstrationen sowie zwischen Mitgliederzahlen, Häufigkeit der Vor- standssitzungen, Anzahl der Demonstrationen und Verkehrsblocka- den.....	150
Schaubild 6.1: Mandatsverteilung in den Kommunen mit über 10 000 Ew.....	171
Schaubild 6.2: Die Beteiligungsformen der grünen Kreisverbänden in Westdeutschland Nach Stadtkreisen, -bezirken und Landkreisen.....	179
Schaubild 6.3: Die Beteiligungsformen der grünen Kreisverbänden in Ostdeutschland nach Stadtkreisen, -bezirken und Landkreisen.....	181
Schaubild 6.4: Die Häufigkeit der öffentlichen Stellungnahmen in den Medien von grünen Ortsgruppen in Österreich nach Gemeinden und Stadtgemeinden.....	182
Schaubild 6.5 : Gründungsjahr der grünen Kommunalsektionen in den drei Ländern.....	188
Schaubild 6.6: Die Wahlergebnisse der Grünen Parteien bei den Nationalratswahlen in der Schweiz.....	189

Literaturverzeichnis

1. Quellen und Dokumente

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (1993): Politische Grundsätze, Bornheim

Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen (1998): Die Geschichte und Struktur des Nordrhein-Westfalen, in: Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen, Wir über uns - Landesverband und Landesgeschäftsstelle, <http://www.nrw.gruene.de>

Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz (1997): Von der bunten Bewegung zur politischen Kraft - Bündnis 90/Die Grünen in Rheinland-Pfalz, in: Text für Dokumentation der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz zum Thema "50 Jahre Rheinland-Pfalz", <http://www.gruene-rlp.de>

Die Grünen (1980): Das Bundesprogramm, Bonn.

Die Grünen (1985): Satzung der Bundespartei die Grünen, Bundesgeschäftsstelle der Grünen.

Satzungen des Bundesverbandes, aller ihrer Landesverbände und ihrer verschiedenen Kreisverbände.

Die Grünen – Die Grüne Alternative

Bundesbüro der Grünen (1996): Chronik der Grünen Alternative, Wien.

Die GRÜNEN Mödling (1998): Die GRÜNEN Mödling, <http://www.die-gruenen-moedling.at>

Die Grüne Alternative Niederösterreich (1997): Historische Entwicklung, in: <http://noe.gruene.at/>

Satzungen der Bundesorganisation, aller ihrer Landesorganisationen und ihrer verschiedenen Kommunalsektionen.

Die Grüne Partei der Schweiz

Bunte Liste Zug (1988): Nicht links, nicht rechts, unabhängig Bunt: Eine Art Jahresbericht. Zug.

Grüne Partei Basel-Stadt (1996): Wahlplattform für die kantonalen Wahlen vom Herbst 1996.

Grüne Partei des Kt. Zürich (1999): Chronologie der Grünen in Zürich, Homepage der Grünen Partei Schweiz, <http://www.gruene.ch/Zuerich>

Grünen Partei der Schweiz (1995): Grün von A - Z: Die politische Haltung der Grünen nach Stichworten.

Statuten der GPS, ihrer Kantonalparteien und ihrer verschiedenen Kommunalsektionen.

Sonstige

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1979): Schweizerische Politik 1978, 14. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1980): Schweizerische Politik 1979, 15. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1981): Schweizerische Politik 1980, 16. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1982): Schweizerische Politik 1981, 17. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1983): Schweizerische Politik 1982, 18. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1984): Schweizerische Politik 1983, 19. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1985): Schweizerische Politik 1984, 20. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1986): Schweizerische Politik 1985, 21. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1987): Schweizerische Politik 1986, 22. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1988): Schweizerische Politik 1987, 23. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1989): Schweizerische Politik 1988, 24. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1990): Schweizerische Politik 1989, 25. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1991): Schweizerische Politik 1990, 26. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1992) Schweizerische Politik 1991, 27. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1993): Schweizerische Politik 1992, 28. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1994): Schweizerische Politik 1993, 29. Jg, Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1995): Schweizerische Politik 1994, 30. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1996): Schweizerische Politik 1995, 31. Jg., Bern.

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (Hrsg.) (1997): Schweizerische Politik 1996, 32. Jg., Bern.

Milijöpartiet de Gröna (1991): Die Grüne Partei Schwedens, Stockholm.

Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (1993), 80. Jg., S. 26-27.

2. Internet-Adressen

Bündnis 90/die Grünen

Bundesverband	http://www.gruene.de/index2.htm
---------------	---

Landesverbände

Baden-Württemberg	http://www.ba-wue.gruene.de
Bayern	http://www.bayern.gruene.de/
Berlin	http://www.gruene-berlin.de/
Brandenburg	http://www.gruene.de/brandenburg
Bremen	http://www.gruene.de/bremen/
Hamburg	http://www.hamburg.gruene.de/
Hessen	http://www.gruene-hessen.de/
Mecklenburg-Vorpommern	http://www.m-v.gruene.de/
Niedersachsen	http://www.nds.gruene.de
Nordrhein-Westfalen	http://www.nrw.gruene.de/
Rheinland-Pfalz	http://www.gruene-rlp.de/

Saarland	http://www.gruene-saar.de/verband.html
Sachsen	http://www.gruenesachsen.de/
Sachsen-Anhalt	http://www.gruene.de/sachsen-anhalt/
Schleswig-Holstein	http://www.gruene.de/sh
Thüringen	http://www.gruene.de/thueringen/

Die Grüne Partei der Schweiz

Bundespartei	http://gruene.ch/
Kantonalparteien	
Glerner Umweltgruppen	http://swix.ch/gug/
Grüne Aargau	http://gruene.ch/AG/Home_GA.html
Grüne - Freie Liste (Bern)	http://gruene.ch/BE_GFL/index.html
Grüne Kanton St. Gallen	http://www.goeast.ch/gruenesg /
Grüne Partei des Kt. Zürich	http://gruene.ch/ZH/

Die Grünen – Die Grüne Alternative

Bundesorganisation	http://www.gruene.at/
Landesorganisationen	
Kärnten	http://kaernten.gruene.at/
Wien	http://wien.gruene.at/
Niederösterreich	http://noe.gruene.at/
Oberösterreich	http://ooe.gruene.at/
Vorarlberg	http://vorarlberg.gruene.at/
Tirol	http://tirol.gruene.at/gem/index.html

3. Literatur

Alemann, Ulrich v. (1975): Partizipation, Demokratie, Mitbestimmung. Opladen.

Ammer, Thomas (1992): Die Parteien in der DDR und in den neuen Bundesländern, in: Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, S. 421-481.

Armington, Klaus/Freitag, Michael (1997): Deutschland, Österreich und die Schweiz - Die politischen Systeme im Vergleich. Opladen.

- Armingeon, Klaus/Sciarini, Pascal (Hrsg.) (1996): Deutschland, Österreich und die Schweiz im Vergleich, in: Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft, Sonderheft, Volume 2, Issue 4.
- Beddermann, Carl (1978): Die Grüne Liste Umweltschutz in Niedersachsen, in: Brun, Rudolf (Hrsg.): Der grüne Protest - Herausforderung durch die Umweltparteien. Frankfurt/M., S. 105-116.
- Beyme, Klaus v. (1984): Parteien in westlichen Demokratie. München.
- Bialas, Gerhard u.a. (1981): Alternative Stadtpolitik - Grüne, rote und bunte Arbeit in den Rathäusern. Hamburg.
- Biegler, Dagmar/Frey, Birgit/Kleinfeld, Ralf (1997): Nordrhein-Westfalen, in: Jartmann, Jürgen (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer. Bonn, S.383-432.
- Boch, Rudolf/Schiller-Dickhut, Reiner/Winter, Michael (1981): Die alternative Wahlbewegung und die Kommunalpolitik - das Beispiel Bielefeld, in: Bialas, Gerhard u.a. (1981): Alternative Stadtpolitik. Hamburg, S.9-43.
- Boll, Bernhard/Holtmann, Everhard (1997): Sachsen-Anhalt, in: Jartmann, Jürgen (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer. Bonn, S.546-580.
- Brand, Karl-Werner (1985): Verleichendes Resümee, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Neue Soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Frankfurt/M./New York, S. 306-334.
- Brand, Karl-Werner (1987): Kontinuität und Diskontinuität in den neuen soziale Bewegungen, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M., S.30-44.
- Brand, Karl-Werner/Büscher, Detlef/Rucht, Dieter (1986): Aufbruch in eine andere Gesellschaft - neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt/M.
- Brettschneider, Frank u.a. (1994): Materialien zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, in: Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Opladen, S. 445-624.
- Bühnemann, Michael/Wendt, Michael/ Wituschek, Jürgen (1984): AL Die Alternative Liste Berlin - Entstehung, Entwicklung, Position. Berlin, S. 87-95.

- Bürklin, Wilhelm P. (1984): Grüne Politik. Opladen.
- Byrne, Paul (1989): Great Britain: The Green Party, in: Mürller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): New politics in Western Europe: the rise and success of green parties and alternative lists. Boulder, S. 101-111.
- Christian, Reinhold (1982): Die Grünen - Momentaufnahmen einer Bewegung in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1982, S. 55-81.
- Christian, Reinhold/Ullrich, Peter (1988): Grün-Alternative Parteien in österreichischen Gemeinden, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, S.509-539.
- Church, Clive H. (1995): Switzerland - Greens in a confederal polity, in: Richardson, Dick/Rootes, Chris (Hrsg.): The Green Challenge - the development of green parties in Europe. London, S. 146-167.
- Dachs, Herbert (1983): Eine Renaissance des 'mündigen Bürgers'? Über den Aufstieg der Salzburger Bürgerliste, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1983/3, S. 311-330.
- Dachs, Herbert (1984): Die Salzburger Landtagswahl 1984, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1984, S. 93-112.
- Dachs, Herbert (1988): Parteien und Parteiensystem in Österreich - Erscheinungsbild, Rahmenbedingungen, Wandlungstendenzen. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Der Bürger im Staat, 38 Jg., H. 2, Juni 1988, Österreich, S. 132-138.
- Dachs, Herbert (1992a): Grünalternative Parteien, in: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien, S. 263-274.
- Dachs, Herbert (1992b): Bürgerlisten und Grün-Alternative Parteien in Österreich, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hrsg.): Das Österreichische Parteiensystem. Wien, S.181-207.
- Dachs, Herbert (1997b): Grünalternative Parteien, in: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.) Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien, S.304-374.

- Deschouwer, Kris (1989): Belgium: The "Ecologists" and "AGALEV", in: Mürlle-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): New politics in Western Europe: the rise and success of green parties and alternative lists. Boulder, S. 39-53.
- Dormann, Franz (1992): Die Grünen - Repräsentationspartei der Neuen Linken. Dissertation, Bonn.
- Dreier, Volker (1994): Kommunalpolitik in Europa - Einheit durch Vielheit?, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Europa. Stuttgart/Berlin/Köln.
- Drysch, Thomas (1998): Parteienfinanzierung - Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Fallend, Franz (1997): Regierungsproporz in der Krise - Zur aktuellen politischen Debatte über die konkordanzdemokratische Regierungsform in Österreichs Bundesländern, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 26 Jg., H. 1, S. 23-40.
- Finger, Matthais/Hug, Simon (1992): Green politics in Switzerland, in: European Journal of Political Research, Vol.21, S. 289-306.
- Fogt, Helmut (1986): Die Mandatsträger der Grünen- Zur sozialen und politischen Herkunft der alternativen Parteielite, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B.11, S.16-33.
- Fogt, Helmut (1991): Die Grünen in den Bundesländern - Das regionale Erscheinungsbild der Partei und ihrer Wählerschaft 1979-1988, in: Oberndörfer, Dieter/Schmitt, Karl (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, S. 231-279.
- Gabriel, Oscar W. (1988): Politische Partizipation und kommunale Politik - Strukturen, Bestimmungsfaktoren und Folgen kommunalpolitischer Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 29, S. 3-20.
- Gabriel, Oscar W. (1991): Das lokale Parteiensystem zwischen Wettbewerbs- und Konsensdemokratie: Eine empirische Analyse am Beispiel von 49 Städten in Rheinland-Pfalz, in: Oberndörfer, Dieter/Schmitt, Karl (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, S.370-399.
- Gabriel, Oscar W. (1995): Politischer Protest und politische Unterstützung in den neuen Bundesländern, in: Bertram, Hans (Hrsg.): Ostdeutschland im Wandel: Lebensverhältnisse - politische Einstellungen. Opladen, S. 173-205.

- Gabriel, Oscar W. (1997): Das Plebiszit auf dem Vormarsch in den Kommunen: Bürgerentscheid als Konkurrenz zu den lokalen Parteien und als Motor der politischen Aktivitäten?, in: Gabriel, Oscar W. u.a., Neue Formen politischer Partizipation - Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Sankt Augustin, S. 63-125.
- Gabriel, Oscar W. (1999): Politische Einstellungen und politisches Verhalten, in: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hrsg.): Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München, S. 381-497.
- Gabriel, W. Oscar/Jann, Werner/Deinert, Rudolf (1997): Rheinland-Pfalz, in: Hartmann, Jürgen (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer. Bonn, S. 433-469.
- Geißler, Rainer (1996): Die Sozialstruktur Deutschlands. Bonn.
- Geser, Hans (1994): Die Organisationsstruktur der Ortsparteien, in: Geser, Hans u.a.: Die Schweizer Lokalparteien. Zürich, S. 137-188.
- Gottweis, Herbert (1988): Neue Soziale Bewegungen in Österreich - Rahmenbedingungen, Verlaufsformen, Folgen für das politische System, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Der Bürger im Staat, 38. Jg., H. 2, Juni 1988, "Österreich", S. 139-144.
- Gottweis, Herbert (1992): Neue soziale Bewegungen in Österreich, in: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien, S. 309-324.
- Gruner, Erich (1984): Parteien, in: Ulrich Klöti (Hrsg.): Handbuch politisches System der Schweiz. Band 2, Bern, S.135-161.
- Gschwend, H. (1986): Die Umweltbewegungen verändern die Parteienlandschaft, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 26 Jg., Bern.
- Gutmann, Raimund (1983): Bürgernähe als neues Handlungsmuster lokaler Politik am Beispiel der Stadt Salzburg unter besonderer Berücksichtigung von Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen. Dissertation, Salzburg.
- Gutmann, Raimund/ Pleschberger, Werner (1984): Die Bürgerliste - grüne Mitte in Salzburg, in: Umdenken - Analysen grüner Politik in Österreich. Wien, S. 106-124.
- Haiden, Susanne (1989): Von der grünen Bewegung zur grünalternativen Partei - Die Geschichte des grünalternativen Parteibildungsprozess in Österreich bis zur Nationalratswahl 1986. Diplomarbeit, Klagenfurt.

- Hallensleben, Anna (1984): Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? Göttingen.
- Hämmerle, Kathrin (1993): Von der Bewegung zur Partei: Entstehung grüner Parteien sowie deren Parlamentarisierung am Beispiel der Grünen Alternative Tirol. Diplomarbeit, Innsbruck.
- Hampele, Anne (1997): Dem Aufschwung Ost ökologisch auf die Beine helfen - Die Grüne Liga e. V. - Ein Beispiel erfolgreicher ostdeutscher Selbstbehauptung, in: Deutschland Archiv, 30. Jg., März/April Nr.2.
- Heidger, Ralf (1987): Die Grünen Basisdemokratie und Parteiorganisation - Eine empirische Untersuchung des Landesverbandes der Grünen in Rheinland-Pfalz. Berlin.
- Heinrich, Gudrun (1993): Basisdemokratie (Regelungen und Revisionen), in: Raschke, Joachim: Die Grünen - Wie sie wurden, was sie sind. Köln, S. 488-498.
- Hoff, Claus/Kempf, Antonio (1993): Dokumentation zur plebiszitären Praxis und Verfassungsrechtslage in den Bundesländern, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/93, S. 14-21.
- Hoffmann, Jürgen (1994): Bündnis 90/ Die Grünen: Ein schwieriges Bündnis in der Bewährungsprobe. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) Interne Studien Nr. 86/1994, Sankt Augustin.
- Hoffmann, Jürgen (1997): Schwarz-grüne Bündnisse in der Kommunalpolitik - Gründe, Erfahrungen, Folgerungen. Sankt Augustin.
- Hohlfeld, Christoph (1993): Die Grünen in Ostdeutschland, in: Raschke, Joachim: Die Grünen - Wie sie wurden, was sie sind. Köln, S. 395-416.
- Hoplitschek, Ernst (1981): Die Alternativen und die "Macht" - die parlamentarischen Erfahrungen der AL Berlin, in: Bialas, Gerhard u.a.: Alternative Stadtpolitik - Grüne, rote und bunte Arbeit in den Rathäusern. Hamburg, S. 144-155.
- Hug, Simon (1990): The Emergence of the Swiss Ecological Party: A dynamic model, in: European Journal of Political Research, Vol.18, S. 645-670.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution in Europe: Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton.
- Inglehart, Ronald (1990): Culture shift in advanced industrial society. Princeton.

- Ismayr, Wolfgang (1997): Das politische System Deutschland. Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen, S. 407-444.
- Ismayr, Wolfgang/Kral, Gerhard (1997): Bayern, in: Hartmann, Jürgen (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer. Bonn, S. 84-126.
- Jesse, Eckhard (1997): Die Parteien im westlichen Deutschland von 1945 bis zur deutschen Einheit 1990, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn, S. 59-83.
- Johnsen, Björn (1988) Von der Fundamentalopposition zur Regierungsbeteiligung. Die Entwicklung der Grünen in Hessen 1982-1985 Marburg.
- Jordan, Gerhard (1996): Die Grünen - Grüne Alternative: Woher sie kommt - Die Vorgeschichte bis zum Einzug in den Nationalrat 1986. Wien: Bundesbüro der Grünen.
- Jung, Otmar (1993): Daten zu Volksentscheiden in Deutschland auf Landesebene (1946-1992), in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/93, S.5-13.
- Jung, Otmar (1995): Direkte Demokratie: Forschungsstand und Forschungsaufgaben 1995, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/95, S. 658-677.
- Kaase, Max (1997): Vergleichende politische Partizipationsforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Opladen, S. 159-174.
- Kandolf, Manfred/Morscher, Thomas (1986): Bürger und Politik im Bundesland Salzburg: Die Organisations-, Sozial- und Aktionsstruktur Neuer Sozialer Bewegungen am Beispiel von Salzburger Initiativgruppen, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1986, S. 507-535.
- Kanitz, Horst (1988): Das Verhältnis zwischen SPD und GRÜNEN auf kommunaler Ebene in Nordrhein-Westfalen. Recklinghausen.
- Karrer, Ernst/Schuller, Ernst (1981): Alternativbewegung in Oberösterreich. Diplomarbeit, Linz.
- Kerr, Henry H. (1987): The Swiss Party System: Steadfast and Changing, in: Daalder, Hans (Hrsg.): Party systems in Denmark, Austria, Switzerland, the Netherlands, and Belgium., New York, S. 107-192.

- Kitschelt, Herbert (1988): Left-Libertarian Parties: Explaining Innovation in Competitive Party Systems, in: Word Politics, Jan. 1988, No.2.
- Kitschelt, Herbert (1989): The logics of party formation - Ecological Politics in Belgium and west Germany. Ithaca & London.
- Kleinert, Hubert (1992): Vom Protest zur Regierungspartei - Die Geschichte der Grünen. Frankfurt/M.
- Kleinert, Hubert/Kuhnert, Jan (1982): Aufstieg und Fall des Marburger "Ampelbündnisses" Reens, Jürgen u.a.: Es grünt so rot - Alternativen zwischen Mode und Modell. Hamburg, S. 133-154.
- Klöti, Ulrich/Risi, Franz-Xaver (1992): Neueste Entwicklungen im Parteiensystem der Schweiz, in: Mantl, Wolfgang (Hrsg.): Politik in Österreich - Die Zweite Republik: Bestand und Wandel. Wien/Köln/Graz, S. 717-737.
- Klotzsch, Lilian/Stöss, Richard (1984): Die Grünen, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch: die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Opladen, S. 1509-1598.
- Knemeyer, Franz-Ludwig (1997a): Die neue institutionelle Rahmen der Kommunalpolitik: Rechtliche Grundlagen und Grenzen bürgerlicher Mit- und Einwirkung auf kommunaler Ebene - Folgen für die Kommunalpolitik, in: Gabriel, Oscar W./Knemeyer, Franz-Ludwig/Stohmeier, Klaus Peter, Neue Formen politischer Partizipation - Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Sankt Augustin, S. 9-62.
- Knemeyer, Franz-Ludwig (1997b): Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik. Landsberg am Lech.
- Koch, Susanne (1994): Parteien in der Region - Eine Zusammenhangsanalyse von lokaler Mitgliederpräsenz, Wahlergebnis und Sozialstruktur. Opladen.
- Koopmans, Ruud (1996): New Social Movements and Changes in Political Participation in Western Europe West European Politics, Vol. 19, No. 1 (January 1996), S. 28-50.
- Krämer, Reinhard/Winter, Michael (1982): Haben drei Jahre Bunte Liste im Rathaus die Bielefelder Linke gestärkt? In: Reens, Jürgen u.a.: Es grünt so rot - Alternativen zwischen Mode und Modell. Hamburg, S. 155-175.

- Kreuzer, Markus (1990): New Politics: Just Post-Materialist? The Case of the Austrian and Swiss Greens West European Politics. Vol.13, No.1, S. 12-30.
- Kriesi, Hanspeter (Hrsg.) (1985): Bewegung in der Schweizer Politik - Fallstudien zu politischen Mobilisierungsprozessen in der Schweiz. Frankfurt/New York.
- Kriesi, Hanspeter (1986): Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 26, Bern.
- Kriesi, Hanspeter (1991): Direkte Demokratie in der Schweiz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/91, S. 44-54.
- Kriesi, Hanspeter u.a. (1992): New social movements and political opportunites in Western Europe, in: European Journal of Political Research, Vol.22, S. 219-244.
- Kuhnert, Jan (1981): Die GRÜNEN im Marburger Stadtparlament, in: Bialas u.a. (1981): Alternative Stadtpolitik. Hamburg, S. 76-83.
- Kuhnert, Jan (1988): Hessen war nicht "vorn". Über das Scheitern der rosa-grünlichen Koalition in Hessen, in: Jurtschitsch, Erwin/Rudnick, Alexander/Wolf, Frieder Otto (Hrsg.): Grüne Perspektiven. Köln, S. 49-66.
- Ladner, Andreas (1989): Switzerland: The "Green" and "Alternative Parties", in: Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): New politics in Western Europe: the rise and success of green parties and alternative lists. Boulder, S. 155-172.
- Ladner, Andreas (1991): Politische Gemeinde, Kommunale Parteien und Lokale Politik - Eine empirische Untersuchung in den Gemieden der Schweiz. Zürich.
- Linder, Wolf (1991): Local Government in Switzerland: Pragmatic Adaptation and Self-Help in: Hesse, Joachim Jens (Hrsg.): Local Government and Urban Affairs in International Perspective. Baden-Baden, S. 409-428.
- Linder, Wolf (1997): Das politisch System der Schweiz. Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen, S. 445-477
- Longchamp, Claude (1991): Politisch-kultureller Wandel in der Schweiz, in: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hrsg.): Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich. Frankfurt/Bern/New York/Paris, S. 49-101.

- Marko, Joseph (1983): Kommunale Reformpolitik in Graz - Entstehungsbedingungen alternativer Gruppen, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983, S. 277-293.
- Marko, Joseph/Poier, Klaus (1997): Verfassungssysteme der Bundesländer, in: Dachs, Herbert u. a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien, S. 817-832.
- Merli, Franz/Handstanger, Meinrad (1983): Die Alternative Liste Graz als Erweiterung des Kommunalpolitischen Systems, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983, S. 295-318.
- Mez, Lutz (1987): Von den Bürgerinitiativen zu den GRÜNEN - Zur Entscheidungsgeschichte der "Wahlalternativen" in der Bundesrepublik Deutschland, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frank/M, S. 263-276.
- Mitschka-Kogoj, Edeltraud (1990): Ein Modell grüner Politik - Die Alternative Liste Graz. Diplomarbeit, Wien.
- Möckli, Silvano (1991): Direkte Demokratie im Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23/91, S. 31-43.
- Möckli, Silvano (1994): Direkte Demokratie. Bern.
- Müller, Wolfgang C. (1997): Das Parteiensystem, in: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien, S.215-234.
- Müller-Rommel, Ferdinand (1990): New Political Movements and "New Politics" Parties in Western Europe, in: Dalton, R./Kuechler, M. (Hrsg.): Challenging the Political Order. Oxford, S. 209-231.
- Müller-Rommel, Ferdinand (1993): Grünen Parteien in Westeuropa - Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen. Opladen.
- Müller-Rommel, Ferdinand/Poguntke, Thomas (1992): Die Grünen, in: Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, S. 319-361.
- Murphy, Detlef/Roth, Roland (1991): In viele Richtungen zugleich - Die Grünen-ein Artefakt der Fünf-Prozent-Klausel? In: Roth, Roland/Rucht, Dieter. (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 415-440.

- Naßmacher, Karl-Heinz (1997): Parteienfinanzierung in Deutschland, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn, S. 157-176.
- Neidhart, Leonhard (1988): Das Parteiensystem der Schweiz - Funktion und Erscheinungsbild der politischen Parteien im Kontext des politischen System, in: Elsässer, Hans (Hrsg.): Die Schweiz. Stuttgart, S. 181-200.
- Neisser, Heinrich (1996): Unsere Republik auf einen Blick: ein Nachschlagewerk über Österreich. Wien.
- Neubert, Ehrhart (1997): Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Bonn.
- Neuhofer, Hans (1994): Österreich, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in Europa. Stuttgart/Berlin/Köln, S. 29-43.
- Neuhofer, Hans (1997): Gemeinden, in: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien, S.866-876.
- Nick, Rainer (1986): Rahmenbedingungen und Entwicklung der grünalternativen Szene in Vorarlberg, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, H. 2, S. 157-169.
- Parkin, Sara (1989): Green Parties - An international guide. London.
- Pelinka, Anton (1983): Innsbruck: Zur Dekonzentration kommunaler Parteiensysteme, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983, S. 141-165.
- Pelinka, Anton (1997a): Das Grüne Dilemma, in: Happy Birthday - 10 Jahre Grüner Klub im Parlament, <http://www.gruene.at>
- Pelinka, Anton (1997b): Das politische System Österreich, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen, S. 479-507.
- Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (1991): Politischer Kulturvergleich: Deutschland, Österreich und die Schweiz, in: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hrsg.): Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich. Frankfurt/Bern/New York/Paris, S.17-48.
- Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hrsg.) (1991): Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich. Frankfurt/Bern/New York/Paris.

- Poguntke, Thomas (1987): Grün-alternative Parteien: Eine neue Farbe in westlichen Parteiensystemen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 18 Jg., S. 368-382.
- Poguntke, Thomas (1989): The "New Politics Dimension" in European Green Parties, in: Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): New politics in Western Europe: the rise and success of green parties and alternative lists, Boulder, S. 175-194.
- Poguntke, Thomas (1992): Alternative Politics. The German Green Party. Edinburgh University Press.
- Poguntke, Thomas (1993): Der Stand der Forschung zu den Grünen: Zwischen Ideologie und Empirie, in: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen, S. 187-210.
- Poguntke, Thomas (1996): Bündnis 90/ Die Grünen, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland. Opladen. S. 87-112.
- Poguntke, Thomas (1997): Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt? in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn, S. 257-276.
- Rainer, Berger (1994): SPD und Grünen. Opladen.
- Rainer, Linnemann (1994): Die Parteien in den neuen Bundesländern - Konstituierung, Mitgliederentwicklung, Organisationsstrukturen. Münster/New York.
- Rebeaud, Laurent (1987): Die Grünen in der Schweiz, Bern.
- Raschke, Joachim (1991): Krise der Grünen - Bilanz und Neubeginn, Marburg.
- Raschke, Joachim (1993) Die Grünen - Wie sie wurden, was sie sind. Köln.
- Rhinow, René A. (1986): Funktionen und Problem der politischen Parteien in der Schweiz, in: Recht, Heft 4, S. 105-119.
- Riekman, Sonja Puntcher (1992): Die Grüne Alternative, in: Mantl, Wolfgang (Hrsg.): Politik in Österreich - Die Zweite Republik: Bestand und Wandel, Wien/Köln/Graz, S. 405-428.
- Roth, Reinhold (1997): Bremen, in: Hartmann, Jürgen (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer, Bonn, S. 208-234.

- Roth, Roland (1985): Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik - eine vorläufige Skizze, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.): Neue Soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Frankfurt/New York, S. 20-82.
- Roth, Roland (1991): Local Green Politics in West German Cities, in: International Journal of Urban and Regional Research, Vol.15, No.1, S. 75-89.
- Roth, Roland (1993) Grüne als Kommunalpartei in: Raschke, Joachim, Die Grünen - Wie sie wunden, was sie sind. Köln, S. 774-789.
- Roth, Roland (1997): Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung, in: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Bonn, S. 404-447.
- Roth, Roland (1998): Lokale Demokratie "von unten". Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik, in: Wollmann, Hellmut/Roth, Roland (Hrsg.): Kommunalpolitik - Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn, S. 2-22.
- Rucht, Dieter (1987): Von der Bewegung zur Institution - Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M., S. 238-260.
- Rucht, Dieter (1997): Neue soziale Bewegungen. in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 3.,überarbeitete Auflage, Opladen, S. 380-383.
- Rüdiger, Wolfgang (1990): Anti-Nuclear Movements. UK.
- Rudzio, Wolfgang (1996): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 4. Auflage, Opladen.
- Scharf, Thomas (1994): The German Greens: Challenging the Consensus. Oxford/Providence.
- Schattauer, Gehard (1992): Die Grüne Einigung. Die Grünalternativen zwischen Organisation und Kandidatur. Dissertation, Wien.
- Schiller, Theo/Winter, Thomas v. (1997): Hessen, in: Jartmann, Jürgen (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer, Bonn, S.269-305.
- Schloeth, Daniel (1991): Die Grüne Partei des Kantons Zürich - Eine Strukturanalyse. Zürich.

- Schnieder, Frank (1998): Von der sozialen Bewegung zur Institution? Die Entstehung der Partei DIE GRÜNEN in den Jahren 1978 bis 1980. Münster.
- Sellin, Peter (1984): Die AL-Berlin und die Bundesgrünen Bühnemann, in: Michael/Wendt, Michael/Wituschek, Jürgen: AL Die Alternative Liste Berlin - Entstehung, Entwicklung, Position. Berlin, S. 121-141.
- Stöss, Richard (1987): Parteien und soziale Bewegungen - Begriffliche Abgrenzung - Volksparteien- Neue soziale Bewegungen - Die Grünen, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M., S.277-302
- Strohmeir, Klaus Peter (1997): Alternativen zur politischen Partizipation durch Bürgerbeteiligung an der Aufgabenerfüllung kommunale Problemlösungsstrategien und Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips, in: Gabriel, Oscar W./Knemeyer, Franz-Ludwig/Strohmeier, Klaus Peter: Neue Formen politischer Partizipation - Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Sankt Augustin, S.127-189.
- Suckow, Achim (1989): Lokale Parteiorganisationen - Angesiedelt zwischen Bundespartei und lokaler Gesellschaft. Oldenburg.
- Uehlinger, Hans-Martin (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Opladen.
- Vedung, Evert (1989): Sweden: The "Milijöpartiet de Gröna", in: Mürller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): New politics in Western Europe: the rise and success of green parties and alternative lists, Boulder, S. 139-153.
- Veen, Hans-Joachim/ Hoffmann, Jürgen (1992): Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre - Profil und Defizite einer fast etablierten Partei. Bonn/Berlin.
- Watts, Nicholas S. J. (1987): Mobilisierungspotential und gesellschaftspolitische Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen, in:Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M., S. 47-67.
- Welte, Hans-Peter (1994) Die Parlamentarisierung der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg: eine Bilanz nach drei Wahlperioden (1980 - 1992). Frankfurt/M.
- Wielhohs, Jan (1994): Bündnis 90 - zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, in: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Opladen, S. 143-168.

- Wiesenthal, Helmut (1985): Die Grünen in Nordrhein-Westfalen: Geschichte, Bedeutung, Programm und Willensbildung, in: Alemann, Ulrich v. (Hrsg.): Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Köln, S. 146-161.
- Wiesflecker, Katharina (1996): Zu den Grünen in Vorarlberg. Geschäftsführerin von "Die Grünen - Grüne Alternative Vorarlberg".
- Wolfgang, Elisabeth (1997): Landtag, in: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien, S. 832-846.
- Woyke, Wichard (1998): Stichwort: Wahlen, Opladen.
- Wünsch, Roland (1995): Das Ende der Alternative - Die Grünen in der Wiedervereinigung Bonn.
- Zeuner, Bodo/Wischermann, Jörg (1994): Ror-Grün in den Kommunen - Konfliktpotentiale und Reformperspektiven. Opladen.
- Ziesel, Eckehart (1983): Die grüne Bewegung am Beispiel der Salzburger Bürgerliste, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983, S. 167-187.